HANDEL(N) UND WANDEL(N)

URBANE INFORMALITÄT, STÄDTISCHE REPRÄSENTATION UND MIGRANTISCHE EXISTENZSICHERUNG IN BERLIN AM BEISPIEL DES MOBILEN STRAßENHANDEL

vorgelegt von
Dipl.-Ing.
Kerstin Ha
geb. in Aachen

von der Fakultät VI - Planen Bauen Umwelt
der Technischen Universität Berlin
zur Erlangung des akademischen Grades

Doktor der Ingenieurwissenschaften
– Dr.-Ing. –

genehmigte Dissertation

Promotionssaussschuss:

Vorsitzender:	Prof. Undine Giseke
Gutachter:	Prof. Dr. Peter Herrle
Gutachterin:	Prof. Dr. Alexa Färber

Tag der wissenschaftlichen Aussprache: 14.03.2014

Berlin 2015

ZUSAMMENFASSUNG

Ausgangspunkt des Forschungsprojektes ist der mobile Straßenhandel in Berlin. Der Souvenirverkäufer türkischer Herkunft am Checkpoint Charlie, die pakistanischen Schmuckverkäufer am Alexanderplatz und andere Mikrounternehmer_innen verkaufen Schmuck, Snacks, Zeitungen und andere Waren. Während sie sich täglich auf städtischen Straßen und Plätzen bewegen, sichern sie ihre ökonomische Existenz. Sie bilden eine gesellschaftlich randständige Ökonomie, deren oftmals migrantischen Subjekte überwiegend aus der Peripherie einer globalisierten Welt kommen. Solche alltäglichen Stadtszenen stellen glokalisierte Begegnungs- und Verdichtungsräume dar und machen die Globalisierung westlicher Metropolen augenfällig. Sie verweisen aber auch auf das problematische Verhältnis zwischen urbaner Raumnutzung, Arbeit, Migration, Informalisierung und Prekarität.

Der Arbeit liegt die Annahme zugrunde, dass im Kontext der Neoliberalisierung des Städtischen nicht nur politökonomische, sondern auch migrationspolitische Prozesse die städtische Raumproduktion strukturieren. Der mobile Straßenhandel bietet für die Untersuchung dieses Zusammenhangs zentrale Aspekte: sowohl der Standort dieser städtischen Ökonomie im öffentlichen Raum verbunden mit Fragen der städtischen Repräsentation, die Positionalität der migrantischen Straßenhändler_innen als auch das Verständnis dieser ökonomische Praxis als ‚informelle' Ökonomie. Entlang dieser Aspekte wird dieses Verhältnis anhand der Regulierung und Praxis von Straßenhandel mittels ethnographischer Interviews, Dokumentenanalyse und Expert_inneninterviews untersucht. Für die theoretische Einordnung und Analyse sind feministische, rassismuskritische, post- und dekoloniale Ansätze herangezogen worden.

Um sowohl die epistemischen Voraussetzungen der Arbeit als auch den multiperspektivischen methodischen Ansatz darzustellen, ist die Arbeit in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil der Arbeit „*Wissen Produzieren*" wird das analytische und theoretische Setting für eine selbst- und gesellschaftskritische Befragung der eigenen wissenschaftlichen Zugänge und Produktions-bedingungen der forschenden Person entwickelt, um im nächsten Teil der Arbeit den Stadtraum Berlin mehrdimensional zu kontextualisieren. Im zweiten Teil „*Berlin Verorten*" wird der Forschungsstand zur urbanen Informalität, kritischen Rassismustheorie und zur unternehmerischen Stadt eingeführt. Danach werden die historischen, sozio-kulturellen und politökonomischen

Rahmenbedingungen des mobilen Straßenhandels in Berlin aufeinander bezogen, um die Produktion des öffentlichen Raumes sowie die Auseinandersetzungen und Verhandlungen der Straßenhändler mit diesen Bedingungen darzustellen. Zum einen wird die Perspektive der migrantischen Straßenhändler vor dem Hintergrund der strukturellen Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt und den Ausgangsbedingungen für migrantische Existenzgründung beleuchtet und in den Fokus gestellt. Zum anderen werden die diskursiven Setzungen und Formen der Repräsentationen der Berliner Stadtentwicklungsplanung als „Metropole" und als „europäische Stadt" in der Nachwendezeit dargestellt, in der die Funktion des öffentlichen Raumes gedeutet wurde. Der abschließende und dritte Teil *„Stadtplanung Dezentrieren"* fasst die in dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse für eine Bewertung und Einordnung der mikroökonomischen Informalität postkolonialer Migrant_innen in westlichen Metropolen zusammen und akzentuiert diese für die politische Praxis von Planung in der neoliberalen Stadt. Die Zusammenfassung wird durch zwei Fallstudien ergänzt, die insbesondere die Frage der Selbstorganisation herausarbeiten: der *Food Market* im Preussenpark, Berlin, bekannt auch als „Thaiwiese" und *Red Hook Food Vendors Market Place,* Brooklyn, New York. Die Untersuchungen zum Straßenhandel zeigen auf, dass hier Potentiale für die Demokratisierung des Städtischen vorliegen, die mit einer aktiven Anti-Diskriminierungspolitik verknüpft werden können.

DANKSAGUNG

Mein großer Dank gilt all denjenigen, die mir auf den Straßen von Berlin und New York während ihrer Arbeit und zwischen Kund_innen von ihrem Alltag berichteten. Ohne ihr Wissen wäre diese Arbeit nicht entstanden, denn sie waren meine Lehrer_innen, die mich über ihren Alltag und die Politiken des öffentlichen Raumes unterrichteten. Ich danke Jafar Hussein Butt, Talat Moghan, Ali, Mohamed, Sean Basinski, Ali Issa, Cesar Fuentes und den vielen anderen, die ihre Zeit mit mir teilten. Ich danke Ihnen für ihre Offenheit und ihr Vertrauen.

Während meines Forschungsprozesses bin ich einige Umwege gegangen, und jeder Umweg war eine Bereicherung und eine Reflektion dessen, wohin mich diese Arbeit führen würde. Dieser Weg wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht schon viele vor mir rassismuskritisches Wissen formuliert und publiziert hätten. Diesen Weg haben Schwarze Menschen und Menschen of Color bereitet, weil sie ihre Perspektive einfordern und sich gemeinsam organisieren - wie die *Initiative Schwarze Menschen in Deutschland* (ISD), *adefra, Migrationsrat Berlin-Brandenburg* oder *korientation e.*v.. Hier entstanden und entstehen Räume der kritischen und solidarischen Diskussion zu Fragen der (dekolonialen) Wissensproduktion, wie das *Colloquium of Color*, der *Critical Race Theory Retreat* (2011) oder die *Decolonize the City* Konferenz (2012), wo ich dankenswerterweise meine Arbeit vorstellen und diskutieren durfte.

Ich danke Prof. Dr. Peter Herrle für seine Unterstützung und den kritischen Diskussionen während meiner Forschungszeit und sehr gerne danke ich ihm für seine zielorientierte Begleitung. Ich danke Prof. Dr. Alexa Färber, die ihr Interesse in meine Arbeit in eine Betreuung verwandelte, mich uneingeschränkt unterstützte und mit kompetenten Rat zur Seite stand. Für die Gewährung eines vierjährigen Promotionsstipendiums danke ich der Rosa-Luxemburg-Stiftung und für das Abschlussstipendium danke ich der Technischen Universität Berlin. Dem Center for Metropolitan Studies bin ich dankbar, dass ich als assoziierte Kollegiatin in das transatlantische Graduiertenkolleg “Geschichte und Kultur der Metropolen im 20. Jahrhundert” eingebunden wurde.

Diese Arbeit wäre nicht ohne die vielen Hände und Herzen in der Nähe und der Weite möglich gewesen, die ich meine Familie und meine Freund_innen nennen darf, von denen ich an dieser Stelle Otana Thiede, Pat Saad, Jin Haritaworn, Mahdis Azarmandi,

Mariam Popal, Koray Yılmaz-Günay, Hilda Heymann, Chau Quach Ha, Klaus Heymann, Dieu Tay Ha, Le Vy Ha und Daniel Heymann nennen möchte. Ich bin ihnen und allen hier nicht genannten zutiefst dankbar, dass sie mir ihre Liebe, ihr Vertrauen und ihre Unterstützung schenkten.

Kien Nghi Ha danke ich für seine vorbehaltlosen und scharfen Analysen sowie seine unendliche Bereitschaft sein Wissen mit mir zu teilen und mein Manuskript durchzusehen. Seine Vorarbeiten waren wichtige Grundsteine, auf die ich aufbauen durfte. Mein Dank gilt aber nicht nur seiner intellektuellen Auseinandersetzung mit meiner Arbeit, sondern auch der partnerschaftlichen Kooperation im Familienalltag, um meine Dissertation zu bearbeiten und fertig zu stellen. Mein letzter Dank gilt dem wunderbaren Lou King und dem wunderbaren Cai Long, die mir auf ihre aufrichtige, freche, ernsthafte, liebevolle und unbestechliche Weise den Weg des Lebens zeigen.

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG ..... **III**

DANKSAGUNG ..... **V**

INHALTSVERZEICHNIS ..... **VII**

I WISSEN PRODUZIEREN **1**

1 Einführung: Hypothesen und Fragestellung 1

1.1 Straßenhandel als Forschungsfeld 6

1.2 Hypothesen 11

1.3 Forschungsfragen 17

1.4 Aufbau der Arbeit 20

2 Stadtforschung dekolonisieren 25

2.1 Wissenschaft als diskursive Praxis 25

2.2 Zur Urbanisierung gesellschaftlicher Verhältnisse 27

2.3 Feministische Perspektiven und die Vergeschlechtlichung von Raum 28

2.4 Postkoloniale Theorie und Raum 30

2.5 Zur Kolonialität der Macht 32

2.5.1 Dekoloniale Perspektiven in der Stadtforschung 34

2.5.2 Zur Kolonialität des öffentlichen Raums: Die „Contact Zone“ 38

3 Methode 43

3.1 Qualitative Forschung 43

3.1.1 Ethnographische Stadtforschung 45

3.1.2 Kritische Ethnographie 47

3.1.3 Rassismuskritisch forschen und schreiben 48

3.2 Forschungsprozess 52

3.2.1 Interviews 54

3.2.2 Feldforschung und Alltag 56

3.2.3 Namen, Anonymität und Repräsentation 59

II BERLIN VERORTEN **61**

4 Urbane Informalität 63

4.1 Prämissen der epistemischen Theoretisierung von Informalität 63

4.1.1 Informalität als Forschungsperspektive 65

4.1.2 Informalität und Arbeit: Lohnarbeit und Prekarisierung 71

4.1.3 Informalität und Stadt: Armut und Eliten 76

4.1.4 Informalität in der Metropole: Koloniale Erben 80

4.2 Zusammenfassung 83

5 Rassismus, migrantische Arbeit und ethnisierte Ökonomien 85
5.1 Von den „Gastarbeitern“ zum Zuwanderungsgesetz 87
5.1.1 Deutsche Migrationsgeschichten 87
5.1.2 Migration und strukturelle Diskriminierung 92
5.2 Kritische Rassismustheorien in Deutschland und den USA 101
5.2.1 Kritische Rassismustheorien in Deutschland 102
5.2.2 Kritische Rassismustheorie in USA 108
5.3 Migrantische Arbeit in der Stadt: Die „ethnische Ökonomie“ 111
5.3.1 Ethnische oder ethnisierte Ökonomie – zur Definition 112
5.3.2 „Ethnische Ökonomie“ in Berlin 118
5.4 Zusammenfassung 123
6 Berlin als unternehmerische Stadt 125
6.1 Öffentlicher Raum in der unternehmerischen Stadt 126
6.1.1 Öffentlicher und privater Raum 126
6.1.2 Die unternehmerische Stadt 129
6.1.3 Touristifizierung von Berlin 131
6.2 Kolonialität der unternehmerischen Stadt 137
6.2.1 Die revanchistische Stadt – eine transatlantische Bezugnahme 138
6.2.2 Berlin als „Europäische Stadt/Metropole“ 142
6.2.3 Die „Europäische Stadt“ provinzialisieren 145
6.3 Zusammenfassung 147
7 Straßenhandel in der „Contact Zone“ 151
7.1 Historische Schlaglichter des Straßenhandels in Berlin 151
7.1.1 Straßenhandel als großstädtische Praxis: Die 1910er und 1920er Jahre 153
7.1.2 Der Straßenhandel im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit 156
7.1.3 Geteilte Stadt – getrennte Räume 160
7.1.4 Straßenhandel in der Nachwendezeit 1989 bis 1998 162
7.2 Orte des mobilen und individuellen Straßenhandels in Berlin 169
7.2.1 Der Platz 170
7.2.2 Die Brücke 178
7.2.3 Die Kreuzung 182
7.2.4 Der Markt 184
7.3 Postkoloniale Alltagserfahrungen: Metropolitane Informalität in Berlin-Mitte 188
7.3.1 „Quiet Encroachment“ in Berlin 188
7.3.2 Kontrollen, täglicher Stress und Rassismus 191
7.3.3 Devianz und Kosmopoliten im Alltag 198

7.4 Politik des öffentlichen Raums und Regulierung von Straßenhandel 205
7.4.1 Der öffentliche Raum und Sondernutzungen 206
7.4.2 Straßenhandel als Politikum im Abgeordnetenhaus 211
7.4.3 Katalog zur Sondernutzung auf prominenten Plätzen in Berlin-Mitte 215
7.4.4 Tourismusbefragung des Bezirksamtes Mitte 216
7.5 Die institutionelle und beratende Perspektive 219
7.5.1 Senatsverwaltung 219
7.5.2 Bezirksverwaltung Mitte 221
7.5.3 Bezirksverordnetenversammlung Mitte 223
7.5.4 Existenzgründungsberatung 225
7.6 Zusammenfassung 226
III STADTPLANUNG DEZENTRIEREN 229
8 Alternative Perspektiven auf Straßenhandel 229
8.1 Fall 1: Die „Thaiwiese“ im Berliner Preußenpark 230
8.1.1 Picknicken und „Heimat“ herstellen 232
8.1.2 Deutsche Parkordnung im Preußenpark 233
8.1.3 Genutzte Orte – gemachte Stadt 236
8.2 Fall 2: Straßenhandel in New York – ein Blick über den Atlantik 237
8.2.1 Die Stadt New York 237
8.2.2 Zahlen und Fakten zum Straßenhandel in New York 239
8.2.3 Straßenhandel und öffentlicher Raum 244
8.2.4 Selbstorganisierung von Straßenhändler_innen 246
8.3 Zusammenfassung 252
9 Urbane Dekolonisierung und das Recht auf Stadt 255
9.1 Straßenhandel als dekoloniales Recht auf Stadt 255
9.2 Potentiale des Straßenhandels für die interkulturelle Stadt 258
9.3 Dekoloniale Praxis und stadtentwicklungspolitische Planung 259
10 Anhang 265
10.1 Tabellarische Übersicht der Anfragen im Abgeordnetenhaus 265
10.2 Leitfaden für Gespräche mit Bauchladenhändler_innen 272
10.3 Fragen für leitfadengestützte Interviews 273
11 Verzeichnisse 277
11.1 Tabellen 277
11.2 Abbildungen 277
12 Literatur 280

I WISSEN PRODUZIEREN

1 Einführung: Hypothesen und Fragestellung

> „The street is both a state of consciousness and a locus of meaning, a way of thinking about the world and a semiotic source of dramaturgical keys and cues. As such it is an exemplary case of the sites of the urban, a particularly powerful illustration of the manner in which a vocabulary of the city renders the social visible." (Keith 2000:533)

Die städtische Gesellschaft unterliegt, wie die städtische Planung, einem permanenten Wandlungsprozess, der auf aktuelle Entwicklungen reagiert und neue generiert. Ansätze in der internationalen Metropolenforschung gehen davon aus, dass dieser Wandel nicht zuletzt von der Globalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte induziert wird (Harvey 2006). Dieser Wandel ist gekennzeichnet durch eine scheinbare Auflösung von zeitlichen und räumlichen Dimensionen, die unter anderem durch neue Kommunikations- und Transporttechnologien wie zunehmende globale Verflechtungen in vielen sozio-ökonomischen und medialen Bereiche beschleunigt werden, aber vor allem einen tiefgreifenden Strukturwandel der Arbeitsteilung innerhalb der jeweiligen Industriegesellschaften referieren. Die damit verbundenen Aufhebungen, Teilungen und Widersprüche in der Ökonomie verdichten sich mit ihren gesellschaftlichen Konflikten besonders in den großen Städten, die im hohen Maße über sozial, politisch und kulturell diversifizierte Bevölkerungen verfügen und von dieser Entwicklung unterschiedlich betroffen sind. Dieser sozio-ökonomische und gesellschaftliche Strukturwandel hat unmittelbare Auswirkungen auf die urbane Ordnung des Städtischen, die sich als eine gesellschaftlich produzierte Räumlichkeit analysieren lässt (Lefèbvre 1991).

Eine dieser spezifisch städtischen Räumlichkeiten ist der öffentliche Raum, der dem Anspruch einer demokratischen Gesellschaft nach für alle offen und zugänglich sein sollte. Dieses jeher umkämpfte Paradigma befindet sich im Zuge der neoliberalisierten Stadtentwicklung in einem kritischen Zustand, weil der städtische Raum durch seine verstärkte Standortbindung an die Interessen privatwirtschaftlich organisierter Unternehmen und Investoren im Rahmen globaler Wirtschaftsprozesse eine Transformation erfährt, die die Unterschiede zwischen privat und öffentlich verwischen und neu ordnen (Lebuhn 2008).

Die spezifische Transformation des öffentlichen Raumes in Berlin resultiert aus der Geschichte der Teilung Deutschlands in die DDR und BRD nach dem Zweiten Weltkrieg.

Diese Teilung vollzog sich nach Kriegsende und symbolisierte die Front des Kalten Krieges zwischen dem *Osten* und dem *Westen*, die in Form der Mauer 1961 manifest wurde. Kurz nach Zusammenbruch der DDR waren 1989 lebhafte informelle Wirtschaftspraktiken im öffentlichen Raum von Berlin zu beobachten, die erst durch diesen historischen Ausnahmezustand ermöglicht wurden. So fielen Polizei und andere Verwaltungsstrukturen auf beiden Seiten der Stadt zeitweilig als Kontroll- und Regulierungsinstitutionen aus oder waren nur bedingt handlungsfähig, da sie angesichts des politischen Transitionsprozesses mit seinen zahlreichen ungeklärten Fragen nicht mehr über eine sichere Handlungsgrundlage verfügten, sodass neue Praktiken ohne bürokratische Genehmigungsverfahren im Grenzraum Berlin spontan entstehen konnten. In dieser Zeit nutzten viele Menschen kurzerhand den öffentlichen Stadtraum, um sich ein kleines oder auch größeres Zubrot zu verdienen, und sie verkauften neben praktischen Dingen wie Getränke und Regenschirme vor allem Souvenirs wie Mauerstücke, T-Shirts mit Berliner Motiven und andere Andenken, die vor allem bei Tourist_innen sehr begehrt waren. Es entstanden „Polenmärkte“[1], in den Kellern von Berlin-Mitte wurden die „Mittwochbars“[2] betrieben und im Sommer 1990 fand das „The Wall“ Konzert mit Roger Waters auf der Brache des Potsdamer Platzes statt, bevor der Prozess der planerischen Hauptstadtwerdung umgesetzt wurde.

Berlin markiert auf der politischen Landkarte die Nahtstelle zwischen postsozialistischen und kapitalistischen Ländern und wurde zum Symbol für das Ende des Kalten Krieges. Die Stadt war voller städtebaulicher Brüche, die es mit einer Vision und einem Leitbild für die städtische Entwicklung zu überbrücken galt.[3] Die anvisierte städtische Entwicklung zielte darauf ab, Berlin als internationale Metropole im Sinne einer Europäischen Stadt zu profilieren, die das wiedervereinte Land repräsentiere.[4] Im Zuge dieser Hauptstadtwerdung verschwanden die informellen Praktiken, und Stadtpolitik sowie Städtebau konzentrierte sich auf die Herstellung repräsentativer Stadträume, wie beispielsweise die Wiedererrichtung der städtebaulichen Konfiguration

[1] Die Entstehung der „Polenmärkte“ werden in Kapitel I7.1.4 und die darauf bezogenen politischen Debatten im Abgeordnetenhaus Berlin in Kapitel I7.4.2 dargestellt.

[2] Mittwochbars waren illegal betriebene Bars, die nach ihrem Öffnungstag benannt wurden. Sie waren für die unmittelbare Postwendezeit ein typisches Phänomen in Berlin-Mitte.

[3] Das Planwerk Innenstadt wurde 1999 als verbindliches Leitbild der Berliner Stadtentwicklung beschlossen, welches sich auf die historische Blockrandbebauung der frühen Industrialisierung bezieht und den Rückbau in diese Bebauung vorsieht.

[4] 1994 fand in Berlin die Gipfelkonferenz der Weltmetropolen statt, was das Land Berlin zum Anlass nahm, die selbstdarstellende Publikation „Metropole Berlin“ zu veröffentlichen (vgl. Stroschein 1994).

am Pariser Platz als „gute Stube“[5], oder die Umsetzung des „Planwerkes Innenstadt“. Die städtebauliche Konfiguration orientierte sich am Städtebau der Gründerzeit und sah die (Wieder-)Errichtung der Blockrandbebauung, die Wiederherstellung der historischen Mitte mit ihren hochkulturellen Bauten von Oper, Museen und Universität vor, sowie der repräsentativen öffentlichen Räume am *Pariser Platz*, *Leipziger Platz*, *Unter den Linden* und anderswo.

Zu einem geringen Ausmaß sind in Berlin unterschiedliche Formen von Straßenhandel anzutreffen.[6] Die Straßenhändler_innen agieren auf Plätzen, in Parkanlagen, an U-Bahnstationen, an Stadien, vor Theatersälen, in Kneipen, Clubs und Universitäten. Sie verkaufen Blumen in und an U-Bahnstationen, Souvenirs vom Bauchladen aus, Zeitungen vom Handkarren und im Vorbeigehen, stehen vor Theaterstätten und verkaufen Brezeln, oder, das sind wohl die bekanntesten, verkaufen Rostbratwürste aus dem Bauchladengrill.[7] Der Verkauf von Rosen, Zeitungen und selbstzubereiteten Speisen, wie geschmierte Brötchen, auf den Straßen oder unterwegs, gehören zum abendlichen Repertoire des Berliner Straßenleben (Butscher 1996; Ha 2009: 102ff.).

In der unternehmerischen Stadt stellt der Straßenhandel eine abseitige räumliche Praxis dar, obwohl er sich durch hohe Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an unterschiedlichste Formationen von Regularien, Kontrollen, sozioökonomischen Strukturen und kulturellen Besonderheiten auszeichnet. Straßenhandel wird im entwicklungspolitischen Kontext als Phänomen städtischer Subsistenzwirtschaft für den globalen Süden beschrieben (Cross 1998; Bromley 2000; Bhowmik 2010). In der Stadtforschung werden mit dem Straßenhandel kulturelle Repräsentationen jenseits der modernen Stadt beschrieben, die in der stadtgeographischen und stadtanthropologischen Forschung als städtische und räumliche Praxis theoretisiert werden (Stoller 2002; Cross und Morales 2007; Duneier 2000). Meine Arbeit schließt hier an und sieht den Straßenhandel im öffentlichen Raum als eine Produktion des Raumes, der durch Machtbeziehungen entsteht und verhandelt wird. In Orientierung an Henri Lefèbvres

[5] Vgl. Abbildung auf Seite 150.

[6] Vgl. auch die Arbeit von Susanne Butscher (1996), die Straßenhandel in Berlin als eine Überlebensökonomie beschreibt.

[7] Diese Verkaufsform ist auf die Beschränkung durch die Berliner Verwaltung, Straßenhandel nur als Bauchladen zu erlauben, zurückzuführen. Weil die Benutzung eines Grills auf Rollen nicht erlaubt ist, müssen ca. 20kg Grillvorrichtung getragen werden.

Theorie zur Produktion des Raumes wird er vor allem als ein gesellschaftlicher Prozess begriffen, der von sozial konstruierten Prämissen ausgeht.

Die Verschärfung der verwaltungsrechtlichen Bestimmungen im Jahr 1998 für den ambulanten Straßenhandel in Berlin sind Indizien für die Durchsetzung dominanter Interessen über die ästhetische Ausgestaltung und die erwünschten Nutzungen (Ha 2009). Bernd Belina bezeichnet in diesem Zusammenhang die Bedeutung des öffentlichen Raumes als „ideologische Waffe" (Belina 2003:48), weil das normative Ideal dieser Räume für die bürgerliche Gesellschaft nicht erklären kann, warum unerwünschte Personen aus ihnen vertrieben werden. Er referiert hier die von Bürgermeister Guiliani 1994 proklamierte und über New York hinaus bekannt gewordene „Policy Strategy No. 5 – Reclaiming the Public Spaces of New York". Diese Rhetorik führte eine Politik der „Zero Tolerance" auch gegenüber geringen Vergehen ein und wurde eine stadtpolitische Vorlage für viele andere Städte in Nordamerika und Europa, die sich in vielfältigen „Saubere-Stadt"-Kampagnen niederschlug.[8] Belina stellt daher fest, dass

> „(…) the concrete analysis of the forms of and interest behind the eviction of undesirables from urban spaces should be the object of analysis." (Belina 2003:49)

Die Politik der Vertreibung unerwünschter Nutzungen hat auch zu widerständigen Strategien und Taktiken[9] in den umkämpften und eingeschränkten Räumen geführt. Aus diesem Grunde untersuche ich in meiner Arbeit nicht nur wie die Verdrängung des Straßenhandels in Berlin mit stadtentwicklungspolitischen und gesellschaftlichen Fragen verknüpft ist, sondern auch, welche widerstreitenden Positionen und Repräsentationen ausgelöst, produziert und verhandelt werden. In Folge der Verdrängungspolitik von Straßenhandel sind nur noch an wenigen Standorten in Berlin Bauchladenhändler_innen anzutreffen, die daher nicht nur im quantitativen Sinne einer marginalisierten Praxis nachgehen. Die von mir befragten Straßenhändler sind alle

[8] Die Allianz neoliberaler Hegemonie und bürgerlicher Politik, wie sie sich an dieser Politik exemplifiziert und großen Einfluss auf viele andere Städte hatte, wird im Kapitel 6 herausgearbeitet.

[9] De Certeau verwendet diese Begriffe für die Beschreibung alltägliches Handeln, um diese „Konsumtaktiken – die Findigkeit des Schwachen, Nutzen aus dem Starken zu ziehen" als Alltagspraktiken zu politisieren (de Certeau 1988:21).

männlich[10] und haben einen sogenannten Migrationshintergrund, sie bilden den Ausgangspunkt meiner Forschung, um von ihren Erfahrungen und ihrem Wissen ausgehend, die Prozesse der Marginalisierung zu beschreiben.

Postkoloniale Migration beschreibt eine Bewegung von Menschen, die von den kolonisierten Rändern der Welt in die Metropolen Europas eingewandert sind und sich in die städtische Geographie eingeschrieben haben. Ihre Niederlassung in den Zentren ist mit vielfältigen räumlichen Praktiken verbunden. Sie haben sich eigene Routen in den urbanen Zonen geschaffen, Familien, wirtschaftliche Unternehmen und religiöse Institute gegründet und sich eigene Räume der kulturellen Repräsentation aufgebaut. Besonders sichtbar sind die „ethnischen" Nischenökonomien in migrantisch geprägten Stadtbezirken. Sie verweisen auch auf ihre Einbettung in transnationale Beziehungen, wenn sie etwa in verschiedenen Sprachen Produkte anpreisen oder über transnationale Netzwerke Geschäftsideen und Know-How in lokale Ökonomien importieren.

Eine postkoloniale Perspektive auf das Verhältnis von Migration und Stadt stellt die Frage nach der Rassifizierung urbaner Räume in den Mittelpunkt. Stadtsoziologisch werden diese Prozesse als Segregation beschrieben, weil Stadträume sich entlang ethnisierter „Kategorien" verdichten bzw. nicht „durchmischen". Dieser räumliche Prozess wird als bedrohliches Szenario – beispielsweise als „Ghetto" – analysiert, dem mit spezifischen Formen städtischer Sozialpolitik begegnet werden muss. In Deutschland etwa soll die „Soziale Stadt" Entwicklungspotentiale für migrantisch geprägte „soziale Brennpunkte" identifizieren und ihre marginalisierten Bewohner_innen – oftmals People of Color[11] – über das „Quartiersmanagement" aktivieren.

Loïc Wacquant theoretisiert urbanisierte Sozialpolitik als „territoriale Stigmatisierung", die einer neoliberalen Stadtpolitik inhärent ist. Sie ist mit der Herausbildung einer negativ bewerteten Adresse verknüpft, die ihre Bewohner_innen stigmatisiert (Wacquant 2007). Jedoch handelt es sich nicht nur um eine territoriale Stigmatisierung, sondern auch um eine rassifizierte Stadttopologie. Denn Adressen sind keinesfalls nur neutrale Markierungen, sondern transportieren rassifizierte mediale und

[10] Die angetroffenen Straßenhändler an den Standorten waren i.d.R. männlichen Geschlechts, während meiner teilnehmenden Beobachtung traf ich auf eine einzige weibliche Straßenhändlerin. Ich erfuhr von anderen weiblichen Straßenhändlerinnen, die jedoch an anderen Standorten arbeiteten.

[11] Vgl. ausführlich zur Bedeutung und Nutzung der Begrifflichkeit in Kapitel I3.1.3.

sozialpolitische Diskurse, die mit der Problematisierung von Religion, Migration, Armut, Kriminalität – kurzum dem postkolonialen Anderen – einhergehen. Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, wie ein Recht auf Stadt für den postkolonialen Anderen am Beispiel von Straßenhandel als räumlicher Praxis formuliert werden könnte.

1.1 Straßenhandel als Forschungsfeld

Die Formen und Ausprägungen des Straßenhandels sind vielfältig und unterscheiden sich nach angebotener Ware, durch die benutzen Verkaufsstände und -formen, den diversen Verkaufsorten und -routen in der Stadt, den jeweiligen gesetzlich geltenden Regularien und den Straßenhändler_innen mit ihren unterschiedlichen Subjekt-positionen, die über ihre jeweiligen Herkünfte und persönlichen Hintergründe Auskunft geben. Auch wenn es weltweit vergleichbare Formen des Straßenhandels gibt, bildet jede Stadt aufgrund ihrer kommunalen Bestimmungen im Straßenrecht, der Situation auf dem Arbeitsmarkt und der städtischen Ökonomie, den lokalen historischen Traditionen, und der kulturellen Wahrnehmung öffentlicher Räume, eine eigene Landschaft der Möglichkeiten und Verbote von Straßenhandel aus.

Ray Bromley, Professor für Geographie und Planung an der Universität von Albany, blickt nach über 25 Jahren der Forschung, in denen er in vielen entwicklungspolitischen Projekten in der sog. Dritten Welt involviert war, auf die unterschiedlichsten Varianten des Straßenhandels, und beschreibt diese in seinem Artikel „Street vending and public policy: a global review“ (Bromley 2000). Seiner Ansicht nach lassen sich die Hauptunterschiede zwischen den unterschiedlichen Formen des Straßenhandels grob in die Bereiche Zeit, Raum und Ökonomie unterteilen. Denn der Variationsreichtum und die Kombinierbarkeit von unterschiedlichen zeitlichen Ressourcen mit dem jeweiligen vor Ort verfügbaren Angebot an Waren und Dienstleistungen sind immens. Sie richten sich an unterschiedlichen Kundengruppen und erfüllen dabei unterschiedliche Funktionen. Die zeitliche Ausübung ist ein weiteres Differenzierungsmerkmal, da die Straßenhändler_innen sich danach unterscheiden lassen, ob sie in Voll- oder Teilzeit, am Tage oder in der Nacht arbeiten. Darüber hinaus gibt es Bereiche, in denen saisonal gearbeitet wird, je nach angebotener Ware oder Standort. Für die räumlichen Nutzungsstrategien differenziert er zwischen den mobilen und ortsfesten Händler_innen. Hier kann die Ausstattung sehr unterschiedlich sein, denn manche ortsgebundene Händler_innen verfügen über einen Kiosk oder einen permanenten Stand, andere nutzen einen Handkarren, der von einer Garage zu einem festen Standort

geschoben wird, ein weiterer Teil der Händler_innen legt die Waren auf einer Decke aus oder die Waren werden aus dem Bauchladen heraus angeboten. Letztere Form ist eine typische Verkaufsform für die mobilen, sich in Bewegung befindenden, Straßenhändler_innen in Berlin. Mobile Raumnutzungsstrategien werden mithilfe von Handkarren oder Fahrrad bzw. Dreirad oder mit dem eignen Körper tragend, umgesetzt. Das Angebot im Straßenhandel kann aus unterschiedlichen Waren oder Dienstleistungen bestehen, oder aus einer Mischung der beiden. Nach Bromley ist das Angebot in den meisten nordamerikanischen und europäischen Ländern schmal ausgerichtet und beschränkt sich auf den Verkauf von Souvenirs, Zeitungen und Süßwaren. Das sehr breite Angebot in vielen Städten der sog. Dritten Welt umfasst beispielsweise frisch zubereitete Speisen, Lebensmittel, Haushaltswaren, Kleidung und elektronische Geräte. Dienstleistungen wie Schuhe putzen, Haare schneiden, Dokumente schreiben und das weitläufige Feld der Reparaturen von Schuhen, Taschen, Kleidung und technischen Geräten sind als Formen der Straßenökonomie anzutreffen. Darüber hinaus werden manche Dienstleistungen auf der Straße angeboten und ausgehandelt, aber abseits der Straße ausgeführt, wie beispielsweise touristische Führungen, Tagelöhnerarbeiten im Garten, ambulante Messerschleiferei oder die „streetwalking prostitution“ (Bromley 2000:3). Global gesehen, ist das erzielte Einkommen im Straßenhandel im Verhältnis zur lokalen Verdienstsituation eher gering, obwohl es hierzu auch Ausnahmen gibt. Die meisten Händler_innen bestreiten ein Teil ihres Einkommens mit Tätigkeiten, die der Subsistenz dienen und Straßenhandel als Überlebensstrategie einsetzen, da nur in seltenen Fällen hierdurch ein höheres Einkommen erzielt werden kann. Aber es sind nicht nur die individuellen Arbeiter_innen, die die Straße als Arbeitsplatz nutzen, auch manche große Unternehmen schließen die Straße und den öffentlichen Raum als Ort des Verkaufs in ihrer Distributionskette ein (Bromley 2000:3).

Außerhalb des von Bromley beschriebenen Spektrum des Straßenhandels stehen seiner Ansicht nach der Markthandel, das Angebot von informellen öffentlichen Transportdienstleistungen, das Einsammeln von Müll, Flaschen und Altpapier, der Straßenreinigung, die vielen Aktivitäten im Bereich des Wachschutzes sowie das Betteln. Auch wenn eine Konzentration von Straßenhändler_innen eine Situation erzeugen kann, die einem Straßenmarkt ähnelt, ist diese vom Markthandel zu unterscheiden. Denn es handelt sich hier um eine eigenständige Form der städtischen Ökonomie, die auf dafür vorgesehene öffentliche oder private Flächen stattfindet, wie beispielsweise der

Flohmarkt auf dem Parkplatz, der wöchentliche Gemüsemarkt, oder der jährlich stattfindende Weihnachtsmarkt. Der Markthandel hat in der entwicklungspolitischen Forschung als eigenständige Ökonomie und Betrachtungsgegenstand weit mehr Aufmerksamkeit erfahren, wie der Straßenhandel (Bromley 2000:4).

Obwohl der Straßenhandel eine außerordentliche Vielfalt an Praktiken aufweisen kann, ist er vor allem an den Ort der Arbeit, nämlich an die Straße und den öffentlichen Raum gebunden. Aus diesem Grund analysiert Bromley den Straßenhandel in seinem Artikel nicht im Kontext übergeordneter Kategorien wie informeller Sektor, Untergrundökonomie, Dienstleistungssektor, etc., sondern beschränkt sich auf die Beschreibung der diversifizierten Praktiken im Straßenhandel und schreibt verallgemeinernd:

> „Street vending is simply the retail or wholesale trading of goods and services in streets and other related public axes such alleyways, avenues and boulevards." (Bromley 2000:1)

Diese Definition von Bromley gleicht zwei weiteren, die in einem wissenschaftlichen Projekt in Südostasien und für ein neues Gesetz in Indien entwickelt wurden. 1977 einigte man sich im Rahmen eines Forschungsprojektes zu Straßenhändler_innen in Südostasien „Hawkers in Southeast Asian cities: planning for the bazaar economy" nach langer Diskussionen auf folgende Definition:

> „[…], it was decided to define hawkers as those people who offer goods or services for sale from public spaces, primarily streets and pavements." (McGee und Yeung 1977:25).

Im Jahr 2009 hat Indien im Rahmen der Verhandlungen mit der „National Association of Street Vendors in India (NASVI)" eine „National Policy For Urban Street Vendors" aufgelegt, in der Straßenhandel folgendermaßen definiert wird:

> „A street vendor is broadly defined as a person who offers goods for sale to the public without having a permanent built up structure but with a temporary static structure or mobile stall (or headload). Street vendors may be stationary by occupying space on the pavements or other public/private area, or may be mobile in the sense that they move from place to place carrying their wares in moving trains, bus, etc.. In this policy document, the term urban vendor is inclusive for both traders and service providers, stationary as well as mobile

> vendors and incorporated all other local/region specific terms used to describe them, such as hawkers, pheriwalls, rehripati walla, footpath dukendars, sidewalk traders, etc."[12]

Die Definitionen zeigen, dass die Bezeichnungen des Straßenhandels divers sind. Im anglophonen Raum können die Begriffe *street peddlers*, *street hawkers* und *street vendors* synonym verwendet werden, sind aber in ihrer Häufigkeit regional unterschiedlich ausgeprägt. In vielen afrikanischen und asiatischen Ländern, in denen die Verkehrssprache Englisch ist, ist die übliche Selbstbezeichnung *street hawker* und *informal trader* üblich, in lateinamerikanischen Ländern die Bezeichnung *Ambulantes* und *Comerciantes.* [13]

Alle Definitionen betonen trotz der Unterschiede und Varianten, die es gibt, den Ort der Straße als Arbeitsplatz für diese Ökonomie. Und es ist dieser Arbeitsplatz, der in den Städten zu Konflikten über die Nutzung, den Aufenthalt, die Erscheinung, und um die Repräsentation öffentlicher Räume im Verständnis einer modernen Stadt führt. Daher ist es verwunderlich, obwohl der Straßenhandel überall in den Städten der Welt zuhause und zu den typischen Ausprägungen des Urbanen gehört, dieser in der Stadtforschung und in den räumlichen Planungswissenschaften zu den Marginalien der Forschung zählt. In der westlich geprägten Konstruktion von moderner Urbanität wird der Straßenhandel nicht als eine erwünschte Nutzung städtischer Räume angesehen, weil die damit verbundenen Praktiken als informell, klandestin und unzeitgemäß gelten. Daher wird in stereotyper Weise die Existenz von Straßenhandel häufig als Zeichen von Armut und Störung der öffentlichen Ordnung interpretiert, der nicht zum Bild der gepflegten, sicheren und sauberen Stadt zugehörig empfunden wird.

Obwohl es sich beim Straßenhandel um ein alltägliches Phänomen urbaner Kultur handelt, ist dieser insbesondere für die westlichen Städte wenig untersucht worden. Die Grafik (Abb. 1) stellt eine Übersicht von Artikeln zu *street vending* in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Urban Studies" dar (1995-2011). Die wenigen Artikel beziehen sich in der Mehrheit auf Städte des globalen Südens, wie afrikanische,

---

[12] http://mhupa.gov.in/policies/natpol.htm, Letzter Zugriff am 02.08.2010.

[13] Vgl. die Übersicht von organisierten Straßenhändler_innen auf der Webseite von StreetNet International – eine transnational agierende Organisation, die den Austausch von Ideen zwischen Straßenhändler_innen, der Organisierung und der Interessenvertretung von Straßenhändler_innen auf internationaler Ebene zum Ziel hat (www.streetnet.org.za, Letzter Zugriff am 02.08.2014).

asiatische und lateinamerikanische Städte. Vereinzelt liegen Studien zu Städten in den USA oder zu Europa vor.

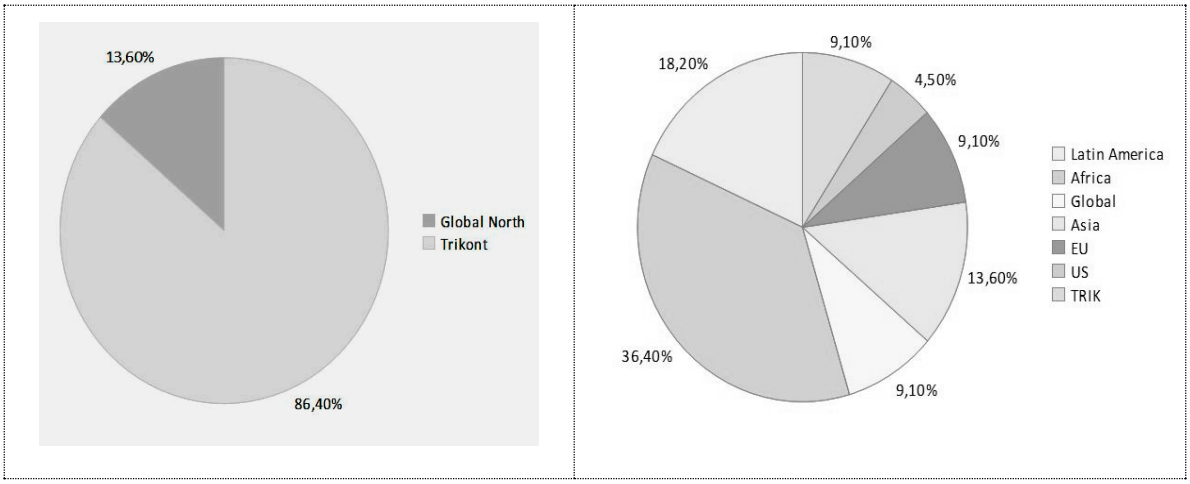


Abbildung 1: SAGE: Journal Urban Studies, Artikel zu „Street Vending", Übersicht der untersuchten Städte. Eigene Darstellung

Ich begreife meine Arbeit über den Straßenhandel in Berlin als ein De-zentrieren allgemeiner Wissensbestände, sowie ein Verständnis darüber zu entwickeln, warum der Straßenhandel für die Bedeutung der modernen Stadt eine marginale Rolle spielt. Denn die dargelegte Forschungslücke gilt es nicht nur zu schließen, sondern auch zu erkunden. Warum ist dieses bekannte und allseits anzutreffende Phänomen in der städtischen Forschung und Planungstheorie bisher vernachlässigt worden? Um diese Frage zu beantworten ist es nötig zu verstehen, in welchen Regionen und Kontexten der Straßenhandel untersucht wurde – und unter welchen theoretischen Implikationen – sowohl das Kulturelle, das Ökonomische, aber auch das Politische betreffend.

Einer der Schlüsselmomente liegt in der begrifflichen Definition von „informeller Ökonomie", die vor allem in den Städten des globalen Südens in den 1970er Jahren beschrieben wurde. Die dortigen urbanen Ökonomien waren mit dem Verständnis von formellen Ökonomien nicht vergleichbar und wurden als „informelle", in Abgrenzung zur formellen Ökonomie, bezeichnet. Diese Definition impliziert weder eine qualitative noch eine quantitative Aussage, sondern lediglich die Einschreibung eines Verhältnisses zwischen formell und informell. In Kapitel 4 sind die unterschiedlichen Deutungen, ob quantitativer oder qualitativer Definition beschrieben und diskutiert. Der Begriff der „Informalität" ist daher ein zentraler und übergreifender Begriff, der sich im Verhältnis zum Formellen situiert. Der Straßenhandel wird in diesem Kontext als paradigmatische urbane Ökonomie für die Beschreibung des Informellen angenommen, weil dieser sich durch seine Praxis im öffentlichen Raum exponiert und durch unternehmerische

Individuen geprägt wird. Jedoch vernachlässigt dieser Blick auf den Straßenhandel die prekären Arbeitsbedingungen und die Auseinandersetzung um räumliche Teilhabe, die nicht nur als „informelle Ökonomie“ theoretisiert werden können, sondern auch im Kontext des globalen Strukturwandel und räumlicher Verteilungskämpfe analysiert werden muss.

1.2 Hypothesen

Während unterschiedlichste Menschen als ambulante Händler sich täglich auf städtischen Straßen und Plätzen bewegen, sichern sie ihre ökonomische Existenz. Sie bilden eine randständige Ökonomie, deren migrantische Subjekte überwiegend aus den postkolonialen Peripherien der globalisierten Welt kommen. Solche alltäglichen Stadtszenen stellen „glokalisierte“ Begegnungs- und Verdichtungsräume dar und machen die Globalisierung der westlichen Metropole augenfällig. Der Begriff der „Glokalisierung“ beschreibt die räumliche und zeitliche Gebundenheit von lokalen und globalen Prozessen und verweist auf das Ineinandergreifen skalierter Betrachtungsebenen, die nicht voneinander unabhängig, sondern aufeinander bezogen sind (Robertson 1998).

Gerade am Beispiel der städtischen Existenz und der sozialen Situiertheit von rassifizierten[14] Straßenhändlern entfaltet sich eine weitgespannte gesellschaftliche Problematik, die den Analyserahmen meiner Untersuchung darstellt und auf das komplexe Verhältnis zwischen Exklusion und urbaner Raumnutzung, Ethnisierung und Migration sowie informeller Arbeit, Illegalisierung und Prekarität verweist.

Im Zuge der Neoliberalisierung von Wirtschaft und Politik[15] hat sich die Rolle der [städtischen] Regierung radikal verändert, weil diese sich nicht mehr an Wohlfahrtstaatlichkeit orientiert, sondern zu einem Agenten des neoliberalen Projektes geworden ist:

> „The fundamental mission of the neo-liberal state is to create a ‚good business climate‘ and therefore to optimize conditions for capital accumulation no matter

[14] Davon ausgehend, dass Rassismus eine gesellschaftliche Konstruktion ist und soziale Prozesse strukturiert, beschreibe ich diese Prozesse als „Rassifizierung“ (Vgl. ausführlich hierzu Kapitel 5.2).

[15] Hierunter verstehe ich nicht nur neoliberale Positionen in der Politik, sondern auch „das gesellschaftspolitische Projekt des Neoliberalismus“ (Butterwegge, Lösch und Ptak 2008:11), wie es sich in den veränderten Strukturen der Administration, der Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe niederschlägt.

> what the consequences for employment or social well-being are.“ (Harvey 2006:25)

Die Legitimation für diese staatlichen Politiken leiten sich aus einem dominant gewordenen Leitprinzip ab, welches Individualität ins Zentrum stellt und jeglichen Formen der Vergesellschaftung und Solidarisierung feindlich entgegensteht.

> „Internally, the neo-liberal state is hostile to (and some instances overtly repressive of) all forms of social solidarity (such as the trade unions or other social movements that acquired considerable power in the social democratic state) that put restraints on capital accumulation.“ (Harvey 2006:26)

In diesem Transformationsprozess wandeln sich die Aufgaben der Regierung von einem versorgenden zu einem fordernden Staat. Margit Mayer unterscheidet hierfür die Phase des „Roll-back“ in den 1980er-Jahren und der „Roll-out“-Phase in den 1990er Jahren (Mayer 2007:91ff.). Die erste Phase war gekennzeichnet vom Ersatz distributiver Politiken gegen Maßnahmen, die die städtische Konkurrenz stärken sollten, und die zweite Phase wurde durch neue Diskurse der Reformen und neue partnerschaftliche Programme[16] bestimmt. Diese zweite Phase hat im Ergebnis dazu geführt, dass die bisherigen Grundlagen für einen generalisierenden Widerstand gegen neoliberale Politik ausgehöhlt und widerständige Räume eingegrenzt wurden. Henrik Lebuhn arbeitet vor dem Hintergrund des veränderten Staates die Schlüsselrolle der Stadtpolitik und des Städtischen heraus, weil „Städte und Kommunen [...] wichtige Agenten [sind], die die spezifische politisch-ökonomische Form begründen, in der diese Prozesse artikuliert werden, [...]“ (Lebuhn 2008:11). Dies führt dazu, dass diese Politik die soziale Ungleichheit nicht nur intensiviert, sondern auch produziert.

Die Produktion dieser sozialen Ungleichheit bezeichnet Loïc Wacquant als „advanced marginality“, die das neue Regime der Marginalität kennzeichnet (vgl. Wacquant 2007). Anhand seiner vergleichenden Studie zu den französischen *Banlieues* und dem US-amerikanischen *Ghetto* entwirft er eine Analyse der räumlichen Marginalisierung, die sich durch drei räumliche Eigenschaften auszeichnet: der territorialen Fixierung und Stigmatisierung, der räumlichen Entfremdung und Entflechtung der Orte, sowie dem

[16] Für die Berliner Stadtplanung ist die Entwicklung des Potsdamer Platzes in einer *Public-Private-Partnership* ein prominentes Beispiel.

Verlust von informellen und nachbarschaftlichen Hilfen und dem Aufstieg informalisierter und prekarisierter Ersatzökonomien. Es gibt Indizien dafür, dass seine Feststellung einer „advanced marginality" auch in Berlin anzutreffen ist. Die territoriale Stigmatisierung versetzt das adressierte Territorium außerhalb der Norm, und vereinfacht es der öffentlichen Hand, besondere und abweichende Maßstäbe und Politiken (Wacquant 2007:69) durchzusetzen. Die mediale Skandalisierung der Rütli-Schule in Neukölln bzw. des Bezirkes Neukölln einerseits, und andererseits die Korrespondenz zwischen der Ausweisung von „kriminalitätsbelasteten Orten"[17] und Quartieren im Programm „Soziale Stadt" sind Indizien für den von Wacquant beschriebenen Prozess. Der räumliche Entfremdungsprozess zwischen den stigmatisierten Gebieten und dem Rest der Stadt wird in Berlin meines Erachtens durch den stadtsoziologischen Diskurs der „Europäischen Stadt" begünstigt, welcher den Prozess der Hauptstadtwerdung und die städtebauliche Entwicklungen in der Postwendezeit wesentlich prägte. Dieser Diskurs produzierte nicht nur eine ethnisierende städtische Identität (die europäische), sondern privilegierte bürgerlich normative Idealvorstellungen von öffentlichem Raum unter Bezugnahme auf Weber und Habermas (Siebel 2006:13ff.). Es ist daher zu fragen, welche Nähe diese Diskurse und Entwicklungen in Berlin zu der von Wacquant beschriebenen „advanced marginality" aufweisen und als Territorialisierung sozialer Verhältnisse im Prozess der Neoliberalisierung analysiert werden können und in welchem Zusammenhang diese Prozesse zum Entstehen und zur Regulierung von Straßenhandel stehen.

Den Ort zur Untersuchung des Straßenhandels, der gemeinhin mit der informellen Ökonomie in den Mega-Cities[18] assoziiert wird, lokalisiere ich entgegen diesen Vorstellungen in Europa, im Zentrum der deutschen Hauptstadt, im Bezirk Berlin-Mitte. Gerade in diesem Bezirk überlagern sich die Prozesse der Hauptstadtwerdung (Häußermann und Kapphan 2000; Binder 2009), der Gentrifizierung (Holm 2010) und

[17] Früher „gefährliche Orte". Es handelt sich hier um Gebiete, in denen die Polizei ohne Angaben von Gründen die Identität feststellen darf, aufgrund der vor Ort prognostizierten „Kriminalitätsbelastung" (vgl. Infoblatt Nr. 31 (2009) des Sozialpädagogischen Instituts Berlin (SPI) der Arbeiterwohlfahr zu „kriminalitätsbelasteten Orten" http://www.stiftung-spi.de/download/sozraum/infoblatt_31.pdf, Zugriff am 23.11.2012).

[18] Bei den Mega-Cities handelt es sich um die großen und schnell wachsenden Städte in Afrika, Asien und Lateinamerika. In der Megacity-Forschung hat Informalität einen hohen Stellenwert, weil ein großer Teil der urbanen Wachstumsprozesse als informell bezeichnet werden kann, vgl. auch das aktuelle DFG Schwerpunktprogramm „Megastädte: Informelle Dynamik des Globalen Wandels". http://www.megacities-megachallenge.org/ Zugriff am 10. Juli 2013.

der Touristifizierung (Wöhler 2011) und betreffen unterprivilegierte Gruppen in spezifischer Weise. Vor diesem Hintergrund sind die von mir befragten Bauchladenhändler auf dem Alexanderplatz, am Berliner Dom, auf der Friedrichsbrücke und auf dem Hackeschen Markt unterschiedlicher Herkünfte die Alltagsexperten, um die Auswirkungen der gegenwärtigen Stadtentwicklung auf ihre Arbeitsbedingungen und soziale Situation zu analysieren.

Im Rahmen meiner Untersuchung setze ich mich mit dem Straßenhandel nicht als Untersuchungsobjekt in einer Stadt des globalen Südens, sondern als eine marginalisierte Form des ökonomischen Handelns in einer Europäischen Stadt auseinander. Diese Verortung widerspricht der eurozentristischen Wissensproduktion in den räumlichen und planungstheoretischen Wissenschaften, welche die Städte des globalen Nordens als Zentren der Finanz- und Kapitalmärkte über die in dieser Hinsicht unbedeutenden und darüber hinaus meist nur negativ behafteten Mega-Cities des globalen Süden stellen (Robinson 2002:531). Im Unterschied zu den westlichen „Kulturmetropolen“ würden die informell wachsenden Mega-Cities für die Theoretisierung des Städtischen nur eine unerhebliche Ressource darstellen (Roy 2005:142). Postkoloniale Stadtforscher_innen haben daher wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass die Städte des Südens in der Geographie der Wissensproduktion des Städtischen nicht erfasst sind, weil sie auf wirtschaftliche Faktoren reduziert wurden oder wie Robinson schreibt:

> „In both the broader and the more narrow economistic approach to identifying world cities, a view of the world of cities emerges where millions of people and hundreds of cities are dropped off the map of much research in urban studies, to service one particular and very restricted view of significance or (ir)relevance to certain sections of the global economy.“ (Robinson 2002:535)

Hypothese I „Informalität und postkolonialer Alltag“

Mein Forschungsdesign zielt darauf ab, die „asymmetrical ignorance“ (Roy 2009:820) in der Stadtforschung aufzubrechen, und mit der theoretischen Perspektive der städtischen Informalität den Straßenhandel und deren Subjekte zu untersuchen. Oren Yiftachel, Geograph, stellt 2008 fest, dass in der Zeit von 2005-2008 von 327 Artikeln in internationalen planungswissenschaftlichen Journalen nur drei Aufsätze sich mit der Frage von städtischer Informalität befassen – obwohl dieses Thema in der neuen Phase der globalen Urbanisierung eine dringliche Herausforderung an die planerische

Bewältigung von Stadtentwicklung darstellt (Yiftachel 2009b:96). Ich gehe davon aus, dass Informalität nicht ein Kennzeichen anachronistischer und abgewerteter Ökonomien ist, sondern ein systemisches Element der Neoliberalisierung von Politik und Wirtschaft. Diese Forschungsperspektive fragt daher am Beispiel des Straßenhandels, wie sich das Verhältnis von formeller Stadtpolitik und -planung und informellen Nutzungen und Praktiken gestaltet und aufeinander bezogen ist.

In dieser Auseinandersetzung bleibt die Frage nach der Form, der Nutzung, und der Problemlösungskompetenz einer kleinen professionalisierten Elite vorbehalten, während das Wissen und die Erfahrungen marginalisierter Akteure nicht zur Sprache kommt. Im Rahmen meiner Arbeit will ich einen herrschaftskritischen Dialog in Gang setzen, der die unterschiedlichen Interessen und Positionen zueinander ins Verhältnis setzt, um eine auch im internationalen Kontext weiterführende Perspektive für den Straßenhandel in der Berliner Stadtentwicklungspolitik zu gewinnen. Entlang der Darstellung des Alltags und der städtischen Produktion der migrantischen Straßenhändler_innen frage ich nach dem postkolonialen Alltag, der sich als urbane bzw. metropolitane Informalität artikuliert.

Hypothese II „Straßenhandel als rassifizierte Ökonomie“

Darüber hinaus betrachte ich Berlin als Hauptstadt eines untergegangenen Imperiums[19], in der nach wie vor koloniale Kontinuitäten präsent sind, die nicht nur die sozialen, sondern auch die räumlichen Verhältnisse strukturieren (vgl. Heyden 2002). Diese historischen und gesellschaftspolitischen Verflechtungen werden durch die bestehende, aber normalerweise verleugnete Kultur des Rassismus normalisiert und verstärkt. Vor diesem Hintergrund wirft die gesellschaftliche Existenz und die marginalisierte Alltagspraxis von migrantischen Straßenhändlern in einer Gesellschaft mit rassistischen Ausgrenzungen und diskriminatorischen Strukturen die Frage nach Effekten eines Widerstands sowohl in der körperlichen Performativität als auch im mikroökonomischem Alltagshandeln auf. De- und postkoloniale Stadtforschung begreift die Metropole nicht nur als Raum sozialer Ordnungen, politischer Institutionen und ökonomischer Akkumulationsprozesse, sondern auch in ihrer historischen Kontinuität zu kolonialen Praktiken und Denkmustern. Im übertragenen Sinne lässt sich für die

[19] In den anglophonen German Studies wird das Deutsche Kaiserreich (1871-1918) in der doppelten Bedeutung des Begriffs als „German Empire“ bezeichnet.

Gegenwart sagen, dass die Grenzen des Empires in den rassistisch segregierten Migrationsgesellschaften mitten durch die Städte verlaufen, die die zeitgenössischen Räume im Kampf um die Anerkennung kultureller Identitäten bilden. In diesem Kontext erfährt der Straßenhandel nicht nur eine Deklassierung als unerwünschte Nutzung im öffentlichen Raum, sondern auch eine Ethnisierung durch rassistische Zuschreibungen, die auf die Delegitimierung dieser städtischen Praxis abzielt. Kolonialen Logiken tragen dazu bei, nicht nur verschiedene Menschen, sondern auch ökonomische Praktiken und städtische Räume zu rassifizieren, wenn sie als „andere" markiert werden, nämlich als „ethnisch", „migrantisch", oder „ausländisch".

Hypothese III „Das Regime der Stadtpolitik als neoliberaler Agent"

Die lokale Stadtpolitik von Berlin befindet sich nicht nur in Konkurrenz zu anderen Städten um die besten Standortbedingungen für die globalisierten Finanz- und Dienstleistungsindustrien, sondern ringt auch um die kulturelle Deutungshoheit der wiedervereinigten nationalen Repräsentation, die sich städtebaulich abbilden soll. Die Virulenz dieser Frage zeigt sich auch über 20 Jahre nach der Wiedervereinigung am Beispiel der Auseinandersetzung um den Palast der Republik und der Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses (Binder 2009). Die urbane Architektur und die räumliche Planung spielen in diesem Kontext eine wichtige Rolle, da sie die machtbesetzten Visionen der symbolischen Repräsentation der Stadt mit ihren in- wie auch exkludierenden Bildern liefern. Allerdings ist dieser Prozess ästhetisch, sozial und politisch umkämpft, da diese Entwicklung privilegierte Gruppen und dominante Interessen protegiert und gesellschaftlich Randständige ausgrenzt, weil der Umbau der Stadt zu einem Unternehmen die Trennung zwischen öffentlichen und privaten Institutionen sowie Räumen verwischt. Die Verknüpfung nationalstaatlicher Repräsentationsräume mit den Entwicklungszielen unternehmerischer Stadtentwicklung tragen dazu bei, die sozialräumlichen Unterschiede zu vertiefen und die sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Zugänge für marginalisierte Bewohner_innen der Stadt zu erschweren und die Zugangsmöglichkeiten für mikroökonomische Praktiken, wie den Straßenhandel, im öffentlichen Raum zu limitieren.

Der Straßenhandel in Berlin hat eine lange Geschichte, die eng mit Fragen von Urbanität und gesellschaftlichen Verhältnissen verbunden ist. Daher halte ich die Erforschung der Praktiken und Prozesse rund um den Straßenhandel besonders geeignet, um die

sozialen und städtischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu identifizieren, zu beschreiben und zu reflektieren. Ich gehe davon aus, dass es sich bei öffentlichen Räumen nicht um neutrale Orte handelt, sondern um politische Orte der Repräsentation – insbesondere, wenn der öffentliche Raum als zentraler Ort der Stadt, des Landes und der Nation markiert wird bzw. werden soll. Vor diesem Hintergrund zeigt der Kontrast zwischen den migrantischen Perspektiven und den nationalstaatlichen Repräsentationsräumen die Dimension der Anerkennung von Differenz und/oder der Dimension von Diskriminierung.

1.3 Forschungsfragen

Davon ausgehend, dass der migrantische Straßenhandel in Berlin-Mitte von Marginalisierungsprozessen gekennzeichnet ist, stehen die Erfahrungen und Praktiken der betroffenen Straßenhändler im Zentrum der Arbeit. Diese Prozesse speisen sich aus der Kommodifizierung öffentlicher Räume, der Prekarisierung der Arbeit, der Ethnisierung eingewanderter Menschen, dem strukturellem Rassismus in Deutschland sowie der Informalisierung des Städtischen. Diese unterschiedlichen Prozesse beziehen sich aufeinander, verdichten sich und prägen eine Stadtlandschaft, in der sich postkoloniale Migrant_innen orientieren müssen, um sozio-ökonomisch, rechtlich und kulturell überleben zu können.

In der kritischen Auseinandersetzung mit den dominanten Trends in der Berliner Stadtentwicklungspolitik wurden von einem breiten Bündnis mit Stadtforscher_innen, kommunal Aktiven und unterschiedlichen NGOs Alternativvorschläge für eine soziale und offene Stadt als „Recht auf Stadt“[20] formuliert und in die politische und wissenschaftliche Diskussion eingebracht. Prominentes Beispiel hierfür ist der Widerstand gegen die Entwicklungsplanung „Mediaspree“. Die Initiative *Mediaspree versenken* hatte 2008 mit einem erfolgreichen Bürgerentscheid gegen die dortige Planung an der Spree in Kreuzberg interveniert. Seit 2011 organisieren sich die Mieter_innen in Kreuzberg am Kottbusser Tor in der Initiative *Kotti & Co* gegen die drastischen Mietsteigerungen in ihrem Wohngebiet und skandalisieren die Vertreibung von Menschen aus jahrzehntelang gewachsenen Nachbarschaften. Unter dem Motto „Recht auf Stadt“ organisieren sich in anderen Städten Deutschlands kritische Stimmen

[20] Von dem französischen Stadtsoziologen Henri Lefèbvre inspiriert, der darin ein Recht auf Teilhabe an städtischer Zentralität proklamiert.

gegen städtische Entwicklungs-planungen, die Prozesse der Gentrifizierung befördern. In den USA bildet die *Right to the City*-Bewegung eine Allianz von unterschiedlichen Organisationen, die sich gegen Gentrifizierung und Verdrängung von einkommensschwachen Haushalten aus gewachsenen Nachbarschaften wehren. Für diese Untersuchung stellt sich daher die Aufgabe stadtentwicklungspolitische Folgerungen abzuleiten, die sich aus dem analysierten Verhältnis zwischen der randständigen Ökonomie des Straßenhandels und der sozialen Prekarisierung post-kolonialer Migrant_innen im Zentrum der Stadt ergeben. Vor dem Hintergrund neoliberalisierter städtischer Politiken und der selektiven wie ausgrenzenden Arbeitsmigrations- und Integrationspolitik kann die Analyse der Lebenssituation migrantischer Straßenhändler im öffentlichen Raum nicht zuletzt als eine exemplarische Fallstudie der diskriminatorischen Effekte dieser Politik aufgefasst werden.

Von der Analyse dieser Fragenkomplexe ausgehend, ziehe ich Rückschlüsse auf mögliche Konsequenzen für die städtische Solidargemeinschaft, da die gegenwärtigen stadtentwicklungspolitischen Zielstellungen zu einer Vertiefung sozialer Ungleichheiten führen kann. Um die Perspektive vom Zentrum auf die Ränder zu verlagern, bedarf es einer kontinuierlichen Reflektion der eigenen Position gegenüber dem eigenen Forschungsdesign und einem kritischen Verständnis theoretischer Ansätze. Nach wie vor mangelt es oft an einer profunden Analyse, wie „Ethnizität“ und „Rasse“ die soziale Lebenswelten der neu Eingewanderten wie der alteingesessenen Postmigrant_innen[21] beeinflusst und in die bestehenden stadträumlichen Aufteilungen und Hierarchien integriert werden. Daher berücksichtige ich in meiner Forschung die intersektionalen Überschneidungen der sozialen Kategorien Klasse, Gender und „Rasse“, um einerseits auf bestehende Forschungsdefizite gerade im deutschsprachigen Raum hinzuweisen und anderseits auf die Notwendigkeit zu einer Dekolonisierung der unhinterfragt eurozentristisch ausgerichteten Stadtforschung aufmerksam zu machen. So tragen die stadtsoziologischen Diskurse dazu bei, gerade postkoloniale Migrationsprozesse aus Asien, Afrika und Lateinamerika nach Deutschland vornehmlich als problembehaftetes Handlungsfeld[22] darzustellen, während das Feld des migrantischen Straßenhandels als

[21] Begriff von Shermin Langhoff, der ehemaligen künstlerischen Leiterin am Ballhaus Naunynstraße, jetzt Intendantin am Maxim-Gorki-Theater Berlin. Sie rückt mit diesem Begriff die Frage nach dem Abschluss des Einwanderungsprozesses bei seit langer Zeit in Deutschland lebenden Migrant_innen in den Fokus der Diskussion.

[22] Kritisch hierzu „Urban Recycling – Migration als Ressource“ (Yildiz und Mattausch 2009).

Form der legitimen Nutzung des öffentlichen Raums als Forschungsthema weitgehend unsichtbar gemacht wird. Ausgehend von den später ausführlicher analysierten sozio-kulturellen Raumnutzungsstrategien der migrantischen Straßenhändler zur Sichtbarmachung und Aufwertung ihrer marginalisierten Position im Stadtzentrum, ihren Aushandlungs- und Widerstandsversuchen gegenüber staatlichen Kontrollen und den Routinen ihrer alltäglichen Arbeit auf der Straße frage ich nach den planerischen Perspektiven für diskriminierungsärmere Räume bzw. der Möglichkeit einer aktiven anti-diskriminierenden Planungspraxis in der Stadtentwicklung. Um die Vielschichtigkeit und Verwobenheit dieser urbanen Diskriminierungs- und Exklusionsprozesse nachvollziehen zu können, stellt diese Studie folgende Fragekomplexe:

Informalität und postkoloniale Alltagserfahrungen

Die erste Perspektive fragt nach den Erfahrungen und Arbeitsbedingungen der migrantischen Straßenhändler. Wie tragen diese vielschichtigen Prozesse zur Lebenswirklichkeit der Straßenhändler_innen bei? Über welche Erfahrungen und welches Wissen verfügen sie? Welche Bedürfnisse stehen für sie im Mittelpunkt ihrer Arbeitspraxis? Was sind die kennzeichnenden Arbeitsbedingungen? Wie wirken sich die institutionellen Regulierungspraktiken auf ihre ökonomische Existenz aus? Werden stadtpolitische Interessen und Positionen entwickelt oder vertreten? Wenn ja, welche? Wie kann migrantischer Alltag theoretisiert werden? Kann vor diesem Hintergrund der Straßenhandel als migrantische Alltagspraxis erörtert werden? In welchem räumlichen Setting findet der Straßenhandel statt? Inwiefern sind koloniale Kontinuitäten in den Erfahrungen der Straßenhändler of Color festzustellen, um diese als „postkoloniale" theoretisieren zu können?

Strukturelle Diskriminierung, migrantische Arbeit und Existenzgründungen

Die zweite Perspektive fragt nach der strukturellen Bedeutung migrantischer Arbeit in Berlin, vor allem im Bereich der Existenzgründung und Selbstständigkeit aus einer rassismuskritischen Perspektive. Welche wirtschaftspolitische Bedeutung haben „ethnische Ökonomien" in Berlin? Welchen strukturellen Beschränkungen und Besonderheiten sehen sich migrantische Selbstständige konfrontiert? Wie sehen diese institutionellen Rahmenbedingungen in der Praxis aus? Wie haben sich migrantische Organisationen wie die *Gesellschaft für urbane Wirtschaft, Beschäftigung und Integration*

(GUWBI e.V.) artikuliert, so dass ihre Forderungen und Vorstellungen sich in einem Aushandlungsprozess mit den Betroffenen wie der Administration befinden?

Regulationsregime, Stadtpolitik und Paradigmen der Hauptstadtwerdung

Der dritte Fragekomplex fragt nach den administrativen Praktiken und Regulierungen bezüglich der (Sonder-)Nutzungen im öffentlichen Raum. Welche stadtentwickungs- und wirtschaftspolitischen Ziele sind vom Land Berlin formuliert worden? Wie wirken sich diese Ziele auf die Nutzung und Regulierung des öffentlichen Raums aus? Wie tragen gesetzliche Bestimmungen und formalisierte Steuerungsinstrumente zum Ausschluss oder zur Informalisierung der Straßenhändler_innen bei? Welche Kontrollpraktiken werden von Ordnungsamt und Polizei durchgeführt? Wie sieht die Verwaltungspraxis auf Bezirks- und Senatsebene aus? Welche stadtentwicklungspolitischen Diskurse legitimieren das Handeln der Verwaltung? Welche stadtpolitischen Diskussionen löst der Straßenhandel im Abgeordnetenhaus und in Bezirksverordnetenversammlungen aus? Warum wird die ökonomische Nutzung des öffentlichen Raumes nicht real in einem viel größeren Maß ermöglicht und gefördert, obwohl der Ruf nach Selbstständigkeit durch die Hartz-IV-Gesetzgebung vor allem erwerbslose Menschen adressiert? Warum werden niedrigschwellige Angebote für die ökonomische und sozio-kulturelle Raumnutzung an den attraktiven Standorten in der Stadt nicht zugelassen?

Diese drei Fragekomplexe werden im Verhältnis von unternehmerischer Stadtpolitik und struktureller Diskriminierung erörtert, um die angenommene Bedeutungslosigkeit von Straßenhandel infrage zu stellen. Meine Arbeit zielt darauf ab, einen kritischen Beitrag zur gesellschaftspolitischen Produktion von Raum zu leisten. Anhand der Untersuchung zum städtischen Straßenhandel in Berlin-Mitte reflektiere ich, inwiefern in den räumlichen Planungswissenschaften Ethnisierung virulent ist, gesellschaftliche Machtverhältnisse reproduziert und soziale Verhältnisse territorialisiert werden.

1.4 Aufbau der Arbeit

> „[...] theories have to be produced in place (and it matters where they are produced), but they can then be appropriated, borrowed, and remapped. In this sense, the sort of theory I am urging is simultaneously located and dis-located." (Roy 2009: 820)

In Anlehnung an Ananya Roys Gedanken zur gesellschaftlich und raumpolitisch kontextualisierten Verortung von Theorien ist diese Untersuchung in drei thematische

Schwerpunkte gegliedert, die auch als aufeinander aufbauende Arbeitsschritte dieser Studie zu begreifen sind. Die von Roys Zitat inspirierte Überschrift „Wissen produzieren" bezieht sich auf den Entstehungsprozess des Forschungsfeldes und seiner Theoretisierung im Kontext gesellschaftspolitischer Entwicklungen und Debatten. In diesem Sinne wird im ersten Schwerpunkt der Arbeit das analytische und theoretische Setting im Zuge einer selbst- und gesellschaftskritischen Befragung der eigenen wissenschaftlichen Zugänge und Produktionsbedingungen der Forschenden entwickelt, um im nächsten Arbeitsschritt den Straßenhandel in Berlin multiperspektivisch zu kontextualisieren. Der erste Schwerpunkt „I WISSEN PRODUZIEREN" befasst sich mit der Wissenschaft als forschender Praxis und fragt nach dekolonialen Ansätzen für die Stadtforschung, die für diese Arbeit herangezogen werden.

Der zweite Teil der Arbeit ist mit „II BERLIN VERORTEN" überschrieben und perspektiviert die Analyse des Straßenhandels aus verschiedenen Richtungen. Daher ist der zweite Teil in vier Kapitel unterteilt. Die ersten drei Kapitel des zweiten Teils stellen die theoretischen Hinführungen der einzelnen Perspektiven dar, wie ich sie als Hypothesen und Fragestellungen im ersten Kapitel formulierte, um dann im vierten Kapitel des zweiten Teils die empirischen Befunde für die hier beforschte Praxis des migrantischen Straßenhandel im historischen Zentrum von Berlin zusammenfassend darstellen zu können.

Das Kapitel 4 „Urbane Informalität" entwickelt eine Perspektive auf den Straßenhandel im Kontext der Informalitätsforschung. Hier wird der Aufforderung von Ananya Roy, „Dritt-Welt-Fragen" an die westliche moderne Stadt zu stellen, nachgegangen (Roy 2003: 468). Hierfür ist es nötig, die Debatten von Prekarität und Informalität einzuführen und zu diskutieren. Aus einer postkolonialen Perspektive interveniere ich und formuliere einen Ansatz der „metropolitanen Informalität", welcher die postkolonialen Alltagserfahrungen der Straßenhändler in den Mittelpunkt stellt. Informalität wird daher als ein Verhältnis analysiert, welches Aufschluss über städtische und gesellschaftliche Entwicklungen gibt.

Im fünften Kapitel „Rassismus, migrantische Ökonomie und ethnisierte Ökonomien in Berlin" wird die Bedeutung des Straßenhandels als migrantische Existenzsicherung im Kontext struktureller rassistischer Diskriminierung entwickelt. Weil im stadtsoziologischen Diskurs rassismuskritische Ansätze kaum analytische Relevanz besitzen, werden hier sowohl Facetten und Auswirkungen struktureller Diskriminierung anhand

von Daten aus unterschiedlichen Studien nachgezeichnet als auch der Stand der kritischen Rassismusforschung eingeführt. Nach dieser Einführung werden „ethnische Ökonomien“ thematisiert, welche Definition hierfür zugrunde gelegt werden, um schließlich zu prüfen, ob ökonomische Bereiche und Praktiken ethnisiert werden und ob es sich beim Straßenhandel um eine „ethnische Ökonomie“ handelt.

Kapitel 6 „Berlin als unternehmerische Stadt“ verschränkt politökonomische Ansätze aus der Stadtforschung mit Ansätzen der dekolonialen Theorie. Dieses Kapitel überprüft Ansätze kritischer und politökonomischer Stadtforschung aus einer dekolonialen und rassismuskritischen Perspektive, um koloniale Kontinuitäten in der neoliberalen Stadt zu identifizieren. Zum einen wird die Relevanz der öffentlichen Räume im Kontext der unternehmerischen Stadt dargestellt, um diese dann in ihrer Bedeutung auf Berlin zu beziehen. Anhand der Touristifizierung von Berlin, insbesondere der historischen Mitte, konkretisiere ich die Neoliberalisierung von Stadtentwicklung, um darin die Bedeutung und Funktion des öffentlichen Raumes verorten zu können. Für die Identifizierung der kolonialen Kontinuitäten sind die transnationalen Übersetzungsprozesse zur revanchistischen Stadt aus dem US-amerikanischen Kontext in den deutschsprachigen/europäischen Kontext zu herangezogen worden, um die Auslassungen bzw. Bedeutungsverschiebungen zu identifizieren, die für die analytische Markierung von Rassismus und rassifizierter Prozesse im städtischen Raum sichtbar werden, aber in der politökonomischen Analyse ausgelassen wurden.

Für die Berliner Stadtentwicklung werden in diesem Kapitel zwei strukturierende Diskurse herausgearbeitet, die Entwicklungsbestrebungen von Berlin als „Metropole“ und als „Europäische Stadt“. Denn in diesem Rahmen erklären sowohl Funktion des öffentlichen Raumes von Berlin als auch die stadtpolitischen Interessen zu dessen Regulierung bzw. Entwicklung.

Nach diesen drei Kapiteln der theoretischen Hinführung erfolgt im siebten Kapitel die Beschreibung des „Straßenhandel in der „Contact Zone““ in Berlin-Mitte. In diesem Kapitel stelle ich die Geschichte des Berliner Straßenhandel, die derzeitigen Praktiken des Straßenhandels und dessen Regulierung im öffentlichen Raum dar. Anhand historischer Schlaglichter gebe ich eine kurze Geschichte des Straßenhandels in Berlin wieder. Darauf folgen die Ergebnisse aus der qualitativen Forschungsarbeit, die ich sowohl von den Orten her als auch von den Taktiken und Strategien her darstelle, um Einblicke in den Alltag der Straßenhändler in Berlin zu gewähren. Anhand

verschiedener Lokalitäten in der Stadt beschreibe ich den Alltag, den Stress, die Kooperationen der Männer of Color, wenn sie in der historischen Mitte von Berlin Straßenhandel betreiben. Daran anschließend stelle ich das Regulationsregime für den öffentlichen Raum dar und beziehe diesen auf den städtischen Alltag für den Straßenhandel. Den Abschluss bildet die Darstellung der Perspektive von Administration und migrantischen Existenzgründungsberatungen, die als weitere städtische Akteure in den urbanen Produktionsprozess eingebunden sind, um deren Blick auf die Nutzung von Straßenhandel im öffentlichen Raum nachzuvollziehen.

Im letzten und abschließenden Teil „III STADTPLANUNG DEZENTRIEREN“ werden zwei weitere Beispiele von Straßenhandel herangezogen. Das erste Beispiel befasst sich mit dem über die Berliner Stadtgrenzen bekannten *foodmarket* im Preußenpark, der auch als „Thaipark“ oder „Thaiwiese“ bekannt ist. Hier handelt es sich um eine selbst-organisierte und langjährige Praxis einer migrantischen Community, die auf Formen der informellen Ökonomie zurückgreift um solidarische und kulturelle Netzwerke zu pflegen. Diese Praxis fordert seit Jahren die Bezirksverwaltung heraus und kann als weiteres Beispiel für die Herausforderungen einer interkulturell kompetenten und anti-diskriminierenden Verwaltung gesehen werden. Das zweite Beispiel wirft einen exkursorischen Blick über den Atlantik nach New York City auf die Strukturen des Straßenhandels sowie der Selbstorganisation und Kooperation. An diesem Beispiel wird ein weiteres Entwicklungsmodell für den gesellschaftlichen und administrativen Zugang zum Straßenhandel zur Diskussion gestellt. Der transatlantische Blickwinkel erweitert den Forschungshorizont und hilft die Begrenzungen und Potentiale des Straßenhandels in Bezug auf die Förderung einer offenen und solidarischen Stadtkultur zu diskutieren. Da diese ökonomische Praxis Kommunikationsprozesse und die Einbeziehung marginalisierter Subjekte in den öffentlichen Raum ermöglicht, könnte sowohl die Repräsentation der migrantischen Straßenarbeiter als auch die interkulturelle Öffnung der Stadtgesellschaft positiv beeinflusst werden. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass der Straßenhandel eine wachsende Bedeutung als migrantische Überlebensökonomie einnimmt und soziokulturelle Netzwerke etabliert, die praktische Selbstorganisations- und Solidaritätsprozesse in Gang setzen. Obwohl (oder weil) New York City häufig als Laboratorium der neoliberalen Weltmetropole betrachtet wird, macht eine vergleichende Betrachtung des gegenwärtigen Status und die unterschiedlichen

Regulationen des Straßenhandels deutlich, dass die Potentiale dieser urbanen Ökonomie in Berlin unterschätzt werden und deswegen ungenutzt bleiben.

Darüber hinaus liefert der vergleichende Blick nach New York neue Impulse für Planungstheorie und -praxis. Im abschließenden Kapitel werden daher diese Impulse für die Frage des Rechts auf Stadt und auf diskriminierungsfreie Räume als planungsrelevante Fragen herausgearbeitet. Zentral ist hier die Frage nach der Produktion von Solidarität und der Demokratisierung des Städtischen. Den Ausgangspunkt bilden fragmentierte soziale Auseinandersetzungen und widerständige Praktiken, um mögliche Perspektiven politisierter und widerständiger Planungspraxis abzuschreiten und als anwendungsorientierte Zielrichtung der Arbeit zu formulieren. Die vielschichtigen Machtbeziehungen, die in die Produktion des Raumes verwoben sind, gilt es in dieser Arbeit freizulegen, um nicht nur die Vermittlung dominanter Interessen über städtische Planung und Stadtpolitik nachvollziehen zu können, sondern auch kritische Alternativen zu entwickeln, die sich der Demokratisierung des Städtischen und einer aktiven Anti-Diskriminierung verpflichtet sieht.

Zum Abschluss werden im letzten Kapitel, die empirischen Befunde mit den theoretischen Annahmen verknüpft und diskutiert. Das neunte Kapitel „Urbane Dekolonisierung und das Recht auf Stadt“ fasst die Perspektiven auf den Straßenhandel in der unternehmerischen Stadt zusammen und formuliert emanzipatorische Prämissen, wie sie sich aus einer dekolonialen Analyse ableiten. Diese Prämissen adressieren sowohl eine kritische Diskussion um das Recht auf Stadt als auch Perspektiven für die planerische Praxis. Das Kapitel schließt mit der Darstellung von Potentialen des Straßenhandels im öffentlichen Raum für eine gerechtere und diskriminierungsärmere Stadt.

2 Stadtforschung dekolonisieren

2.1 Wissenschaft als diskursive Praxis

> „The idea that research is a part of social and historical relations, and produces rather than simply reflects what we are researching, is encapsulated in the conceptualizing of research as a discursive practice." (Gunaratnam 2003: 7)

Wissenschaft ist nicht nur eine beschreibende, sondern auch eine deutende Angelegenheit, die Gunaratman als „diskursive Praxis" bezeichnet. Diese diskursive Praxis zeichnet sich durch Kanonisierung von Wissen in den jeweiligen Disziplinen aus, durch die Priorisierung von Forschungsthemen und -bereichen und die Zirkulierung von Begrifflichkeiten. Mit dieser diskursiven Praxis gehen deutende Setzungen einher, wie wir uns und die anderen verstehen, eine Praxis, die sich in ihrer Diskursivität aufeinander bezieht und historisch gewachsen ist. Wie der postkoloniale Theoretiker Edward Said hervorragend gezeigt hat, war die Komplizität von Kultur und Wissenschaft in der Herstellung einer deutenden Wirklichkeit über den „Orient" und die funktionale Bedeutung von Wissenschaft im Kontext von Kolonialismus verortet (Said 1979). Die koloniale Funktionalität von Wissenschaft ist in manchen Disziplinen eng mit ihrer Entstehung als Fach verbunden – wie die Geographie im Zuge des Kolonialismus in die Welt zog, um diese zu kartieren (Shaw 2006), oder die Anthropologie als eine Disziplin, die die „Wilden"/„Primitiven"/„Anderen" untersuchte, vermaß und studierte (Smith 2005). Innerhalb dieser Disziplinen hat es teilweise kritische Revisionen zur eigenen Entstehung des Faches und den epistemischen Voraussetzungen gegeben, und in anderen setzen sich koloniale Kontinuitäten fort.[23] Die Stadtplanung entstand als Disziplin der Moderne, die wiederum eng mit dem Kolonialismus verbunden war. Die kolonisierten Städte dienten oft als Laboratorien für Planungen der modernen Stadt, wie sie in Casablanca, Mumbai und anderen Städten umgesetzt wurden und sich in den Alltag eingeschrieben haben (Cohen und Eleb 2002; Prakash und Kruse 2008). Wissenschaft, und Wissen schaffen, ist daher ein politischer und historischer Prozess, der nicht nur durch das Forschungsinteresse und die Neugier von wissbegierigen Menschen voranschreitet, sondern auch durch die lokalen, nationalen und internationalen Machtverhältnisse strukturiert wird.

[23] Wie die Bezeichnung von Studienfächern als „Orientalistik" bzw. von Studientagen als „Orientalistentage" anzeigen (vgl. Popal 2008).

Im Rahmen meines Forschungsprojektes habe ich mich mit der Untersuchung von Straßenhandel als eine urbane Praxis in einer europäischen Stadt an einem Kreuzungspunkt situiert, an welchem sich die Wissensbestände aus dem globalen Süden, als „informelle Ökonomie“, mit der des globalen Nordens, als „Metropolenforschung“, und die planungstheoretische/stadträumliche Forschung sich mit der ethnologischen/stadt-ethnographischen kreuzt. An dieser Kreuzung überschneiden sich die unterschiedlichen Wissensbestände mit ihrem historischen und kulturellen Gepäck, geraten in Dialog, bringen mich durcheinander und verlangen von mir ein Aushaltevermögen von Un-Sicherheit. Diese Unsicherheit entstand aus den sich manchmal diametral gegenüberliegenden Annahmen von Wissen, Relevanz und Abstraktion und verunsicherte mich gegenüber den disziplinären Methoden, Theorien und Kanonisierungen als eine Frage von „richtigem“ Wissen. Daher lege ich im Folgenden meine methodischen und theoretischen Ansätze dar, mit denen ich arbeitete, um die Un-Sicherheit in Erkenntnis und Wissensproduktion zu wandeln.

In meiner Arbeit ziehe ich rassismuskritische und dekoloniale Ansätze heran, um die Positionalität der migrantischen Straßenhändler im Kontext der städtischen Raumproduktion zu analysieren. Die Arbeit zielt darauf ab, Prozesse der Diskriminierung, Rassifizierung und der sozialen Ungleichheit zu identifizieren, um einen Forschungsbeitrag für diskriminierungsärmere und gerechtere Städte zu leisten. Die Adaption postkolonialer Theorie für den deutschsprachigen Kontext hat wichtige Impulse für eine rassismuskritische und emanzipatorische Forschung geliefert. Das Buch „Spricht die Subalterne deutsch?“ (2003), herausgegeben von Encarnación Gutiérrez Rodríguez und Hito Steyerl, versammelte erstmalig Texte, die die postkoloniale Kritik auf den Kontext der Migration in Deutschland bezog und sich mit Fragen von Identität, Repräsentation und Differenz befasste und nach kolonialen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland frug. Eine weitere wichtige Arbeit für eine postkoloniale Analyse liegt mit der Arbeit „Ethnizität und Migration reloaded – Kulturelle Identität, Differenz und Hybridität im postkolonialen Diskurs“ von Kien Nghi Ha (2004) vor, in welcher er sowohl die Relevanz postkolonialer Theorie für den deutschen Kontext nachweist als auch die Erfahrungen türkischer Migrant_innen und die Geschichte der Migration in der Kontinuität kolonialer Verhältnisse für Deutschland beschreibt. Meine Arbeit knüpft an diese Arbeiten an, um post- und dekoloniale Ansätze

für den Kontext der städtischen Forschung zu adaptieren und koloniale Verhältnisse in der Stadt zu befragen.

2.2 Zur Urbanisierung gesellschaftlicher Verhältnisse

Ich gehe davon aus, dass sich soziale Ungleichheit auch räumlich und territorial verorten. Mich interessiert daher die Verräumlichung sozialer Verhältnisse, weil sie eine Veränderung und eine Ent-Naturalisierung dieser Verhältnisse reflektiert. Denn gerade in Deutschland wird die selbst-kritische Reflexion von Rassismus, seinen Ausprägungen, Ausdeutungen, Variablen, Produktionen und Kontexten fahrlässig vernachlässigt und nur sehr unzureichend in der strukturellen Dimension als Bestandteil von rassistischem (Alltags-)Wissen und gesellschaftlicher Praxis reflektiert.

Lefèbvres Arbeit zur Produktion des Raumes (Lefèbvre 1991) und der Artikulierung eines „Rechts auf Stadt" begründet eine Verschiebung seiner Analyse von der Fabrik und den (männlichen) Arbeitern auf den städtischen Raum und den Menschen, die dort leben. Lefèbvre betrachtete die Urbanisierung als unabdingbar für die kapitalistische Gesellschaft und sah hierin die gesellschaftlichen Verhältnisse reproduziert. In seiner Arbeit zur Produktion des Raumes entfaltet er ein Modell von drei „Feldern", die sich aufeinander beziehen, und miteinander verbunden sind. Mit diesem Modell entwirft er ein trialektisches Denkmodell, worin er die gesamte städtische, weil kapitalistische Gesellschaft als Produktion von Raum, theoretisiert. In dieser Trialektik unterscheidet er zwischen der räumlichen Praxis, die durch den physischen Raum erzeugt wird, der Repräsentation des Raumes, die durch die Wissenschaften des Raumes und den institutionellen Feldern von Staat und Verwaltung konzeptualisierten Raum, und den Räumen der Repräsentation, die durch den gelebten Raum und ihren assoziierten Bildern und Vorstellungen entstehen. Hiermit überschreitet er den Gegensatz von Raum und Gesellschaft, um diese als voneinander abhängig und als sozialen Prozess zu begreifen. Er betrachtet Raum als gesellschaftliches Produkt und ermöglicht dadurch nicht nur einen kritischen Zugang zu Fragen der räumlichen Gestaltung und Nutzung, sondern auch eine kapitalismuskritische Analyse für die Trialektik zwischen Raum, Gesellschaft und Ökonomie.

In der kapitalistischen Gesellschaft impliziert die auf Henri Lefèbvre zurückgehende Losung „Recht auf Stadt" das grundlegende Recht auf soziale und politische Teilhabe in Bereichen wie Arbeit, Wohnen, Bildung, Kultur und Infrastruktur (Lefèbvre 1972). Darüber hinaus geht er davon aus, dass Städte umstrittene räumliche Praktiken und

Räume der Repräsentationen produzieren. Hierdurch wird die Stadt zum Feld der Auseinandersetzung über Teilhabe, Alltag und Selbstbestimmung. Diese Perspektive nimmt zwar den kapitalistischen Produktionsprozess der Urbanisierung und Herstellung sozialer Ungleichheit in den Blick, jedoch sind die rassifizierten und vergeschlechtlichten[24] Subjektpositionen nicht benannt. Um den kapitalistischen Urbanisierungsprozess mit seinen vielschichtigen Machtverhältnissen zu verstehen, muss aus einer feministischen, postkolonialen und intersektionalen Perspektive sowohl nach dem Alltag und der Teilhabe von rassifizierten und vergeschlechtlichten Subjekten als auch den Institutionen und Repräsentationen gefragt werden.

2.3 Feministische Perspektiven und die Vergeschlechtlichung von Raum

Feministische Kritik fragt nach der Naturalisierung von gesellschaftlichem Wissen über die männlichen und weiblichen Körper und befasst sich mit patriarchalen Ideologemen, die durch Naturalisierung und Essentialisierung manifest werden. Feministische Wissenschaftstheorie zielt darauf ab, die Bedingungen des Geschlechterverhältnisses als soziales Machtverhältnis zu dekonstruieren, um mögliche und veränderbare Lebenswelten aufzuzeigen. Ausgehend von der These, dass räumliche Produktion und gesellschaftliche Räume „vergeschlechtlicht" sind, hat die feministische Stadt- und Raumforschung sich mit der Frage befasst, wie sich Geschlechterverhältnisse räumlich niederschlagen (Doderer 2003). Zentrale Fragen für eine feministische Raumforschung befassten sich mit geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, der Trennung und geschlechterdifferenten Konnotation von Öffentlichkeit und Privatheit (in ihrem engen Zusammenhang zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Reproduktions- und Produktionsarbeit), sowie die Geschlechterunterschiede in der Verfügung über gesellschaftliche Ressourcen (Dörhöfer und Terlinden 1998; Bauhardt 2004; Becker 2008).

Gerade die feministische Kritik an der Konstitution des öffentlichen Raumes als vergeschlechtlichter Raum, der vornehmlich für männliche Körper vorgesehen ist, nimmt eine wichtige Stellung ein, weil die Trennung von öffentlich und privat auf einem bürgerlichen Gesellschaftsmodell beruht. In diesem Gesellschaftsmodell sind Produktions- und Reproduktionsarbeit geschlechtsspezifisch angelegt. Frauen wird der

[24] Mit vergeschlechtlichten Subjektpositionen, sind nicht nur die biologisch und sozial konstruierten Positionen von „Mann" und „Frau" gemeint, sondern auch alle im Spektrum von inter- und transsexuellen Menschen, die eine gleich-, hetero- oder vielgeschlechtliche Sexualität leben.

private Raum als Stätte der Reproduktionsarbeit zugewiesen, ihre Präsenz und Partizipation im öffentlichen Raum werden behindert bzw. erschwert.[25] Das Leitbild der funktionalen und entmischten Stadt in der modernen Stadtplanung hat ihr Übriges dazu geleistet, den städtischen Raum zu vergeschlechtlichen. An diesem Punkt setzt die feministische Kritik von westdeutschen Architekt_innen und Stadtplaner_innen an, indem sie herausarbeiten, dass Frauen in die reproduktiven Räume des Privaten und Männer in die produktiven Sphären des Öffentlichen verwiesen werden und hierdurch Räume vergeschlechtlicht werden. Das bürgerliche Gesellschaftsmodell von einem Eigenheim am Rande der Stadt wurde mittels der modernen Stadtplanung zu einem räumlichen Verhältnis, in welchem vor allem der weibliche Lebensalltag von den Reproduktionsarbeiten bestimmt wurde und von den partizipativen Möglichkeiten in der Öffentlichkeit isolierte (Dörhöfer und Terlinden 1998). Daher forderten feministische Raumgestalter_innen, dass städtische Räume nicht durch funktionale Trennung und Segregation bestimmt sein sollten. Vielmehr sollten städtische Räume Übergange und Vermischungen ermöglichen, um der immanenten räumlichen Vergeschlechtlichung der Stadt zu begegnen und offenere Zugänge zu kreieren.

Feministische Kritik bezieht sich nicht nur auf die Produktion des Raumes, sondern stellt aus dieser Perspektive das Ideal der wissenschaftlichen Neutralität bzw. Objektivität in Frage, wenn wissenschaftliche Objektivität zwischen sich und „Anderen“ unterscheidet. Haraway argumentiert in ihrem Text „Situated knowledges: The science question in feminism and the privilege of partial perspective“ für eine pointierte Perspektive, die nicht abstrahiert und verallgemeinert, sondern Wissen als situiertes einbindet und verbindet:

> „All western cultural narratives about objectivity are allegories of the ideologies governing the relations of what we call mind and body, distance and responsibility. Feminist objectivity is about limited location and situated knowledge, not about transcendence and splitting of subject and object. It allows us to become answerable for what we learn how to see." (Haraway 1988: 28)

[25] Kritisch bleibt anzumerken, dass Frauen der Arbeiterklasse, nicht in diese Sphären verwiesen wurden, im Gegenteil, ihre Arbeitskraft wurde doppelt vergesellschaftet, zum einen als Frau (für die Reproduktionsarbeit) und zum anderen als Arbeiterin (für die Produktionsarbeit).

Dieses Wissen ist an den Körper gebunden und die Produktion von Wissen lässt sich ohne die Situiertheit des Körpers in dessen Temporalität und Historizität nicht erfassen. Der Text, der 2003 in „Turning Points in Qualitative Research“ (Lincoln und Denzin 2003) wieder publiziert und im feministischen Wissensarchiv kanonisiert wurde, arbeitet eine dezidiert feministische Objektivität heraus, die ihr Wissen (*knowledge*) von einem bestimmten Standpunkt (*situated*) heraus entwickelt:

> „I would like a doctrine of embodied objectivity that accommodates paradoxical and critical feminist science projects: Feminist objectivity means quite simply situated knowledges." (Haraway 1988: 27)

Dieser Aufruf zum situierten Wissen impliziert die Eingebundenheit von „objektivem“ Wissen und die Unmöglichkeit, ein gültiges und definitives Wissen über sich und andere herzustellen.

2.4 Postkoloniale Theorie und Raum

Ausgangspunkt postkolonialer Theorie bilden auf der einen Seite anti-koloniale und anti-imperialistische Kämpfe und auf der anderen Seite das Erbe einer westlichen Philosophie, welches den europäischen Humanismus konstituiert. Der darin verankerte Universalismus wird aus einer postkolonialen Perspektive in Anlehnung an poststrukturalistische und marxistische Theorien kritisiert und als partikulare Position entlarvt:

> „Postkolonialismus kann nicht einfach als etwas gedacht werden, dass ‚nach‘ dem Kolonialismus eingetreten ist, sondern muss als eine Widerstandsform gegen die koloniale Herrschaft und ihre Konsequenzen betrachtet werden.“ (Castro Varela und Dhawan 2005: 24)

Die Postkoloniale Theorie stellt das Projekt des Kolonialismus als konstitutives Element der westlichen Moderne in den Mittelpunkt der Analyse und beschreitet von dort einen Weg des Gegen-Schreibens, Re-Visionierens und De-Zentrierens. Selbstreflexion, prinzipielle Verortung am „Rand“ und Grenzgängertum sind grundlegende Bestandteile postkolonialer Analyse:

> „Postkoloniale Autor_innen – die sich häufig selbst als Rand- beziehungsweise Grenzgänger_innen verstehen – gehen von der Idee aus, ‚dass von den Rändern oder Peripherien her die Machtstrukturen und Organisationsstrukturen des

> Wissens klarer sichtbar werden‘ (de Sousa Santos 2005: 201).“ (Reuter und Villa 2009: 17)[26]

Postkoloniale Theoriebildung zeichnet sich durch eine andauernde Suchbewegung aus, in der die Zusammenhänge von Ethnisierung, Rassifizierung und Vergesellschaftung aufgespürt und in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen analysiert werden. Diese Suchbewegung agiert in einem heterogenen und komplexen Feld, in dem kritische Stimmen und Machtpositionen immer wieder neu verhandelt werden:

> „Postkoloniale Theorie untersucht dabei sowohl den Prozess der Kolonisierung als auch den einer fortwährenden Dekolonisierung und Rekolonisierung.“ (Castro Varela und Dhawan 2005: 8)

Die postkoloniale Theorie zeichnet sich durch eine verräumlichte Theoretisierung aus, die die relationalen und positionalen Verflechtungen der Subjekte betont und einem universalisierenden Diskurs gegenübergestellt (Castro Varela, Dhawan, und Randeria 2009: 312). Diese theoretisch-räumlichen Reflektionen bilden in der vorliegenden Arbeit die Grundlage für die Analyse der Produktion des Raums um diese um postkoloniale und feministische Fragestellungen zu erweitern. Im Buch „Raumwissenschaften“ (Günzel 2009) wurden unterschiedliche Disziplinen zur Funktion von Raum und Räumlichkeit befragt. Neben der Physik und der Psychologie äußert sich hier auch die Postkoloniale Theorie (und markiert deren Relevanz für die Raumwissenschaften im deutschsprachigen Diskurs). Hier werden postkoloniale Theoreme eingeführt, und die Bedeutung der Perspektive und der Positionalität hervorgehoben:

> „Bei der Analyse der Kategorie Raum ist nicht nur, was und wie räumlich dargestellt wird, bedeutungsvoll, sondern auch die Position von der aus eine spezifische Verräumlichung hergestellt wird." (Castro Varela, Dhawan, und Randeria 2009: 310)

Um der postkolonialen Fragestellung nach dem Was und Wie der räumlichen Darstellung, um die der Position, des von Wo(her) zu erweitern (und in Relation zu

[26] De Sousa Santos, Boaventura (2005) Vom Postmodernen zum Postkolonialen. Und über beides hinaus. In: Hauke Brunkhorst/Sérgio Costa (Hg.), *Jenseits von Zentrum und Peripherie.* München/Mering: Rainer Hampp, S. 179-219.

setzen), wird diese Positionsbestimmung für die methodische Umsetzung im Folgenden weiter ausgeführt und dargelegt.

Es sind nicht nur kritische Theorieansätze, sondern auch eine Reflektion der planerischen Methoden, und die Einbindung und Anwendung qualitativer Methoden von grundsätzlicher Bedeutung, um die Produktionsprozesse des Raumes in eine gesellschaftskritische Analyse übertragen zu können. Die Anforderungen an die methodischen Mittel sind daher unterschiedlicher Art: Prozessuale Integration der Reflektion – die in offenen und flexiblen Strukturen referiert und entwickelt werden – und die Markierung und Relationierung der verschiedenen Positionalitäten.

2.5 Zur Kolonialität der Macht[27]

Jürgen Zimmerer schreibt in seinem Artikel „Expansion und Herrschaft: Geschichte des europäischen und deutschen Kolonialismus“ in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ vom 29. Oktober 2012: „Die Globalisierung, die seitdem den Kalten Krieg als Kennzeichen der Gegenwart abgelöst hat, ruht auf den Grundlagen des Kolonialismus“ (2012: 10). Die Erkenntnis, die Globalisierung in diesem Zusammenhang zu sehen und zu deuten, ist keine Selbstverständlichkeit. Denn 2005 schrieb Kien Nghi Ha noch:

> „Kolonialismus ist in Deutschland – sobald er als kritische Analysekategorie und nicht wie gewohnt als ideologischer Gewaltapparat gebraucht wird – ein unnahbarer, geradezu un-heimlicher Begriff. Seine Untiefen erscheinen in ihrer unbehaglichen Abgründigkeit so un-wirklich, dass dieses Unwort sorgsam ver- und gemieden wird.“ (Ha 2005: 105)

Kolonialismus kann nicht mehr hinter der falschen Erkenntnis versteckt werden, dass Deutschland keine bzw. „kaum“ Kolonien gehabt habe, sondern wird beharrlich von den gesellschaftlich produzierten Rändern der Migration ins Zentrum gerückt (Steyerl und Gutiérrez Rodríguez 2003; Ha 2004; Arndt und Ofuatey-Alazard 2011). Dieses Zentrum resultiert aus der Erfahrung von alltäglichem Rassismus in Deutschland, in dessen Institutionen der Bildung, der Behörden, der Polizei, der Justiz und in den Banalitäten des Alltags (Terkessidis 2004).

[27] Teile des Unterkapitels 2.5 sind im Journal „sub\urban – zeitschrift für kritische stadtforschung“ im Heft 1 2014 in meinem Beitrag „Perspektiven urbaner Dekolonisierung: Die europäische Stadt als ‚Contact Zone‘“ veröffentlicht (Ha 2014).

Rassismus wird in diesem Artikel nicht als individuelles Problem (als Vorurteil oder als Angst) begriffen, sondern als koloniale Erfindung, die Menschen markiert, differenziert und hierarchisiert. Diese Kontinuität von Rassismus beschreibt Anibal Quijano als „Kolonialität der Macht", weil eine fundamentale Achse des kolonial/modernen Kapitalismus, verstanden als neue globale Macht, entlang der Idee von „Rasse" als sozialer Klassifikation verläuft, um die globale Bevölkerung zu strukturieren:

> „The racial axis has a colonial origin and character, but it has proven to be more durable and stable than the colonialism in whose matrix it was established." (Quijano 2000: 533)

Quijano arbeitet die enge Verknüpfung von Eurozentrismus, Kolonialismus und Kapitalismus heraus, die sich in einem jahrhundertelangen Prozess als globale Kolonialität der Macht herausbildet. Diese Kolonialität der Macht schreibt sich als eurozentristische Perspektive in die verschiedenen Temporalitäten und Historizitäten ein. Die folgende Tabelle führt unterschiedliche Dimensionen auf, wie sich das koloniale Projekt Europa ins Verhältnis zu den *Anderen* setzt. Diese Dimensionen schließen Geographie, Raum, Gesellschaft und Ökonomie ein, sind aber nicht darauf beschränkt:

EUROPA	**DIMENSION**	**DIE „ANDEREN"**
Zentrum (central)	***Geographie/Raum***	Peripherie (peripheral)
Modern (anterior)	***Geschichte/Zeit***	Zurückgeblieben Primitiv
Überlegen (superior) *weiße* (europäische) Körper	***Soziale Klassifikation Marker: Hautfarbe, religiöse und kulturelle Symbole (Kleidung)***	Unterlegen (inferior) Schwarze, Braune (afrikanische, asiatische, indigene, jüdische) Körper
Kapitalismus	***Ökonomie***	Basarökonomie Informelle Ökonomie Ethnische Ökonomie

Tabelle 1: Kolonialität der Macht nach Quijano (2000), Eigene Darstellung.

Quijano sieht in dieser Ausformung der Kolonialität der Macht, hier tabellarisch aufgeführt, die Voraussetzung für die Entstehung eines globalen Kapitalismus (*world*

capitalism), die es mittels einer globalen Kulturordnung erlaubt die kapitalistischen Produktionsverhältnisse umfassend zu kontrollieren:

> „Europe's hegemony over the new model of global power concentrated all forms of the control of subjectivity, culture, and especially knowledge and the production of knowledge under its hegemony." (Quijano 2000: 536)

Quijanos Modell einer Kolonialität der Macht historisiert die Entstehung von Kapitalismus in den Bezügen zum Kolonialismus und ermöglicht eine Analyse zeitgenössischer kapitalistischer Verhältnisse unter der Rubrik der Kolonialität. Hierfür ist es jedoch nötig, sich sowohl mit Prozessen der Rassifizierung als auch mit den kolonialen Epistemen zu befassen, die diese legitimierten und bis heute wirksam sind.

2.5.1 Dekoloniale Perspektiven in der Stadtforschung

> „The city represents a territorialization of powers of governance and social organization but depends on a sentimental sense of its own (a city imaginary) and presupposes the existence of a state beyond its boundaries." (Keith 2009: 550)

Michael Keith schreibt über die Stadt, dass diese die Territorialisierung der regierenden Mächte und der sozialen Organisation repräsentiert, aber auch von einem sentimentalen Eigenbezug abhängt (der ideellen Stadt) und die Existenz eines Staates, der über die eigenen Stadtgrenzen hinausgeht, voraussetzt. In diesem Zitat hat er wichtige Elemente für die Definition von Stadt zusammengefasst und Herrschaftsverhältnisse, Grenzen, Regierungen und die Imaginationen des *Eigenen* als zentrale Elemente hervorgehoben. Mit dieser Definition von Stadt, die er vor allem in der Auseinandersetzung mit Stuart Halls Arbeit heraus anbietet, ist eine gute Antwort darauf, was die Stadt *ist*. Denn die Stadt ist sowohl empirischer Untersuchungsraum, der in der Analyse Vorstellungen von Raum spiegelt als auch ein Prozess der urbanen Raumproduktion. Keith benennt in seiner Definition des Städtischen die Verräumlichung unterschiedlicher Regime – sowohl das der städtischen Regierung als auch der sozialen Organisation, und lenkt daher den Blick auf das Herrschaftsverhältnis zwischen unterschiedlichen Gruppen in der Stadt, die wiederum in verschiedene Historizitäten eingebunden sind.

Um eine dekoloniale Perspektive auf die neoliberale Stadt zu entwickeln, ist es sowohl nötig, die urbanen Effekte des globalisierten Kapitalismus zu analysieren als auch die Betroffenheit der sozialen und rassifizierten Hierarchien zu markieren. Diese

Hierarchen sind nicht als Ergebnis kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse zu begreifen, sondern greifen in ihrer Ausbeutung auf koloniale Logiken zurück, die bis heute anhalten und gesellschaftliche Hierarchien reproduzieren. Ramón Grosfoguel identifiziert in seinem Artikel „Decolonizing Post-Colonial Studies and Paradigms of Political-Economy: Transmodernity, Decolonial Thinking, and Global Coloniality“ (2011) die verschiedensten Hierarchien, die weder mit einem polit-ökonomischen, noch einer Welt-System-Analyse gefasst werden können. Vielmehr sind alle diese globalen Hierarchien simultan mit dem kolonialen Projekt verbreitet worden, noch vor der Verbreitung der kapitalistischen Ökonomie. Diese Hierarchien entstanden entlang der Arbeit (globale Klassenformationen, internationale Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie), den Staaten (kolonisierende und kolonisierte Systeme der politisch-militärischen Organisationen), körperlichen bzw. biologistischen Differenzen („Rasse/Ethnie“, Geschlecht, Sexualität), kulturelle und kulturalisierende Differenzen (Spiritualität, Episteme, Linguistik, Ästhetik, Pädagogik, Medien/Informationen, Alter) und räumliche Differenzen (Ökologie, Urbanität) (Grosfoguel 2011: 7ff.). Diese Hierarchien existieren gleichzeitig, sind miteinander verwoben und werden in unterschiedlicher Weise mobilisiert. Grosfoguel fordert eine dekoloniale Perspektive, die nicht nur die Entkolonisierung von Wissen und Wissensproduktion, sondern auch die Vervielfältigung und Pluralität der Perspektiven von subalternen, rassifizierten, ethnisierten, sexualisierten, und vergeschlechtlichten Körpern sowie die komplexe Analyse der verschachtelten und aufeinander bezogenen Machtverhältnisse entlang der vielfältigen Unterdrückungskategorien umfasst (Grosfoguel 2011: 4).

Daher werde ich im Folgenden auf Arbeiten eingehen, die sich ausführlich mit dem engen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Kolonialismus für eine urbane bzw. geographische Analyse befasst haben. In diesen Arbeiten werden einerseits die Naturalisierung und Fixierung von „Rasse“ durch die Geographie, und andererseits die Mobilisierung von kolonialen und imperialen Logiken im Kontext neoliberaler Stadtentwicklungspolitik thematisiert, um vorhandene dekoloniale Arbeiten in der kritischen Geographie und Stadtforschung zusammenzutragen.

Kobayashi und Peake adressieren in „Racism out of Place: Thoughts on Whiteness and an Antiracist Geography in the New Millenium“ (2000) die Bedeutung der Geographie für die Produktion von Rassismus. Sie beziehen sich hier auf Arbeiten der *Critical Race Theory,* ein Forschungsbereich, der sich seit den 1980er Jahren in den juristischen und

pädagogischen Fakultäten entwickelt und die gesellschaftliche Relevanz von Rassismus innerhalb der liberalen USA adressiert.[28] Beide heben die historischen Grundlagen der geographischen Disziplin hervor, die ihre Legitimation aus der besonderen Beziehung zwischen den kolonisierenden Mächten und der Karte als Machtinstrument bzw. der Kartierung der Welt bezieht. Und solange die derzeitige Disziplin sich nicht kritisch mit der Vergangenheit und den epistemischen Voraussetzungen befasst, gehen sie davon aus, dass weiterhin bestehende rassifizierte Metaphern fortgeschrieben werden (Kobayashi und Peake 2000: 399). Dwyer und Jones schreiben in ihrem Artikel „White socio-spatial epistemology" (2000) über die soziale Konstruktion von Weißsein, und wie diese Konstruktion durch eine sozio-räumliche Epistemologie fixiert und naturalisiert wird. Sie hoffen, gerade vor dem Hintergrund anti-rassistischer Kämpfe, dass ihr Artikel einen Beitrag dazu leistet, sich mit der Epistemologie von Geographie zu befassen, um ein Ver-Lernen der Naturalisierung und Fixierung von „Rasse" durch Geographie zu ermöglichen. Einen expliziten Beitrag zur Verschränkung von Urbanität und *Weißsein* liefern sowohl Alaistair Bonnett (2002) (für Städte in Großbritannien und Lateinamerika) als auch Wendy Shaw (2007) (für Städte Australiens) hinsichtlich der Rassifizierung von urbanem Raum, weil *weiße* Modernität eine spezifisch metropolitane und räumliche Dimension hat.

Neben der Aufarbeitung der epistemischen Grundlagen der geographischen Disziplin, befassen sich andere Autor_innen mit der Mobilisierung von kolonialen und imperialen Logiken, um bestehende Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Kanishka Goonewardena und Stefan Kipfer beschreiben als „Urbicide" das Töten von Städten und theoretisieren dies als eine imperialistische Strategie, um die Kapazität von beherrschten Menschen sich selbst zu organisieren, Widerstand zu leisten und sich selbst zu emanzipieren, zu zerstören (Kipfer und Goonewardena 2007). Sie beschreiben wie Stadtteile nicht nur in Städten des Globalen Südens, sondern auch in Toronto und Paris durch staatliche Gewalt und sozialpolitische Kontrolle zerstört werden. Jin Haritaworn und andere haben die Figuration des „homophoben Migranten" in einem imperialen Kontext nachgezeichnet. Diese Figur wird pathologisiert und kriminalisiert und als Gefahr für eine *weiße* schwul-lesbische Lebenswelt imaginiert, zu denen sich westliche Gesellschaften in Solidarität stellen (Haritaworn, Tauqir und Erdem 2007). An

[28] Mittlerweile liegen erste Adaptionen für den deutschen und europäischen Kontext vor (Barskanmaz 2008; Möschel 2011).

anderer Stelle verweist Haritaworn auf die koloniale Logik des „Mischens“, wie dieses als Paradigma der „sozialen Mischung“ in stadtentwicklungspolitischen Debatten insbesondere für migrantisch geprägte Quartieren zur Anwendung kommt und die Verdrängung langjährig gewachsener Nachbarschaften forciert, weil diese als degenerierte, kriminelle und verarmte Räume kartiert werden (Haritaworn 2012: 121). Fatima El-Tayeb schreibt in ihrem Buch „European Others: Queering Ethnicity in Postnational Europe“ über die urbanen minorisierten Communities im postnationalen Europa aus einer kritischen rassismustheoretischen Perspektive, die eine Queer of Color Kritik beinhaltet und Theoreme der karibischen *créolité* miteinschließt (2011). Ihr Blick lag vor allem auf den Diskursformationen gegenüber den „Europäischen Anderen“ im kontinentalen Europa, weil in der akademischen Analyse rassismuskritische Ansätze als „Amerikanisierung“ bzw. „Importe von amerikanischen Kategorien“ abgelehnt wurden, um hierdurch eine Priorität der Klassenkategorie zu legitimieren (El-Tayeb 2011: xvi). In dieser Hinsicht machen sich *weiße* marxistische Akademiker_innen zu Kompliz_innen einer ethnisierten und rassifizierten europäischen Gesellschaft, die mit der Ethnisierung der Migration nach innen eine *weiße* europäische und an den Rändern ethnisierte und rassifizierte Positionalitäten re-/produziert. In dieser gesellschaftlichen Produktion und Imaginierung eines „modernen, aufgeklärten und demokratischen“ Europa, das sich in Ablehnung zur amerikanischen Theorieproduktion situiert, wird die eigene koloniale Geschichte ausgeblendet, die sich weder mit den Kontinuitäten, noch mit den Herausforderungen der Migration in Europa auseinandersetzt:

> „The museum [of Europe and the exhibition ‚It’s Your History‘ in the year 2007], like the European Union and the internalist narrative of racelessness, creates Europe through a streamlined memory whose binary structure demands the dialectic construction of an Other that can only do its work on the inside, while being forever discursively placed on (and as) the outside of Europe.“ (El-Tayeb 2011: 166ff.)

Die Arbeiten dieser Autor_innen zeigen nicht nur die Aktualität und Dringlichkeit einer anti-kolonialen, queeren und rassismuskritischen (bzw. intersektionalen) Analyse auf, sondern sie arbeiten die koloniale Historizität von Rassismus in ihrer Verwicklung zu anderen Unterdrückungsregimen heraus, die im kontinentalen Europa in unterschiedlichen Konstellationen unhinterfragt mobilisiert und als Hegemonie einer europäischen Narration und Selbstimaginierung installiert wurde.

2.5.2 Zur Kolonialität des öffentlichen Raums: Die „Contact Zone“

Insbesondere die selbstverständliche Annahme der Begegnung und der gleichberechtigen Teilhabe im öffentlichen Raum europäischer Städte verdeckt die vielfältigen Ausschlüsse, die dieser Konstruktion inhärent sind. Diese vorausgesetzte Gewissheit verdoppelt den Ort des Sprechens von einer exkludierten Position und verlagert diesen sowohl *innerhalb* des Öffentlichen als theoretische Möglichkeit und *außerhalb* des Öffentlichen, weil die Berechtigungen zur Inklusion fehlen. Diese Verdoppelung hält das Selbstbild einer aufgeklärten und inkludierenden Gesellschaft durch öffentliche Räume und Sphären aufrecht, und verunmöglicht gleichzeitig die Positionierung innerhalb des Öffentlichen.

Die Imagination von Europa als demokratischer Gesellschaft setzt Öffentlichkeit voraus, ein Forum, welches für alle zugänglich sein sollte. Bei der Theorie zur öffentlichen Sphäre handelt es sich um eine der wichtigsten sozialen Theorien, die Boaventura de Sousa Santos einer dekolonialen und reparativen Lektüre in seinem Text „Public Sphere and Epistemologies of the South“ unterzieht (2012). Denn diese Lektüre ist nötig, um universalisierende Narrative zu provinzialisieren:

> „I explored such possibilities by sketching in rough brush the contours of one or many epistemologies of the South. Seen from the latter, the public sphere is the tribalism of the European bourgeoisie at the beginning of the eighteenth century.“ (de Sousa Santos 2012: 62)

Gleichzeitig stellt er fest, dass die Herstellung von Öffentlichkeit als globales Bestreben universal gültig gesehen wird, und nichtsdestotrotz als undenkbar für die kolonialen Gesellschaften eingeordnet wird. Die Grundlage für diesen Widerspruch bezeichnet er als „abyssal divide“, eine abgrundtiefe Trennung, die die kolonisierenden Aspirationen über die der Kolonisierten stellt, und als von diesen getrennt sieht. Die historische Grundlage für diese Trennung war Kolonialismus und Kapitalismus, die diese lokalen Bestrebungen in ein theoretisches Konzept von universeller Gültigkeit umwandelte:

> „Both capitalism and colonialism converted such a localism into a global aspiration and a universal theoretical concept, at the same time that an abyssal divide between metropolitan and colonial societies made public sphere unthinkable in colonial societies and transformed such denial of universality into the vindication of the universal idea.“ (de Sousa Santos 2012: 62)

Die soziale Theorie der öffentlichen Sphäre basiert in seiner Zusammenfassung auf individueller Bourgeoisie und eben dieser Lebenserfahrung, der Trennung von Staat und Zivilgesellschaft, die Position der Bürger und der öffentlichen Sphäre außerhalb der Machtstrukturen, die Voraussetzung einer informellen und gleichen Inklusion (die später auch von Habermas selbst-kritisch revidiert wurde, weil diese Annahme die Exklusion von Frauen, Arbeitern und Nicht-Eigentümern verschleiert), die vernünftige Diskussion und die Teilhabe an kulturellen Diskursen zur Herstellung von Konsens und politische Aktion als politische *Diskussion* und nicht als *Transformation* zu begreifen. Alle diese Elemente der konzeptuellen Überlegungen zur öffentlichen Sphäre sind als universelle Theorie problematisch, weil sie sich nicht auf Kontexte im Globalen Süden übertragen lassen, und für den Globalen Norden nicht allgemein gültig sind (de Sousa Santos 2012: 44). Er begreift den Globalen Süden als eine Metapher, die sowohl das menschliche Leiden aufgrund von Kapitalismus und Kolonialismus erzeugt wurde als auch den Widerstand gegen unmenschliche Lebensverhältnisse repräsentiert. Diese geographische Metapher ist aber nicht räumlich beschränkt, sondern reproduziert sich als gesellschaftliches Verhältnis auch im Globalen Norden:

> „It is a South that also exists in the global North, in the form of excluded, silenced and marginalised populations, such as undocumented immigrants, the unemployed, ethnic or religious minorities, and victims of sexism, homophobia and racism." (de Sousa Santos 2012: 51)

Hiermit verweist de Sousa Santos auf die Anwesenheit von Menschen unterschiedlicher Herkünfte, die sich in dieser Kolonialität begegnen. Ramón Grosfoguel benannte die Anwesenheit derjenigen aus den vormals kolonisierten Ländern in den Metropolen „koloniale Subjekte" (Grosfoguel 2003). Andere schreiben von „postkolonialen Migrant_innen" (Ha 2003) und andere markieren die gesellschaftlichen Positionalitäten entlang von Prozessen der Rassifizierung als Menschen of Color und als *weiße* Menschen (Eggers u. a. 2005). Diese Begrifflichkeiten verweisen auf die Gleichzeitigkeit der Anwesenheit unterschiedlicher Körper, deren Positionen in einem asymmetrischen Verhältnis zueinander stehen und ein Derivat kolonialer Geschichte und Beziehungen im neuen Gewand des globalen Kapitalismus sind. Die Gleichzeitigkeit hat ihren Ort in der europäischen Metropole, welche sich in einen Raum verwandelt, in der diese Asymmetrie sich in ständiger Auseinandersetzung über die Voraussetzungen von (neo-)kolonialen Repräsentationen und Regierungsformen befindet. Sei es als eine

Auseinandersetzung zur Dekolonisierung von Straßennamen (Aikins 2012), als Proteste gegen Formen des „racial profiling“[29] oder der Organisierung von Protesten gegen die Mieterhöhung und Gentrifizierung in langjährig gewachsenen migrantisch geprägten Nachbarschaften.

Um diese ambivalente Gleichzeitigkeit asymmetrischer Machtverhältnisse in der europäischen Metropole theoretisch fassen zu können, werde ich mich im Folgenden auf die Arbeit von Marie Louise Pratt zur „Contact Zone“ beziehen. Sie theoretisiert in ihrer Arbeit „Imperial Eyes: Travel Writing and Transculturation“ (1992) die „Contact Zone“ als eine räumliche Figuration, in die koloniale Machtverhältnisse eingeschrieben sind und weiter fortwirken. Die „Contact Zone“ beschreibt Orte und Gebiete, an denen diejenigen in Kontakt geraten, die aufgrund von historischen, kulturellen und geographischen Kontexten voneinander getrennt waren. Den Begriff der „Contact Zone“ entwickelte Marie Louise Pratt, um Begegnungen zwischen Indigenen und Kolonisierenden in den Ländern des Trikonts zu beschreiben. Mit diesem Begriff stellte sie die Interaktion, das Gespräch und die Kommunikation in den Vordergrund, obwohl die Begegnungen in einem asymmetrischen Machtverhältnis stattfinden:

> „[...] use to refer to the space of colonial encounters, the space in which peoples geographically and historically separated come into contact with each other and establish ongoing relations, usually involving conditions of coercion, radical inequality, and intractable conflict.” (Pratt 1992: 6)

Pratt reflektiert in ihrer Arbeit die kolonialen Begegnungen als Orte, die nicht dialogisch sind, sondern ein Verhältnis zueinander reproduziert, welches üblicherweise unter den Bedingungen des Zwanges, der radikalen Ungleichheit und der unlösbaren Konflikte stattfindet. Diese Elemente prägen beispielsweise die Perspektive der geflüchteten Menschen in Deutschland und Europa, wenn sie in isolierten Lagern zwangsuntergebracht werden, der rechtliche Status prekär bis hin zu illegal ist und ihre Forderungen nicht als ihnen zustehende Rechte wahrgenommen werden; dann finden diese kolonialen Begegnungen nicht mehr nur in der vergangenen Zeit des Kolonialismus und den dortigen kolonisierten Peripherien, sondern auch heute in unserer Zeit und hier in den europäischen Metropolen in denen wir leben, statt. Obwohl

[29] Maßgeblich für den Protest gegen racial profiling in Deutschland ist die Initiative Schwarze Deutsche (ISD). Formen des racial profiling finden jedoch auch in anderen europäischen Ländern Anwendung (vgl. Agency for Fundamental Rights 2010).

in dieser Arbeit ein *heute* und *hier* beschrieben wird, so reproduziert sich das koloniale Beziehungsverhältnis als ein „enorme Kluft" fort, weil dieser durch die Macht der Metropole weiterhin gefüllt wird:

> „There seems to be an enormous gulf between how indigenous societies are described by western researchers and how indigenous peoples experience themselves and their worlds. The gulf gets filled by the metropolis through endless mechanisms for appropriating indigenous experience, history and culture." (Pratt, 1996: 2)

Was de Sousa Santos als „abyssal divide" beschreibt, benennt Pratt als „enormous gulf", der zwischen den kolonialen und den kolonisierten Gesellschaften liegt, und immer wieder neu gefüllt bzw. vertieft wird, solange die Historizität von Kolonialismus nicht dekolonisiert wird, und die rassifizierten, ethnisierten, vergeschlechtlichten und sexualisierten Metaphern nicht weiter fortgeschrieben werden. Pratts Überlegungen zur „Contact Zone" sind nicht nur auf die kolonialen Städte begrenzt, sondern wiederholen sich in der Kolonialität der europäischen Metropole. Vor diesem Hintergrund sehe ich die Straßenhandelpraktiken in der historischen Mitte von Berlin als eine koloniale Begegnung/Gefecht (encounter) in einer „Contact Zone", die die Kolonialität der Macht innerhalb der europäischen Metropole aufzeigt. Dieser Ort ist wiederum eingebunden in eine politische Ökonomie städtischer Produktion, die den öffentlichen Raum vor allem als ein Ort der nationalen Repräsentation und der urbanen Kommodifizierung begreift. Gerade in der Einblendung der kolonialen Kontinuitäten in die politökonomische Analyse städtischer Verwertungsprozesse, wird nicht die Gegensätzlichkeit deutlich, sondern die Verwicklung und Verdichtung unterschiedlicher Regime der Unterdrückung für spezifische Körper in denselben Räumen einer Stadt.

Obwohl sich meine Arbeit nicht auf eine ökonomische und räumliche Praxis von außereuropäischen indigenen Gesellschaften bezieht, denke ich, dass das Konzept der „Contact Zone" auf den Berliner Straßenhandel aus folgenden Gründen übertragen werden kann:

1) Die Mehrheit der Subjektpositionen der Straßenhändler in Berlin sind als migrantisch bzw. Personen of Color zu erkennen,
2) die Migrations- und Integrationspolitik kann in Deutschland als (neo-)koloniale Praxis beschrieben worden (Ha 2003, 2006b).

3) die peripheren Subjekte, sprich die postkolonialen Migrant_innen, leben in den Metropolen und fordern die jeweiligen Repräsentationen heraus.

Ich gehe davon aus, dass koloniale Verhältnisse von Metropole und Peripherie in den kontemporären Städten Europas anzutreffen sind, welche sich selbst weiterhin und affirmierend als Metropolen begreifen. Die Subjekte auf die sich Pratt in ihrer Arbeit bezieht, sind nicht in der Lage ihre eigenen Geschichten und Repräsentationen in einer kolonialen Welt zu kontrollieren.

> „While subjugated people cannot readily control what emanates from the dominant culture, they do determine to varying extents what they absorb into their own, and what they use it for. Transculturation is a phenomenon of the ‚Contact Zone'." (Pratt 1992: 6)

Der Bezug auf Pratts Konzept der „Contact Zone" war nicht nur eine naheliegendes Theorem der postkolonialen Theorie, um Perspektiven auf den Raum zu dekolonisieren, sondern auch die empirischen Befunde aus den Gesprächen, Interviews und der teilnehmenden Beobachtung auf der Straße hinsichtlich des Pratt'schen Verständnis der „Contact Zone" zu analysieren. Mithilfe des Konzepts der „Contact Zone" werden theoretisch die Konditionen und Bedingungen für den Straßenhandel in Berlin-Mitte erfassbar und in Beziehung zueinander gesetzt. Einerseits strukturieren die diskursiven, städtebaulichen und regulatorischen Setzungen der Europäischen Stadt das Verständnis von öffentlichem Raum und andererseits agieren an den Rändern des Erlaubten und Zulässigen die Straßenhändler_innen of Color.

3 Methode

3.1 Qualitative Forschung

Die Methoden der Architektur und Landschaftsarchitektur sowie der räumlichen Planung sind für gewöhnlich der Entwurf, die zeichnerische Darstellung und/oder die sozialwissenschaftliche Analyse – aber weniger die ethnographischen und qualitativen Methoden. Durch die methodische und theoretische Erweiterung im Sinne einer disziplinären Grenzüberschreitung gängiger Forschungspraxis werden in der vorliegenden Arbeit Erkenntnisse aus anderen Perspektiven einbezogen, die sonst in der Analyse nicht berücksichtigt werden. Mit der Erweiterung der planungswissenschaftlichen und (stadt-) raumbezogenen Forschungspraxis durch ethnographische Methoden soll der Wechsel in verschiedene Perspektiven ermöglicht werden, weil ein wesentlicher Ausgangspunkt der Arbeit die Perspektive der Straßenhändler_innen auf ihre Arbeit und ihren Arbeitsraum war. Um im Rahmen meiner Arbeit diesen Perspektivenwechsel zu operationalisieren beziehe ich mich für die Einführung in die Methoden qualitativer Forschung auf das Buch „Qualitative Sozialforschung“ von Ulrich Flick (2002), für die ethnographische Forschungspraxis auf die Arbeit von Madison zur kritischen Ethnographie (2005) und zu Methoden rassismuskritischer Forschung auf die Arbeit von Gunaratman (2003).

Die Anwendung und Einbeziehung qualitativer Methoden rückt die Reflexivität der forschenden Person in Bezug auf den Forschungsprozess in den Vordergrund und ermöglicht eine „Übersetzung“ von der theoretischen Annahme zum methodisch-reflektierten Vorgehen. Die Kennzeichen der qualitativen Forschung sind nach Flick die Gegenstandsangemessenheit von Methoden und Theorien, die Berücksichtigung und Analyse unterschiedlicher Perspektiven und die Reflexion der forschenden Person über die Forschung als Teil der Erkenntnis (Flick 2002: 16). Die disziplinäre Überschreitung für die hier entwickelte Methodologie speist sich aus einer Übersetzung theoretischer Annahmen für einen methodisch-reflektierten herrschaftskritischen Ansatz. Das Ziel der Arbeit besteht darin, post- und dekoloniale Theorien methodisch, empirisch und analytisch für die Produktion des städtischen Raumes zur Anwendung zu bringen. In meiner Arbeit erzeuge ich durch die Wahl der Methoden, den befragten Subjekten und meinen Fragen ein spezifisches Wissen zu räumlichen und gesellschaftlichen Produktionen, an denen ich selbst durch meine eigene Position und meinen Blick beteiligt bin. Diese Wissensproduktion mündet in eine Repräsentation, in der mir die

Verantwortung obliegt, die vielfältigen Aspekte zu ordnen, zu gliedern und zu hierarchisieren. Um meine Position und Positionalität transparent zu machen, argumentiere ich für ein situiertes Wissen (*situated knowledges*) (Haraway 1988) und reflektiere in der Analyse den Prozess der Forschung bzw. Wissensgenerierung und meiner eigenen Positionalität. Im Rahmen meiner Forschung repolitisiere ich das Vokabular neoliberaler Stadtentwicklung anhand der Themen von Rassismus, Unsicherheit, Stress, Ausschluss und Diskriminierung, die diejenigen Subjekte begleiten, die sich an den sogenannten gesellschaftlichen Rändern befinden. Von diesen diskursiven Rändern ausgehend, stelle ich sie ins Zentrum meiner Forschung.

Bei einer kritischen Überprüfung der politischen Dimension meines „forschenden Handelns" frage ich mich, ob nicht durch meine Forschung an den „gesellschaftlichen Rändern" das Verhältnis von Rand und Zentrum reproduziert wird. Auch wenn migrantische Existenzsicherung im Mittelpunkt meiner Forschung steht, so soll der erkenntnistheoretische Gewinn nicht darin liegen, Aussagen über Migrant_innen (oder spezifische migrantische Gruppen) treffen zu können, sondern Fragen nach diskriminierenden Effekten auf dem Arbeitsmarkt und im öffentlichen Raum beantworten zu wollen. Hier lag eine Herausforderung für meine Arbeit: denn ich wollte die Subjekte mit ihrem Wissen und Erfahrungen, die Straßenhändler_innen ins Zentrum meiner Arbeit stellen, weil Subjektperspektiven in der hiesigen deutschen Migrationsforschung selten entwickelt bzw. weitgehend vernachlässigt worden sind (Lauser 2004: 13). Gleichzeitig will ich in dieser Darstellung mich nicht nur auf die Subjektperspektiven begrenzen, sondern auch den historischen, gesellschaftlichen und politischen Kontext darstellen, um das Spektrum der (Un)Möglichkeiten analysieren zu können.

Das hierzulande produzierte Wissen über Migrant_innen trägt zu einer Ethnisierung und/oder Kulturalisierung dieser Subjekte bei (Ha 2006b),[30] die diskriminierende Effekte re-produziert – und die Analyse benachteiligender Dimensionen und Praktiken vernachlässigt wird. Ausgehend von der These, dass räumliche Produktion diskriminierende Effekte erzeugen kann, ermöglichen qualitative Methoden einen Zugang, um die Lebenswelt und die Expertise der befragten Subjekte zu beschreiben. Zudem ist es ein Ziel von qualitativen Methoden in einer gesellschaftskritischen Analyse

[30] Eine feministische Kritik liefert Encarnacíon Gutiérrez Rodríguez (1999).

zu zeigen, „dass nicht alles so ist, wie es scheint und nicht alles so sein muss, wie es ist“ (Freikamp u.a. 2008: 7). In diesem Sinne begreife ich den gesellschaftskritischen Forschungsaspekt meiner Arbeit als eine Praxis, die soziale Prozesse aus einer partikularen Perspektive beschreibt und sie in gesamtgesellschaftliche Prozesse einordnet und problematisiert.

3.1.1 Ethnographische Stadtforschung

Gerade die stadtethnographische Forschung liefert Erkenntnisse über Praktiken im städtischem Raum und dessen Alltäglichkeit, die Henri Lefèbvre als fundamentalen Bestandteil für die Produktion der Stadt betrachtet. Insbesondere mit den Methoden und theoretischen Ansätzen stadtethnographischer Forschung liegen Zugänge vor, um nicht nur den Alltag im städtischen Raum, sondern auch die Umnutzung und Verhandlung von Raum zu begreifen. Während (Architektur) und Stadtplanung sich *den Raum* von oben und auf verschiedenen Maßstabsebenen erschließen, nämlich durch Pläne, Karten und Kartierungen und auf solchen ihre Analysen und Visionen darstellen, so sucht sich die ethnographische Stadtforschung verschiedene Ausgangspunkte in der Stadt, um Einblick in die verschiedenen Alltagskulturen der Stadt zu erlangen, die auf kulturwissenschaftlicher-empirischer Forschung basieren und „das Ineinandergreifen globaler und lokaler Transformationsprozesse“ (Färber 2005:8) untersuchen. In diesen Untersuchungen zeigt sich gerade in Zeiten der städtischen Neoliberalisierung und des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007) eine Ambivalenz, die Alexa Färber in der Einleitung zu „Hotel Berlin – Formen urbaner Mobilität und Verortung“ folgendermaßen zusammenfasst:

> „Es ist diese Ambivalenz, die auch das Forschen einer um ‚unternehmerische Grundstimmung‘[31] bemühten Stadt bestimmt. Ein Forschen, das diese Krisenbewältigungen als kulturelle Logiken zu objektivieren versucht: Ob sie urbane Praxis dann als Handlungsoption interpretiert, die in der Selbstaktualisierung durch wachsende Perspektivierungen des Raumes liegt; oder ob sie den Aspekt der Passförmigkeit unternehmerischer Akteure in die Anforderungen einer unternehmerischen Stadt betont.“ (Färber 2005:17)

[31] Schlussbericht Enquete Kommission (2005), S. 20.

Mit dieser Ambivalenz spiegelt Färber die widersprüchliche Deutungshoheit ethnographischer Forschung, die sowohl kulturelle Logiken erfassen und verstehen will und andererseits von kulturalisierenden Prozessen der neoliberalen Inwertsetzung „abgeschöpft" werden kann. Diese Ambivalenz zeigt sich auch in den verschiedenen Zugängen in der Untersuchung von Straßenhandel, die sowohl die Begrenzungen dieser urbanen Praxis thematisieren als auch Handlungsoptionen unternehmerischer Subjekte aufzeigen.

Für Berlin wird Straßenhandel in der ethnographischen Forschung zur sogenannten Thaiwiese (Braun 2004) oder dem sogenannten Polenmarkt (Weber 2002) thematisiert, auf die ich mich im Weiteren noch beziehen werde. Eine weitere Studie von Salinia Stroux untersucht Straßenhandel als Überlebensökonomie von irakischen, iranischen und afghanischen Verkäufer_innen in Athen (Stroux 2006). Insbesondere in der englischsprachigen Stadtethnographie liegen vielfältige Arbeiten vor, die sich mit den Perspektiven, Erfahrungen der Straßenhändler_innen und deren Perspektiven befassen. Eine der frühen und wichtigen Arbeiten war die Erforschung des Straßenhandels in Mexico-City von John C. Cross (1998). In dieser Arbeit untersucht der Autor die informellen Politiken der Straßenhändler_innen und deren politische Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse in der Stadt. Bekannte Studien zum Straßenhandel in westlichen Städten, wie z.B. New York, existieren mit den ethnographischen Arbeiten von Mitchell Duneier „Sidewalk" (2000) und „Money has no smell" von Paul Stoller (2002). Die Arbeit von Duneier gewährt Einblicke in den Lebensalltag von afro-amerikanischen Menschen, die Zeitungen und Bücher in Greenwich Village, ein Stadtteil im New Yorker Manhattan, verkaufen. Paul Stoller wiederum verfolgt die Wege zwischen Afrika und Amerika von westafrikanischen Menschen in New York, die als Straßenhändler_innen ihr Einkommen verdienen. Stoller verfügt aufgrund seiner anthropologischen Forschung in westafrikanischen Ländern Kenntnisse über die Herkünfte der Straßenhändler_innen und begegnete ihnen in New York wieder. Beide Arbeiten werfen einen Blick auf die Stadt aus der Perspektive derjenigen, die als an den Rand gedrängte Menschen wahrgenommen werden, und stellen ihr Wissen ins Zentrum. Diese Arbeiten werfen wichtige Fragen nach informeller Ökonomie, Globalisierung und städtischem Alltag auf. In beiden Arbeiten wird der Straßenhandel als informelle Praxis entlang der Frage von Illegalität/Informalisierung/Formalisierung beschrieben. Diese Informalisierung/ Kriminalisierung durch städtische Regulierung steht im Gegensatz zur Motivation der

Straßenhändler_innen, die einem ehrlichen Leben („an honest living“) nachgehen wollen. Diese Studien zeugen von der Verschiebung des anthropologischen Blicks auf die „Anderen“ außerhalb Europas hin zu untersuchende Kulturen in den Metropolen der industrialisierten Länder. Außerdem hat sich in den letzten Jahren das Forschungsfeld insofern verändert, dass der Straßenhandel auch von denjenigen erforscht wird, die in den Communities der Straßenhändler_innen groß geworden sind (Estrada 2013; Muñoz 2008; Rosales 2013). Der Alltag derjenigen, die als Straßenhändler_innen arbeiten, stehen vor allem in der nordamerikanischen Stadtethnographie schon seit einigen Jahren im Fokus der Forschung und liefern wichtige Hinweise über die sozialen Bedingungen als auch die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, jedoch weniger im Fokus der europäischen Stadtethnographie.

3.1.2 Kritische Ethnographie

Madison plädiert in ihrem Buch „Critical Ethnography“ für einen herrschaftskritischen Ansatz und der Anerkennung von Multiperspektivität, sowie die Reflektion der eigenen Positionalität bzw. der forschenden Person. Multiperspektivität meint die Anerkennung der eigenen und anderen Perspektiven auf Räume, Prozesse, Geschichte, Narrationen. Ihre Darstellung referiert eine kritische Ethnographie, die auch als „postcritical“ oder „new“ bezeichnet wird (2005: 8). Die hier markierte Distanzierung bezieht sich auf jene Kritik, wonach der Fokus bisheriger „Critical Ethnography“ auf soziale Veränderung liege – ohne jedoch die eigene Positionalität zu reflektieren. Diese Reflektion ist unabdingbar, um die eigene Machtposition, die eigenen Privilegien und Vorurteile anzuerkennen und selbst-reflexiv in den Forschungsprozess einzubeziehen. Denn jede ethnographische Forschung geschieht von einer bestimmten Position heraus, und die Forschungsergebnisse sprechen nicht aus sich selbst – sondern durch die Fragen, die Auswahl und die Analyse der Forschenden. Dies bedeutet wiederum, dass die eigene Position maßgeblich die Ethnographie als Repräsentation bestimmt. Madison führt jedoch die begriffliche Tradition der „Critical Ethnography“ weiter, wie der Titel des Buches zeigt, und stellt drei konstitutive Elemente in den Mittelpunkt: Positionalität, Dialog/*Otherness* (Anderssein) sowie Theorie-Methode-Nexus. Mit Dialog/*Otherness* werden zwei Elemente beschrieben: zum einen die Fähigkeit zum Dialog, und der dialogische Moment dieser Forschung und zum anderen das interviewte Gegenüber, *the Other*. Mit der Benennung des „Anderen“ bezieht sich Madison auf postkoloniale Theorie, in welcher der Prozess des *Othering* theoretisiert wurde, und entwickelt die

Frage der Positionalität für den Dialog weiter. In der Begegnung mit „Anderen“ wird diese Person gesehen, und ein Gegenüber produziert, ein_e „Andere_r“. Dieser Dialog ist nicht frei von Projektionen und Vorurteilen und muss immer wieder hinterfragt werden. Gleichzeitig ist der Dialog ein Treffpunkt, an dem unterschiedliche Seiten partizipieren – und das Narrativ im Zentrum dialogisch verhandelt und erklärt wird:

> „I contend that critical ethnography is always a meeting of multiple sides in an encounter with and among Other(s), one in which there is negotiation and dialogue toward substantial and viable meanings that make a difference in the Other’s world.“ (Madison 2005: 9)

Als drittes Element beschreibt Madison den engen Zusammenhang von Theorie und Methode, und ihre wechselseitige Beziehung. In diesem Zusammenhang wird Kritische Ethnographie als das *Tun* bzw. die *Performance* kritischer Theorie (Madison 2005: 15) beschrieben. Ein theoretisches Setting wird benötigt, um Fragen zu formulieren, Ergebnisse zu ordnen und zu bewerten, und anhand des methodologischen Prozess kann diese Aufgabe ausgeführt werden. Kritische Ethnographie bietet im Rahmen meiner Forschung eine methodische Perspektive, um den Arbeitsalltag der migrantischen Straßenhändler zu erfahren, zu dokumentieren und zu analysieren.

3.1.3 Rassismuskritisch forschen und schreiben

Die Beforschung von Prozessen der Rassifizierung und Ethnisierung als rassismuskritischer Forschungsbeitrag sieht sich mit dem Dilemma konfrontiert, eine Kategorie aufzurufen, die historisch gewachsen ist und biologistische Grundannahmen evoziert (Gunaratnam 2003: 28ff.). Emanzipatorische Ansätze befassen sich daher sowohl in der feministischen als auch in der rassismuskritischen Forschung mit der Frage, inwiefern die Verwendung sozialer Kategorien zur Beschreibung von gesellschaftlichen Verhältnissen essentialisiert werden. Zudem findet die vorliegende Forschung nicht in einem leeren Raum statt, sondern in einem politischen Feld der Deutungsmacht und Definitionshoheit. Es handelt sich daher nicht um neutrale, sondern um konstruierte Kategorien, die sich in sozialen Verhältnissen spiegeln und zur Realität werden. Daher wende ich mich gegen statische bzw. essentialistische Vorstellungen von Identitäten und Kulturen, die mit Kategorien markiert werden können, weil ich sie vielmehr als gesellschaftliche Prozesse begreife, die um Deutungshoheit und Machtverhältnisse ringen. Um die Wirksamkeit von gesellschaftlichen Prozessen entlang

sozialer Kategorien zu untersuchen, schreibe ich im Folgenden von Positionalitäten und Prozessen der Rassifizierung bzw. Ethnisierung, um den Begriff der „Rasse“ zu vermeiden. Weil es sich bei diesem Begriff um eine soziale Konstruktion handelt, ähnlich wie Geschlecht und Sexualität. Obschon diese Begriffe biologistische Konstruktionen referieren und die gesellschaftskritische Auseinandersetzung zeigt, dass es sich nicht um *natürliche* sondern um *soziale* Konstruktionen handelt. Mir ist bewusst, dass in der deutschsprachigen Verwendung die biologistische Konnotation noch sehr präsent ist – im Gegensatz zur englischsprachigen Verwendung von *race* (und *gender*) und daher in der rassismuskritischen Forschung oft in Anführungszeichen gesetzt wird, um die soziale Konstruktion zu markieren. Jedoch versuche ich den Begriff weitestgehend zu vermeiden und stattdessen Prozesse der Rassifizierung zu markieren und zu analysieren. Sollte es jedoch nötig sein, den Begriff in der kategorialen Bedeutung zu verwenden, werde ich diesen in der oben genannten Weise nutzen.

Positionalitäten und Bezeichnungen

Der Begriff der Positionierung markiert in der kritischen Rassismustheorie und Kritischen Weißseinsforschung die rassifizierte Position innerhalb einer Gesellschaft, von der aus gesprochen, Erfahrung gesammelt werden und jemand adressiert wird. Encarnación Gutiérrez Rodríguez schreibt hierzu, dass der Begriff der Position „das Ineinandergreifen von *Konstruktion* und *Konstitution*, das heißt von Diskurs und Materialität” beschreibt (1999: 97). Insofern artikuliert der Begriff der Position den Kreuzungspunkt von (gesellschaftlichen und subjektiven) Erfahrungen und Identitäten, um hierdurch die körperlichen Zuschreibungen als Projektionsfläche benennbar zu machen und nicht auf Konzepte von Identität zu reduzieren.

Der Begriff „People of Color“ findet in den letzten Jahren in Deutschland seinen Weg in den Katalog der möglichen Selbst- und Fremdbezeichnung. Dieser Begriff verbleibt im Englischen und wird aufgrund der pejorativen Konnotationen der deutschen Übersetzung so belassen.[32]

> „People of Color bezieht sich auf alle rassifizierten Menschen, die in unterschiedlichen Anteilen über afrikanische, asiatische, lateinamerikanische,

[32] Ausführlich zur Geschichte der People und Persons of Color und zu begrifflichen Übersetzungen bzw. Kontinuitäten (vgl. Ha 2007).

> arabische, jüdische, indigene oder pazifische Herkünfte oder Hintergründe verfügen.“ (Ha, al-Samarai und Mysorekar 2007: 37)

Die Nutzung dieser Bezeichnung insbesondere als Selbstbezeichnung (wie z.B. auch Schwarze Deutsche, Afro-Deutsch, Asiatisch-Deutsch, etc.) kennzeichnet eine Zäsur in der Auseinandersetzung mit Rassismen in Deutschland (vgl. Oguntoye u. a. 1986). Sich selbst zu bezeichnen und nicht bezeichnet zu werden, gilt als (identitäts-)politische Praxis und Strategie der Selbstbefähigung (Empowerment). Um einen anti-rassistischen Widerstand aus den unterschiedlichen Perspektiven rassifizierter Subjekte erzählen, beschreiben und benennen zu können, setzt „People of Color“ einen Identitätsbegriff voraus, der die Verbindungen unterschiedlicher Rassismuserfahrungen aufzeigt und ermöglicht:

> „Die People of Color-Perspektive fördert eine politische Praxis und eine Form der Wissensproduktion, die interkommunale Prozesse der Selbstorganisation, Kooperation und Netzwerkbildung hervorbringt.“ (Ha, al-Samarai und Mysorekar 2007: 38)

Der „People of Color“ Begriff spielt hier in diesem Kontext eine doppelte Bedeutung, einerseits als Selbst- und andererseits als Fremdbezeichnung. Ich bezeichne mich selbst als eine Person of Color, die zu anderen People of Color, den migrantischen Straßenhändler_innen, spricht. Mit dieser Bezeichnung stehen Erfahrungen der Rassifizierung im Vordergrund und sollen im Rahmen dieser Arbeit für die Straßenhändler_innen und ihren Arbeitsalltag im öffentlichen Raum herausgearbeitet werden.

Ich forsche und schreibe von einer Position aus, in der ich mich selbst als Frau of Color oder als asiatisch deutsche Frau bezeichne und positioniere. Diese Positionalität und das geteilte Wissen um die Dimensionen des Alltagsrassismus ermöglichte ein solidarisches Gespräch zwischen den Straßenhändler_innen of Color und mir. Gleichzeitig erfahre ich in den Gesprächen und Begegnungen sowohl meine Klassenposition als privilegierte Wissenschaftlerin gegenüber den Arbeitern auf der Straße als auch meine geschlechtliche Position als Frau und Mutter in einem Geschlechterverhältnis als Differenz (vgl. ausführlich zu letzterem in Kapitel 7.3.2). Als individuelle Person verfüge ich sowohl über Privilegien, wie meine Ausbildung und meine deutsche Staatsbürgerschaft als auch über rassifizierte und vergeschlechtlichte Zuschreibungen.

Diese Privilegien und Zuschreibungen sehe ich in einem gesellschaftlichen Verhältnis, von dem ich sowohl profitiere aber auch diskriminiert werde.

Ko-Produktion und Repräsentation

Haritaworn stellt heraus, dass emanzipatorische Methodologie darauf abzielt, das Wissen zwischen der forschenden Person, dem Subjekt der Forschung und der epistemischen Community zu verhandeln und gemeinsam zu produzieren (Haritaworn 2008). Der Fokus liegt auf einem Dialog, welcher als reziproker Prozess zwischen Interviewer_in und Interviewee betrachtet wird. Für diesen Dialog werden die Subjektpositionen beider Seiten reflektiert, um das Verhältnis von Macht, Repräsentation und Wissensproduktion analysieren und einordnen zu können. Ein Prozess der Verobjektivierung, welcher Machtverhältnisse ignoriert, wird von einem Prozess des Dialoges und der kritischen Selbstreflektion abgelöst. Darüber hinaus wird der Forschungsprozess aufgrund von ko-produzierten Dialogen irritiert und zieht Konsequenzen auf unterschiedlichen Ebenen insbesondere der Repräsentation nach sich. Zum einen stellt sich die Frage nach der Autorität über den Text, und zudem, wer die adressierten Expert_innen sind, die *scientific community* oder die Ko-Produzent_innen.

Oftmals wird ethnographische Forschung als eine Form der Dokumentation gesehen, durch die ein Bild der *Realität* von *Anderen* wiedergegeben wird. Ethnographische Forschung ist jedoch wiederum in Machtverhältnisse eingebunden und konstruiert selbst eine *Realität* über *Andere* (Abu-Lughod 1991). Die Produktion von *Realität* in Form ethnographischer Forschung darf aufgrund des dokumentarischen Charakters nicht unhinterfragt angenommen werden. Vielmehr bleibt immer wieder zu fragen, wer von wo aus fragt und dokumentiert. Aus einer postkolonialen Perspektive ist die Funktion der Repräsentationen kritisiert worden, weil koloniale Bedeutungsmuster gestützt und re-produziert werden. Eine fundamentale Frage warf Spivak in ihrem Aufsatz „Can the subaltern speak?“ (1988) auf, der seit 2008 in deutscher Übersetzung vorliegt (Spivak et. al. 2008). Spivak stellt fest, dass die Subalterne[33] nicht selbst sprechen kann – und darüber hinaus die Stimme der Subalternen nicht wiedergegeben

[33] Den Begriff der Subalterne führte Gramsci in die politische Theorie ein, und beschreibt unterlegene bzw. am Rande stehende Gruppen. Der Legende nach hat er mit dem Begriff der „Subalternen“ die Zensur umgehen wollen und mit diesem Begriff das Proletariat beschrieben (Steyerl 2008:8).

werden kann. Wiedergaben sind nicht ohne Intentionen und Übersetzungen, und zeugen von der Unmöglichkeit der Subalternen gehört zu werden.

Steyerl weist in ihrem Vorwort zur deutschen Übersetzung von Spivaks Essay darauf hin, dass Dokumentarfilme (und ähnlich auch Ethnographien) immer ein Prozess der Übersetzung und Repräsentation beinhalten. Und sie schließt:

> "Das Vermächtnis von Spivaks Text ist der Hinweis auf diesen Moment des Bruchs – und die Aufgabe, vor die er uns auch heute stellt, besteht nicht darin, das autistische ‚Für-Sich-selbst-Sprechen' der einzelnen Subjekte zu verstärken, sondern darin, ihr gemeinsames Schweigen zu hören." (Steyerl 2008: 16)

Aus dieser Perspektive geht der Anspruch „auf das gemeinsame Schweigen" zu hören, weit über das „Hörbarmachen" hinaus. Denn es ist erforderlich Kontextualitäten herzustellen, und die eigene Position in diesem Prozess kenntlich zu machen. Diese Position ist keine abwesende, im Gegenteil eine sehr aktive und mächtige. Denn erst durch diese Markierung können Prozess des Verstummens und des (Ver-)Schweigens identifiziert werden.

3.2 Forschungsprozess

Der Forschungsprozess gestaltete sich wie eine ansteigende Treppe und verlief über verschiedene Stufen. Dieser Prozess war als offene Form konzipiert und beruhte auf vorläufigen Vorannahmen, welche einer kontinuierlichen Reflexion unterlagen und an die fortschreitenden Forschungsergebnisse angepasst wurden. Das Forschungsdesign bemühte sich, die Datenerhebung so polyperspektivisch wie möglich zu erheben. Durch den immanenten Perspektivenwechsel sollten die erhobenen Aussagen und Informationen in ihrer Bedeutung und Hierarchie zueinander ins Verhältnis gesetzt werden, um ein Bewusstsein für Machteinschreibungen, dominante und marginalisierte Perspektiven im Prozess der Wissensproduktion herzustellen. Aus der Konzipierung meiner Forschung als multiperspektivisches Vorhaben, sowohl in theoretischer als auch akteursbezogener Hinsicht, bestand für mich die größte Herausforderung darin, die Bezüge zueinander herzustellen und in Beziehung zu setzen. Darüber hinaus sah ich mich damit konfrontiert von der Ausbildung her aus einer Disziplin zu kommen, die abstrahiert und die Welt von oben herab betrachtet und in Plänen darstellt, und mit

einem Forschungsansatz zu arbeiten, die dieser Tradition entgegensteht.[34] Mit dem gewählten methodischen Ansatz begab ich mich auf unbekanntes Gelände, obschon die Zielsetzung meiner Forschung darin bestand Perspektiven auf die Produktion des Raumes zu artikulieren, die ansonsten nicht als raumproduktive Prozesse und Akteure benannt und in die Analyse geflossen wären.

Innerhalb der drei Komplexe, wie ich sie als Hypothese und als Fragestellung formuliert habe, erarbeitete ich mir jeweils die theoretischen Grundlagen um sie dann mit meinem empirischen Material zu verknüpfen und in Beziehung zu den anderen Fragekomplexen zu setzen. Als Voraussetzung für eine kritische Annäherung betrachtete ich feministische, politökonomische und postkoloniale Ansätze, um die verschiedenen Hypothesen und Fragen zu beantworten. Mein Forschungsprozess war einerseits davon geprägt mir das theoretische Feld, in dem ich meine Fragekomplexe verorten wollte, zu erarbeiten und andererseits die ethnographischen und leitfadengestützten Interviews durchzuführen, wie ich sie in Kapitel 3.2.1 beschreibe. Die größte Schwierigkeit bestand darin, aus dem empirischen Material und den theoretischen Herleitungen ein Verständnis über den Zusammenhang von Rassismus, Diskriminierung, öffentlichen Raum und Informalität herzustellen und zwischen der Praxis von Straßenhandel bzw. den Straßenhändler_innen zu unterscheiden.

Dieser feine Unterschied war von Bedeutung, wenn man unter Rassismus eine menschenbezogene Feindlichkeit versteht, die sich auf bestimmte *körperliche* Merkmale bezieht und Straßenhandel als eine ökonomische Praxis begreift, die als „informelle“ oder „ethnische“ beschrieben werden kann. Jedoch zeigten die historischen und politischen Quellen, dass es bezogen auf den Straßenhandel eine lange Geschichte der Ethnisierung und Rassifizierung gibt. Die aufeinander bezogenen Prozesse von Rassismus, Ethnisierung und Informalisierung waren nicht voneinander getrennt zu verstehen. Jedoch konnte ich diese Feststellung weder mit politökonomischen Ansätzen erklären, die Rassismus und Sexismus als einen Nebenwiderspruch betrachten, noch konnte ich mit postkolonialen Ansätzen die Prozesse der Informalisierung erklären, weil postkoloniale Theorie sich in weiten Teilen mit Repräsentationspolitik und kultureller

[34] Den Gegensatz zwischen planungswissenschaftlicher Abstraktion und alltagsweltlicher Kulturforschung hat Barbara Lang in ihrem Artikel „Zur Ethnographie der Stadtplanung. Die planerische Perspektive“ (2000) analysiert: „Der Blick auf die Stadt ist immer ein Über-Blick, geht auch die Karte auf Distanz: Der Blick aus Augenhöhe spielt in der planerischen Selbstwahrnehmung eine untergeordnete Rolle.“ (Lang 2000: 59).

Produktion befasst.[35] Außerdem schien der Straßenhandel aus der eigenen Imaginierung der westlichen, europäischen und modernen Stadt verschwunden zu sein, aber als alltäglicher Bestandteil für Mega-Städte im globalen Süden anerkannt. Insofern konzentrierte ich mich im Laufe meiner Forschung auf die Frage, warum war der Straßenhandel aus den eigenen europäischen (normativen) Vorstellungen verschwunden, und worin bestehen die Bezüge zwischen meinen Fragekomplexen. Zum Schlüsselbegriff wurde die Vorstellung von „Moderne", als eine Selbstimaginierung von sich im Gegensatz zu anderen (als informell, oder als ethnisch). Erst in der Auseinandersetzung mit dekolonialen Theorien und dem Konzept der Kolonialität von Macht, war ich in der Lage die epistemischen Voraussetzungen und Bezüge herauszuarbeiten, und sie in der vorliegenden Form darzustellen.

3.2.1 Interviews

Ich unterscheide in meinen Interviews zwischen ethnographischen und leitfadengestützten Interviews, die ich im Frühjahr und Sommer 2009 und 2010[36] durchführte:

Perspektiven der Straßenhändler ethnographische Interviews und teilnehmende Beobachtung an folgenden Orten: - Alexanderplatz - Friedrichsbrücke - Berliner Dom - Hackescher Markt - Checkpoint Charlie
Perspektiven migrantischer Organisationen / Stimmen Leitfadengestützte Interviews mit - LOK e.V. (gemeinnützige LOK e.V. und die LOK.a.Motion Gesellschaft zur Förderung lokaler Entwicklungspotentiale mbH) - GUWBI e.V. Gesellschaft für urbane Wirtschaft, Beschäftigung und Integration
Perspektiven der Verwaltung Leitfadengestützte Interviews auf Bezirksebene: - Straßen- und Grünflächenamt Bezirksamt Mitte - Wirtschaftsförderung BA Mitte - Bezirksverordnetenversammlung Bezirk Mitte Senatsverwaltung: - Senatsverwaltung für Stadtentwicklung - Senatsverwaltung Wirtschaftsförderung

Tabelle 2: Schematische Darstellung der Interviews

[35] Vgl. eine Kritik zur Abwesenheit von materialistischen Ansätzen in der postkolonialen Theorie bei San Juan (2002).

[36] Aufgrund meines Forschungsaufenthaltes im Herbst 2009 in New York und der witterungsbedingten Reduzierung der Straßenhandelsaktivitäten im Winter gab es eine Pause in der Datenerhebung.

Während meiner empirischen Forschungsphase sammelte ich das Material in Forschungstagebüchern, schrieb Gedächtnisprotokolle und transkribierte Interviews sowie mündliche Gedankenprotokolle, die ich unterwegs auf einem MP3-Player aufnahm. Diese wiederum bildeten die textliche Grundlage für die computergestützte qualitative Textanalyse (MaxQDa). Mit diesem Computerprogramm analysierte ich mit Codierungen die transkribierten Texte und Gedächtnisprotokolle.

Ethnographische Interviews

Die Erkenntnisse aus meiner teilnehmenden Beobachtung und den ethnographischen Interviews habe ich in den Kapiteln 7.2 und 7.3 eingearbeitet. Am intensivsten war die Zeit der Beobachtung und des Beforschens im Frühjahr und Sommer 2009 und 2010, insgesamt erstreckte sich die Beobachtungszeit jedoch von September 2008 bis Frühjahr 2012. Diese lange Beobachtungszeit erklärt sich auch aus der Lage zwischen mir als Forschende und den beobachteten Plätzen, die Teil meiner alltäglichen Routinen sind. Aus diesem Grunde war eine klare Abgrenzung eines zu beforschendem „Feldes“ und mir nicht möglich, weil ich aufgrund meiner Routinen zum Teil des Feldes wurde, welches ich immer wieder durchkreuzte, mal mit forschenden, mal mit alltäglichen Absichten (vgl. Kapitel 3.2.2).

Im Frühjahr und Sommer 2009 und 2010 besuchte ich an unterschiedlichen Tagen in der Woche die Straßenhändler an ihrem Verkaufsort. Diese Besuche waren unterschiedlich lang, von 30 Minuten bis zu fünf Stunden. In dieser Zeit unterhielt ich mich mit den Straßenhändlern und beobachtete sie bei ihrer Arbeit. Die Gespräche mit den Straßenhändlern führte ich nicht formalisiert durch, daher benutzte ich weder Aufnahmegeräte noch Mikrofone, um die Männer in ihrem Alltag und ihrer Arbeit nicht zu sehr abzulenken und zu stören, sondern machte mir Notizen. Direkt nach den Gesprächen schrieb ich meine Informationen, Erkenntnisse und Erfahrungen in ein Forschungstagebuch nieder. In der Regel hatte ich wenige Probleme, mit den Männern ins Gespräch zu kommen, auch wenn es sprachliche Barrieren gab. Die unterschiedlichen Einladungen auf einen Kaffee und Geschenke für meine Kinder teilten mir mit, dass ich als Gast in ihre Sphäre eingeladen wurde. An manchen Tagen hielt ich mich mehrere Stunden neben ihren Ständen auf. Diese beiläufigen Aufenthalte provozierte die Aufmerksamkeit von anderen Gruppen, die sich ebenfalls in den öffentlichen Räumen aufhielten, und schärften meine Wahrnehmung für die unterschiedlichen Akteure und Interessen, die nicht nur auf den Transit von einem Ort

zum anderen oder den Verkauf von Waren aus dem Bauchladen heraus beschränkt waren.

Leitfadengestützte Interviews

Die leitfadengestützten Interviews wurden als Expert_inneninterviews durchgeführt und waren ca. 90 Minuten lang. Mein Forschungsinteresse bestand darin die Perspektive von Expert_innen, die in der Verwaltung oder beratenden Organisationen beschäftigt sind, und an der Schnittstelle zu Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und migrantischen Ökonomien arbeiten, nachzuvollziehen. Obschon es sich beim mobilen Straßenhandel um eine marginalisierte Ökonomie handelt, die für alle interviewten Personen nicht im Fokus steht, so artikulierten alle verschiedene Potentiale, die für den Straßenhandel sprechen, und eine nähere Beschäftigung mit dem Straßenhandel erfordern.

Die Fragen waren offen formuliert, um von den interviewten Personen ihre Einschätzung zu den Themen und Fragen zu bekommen (vgl. Anhang 10.3, S. 273). Meine Fragen bezogen sich auf drei verschiedene Themenkomplexe: den Straßenhandel, der ethnischen bzw. informellen Ökonomie und zur Ungleichheit in der Stadt. Diese drei Komplexe wurden in der letzten Phase des Interviews zusammengeführt. Die Antworten der befragten Personen beinhalten sowohl deren individuellen Einschätzungen als auch ihr Wissen, welches sie sich aufgrund der Beratungsarbeit oder verwaltungsinternen Position und Zuständigkeit erlangt haben.

3.2.2 Feldforschung und Alltag

Im Rahmen meiner Forschung legte ich mir das Feld vor die Füße und mitten hinein in meinen Alltag, weil die Bauchladenhändler in Berlin-Mitte an wichtigen Knotenpunkten in der Stadt arbeiteten. Obwohl ich während meiner Forschung argwöhnte, welche Implikationen der Begriff des „Feldes“ impliziert und ob ein koloniales Setting von einer forschenden Person, die sich in die Ferne aufmacht, um dort die „Anderen“ zu beforschen, in „ihrem“ Feld reproduziert, so musste ich dennoch feststellen, dass „mein Feld“ sich mir in den Weg legte. Dies führte zu verschiedenen Vor- und Nachteilen. Ein Nachteil bestand darin, dass sich im Laufe der Zeit meine stadtgeographischen Bezüge von langsamen und schnellen Räumen veränderten. So verwandelten sich die Orte des Transits, die ich zum Einkaufen und für den öffentlichen Nahverkehr nutzte, nun zu Orten des Verweilens, der Beobachtung und der Bekanntschaft wurden. Daher war es

nötig meine alltäglichen Geographien anzupassen und zu erkennen, dass sich meine räumlichen Gewohnheiten nicht nur temporär für die Zeit meiner Forschung, sondern auch darüber hinaus veränderten. Ein wichtiger Vorteil bestand jedoch darin, dass die Begegnungen und Beobachtungen sich zwar auf eine bestimmte Zeit während meines Forschungsprozess konzentrierten, aber nicht auf diesen Zeitraum beschränkt blieben. So war ich in der Lage auch in den kalten Jahreszeiten zu sehen, ob Straßenhändler aktiv auf den Straßen und Plätzen verkauften, obwohl die Witterungsbedingungen schlecht waren. Als einen weiteren Vorteil betrachte ich meine beiläufigen Begegnungen zwischen den Straßenhändlern und mir, die ihnen die Möglichkeit gab, mir nicht nur als forschende Person zu begegnen. Daher ergaben sich neben meinen dezidierten Forschungsbesuchen weitere Gelegenheiten der Begegnung und des Kennenlernens in denen ich ihnen nicht nur als Wissenschaftlerin, sondern auch als Teil meiner Familie mit Großeltern und Kindern oder als „normale“ Berlin-Bewohnerin begegnete, die hier die U-Bahn wechselt oder Besorgungen zu erledigen hat. Aufgrund der Situation zwischen ihnen und mir, als forschende und privilegierte Person, ging ich davon aus, dass sie mir mit Misstrauen und Skepsis begegnen, und für sich abschätzen, welche Informationen sie mir gegenüber preisgeben. Sowohl in dieser kolonialen Situation als auch in der Reflektion der Kolonialität von Macht, ging ich davon aus, dass die Personen, die mit devianten Strategien und Taktiken ihre Existenz sichern, von ihrem Recht Gebrauch machen werden, mir gegenüber nur so viele Informationen preiszugeben, wie ihnen relevant erscheint. In der Reflektion meiner privilegierten Position als Wissenschaftlerin, galt es hinzuhören und zuzuhören.



Abbildung 2: Gruppenfoto während der Forschung, Berlin-Mitte, Nähe Alexanderplatz, März 2010. Fotograf: Alessandro Busà

Teilnehmende Beobachtung

Ich beobachtete während meiner Besuche ihre Verkaufsgespräche, die Gespräche untereinander, Gespräche mit dem Ordnungsamt oder der Polizei und anderen Personen mit denen sie während ihrer Arbeitszeit in Kontakt kamen. Ich beobachtete sie bei ihrem Auf- und Abbau, begleitete sie zu ihren Lagerräumen und unterhielt mich nach Feierabend in der Nähe des Arbeitsplatzes mit ihnen. Es handelte sich um eine passive teilnehmende Beobachtung, weil ich mich nicht als Verkäuferin zu ihnen (in Konkurrenz) stellte, sondern ihnen als fragende und beobachtende Besucherin begegnete. Wenn mehrere Männer mit ihren Ständen zusammen standen, wechselte ich zwischen den Gesprächspartnern, und bewegte mich zwischen ihnen. Je nach Kundschaft konnten wir uns etwas von dem Bauchladen entfernen, ohne diesen aus dem Blick zu lassen, oder standen in der Nähe. Hin und wieder wurde mir der Bauchladen kurz überlassen, wenn jemand auf Toilette gehen musste, oder ich wurde gebeten in einem Verkaufsgespräch zu unterstützen, also eine Pelzmütze aufzusetzen oder eine andere Ware festzuhalten.

Fotografieren und fotografiert werden

Neben den Gesprächen und meinen Beobachtungen war ein weiterer Bestandteil der Einsatz von Einwegkameras, die einige Straßenhändler nutzten, um Fotografien von ihrem Arbeitsplatz zu machen. Diese Fotos sind in die Arbeit eingeflossen und gewährten mir einen situativen Einblick in ihre Arbeitswelt und -umgebung. Sie fotografierten ihren Stand, ihre Kollegen, Kund_innen, Bekanntschaften, und sie fotografierten sich selbst zusammen mit mir.

Ein weiteres Element im Forschungsprozess war der Besuch mit einem professionellen Fotographen, Alessandro Busà, und einem Shooting am Arbeitsplatz. Während des Shootings assistierte ich dem Fotographen und die Straßenhändler stellten sich an ihren Bauchladen und ließen sich gerne fotografieren. Einige der fotografierten Männer bestanden auf einem gemeinsamen Foto mit mir, siehe Abbildung 1. Von ihren Porträtfotos und dem Gruppenfoto erhielten alle einen großformatigen Abzug und ich erhielt ihre Genehmigung die Fotos im Rahmen meiner Forschung verwenden zu dürfen.

3.2.3 Namen, Anonymität und Repräsentation

Eine wichtige Frage war für mich die Repräsentation derjenigen, die ich interviewt hatte. Männer, die mich an ihrem Alltag teilnehmen ließen, die mich herzlich begrüßten und die ihre Erfahrungen und ihr Wissen mit mir teilten. Auf welche Weise wird es mir in meiner Arbeit möglich sein, die Arbeit und den Alltag der Straßenhändler of Color darzustellen, ohne ethnisierende Vorstellungen zu evozieren oder die Taktiken und Strategien der Existenzsicherung bloßzustellen? Daher werde ich im Folgenden, die interviewten Personen bei ihren selbstgewählten Namen benennen, mit denen sie sich mir vorgestellt hatten.

Denn im Laufe meiner Forschung stellte ich fest, dass es erhebliche Unterschiede zwischen den Namen gab, mit denen sie sich mir, der Wissenschaftlerin, zu erkennen gaben, und den Namen, die die anderen Kollegen benutzten. Gerade in diesen Momenten wurde mir deutlich, dass sie Formen der Selbstbezeichnung wählten, um sich selbst zu schützen und die Distanz zwischen ihnen und mir zu artikulieren und den jeweiligen Rollen, in denen wir uns in jener Situation befanden, einen Namen zu geben. Um den Erwartungen ihrer Kundschaft, zu entsprechen, hatten sie „eindeutige“ Namen gewählt und stellten sich mir als „Ali“ oder „Mohamed“ vor. Diese Namen waren Teil eines Rollenmodells, in welche sie täglich zu Beginn ihrer Arbeit wechselten, wenn sie im

öffentlichen Raum als erkennbare Bauchladenhändler den Verkauf ihrer Waren praktizierten. Die eigene Selbstbezeichnung schützt bis zu einem gewissen Grade ihre private Sphäre im öffentlichen Raum, denn im Rahmen von Kontrollen durch die Polizei oder das Ordnungsamt, sind sie mit ihren personenbezogenen Genehmigungen identifizierbar. Alle weiteren verwendeten Namen sind anonymisiert und folgen der Logik ihrer eigenen Namensgebung und verweisen auf ihre Herkunft.

Ein weiteres Element des Rollenspiels war die konsequente Namensgebung mir gegenüber. Im Laufe der regelmäßigen und wiederkehrenden Besuche an den Verkaufsorten wurde ich *Nuran* gerufen. Zu Beginn ging ich davon aus, dass hier möglicherweise ein Missverständnis oder eine Verwechslung vorliegen würde. Bis mich Ali, einer der Straßenhändler, darüber informierte, dass er und seine Kollegen mir diesen Namen gegeben hatten, weil er für sie eine positive Bedeutung habe: Licht bzw. Lichtblick. Diese Namensgebung meinerseits durch die von mir interviewten Männer betrachte ich sowohl als ein Element im Rollenspiel zwischen ihnen und mir, um unser Verhältnis als forschende und beforschte Personen spielerisch zu bewältigen und als ein Zeichen des Vertrauens mir gegenüber. Ich betrachte diesen Namen als eine Ehre mir gegenüber, weil sie hierin ihr positives Verhältnis zu mir artikulierten.

II BERLIN VERORTEN

In den folgenden Kapiteln des 2. Teils „Berlin verorten“ ziehen sich die Begrifflichkeiten der „Informalität“ und der „Ethnizität/Rasse“ wie ein roter Faden durch die Analyse. Diese Begrifflichkeiten werden aus verschiedenen Perspektiven und für verschiedene Kontexte untersucht und in Beziehung gesetzt. Manchmal ist die Beziehung dieser Begrifflichkeiten weit voneinander entfernt, manchmal sind sie eng mit einander verflochten oder manchmal werden Analogien offenbar. Dieser rote Faden entspinnt sich von einem Knäuel, welches ich sowohl als kapitalismus- als auch rassismuskritische Perspektive bezeichnen möchte. Wie sich diese Perspektive für die Praxis des Straßenhandels von Männern of Color im Bezirk Mitte in der Hauptstadt der BRD entfaltet, werde ich in den folgenden Kapiteln darlegen.

In Kapitel 4 „Urbane Informalität“ stelle ich die theoretische Einordnung der Begrifflichkeit der Informalität dar, um hier eine dekoloniale Perspektive als *Metropolitane Informalität* zu entwickeln. Die enge Verzahnung von ethnisierter und informalisierter Arbeit thematisiere ich in Kapitel 5 „Rassismus, migrantische Arbeit und ethnisierte Ökonomien“, weil hier die Diskussion um Migration in Deutschland aus einer rassismuskritischen Perspektive eingeordnet wird. Daher frage ich sowohl nach den analytischen Auslassungen in der Beschreibung von „ethnischer Ökonomie“ als auch deren soziopolitischen Forderungen. In Kapitel 6 „Berlin als unternehmerische Stadt“ wird die Politik des öffentlichen Raumes für Berlin im Zuge neoliberaler Stadtentwicklungspolitik, die kulturelle und ästhetische Logiken mobilisiert, untersucht. In dieser Politik wird der Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten der Stadt an spezifische Bedürfnisse ausgeblendet und Verwertungsprozesse des Städtischen für einen globalisierten Markt der Dienstleistungen und des Tourismus forciert. Diese drei Kapitel bilden die theoretischen und kontextuellen Hinführungen für die Darstellung des Straßenhandels in Kapitel 7 „Straßenhandel in der ‚Contact Zone‘“. Nach einem Abriss der Berliner Geschichte des Straßenhandels betrachte ich verschiedene Orte des Straßenhandels in Berlin-Mitte und arbeite wichtige Aspekte im Alltag der Straßenhändler heraus. Diese beschreibe ich als postkoloniale Alltagserfahrungen, weil sie von Prekarisierung und Kriminalisierung betroffen sind und ihren Alltag in der „Contact Zone“ bewältigen, die aus der Regulierung des öffentlichen Raumes resultiert. Gerade im Kontext der Hauptstadtwerdung war die Politik des öffentlichen Raumes Gegenstand der Debatten im Abgeordnetenhaus und nationaler Repräsentation. Letzer

Bestandteil des Kapitels bildet eine Darstellung der Perspektiven aus den verschiedenen Bereichen der Verwaltung und der Existenzgründungsberatung, um Potentiale von Straßenhandel zu identifizieren.

Alle vier Kapitel verknüpfen unterschiedliche gesellschaftliche Herausforderungen, die sich entlang der Begrifflichkeit von Informalität und „Ethnizität/Rasse“ stellen. Diesen Herausforderungen gehe ich aus verschiedenen Perspektiven nach und verknüpfe verschiedene Maßstabsebenen – von lokalen Praktiken zu städtischen Politiken und globalisierter Wirtschaft. Im Fokus meiner Arbeit stehen die Beziehungen zwischen den Ebenen und die Effekte, die diese zeitigen. In diesem analytischen Prozess markiere ich die unterschiedlichen Positionalitäten der Akteure und die jeweiligen Kontexte in denen sie agieren. Ich selbst bin als Forschende aufgrund meiner eigenen Positionalität eingebunden und begrenzt. Daher werde ich im Folgenden aus dieser Position heraus die Dynamiken und herrschaftskritischen Analysen in den Fokus meiner Arbeit stellen, in denen sich die Prozesse der Informalisierung und Ethnisierung in Zeiten der Neoliberalisierung situieren.

4 Urbane Informalität

Das folgende Kapitel erörtert die theoretischen Grundlagen zum Begriff der Informalität und entwickelt darüber hinaus eine postkoloniale Kritik an der bisherigen Hermeneutik des Informellen. Obwohl der Begriff der Informalität vielschichtig ist und teilweise sehr gegensätzliche Forschungsperspektiven einschließen kann, knüpfe ich an einen theoretischen und geographischen Raum, der diesen Begriff sowohl in den „Entwicklungsstudien" als auch auf den Globalen Süden bezogen sieht. Mit der Perspektive von Informalität auf eine westliche Stadt werden hegemoniale Konzepte von (westlicher, europäischer, bürgerlicher) Stadt dezentriert und einer kritischen Reflektion unterzogen. Das Ziel dieses Kapitel ist es, einen theoretisch fundierten Überblick in den Stand der Forschung zur Informalität zu geben, um die Perspektiven der Straßenhändler zu beschreiben und im Kontext westlicher Städte verorten zu können. Ich gehe davon aus, dass Realität nicht einfach „so ist", sondern dass sie sehr viel vielschichtiger, komplexer und unterschiedlicher ist – und dass es immer mehr als *eine* Realität gibt.

4.1 Prämissen der epistemischen Theoretisierung von Informalität

Die Position, von der aus Straßenhandel in Berlin betrieben werden kann, ist eine prekäre Position, die tagtäglich neu verhandelt und ausgehandelt wird. Ich betrachte die Position der Straßenhändler of Color als eine der doppelten Prekarisierung, die sich sowohl aus migrationspolitischen Prozessen als auch den Kommodifizierungsprozessen öffentlicher Räume speist. Diese Prekarisierung wird durch das Narrativ der Mobilität – sowohl räumlich als auch ökonomisch – unterlaufen. Denn der Begriff der Mobilität kann sowohl die Utopie der „sozialen Mobilität" enthalten als auch der „räumlichen Mobilität", die jeweils die Möglichkeit ausweist, die Position verlassen und sich (weg-) bewegen zu können. Gleichzeitig betrachte ich Mobilität in dieser Arbeit als ambivalentes Moment in der Produktion von Stadt, Raum und Gesellschaft, die im Widerspruch zur Beschränktheit und Kontingenz sozialer und räumlicher Verhältnisse steht. Daher verwende ich den Begriff der Position, um den Punkt zu markieren, von welcher aus der Prozess der (Nicht-)Bewegung, also der (Im-)Mobilität, beginnt bzw. analysiert wird.

Die Prämissen der epistemischen Theoretisierung von Informalität – und einer Einordnung des Straßenhandels unter solch einem Begriff, leiten sich aus der Subjektposition der Straßenhändler_innen, dem Kontext ihrer ökonomischen Praxis,

und dem dialogischen Moment über diese Prämissen innerhalb der globalen Verhältnisse von Theorie- und Wissensproduktion. Denn Ausgangspunkt meiner Studie ist nicht die Frage, inwiefern sich die Industriestaaten, und hier Berlin, an Städte der sogenannten Dritten Welt angleichen (Butscher 1996), sondern es ist die Frage nach dem Expert_innenwissen des globalen Südens: Was können wir von den Städten im Süden, den Expert_innen der Informalität, lernen? Mit dieser epistemologischen Perspektive auf die Produktion des Städtischen werden die Erfahrungen, Strategien und Projekte anerkannt, und dahingehend geprüft, welche Erfahrungen und Modelle übertragbar sind. Mit der Frage „Was können wir vom Süden lernen?" findet eine dialogische Pluralisierung der Wissensperspektiven statt, wie sie für eine dekoloniale Wissensproduktion gefordert wird, um die normativen Setzungen und Privilegien westlicher Wissensproduktion zu hinterfragen (Roy 2009; Grosfoguel 2012). Ich gehe davon aus, dass die Dominanz des Globalen Nordens und die unterstellte Nicht-Übertragbarkeit der Erfahrungen aus dem Globalen Süden obsolet sein sollte[37], und die Herstellung von globaler sozialer Gerechtigkeit mit einem selbstreflexiven Dialog angewendeter und übertragener Theoreme beginnt. Die Forderung nach einer Dekolonisierung der Stadtforschung fordert die Multiplizierung der Perspektiven und die Analyse der verschachtelten Machtbeziehungen ein.

Entlang der marxistischen Theoreme, wie sie Michel de Certeau und Henri Lefèbvre für die fordistische Gesellschaft formuliert haben, werden der Alltag und das Handeln der Straßenhändler of Color beschrieben und analysiert (de Certeau 1988; Lefèbvre 1991). Diese marxistischen Theoreme, die das Potenzial des Widerständigen in der fordistisch organisierten Gesellschaft untersuchen und ihr zuwiderlaufen wollen, erweitern das Spektrum des „Politischen" und des „Widerständigen" (vgl. auch Kapitel 2.2). Denn die Intention der Arbeiten von Lefèbvre und de Certeau lag darin begründet, das Ordinäre, Banale und Profane zu analysieren, zu politisieren und veränderbar zu machen – gleichzeitig lässt sich hiermit eine Verschiebung des analytischen Blickregimes auf private, persönliche und individuelle Lebensweisen und -strategien identifizieren. Diese Verschiebung hin zu den individualistischen Strategien und Taktiken hat im neoliberalen Zeitalter eine doppelte Bedeutung. Einerseits wird die Ideologie der Liberalität und des Individuums zementiert und andererseits werden die Effekte der

[37] Vgl. zum ungleichen Verhältnis des Globalen Nordens (= der entwickelten Länder) und des Globalen Südens (= der unterentwickelten Länder) den Beitrag von Daniel Bendix „Entwicklung" (2011).

Prekarisierung und Informalisierung aufgrund einer voranschreitenden Entsolidarisierung und Entstaatlichung vernachlässigt. Daher gilt es, diese doppelte Bedeutung in der Analyse zu berücksichtigen, zu identifizieren und zu markieren.

Wie auch Herrle und Fokdal in ihrem Artikel „Beyond the Urban Informality Discourse: Negotiating Power, Legitimacy and Resources" (2011) feststellten, handelt es sich bei Informalität nicht um ein quantifizierbares und per se definiertes Untersuchungsobjekt, sondern es müssen unterschiedliche Parameter für die Beschreibung von Informalität herangezogen werden, um sich diesem Begriff zu nähern. Als Parameter identifizieren sie Macht, Rechtmäßigkeit und Ressourcen, die zwischen dem Staat bzw. der städtischen Regierung, den Investoren/Entwicklern und den „städtischen Dörfern" (*urban villages*) als Kollektive verhandelt und umgesetzt werden. Daher werde ich mich im Folgenden auf diese Parameter beziehen, um die Entstehung von Informalität als gesellschaftliches Verhältnis zu beschreiben und die soziohistorischen Voraussetzungen herausarbeiten, die mit der definitorischen Beschreibung einhergehen und sich mit anderen überlappen.

Für die Analyse des Alltagshandelns der Straßenhändler ziehe ich später das Konzept des „quiet encroachment"[38] von Asef Bayat heran und übertrage Episteme des Globalen Südens für städtische Kontexte im Globalen Norden (vgl. Kapitel 7.3.1). Mit dieser Erweiterung des theoretischen Instrumentariums wird der Blick sowohl auf die individuelle Ebene und die Möglichkeiten des Widerstandes, der Verhandlung und der Anpassung gelenkt – aber auch die überindividuellen Zusammenhänge untersucht und reflektiert, in denen sich diese Praktiken und Taktiken verorten. Mit diesem Ansatz will ich die Ambivalenzen und Widersprüche von *Informalität* und *Mobilität* offenlegen, deren Beziehungen zwischen den Ebenen aufzeigen und in Beziehung setzen, um sowohl einer selbst-reflexiven Analyse Platz zu machen als auch die Produktion bzw. den Prozess der Informalisierung zu beschreiben.

4.1.1 Informalität als Forschungsperspektive

Kennzeichnend für das neoliberale Zeitalter ist nicht nur die ideologische Ausrichtung nationaler und globaler Politik am Neoliberalismus, sondern auch der konkrete Umbau

[38] „Encroachment" kann aus dem Englischen mit den Worten *Vordringen, Übergriff* und in einem juristischen Kontext als *Rechtsverletzung* übersetzt werden. Dieser Begriff beinhaltet die Überschreitung und Erweiterung über bestehende Grenzen/Limits. Weil es hierfür nur unzulängliche Übersetzungen gibt, die die vielschichtige Bedeutung wiedergeben, wird dieser Begriff, der sowohl als ein Vordringen/Devianz aber auch als Rechtsverletzung verstanden werden kann, im englischen belassen.

der Weltgesellschaft sowie des nationalstaatlichen Zusammenhangs. Die ideologische Dominanz des Neoliberalismus in den letzten zwanzig Jahren hat eine Politik befördert (Butterwegge, Lösch und Ptak 2008), die sich an den Prämissen des Individuums und der Marktfreiheit orientierte und zur weitreichenden Abschaffung vormals staatlicher Institutionen (Privatisierung) führte.

Eine Studie der OECD aus dem Jahr 2009 fragt „Is Informal normal? – Towards More and Better Jobs in Developing Countries" und stellt fest, dass mehr als die Hälfte der weltweit Beschäftigten in der informellen Ökonomie beschäftigt sind. In einigen Ländern wie Indien und Guinea sind 2007 80%, in Argentinien 53,3% und in der Türkei 33,2% der arbeitsfähigen Bevölkerung außerhalb der formell abgesicherten Arbeitsverhältnisse[39] tätig (Jütting und Laiglesia 2009: 34-35). Die OECD-Studie geht davon aus, dass die Zahlen weiter steigen werden, und weist auf die paradoxe Situation hin, dass manche Länder trotz Wachstum, wie z.B. Indien, die informelle Beschäftigung trotzdem anstieg bzw. nicht sank – im Gegensatz zu den bisherigen Annahmen. Die OECD-Schätzung geht in der Studie davon aus, dass Beschäftigung weltweit zu 40% formell und geschützt stattfindet, und zu 60% informell und ungeschützt. Informelle Beschäftigung ist in den sogenannten Entwicklungsländern keine Ausnahmeerscheinung, sondern längst die Regel. In den westlichen Staaten gelten informelle Formen der Beschäftigung meist noch als marginal, wenngleich sie etwa in einigen Großstädten der USA nicht mehr wegzudenken sind. Obwohl die Studie die Entwicklung den Zusammenhang zwischen ökonomischen Wachstum und informeller Beschäftigung für „Entwicklungsländer" untersucht, stellen die Autor_innen diesen Trend auch für die OECD-Länder fest, wie sie am Beispiel der wachsenden Scheinselbstständigkeit belegen (Jütting und Laiglesia 2009: 12). Daher ist anzunehmen, dass die Relevanz und Häufigkeit informeller Arbeitsformen auch für die sogenannten (über-)entwickelten Länder zunehmen wird.

Die Bedeutung der Informalisierung wächst im globalen Maßstab gesehen also drastisch an; jedoch erfassen viele Studien sehr unterschiedliche Varianten des informellen Wirtschaftens oder Arbeitens. Ein Kennzeichen der Informalität liegt gerade darin

[39] Die Grundlage dieser Zahlen bilden nationale Studien zur Erwerbsbevölkerung. „Informal employment" wird in dieser Studie als Abwesenheit von Sozialversicherung definiert, die explizite Abfrage erfolgte erst in den jüngeren Studien. Davor ging man davon aus, dass registrierte Arbeit mit geschützter Arbeit äquivalent ist, dieser Schutz wird aber beispielsweise durch Subkontraktierung unterlaufen.

begründet, dass sie außerhalb staatlicher Regulationen entsteht und für die amtliche Statistik schwer erfassbar ist. Daher sind die vorhandenen statistischen Messwerte für dieses Arbeitsmarktsegment notorisch unpräzise oder beruhen schlicht auf Schätzungen, die nicht immer gut begründbar sind. Die Schätzungen wiederum basieren auf sehr unterschiedlichen Methoden in der quantitativen Messung und qualitativen Auswertung von Daten. Altvater und Mahnkopf verweisen auf die exemplarische Demonstration von Alejandro Portes (1994), in welcher er zeigt, dass der Anteil der „Untergrundökonomie" der USA zwischen 6,1% und 41,6% vom Bruttoinlandsprodukt betragen kann – je nach Konzept für Messung bzw. Auswertung der Daten (Altvater und Mahnkopf 2002: 104). Altvater und Mahnkopf plädieren daher dafür, Informalität nicht nur als Zustand, sondern auch als Prozess zu begreifen, und sich mit der Herkunft der Definition von Informalität zu befassen:

> „Erst mit der Verallgemeinerung der Lohnarbeit bildet sich eine Form der Arbeit, die es sinnvoll macht, in negativer Abgrenzung auch von ‚informeller Arbeit' zu sprechen." (Altvater und Mahnkopf 2002: 14)

Anhand historischer Beispiele argumentieren sie, dass vor der Einführung des Kapitalismus die Arbeitsverhältnisse weniger normiert und viel diversifizierter waren und erst mit der Normierung und Regulierung der entlohnten Arbeit informelle Formen relevant wurden.

Die Einführung der Kategorie des „Informellen" zur Beschreibung wirtschaftlicher Prozesse wird auf die 1970er Jahre datiert. Die Studien von Keith Hart zu ökonomischen Praktiken in Ghana unterscheiden zwischen einem „formellen" und „informellen" Sektor. Seine Vorarbeiten bildeten in den folgenden Jahren die analytische Grundlage für das Verständnis der Ökonomie der städtischen Armen („the urban poor") durch die „International Labor Organisation" ILO (Hart 1970 und 1973; ILO 1972). Diese Studien basieren auf einem dualistischen Konzept ökonomischer Sektoren, die voneinander entkoppelt sind und parallel zueinander funktionieren. Die Annahmen von Hart bezogen sich auf Arthur Lewis' Arbeiten der 1950er Jahre, als er ein ökonomisches Modell entwickelte, welches in zwei Sektoren geteilt ist. Diese Sektoren sollten die stereotypen Gegensätze zwischen der modernen kapitalistischen Ökonomie und der traditionellen bäuerlichen Wirtschaftsweise abbilden (Lewis 1954 und 1979). Die Forschungsarbeiten von Keith Hart und der ILO unterstrichen die konzeptuelle Bedeutung einer dualistischen Ökonomie und leiteten eine lang anhaltende Phase ein, in der sich die

Forschungsarbeit der ILO auf die Definierung und Vermessung des „informellen Sektors“ konzentrierte. Man hoffte mittels dieser Daten eine Politik gegen die städtische Armut zu generieren, weil der informelle Sektor als eine Überlebensökonomie der städtischen Armen begriffen wurde.

Die Dichotomie zwischen formell und informell wurde schon früh kritisiert (Bromley 1978) und seither kontrovers debattiert (Rakowski 1994). Trotz der umfangreichen wissenschaftlichen Literatur über die zahlreichen Regulierungspolitiken zu den unterschiedlichen Formen der Informalität, hat sich bisher keine einheitliche Definition etabliert, die auf jedwede Forschung zum Thema „informeller Sektor“ und später „informelle Ökonomie“ angewandt werden könnte. Daher ist es notwendig, die Forschungsergebnisse und die ihnen implizit vorausgehenden theoretischen Prämissen kritisch in ihrem Kontext zu lesen. Diese Kontextabhängigkeit des produzierten Wissens definiert sich nicht nur über die jeweilige Ein- und Abgrenzung des gewählten Forschungsgegenstands, sondern durch die (offen, versteckt oder subtil mitschwingenden) ideologischen Implikationen, die in der Forschung präsent sind. Selbst Forschungen, die sich betont deskriptiv-pragmatisch geben und ausschließlich der wissenschaftlichen Objektivität und Neutralität verpflichtet fühlen, sind nicht von diesen Implikationen ausgeschlossen, weil sie aufgrund der Vorannahmen – z.B. welche Parameter sie zur Messung von Informalität wählen – über das ökonomische und gesellschaftliche Selbstverständnis beinhalten.

Gerade im Forschungsfeld zur informellen Ökonomie fließen modernisierungstheoretische Annahmen mit ihren ideologisch aufgeladenen Prämissen häufig unhinterfragt in das Forschungskonzept und die Analyse ein, wodurch Forschungsergebnisse und die daraus abgeleiteten politischen Handreichungen durch die weltanschaulichen, kulturellen und auch subjektiven Präferenzen der Forschenden beeinflusst werden. Das kann nicht wirklich erstaunen, denn Fragen der ökonomischen „Entwicklung“ sind mit weitreichenden gesellschaftlichen Konsequenzen verbunden und daher politisch aufgeladen und ideologisch umkämpft. Aktuell sind die in diesem Bereich dominanten Diskurse stark vom analytischen Vokabular des Neoliberalismus durchdrungen, das auf der einen Seite die Präferenzen für „Selbstständigkeit“ und unternehmerisches Handeln, die als sakrosankt beschworenen Lenkungsfunktionen des Marktes und die auf die

„Nachtwächterrolle“[40] des Staates minimierten Regulierungen betont. Kritiker_innen des Neoliberalismus stellen auf der anderen Seite Fragen von Überleben, Armut, Exklusion und Marginalität ins Zentrum ihres Diskurses, die sich in der nationalen und stadtentwicklungspolitischen Arena bisher nicht durchgesetzt haben. Dementsprechend wird die Kategorie der Informalität in erster Linie als fehlerhafte Negation der formellen Ökonomie wahrgenommen, die als erstrebenswerter Normalfall konstruiert wird. Da das Informelle als anachronistischer Problemfall, also als Form der gescheiterten ökonomischen Modernisierung, gilt, wird es, wie die soziale Delinquenz oder die gesellschaftlich nicht akzeptierte Arbeitslosigkeit[41], als zu beseitigende Störung des Wirtschaftssystems behandelt und kann höchstens darauf hoffen, dass es als geduldeter Gegensatz zur Norm der formell organisierten Wirtschaft und Arbeit aufgefasst wird. Die normative Abwertung der informellen Ökonomie resultiert aus ihrer Abweichung von der dominanten Matrix und speist sich aus Vorannahmen, in der Ökonomie und Arbeit auf eine dem Wunschbild der bürgerlichen Stadt entsprechenden Weise formalisiert und reguliert werden sollen.

Die mit diesem Verständnis einhergehende Gleichsetzung von Armut und Informalität bildete sich bereits in den Anfängen der Forschung unter der Ägide der ILO aus. Das Verständnis des Informellen bezog sich auf die Ökonomien der Armen in den Städten der „unter-entwickelten“ Länder des globalen Südens. Die informellen Produktions-, Arbeits-, Distributions- und Konsumformen wurden stereotyp als ungeordnet, chaotisch und ungerecht betrachtet, die im Verständnis des damals unhinterfragt vorherrschenden eurozentristischen Entwicklungsideals keine Zukunftspotentiale und keine Aussicht auf moderne Lebensverhältnisse böten. Man ging davon aus, dass der „informelle Sektor“ mit einer fortschreitenden ökonomischen Entwicklung innerhalb funktionierender kapitalistischer Märkte obsolet werde. Diese ideologische Setzung kennzeichnet das Verständnis des Informellen bis heute, ebenso wie städtische Armut als Folge informeller Verhältnisse begriffen wird. Auch aus diesem Grunde sind die Indikatoren und Definitionen zur Informalität vorbelastet und widersprüchlich. Sie

[40] Diese Bezeichnung stammt von Ferdinand Lassalle und ist ein polemischer Begriff gegen das liberale Staats- und Gesellschaftskonzept, welches sich nur auf den Schutz der persönlichen Freiheit und des Besitzes beschränkte.

[41] Statt als zu korrigierender Ausschluss aus formellen Arbeitsverhältnissen wäre es bei entsprechender sozialer Absicherung und gesellschaftlicher Akzeptanz möglich, Arbeitslosigkeit alternativ auch als Freiheit vom Zwang zur Arbeit zu verstehen.

gehen von fragwürdigen Voraussetzungen aus, die berücksichtigt werden müssen, wenn über Informalität gesprochen wird.

Im Gegensatz zu den Ansätzen, die Armut und Informalität in Abhängigkeit zueinander sehen, stehen die Studien von 1989 „The Informal Economy - Studies in Advanced and Less Developed Countries“ von Alejandro Portes, Manuel Castells und Lauren Benton veröffentlicht. Die vergleichenden internationalen Fallstudien untersuchten nicht nur in den unterentwickelten Ländern, sondern auch in verschiedenen Städten der USA informelle Ökonomien. Im Fokus der Untersuchung standen die Verbindungen und Verflechtungen zwischen der formellen und der informellen Ökonomie. Nachdem festgestellt wurde, dass strukturelle Charakteristiken informeller Ökonomien, wie Kleinteiligkeit, Vermeidung staatlicher Vorschriften, flexible Orte und Arbeit in Familienzusammenhängen, nicht nur in Ländern des globalen Südens, sondern auch im globalen Norden, hier den USA, anzutreffen waren, wurde das Forschungsfeld ausgeweitet. In ihrer Arbeit untersuchten die Autor_innen die gesellschaftlich vertikal verlaufende Struktur der Informalität, welche in allen sozialen Gruppen angetroffen und nicht auf ein spezifisches Phänomen der Armen und der Marginalisierten reduziert werden konnte. Entgegen der bisherigen Annahmen, dass es sich bei der informellen Ökonomie um eine in sich begrenzte Ökonomie handelt, die für die städtischen Armen relevant ist, stellen die Autor_innen fest, dass es einen systematischen Link zwischen formeller und informeller Ökonomie gibt:

> „Hence, while we do not negate the significance of poverty studies, our interest here is on the analysis of a different subject: the redefinition of production relationships through the articulation of formal and informal activities. There is strong evidence of the systematic linkage between formal and informal sectors, following the requirements of profitability." (Portes, Castells und Benton 1989: 12)

Sie stellen drei Aspekte heraus, die den Aktivitäten in der informellen Ökonomie gemeinsam sind:

1) die systematische Verbindung mit der formellen Ökonomie;
2) die speziellen Charakteristiken der informellen Arbeit, nämlich schlechter gestellte Arbeit für ungeschützte Personen (vor allem undokumentierte Migrant_innen), und

3) die Einstellung der Regierungen gegenüber dem unregulierten Sektor und diesen bis zu einem gewissen Grad zu tolerieren oder sogar zu stimulieren[42] (Portes, Castells und Benton 1989: 26ff.).

Diese systematische und interdependente Beziehung zwischen formeller und informeller Ökonomie wird in den Arbeiten von Saskia Sassen zur „Global City" weiter entwickelt, von Roy und AlSayyad als „way of life" ins Zentrum städtischer Analyse gestellt und Mike Davis sieht einen „Planet of Slums" im Entstehen, weil aufgrund dieser Interdependenz Millionen von Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen, weil ihre Regierungen unter dem neoliberalen Diktum des Internationalen Währungsfonds staatliche und kommunale Institutionen privatisieren mussten. In Kapitel 4.1.3 „Informalität und Stadt: Armut und Eliten" werde ich diesen Faden für das Verständnis städtischer Entwicklung wieder aufnehmen, um im Folgenden insbesondere auf prekarisierte Arbeitsverhältnisse in industrialisierten Staaten eingehen.

4.1.2 Informalität und Arbeit: Lohnarbeit und Prekarisierung

Mit der Informalisierung ökonomischer Produktions- und Dienstleistungsprozesse geht die Prekarisierung von Arbeit einher, ein Begriff der die steigende Verunsicherung von Arbeitsverhältnissen reflektiert, weil sie zeitlich befristet, außertariflich entgolten oder/und Sozialkosten individualisiert werden. Obwohl Gruppenarbeit und informelle Tätigkeiten auch in organisierter Form durchaus anzutreffen sind, befinden sich viele der in diesem Sektor agierenden „Mikrounternehmer"[43] in prekären Arbeitsverhältnissen. Prekarität ist der Sammelbegriff für die vielfältigen und vermehrt auftretenden Formen von oftmals flexibilisierter, befristeter und teilweise selbstausbeuterischer Arbeit. Prekarisierung ist ein Effekt deregulierter Arbeitsmarktpolitiken, wie sie im Zuge neoliberaler Governance eingeführt werden (vgl. Kapitel 6.1.1 für die Transformation von Stadtpolitik). Bourdieu merkt an, dass „das Prekariat überall" sei, weil der Demontierungsprozess der gesicherten

[42] Einerseits beziehen sie sich auf die staatliche Toleranz gegenüber informellen Siedlungen als billige Lösung der Wohnungsprobleme in der „Dritten Welt", oder die Toleranz europäischer Regierungen gegenüber informeller Arbeit, um Arbeitslosenzahlen zu senken (Portes, Castells und Benton 1989:26).

[43] Dieser problematische Begriff wurde durch die Studien der ILO zum „Informellen Sektor" geprägt, und vermittelt sprachlich die atomisierte Unternehmerschaft und transportiert das ideologische Gepäck selbstständiger individueller Unternehmer_innen.

Arbeitsverhältnisse tiefgreifend ist, und der Stabilisierung der dominanten neoliberalen Wirtschaftspolitik dient.

> „Die Prekarität ist Teil einer neuartigen Herrschaftsform, die auf der Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen." (Bourdieu 1998: 4-5)

Die weitreichende Vertiefung der Prekarisierung, aber auch die diversifizierten Formen der damit einhergehenden Verunsicherung unter den abhängig Beschäftigten lassen sich gut an den „Zonen unterschiedlicher Sicherheitsniveaus" (Seifert 2009: 39) ablesen. Seifert zitiert Dörre[44], der Erscheinungsformen typologisiert hat und zwischen den Zonen der Integration, der Prekarität und der Entkopplung unterscheidet:

Zone der Integration	
1. gesicherte Integration	Die „Gesicherten"
2. atypische Integration	Die „Unkonventionellen" oder „Selbstmanager"
3. unsichere Integration	Die „Verunsicherten"
4. gefährdete Integration	Die „Abstiegsbedrohten"
Zone der Prekarität	
5. prekäre Beschäftigung als Chance/temporäre Integration	Die „Hoffenden"
6. prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement	Die „Realistischen"
7. entschärfte Prekarität	Die „Zufriedenen"
Zone der Entkopplung	
8. Überwindbare Ausgrenzung	Die „Veränderungswilligen"
9. kontrollierte Ausgrenzung/inszenierte Integration	Die „Abgehängten"

Tabelle 3: „Die (Des-)Integrationspotenziale von Erwerbsarbeit - eine Typologie". Grafik nach Dörre (2007: 290. zit. nach Seifert 2009: 40).

Diese Typologisierung und Differenzierung verweist nicht nur auf die strukturelle Ebene der Prekarisierung, sondern auch auf die unterschiedlichen subjektiven Erfahrungsdimensionen.

[44] Dörre, Klaus (2007), „Prekarisierung und Geschlecht. Ein Versuch über unsichere Beschäftigung und männliche Herrschaft in nachfordistischen Arbeitsgesellschaften", in: Brigitte Aulenbacher/Maria Funder/ Heike Jacobsen/Susanne Völker (Hg.), *Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft,* Wiesbaden, S. 285-301.

> „Prekarität spannt sich entsprechend zwischen objektiven und subjektiven Kriterien [...] Dies ist sowohl der Erkenntnisgewinn wie auch die tendenzielle Schwierigkeit dieses komplexen Prekaritätskonzepts und des wissenschaftlichen Umgangs mit ihm. Denn es eröffnet damit auch die Gefahr einer ‚Subjektivitätsfalle' bei der Analyse der modernen Arbeitswelt und ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung." (Seifert 2009: 44)

Gerade die Heterogenität der Erfahrungen ist nicht nur mit den differenten sozialen Positionen der Prekarisierung verbunden, sondern bringt auch die Schwierigkeit mit sich, ein wissenschaftlich adäquates und damit notwendigerweise „komplexes Prekaritätskonzept" zu entwickeln. Die individualisierten und heterogenen Erfahrungen und die Komplexität der Arbeitsformen im vorher dargestellten Zonenmodell von Dörre und Castel sind daher auch Ausdruck der Anrufung des „unternehmerischen Selbst". Mit der Theoretisierung des „unternehmerischen Selbst" hat Ulrich Bröckling die Prozesse der Subjektivierung unter Anrufung des unternehmerischen Selbst als Sozialtechnologie untersucht. Er analysiert diesen Prozess als eine Technik des Regierens, wie sie Foucault in seinen Gouvernementalitätsstudien initiierte. Anhand von Selbstmanagementbüchern untersucht Bröckling die Frage, ob das Konzept des „enterprising self" ein Produkt des neoliberalen Kapitalismus sei (vgl. Bröckling 2002: 1).

> „In der Figur des enterprising self verdichtet sich eine Vielzahl gegenwärtiger Selbst– und Sozialtechnologien, deren gemeinsamer Fluchtpunkt die Ausrichtung der gesamten Lebensführung am Verhaltensmodell der Entrepreneurship bildet." (Bröckling 2002: 3)

So dominiert das betriebswirtschaftliche Vokabular von Existenzgründung, über den betrieblichen Neuaufbau bis hin zur selbstunternehmerischen „Passion", die Debatten. Diese Debatten adressieren nicht mehr nur die Arbeitnehmer_innen in gesicherten Beschäftigungsverhältnissen, sondern auch die Arbeitsuchenden. Die „Ich-AG", die im Zuge der Durchsetzung der Hartz-IV-Sozialgesetzgebung als Chance zur ökonomischen Selbstverantwortung und sozialen Teilhabe an der Gesellschaft gepriesen wurde, ist nur ein besonders leicht zu dechiffrierendes Symbol dieses politischen Projekts der Umcodierung vom regulierten und normierten Beschäftigungsverhältnis zum selbstbeschäftigten, individualisierten, unter-nehmerischen Projekt der Arbeit. Der appellative Charakter an die Individuen sich selbst zu beschäftigen und sich selbst-

ständig zu machen rührt an das „fundamentale Unbehagen“, Unternehmer_innen zu werden, die sie nicht sein können.

> „Der Topos [des unternehmerischen Selbst] benennt vielmehr die mikro-politische Ratio, auf welche die zeitgenössischen Technologien der Selbst– und Fremdführung zulaufen.“ (Bröckling 2002: 3)

Im Ergebnis führt dieser doppeldeutige Topos zu einer Fragmentierung der Biographien, Erfahrungen und der Entsolidarisierung zwischen prekarisierten Individuen, weil aufgrund dieser Sozialtechnologie alle für sich selbst verantwortlich sind. So scheint das Verhältnis zwischen den heterogenen Positionen und den quantifizierbaren und verobjektivierbaren Kriterien in einem Widerspruch zu stehen. Daher verweist Seifert auf Mario Candeias Analyse, dieses Spannungsverhältnis produktiv zu nutzen, in welchem die politische Formierung der Klasse nur durch Anerkennung der Differenzen in der Praxis herausgearbeitet werden muss (vgl. Candeias 2005, 6f zit. nach Seifert 2009, 46). Seifert folgert daraus, dass die Breite der Erfahrungen gewahrt bleiben soll, aber nicht „auf die Diskussionen von Armut und Exklusion zu verkürzen, in denen unter anderem immer wieder die Migrantenproblematik und die Entstehung neuer Unterschichten verhandelt werden“ (Seifert 2009: 46). Mit dieser Ausblendung der „Migrantenproblematik“ bzw. der „Entstehung der neuen Unterschichtung“ werden Prozesse der ethnisierten Informalisierung ausgeblendet und die Erfahrung der Informalisierung mit dem Argument des „vertikalen Prozesses“ von den Anderen abgegrenzt. Diese Abgrenzung und analytische Nabelschau um Prozesse der Prekarisierung zeigen sich für die Feststellung des „akademischen Prekariats“. Dessen Entstehung wird mit der sogenannten Bildungsinflation durch die Öffnung der Universitäten im Zuge der Reformen in den 1970er Jahren als Beitrag zur gesellschaftlichen Demokratisierung und den anhaltenden Stellenabbau im öffentlichen Sektor begründet. Gleichzeitig weist die analytische Selbstbespiegelung und Thematisierung der eigenen sozialen Ausgrenzung

auch auf die diskursiven Privilegien und intellektuellen Fähigkeiten der akademisch gebildeten Gruppe hin.[45]

Aus diesem Grunde übt María do Mar Castro Varela aus einer feministischen und postkolonialen Perspektive Kritik am Prekarisierungsbegriff und der analytischen Nivellierung des Prekariats. So werden etwa erwerbslose Migrantinnen, alleinstehende Mütter und Asylbewerber_innen als Prekarisierte ausgeblendet (Castro Varela 2005: 90) und deren kontinuierliche Erfahrung der prekarisierten Arbeit marginalisiert. Daher plädiert sie für eine Fokussierung auf den Prozess der ethnisierten und feminisierten Prekarisierung:

> „Die weltweite Flexibilisierung und Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die mit einer neoliberalen Globalisierung und der damit einhergehenden Demontierung des Sozialstaates zusammenhängen, treffen nicht zufällig jene, die ohnehin von multiplen dynamischen Exklusionsregime betroffen sind." (Castro Varela 2005:91)

Aus einer postkolonialen Perspektive stellt sich daher die Frage: Was ist an der neoliberalen Prekarisierung tatsächlich neu? So sind die Erfahrungen, Arbeits- und Lebensbedingungen postkolonialer Subjekte schon seit Jahrzehnten eng mit multidimensionalen Formen der Unsicherheit, Armut und Bildungsbenachteiligung verflochten. So gesehen erscheinen diese historisch begründeten Erfahrungen eher in einem Kontinuum mit den gegenwärtigen Prekarisierungsprozessen zu stehen, welche sich nur nominal verändert haben und erst in Relation zum Eindringen in die bisher gesicherte Lebensweise des *weißen* bürgerlichen Facharbeiters oder Akademikers eine grundlegend neue Qualität angenommen haben. Überleben und Subsistenz sind hingegen zentrale Erfahrungen postkolonialer Subjekte und weisen signifikante Unterschiede zur Geschichte des „sozialen Abstiegs" auf, wie sie sonst im dominanten Narrativ der Prekarisierung enthalten sind, auf. Diese von den historisch vermittelten Subjekt-positionalitäten abhängigen Differenzen werden im Diskurs um Informalität und Prekarität bisher marginalisiert und kaum beachtet, wodurch eine andere Sicht auf

[45] Beispielsweise sind im Sammelband „Prekär arbeiten, Prekär leben" (Götz und Lemberger 2009) fünf Beiträge enthalten, die die Perspektiven der sozialen Akteure beleuchten. Drei der Beiträge befassen sich mit der Prekarisierung im Bereich der Informationstechnologie, dem wissenschaftlichen Nachwuchs und im Bankenwesen. Die zwei anderen Beiträge betrachten sowohl die Überlebensökonomie in Russland als auch die Subsistenzwirtschaft in einem württembergischen Dorf. Migrantische Perspektiven auf prekarisierte Arbeit in Deutschland bleiben in diesen Beiträgen ausgeblendet.

den „eigentlichen kapitalistischen Normalzustand“ verdeckt wurde. So schreibt Hauer über die „identitären Fallstricke der prekären Arbeit“:

> „Aus der Perspektive des Südens, aus der Perspektive von Frauen und Migrant-_innen und in zeitlichen Dimensionen, die nicht etwa auf die 1960er Jahre fixiert sind, erscheint Prekarität als der eigentliche kapitalistische Normalzustand.“ (Hauer 2005)

In einem postkolonial rekonstruierten „Normalzustand“ ist die Prekarisierung der Arbeit nicht nur als Ausdruck globalisierter Kapitalströme zu verstehen, sondern auch als systemisches Element neoliberaler Logik. Lewed denkt diesen Gedanken weiter und schreibt:

> „Denn die Logik des Umkehrschlusses, ohne Arbeit keine Rechte und keine Würde, ist gerade Grundlage für den staatlich organisierten Ausschlussprozess entlang der Zwangsintegration über prekarisierte Arbeit. Weil der Krisenprozess eine Transformation informeller wie illegalisierter Arbeit in die kapitalistische Normalform unmöglich macht, fällt der Standpunkt der Arbeit heute konsequent formuliert unmittelbar mit einem Standpunkt rassistischer Ausgrenzung und sozialer Apartheid zusammen.“ (Lewed 2005: 4)

Die Forderung nach regulierten und gesicherten Arbeitsverhältnissen bleibt daher genau besehen ein elitärer Diskurs, weil sich hierin die Implikationen und Ausschlussmechanismen der rassistischen und sexistischen Diskriminierung, die Elemente eines gesellschaftlichen „Normal“-Zustands bilden, ausgeblendet bleiben und als Formen der Ausgrenzung abermals reproduziert werden.

4.1.3 Informalität und Stadt: Armut und Eliten

Dieses Kapitel erörtert den Zusammenhang von Stadtentwicklung und Informalität im neoliberalen Zeitalter. Ein besonderes Ausmaß des neoliberalen Zeitalters auf die globale städtische Entwicklung hat Mike Davis in seinem Buch „The Planet of Slums“ (2006) geschildert. Er skizziert in diesem Buch ein eindringliches Bild von der Verelendung in den Städten als globales Problem, welches im direkten Zusammenhang mit den „Structural Adjustment Programs“ steht, wie sie vom Internationalen Währungsfonds (IWF) in den späten 1990er Jahren durchgesetzt wurden.

Der Begriff der Informalität kann nur unter Bezugnahme von Formalität beschrieben werden, und bezieht sich auf ein Bedeutungsfeld zwischen dem Formellen (dem Richtigen/Legalen) und dem Illegalen (dem Falschen). Jedoch zeigen die schon ausgeführten Entwicklungen zum Anwachsen der Informalität, dass die in ihr innwohnenden prekären Bedingungen des Wohnens und Arbeitens drastisch im Globalen Süden ansteigen, aber auch im Globalen Norden anwachsen – und vor allem Frauen und Personen of Color betreffen. David Harvey argumentiert, dass „the fundamental mission of the neo-liberal state is to create a ‚good business climate' and to optimize conditions for capital accumulation no matter what the consequences for employment or social well-being are." (Harvey 2006: 25) Insofern kann die Rolle des Staates als ein Produzent von Informalität identifiziert werden. Weil diese „Mission" zu einer strukturellen Transformation der bisherigen Arbeitsverhältnisse, welche aus dem Ende der Vollbeschäftigung, Informalisierung und Prekarisierung der Arbeit und aus der Transformation des dominanten industriellen Sektors zum Dienstleistungssektor hervorgeht. „Deregulierung" und „Flexibilisierung" sind die magischen Wörter einer sich ausbreitenden neoliberalen Ideologie, die die Prozesse der Prekarisierung von Arbeitsplätzen und -räumen banalisieren (Altvater und Mahnkopf 2002).

Bei der Suche nach Ansätzen, die die komplexen Vorgänge städtischer Vergesellschaftung in der Gegenwart erklären, hat die Stadtforschung den Begriff der Informalität aufgegriffen und weiterentwickelt.[46] Dabei fanden zwei bedeutsame Verschiebungen in der Analyse informeller Prozesse auf unterschiedlichen Ebenen statt:

1) Der Fokus verlagerte sich vom ökonomischen Bereich zum städtischen Raum: Der Diskurs der Informalität konzentriert sich nicht mehr ausschließlich auf den informellen Sektor, sondern bezog auch informelle Prozesse des Wohnungsbau und des Wohnens, der Arbeit und der städtischen Entwicklung ein. Urbane Informalität als Modus räumlicher Produktion bzw. als Modus der Urbanisierung – wie dies AlSayyad und Roy (2004) konzeptuell vorschlagen – tritt als eine analytische Kategorie der Stadtforschung in Erscheinung und analysiert diese Prozesse in ihrem räumlichen Kontext und als räumliche Frage.

[46] Vgl. Kulturstiftung 2005; Davis 2006; Altvater und Mahnkopf 2003; Hernández und Kellett 2010; Ribbeck 2002; Roy und AlSayyad 2004.

2) Informalität wird global. Obwohl der Diskurs der Informalität auf die entwicklungssoziologischen Studien zurückzuführen ist, ist der Prozess der Informalisierung ein wachsender Bestandteil der westlichen Städte und gewinnt im Zuge der postfordistischen Transformation weiter an Bedeutung. Sassen weist daraufhin, dass ihre Konzeption der „Global City" auf der Abhängigkeit der formellen von der informellen Ökonomie beruht, und daher das Informelle ein konstitutiver Bestandteil der „Global City" ist. Der Aspekt der Informalisierung wird jedoch oft in der Wahrnehmung ihrer konzeptuellen Überlegungen vernachlässigt.

Sassen verweist auf die lange Geschichte der Informalität, die in den industrialisierten Gesellschaften nichts Neues ist und sich im 21. Jahrhundert nicht nur im globalen Süden abspielen wird, denn Informalität ist „a systemic feature of advanced capitalism, rather than an importation of the Third World" (Sassen 2005: 85) – auch im globalen Norden.

Mit der Fokussierung auf die vertikalen Verflechtungen wird die neue Qualität der Informalität als Charakterzug neoliberalisierter Wirtschaftspolitik, wie sie im Zuge der Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und der World Trade Organisation (WTO) forciert wird, verstärkt in Augenschein genommen. Mike Davis sieht – sehr drastisch formuliert – einen „Planet of Slums" (2006) als Folge dieser neoliberalen Politik. Andere Autoren wie Asaf Bayat führen die neue Qualität der Informalisierung auf die Erosion gesellschaftlicher Verträge, gemeinsamer Verantwortung und bestehender wohlfahrtsstaatlicher Strukturen zurück:

> „The historic shift from socialist and populist regimes to liberal economic policies, brought on by the World Bank's Structural Adjustment Program and other policies, has led to a considerable erosion of the social contract, collective responsibility, and former welfare-structures." (Bayat 2004: 79)

Die globale Dimension der Informalität, ungeachtet der vielfältigen Politiken und Praktiken im Norden und Süden und den jeweiligen Städten, ist ein konstitutives Merkmal für das Verständnis urbaner Komplexität im 21. Jahrhundert geworden.

Die Arbeiten von Roy/AlSayyad (2004) und Yiftachel (2009b) sind im Rahmen meiner Forschung besonders relevant, da sie die (planungs-)politische Dimension der städtischen Informalität einer kritischen Prüfung unterziehen. Roy und AlSayyad sehen das spezifisch Neue der urbanen Informalität als „way of life", dass durch ökonomische

und kulturelle Prozesse der Liberalisierung und Globalisierung geprägt wird. Auch sie betonen, dass Informalität kein neues Phänomen ist – es war immer schon Bestandteil des Städtischen – jedoch sind die veränderten Rahmenbedingungen ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung neuer Formen der städtischen Informalität in der Gegenwart und der absehbaren Zukunft. Während in früheren Phasen informelle Praktiken noch auf öffentlichem Land oder im öffentlichen Raum beschränkt blieben, kann mittlerweile von einer Privatisierung des Informellen gesprochen werden (Roy und AlSayyad 2004: 4). In ihrem Artikel „Urban Informality: Toward an Epistemology of Planning" argumentiert Ananya Roy für die Dringlichkeit, sich nicht nur planerisch mit den konkreten Herausforderungen von Informalität zu befassen, sondern auch theoretisch. Informalität ruft generell in der Planung Unbehagen hervor, weil es als nicht planbar und der Möglichkeit von Planung beraubt scheint. Daher schlägt Roy einen konzeptuellen Rahmen vor, der nicht von den tradierten Stereotypen und ideologischen Implikationen bei der Analyse des informellen Sektors ausgeht. Vielmehr ist es notwendig, Informalität als einen Modus der Urbanisierung zu betrachten, um entscheidende Trends in der Stadtentwicklung zu erkennen (Roy 2005: 148). Ihrer Ansicht nach sind diese Entwicklungen für alle diejenigen von Interesse, die sich einer gerechten Planung verpflichtet fühlen, und sie betont die Bedeutung sich aus einer westlichen Perspektive mit informellen Prozessen in den sogenannten Dritt-Welt-Ländern zu befassen, sowohl um Fragen der Verteilungsgerechtigkeit als auch der Informalisierung in der sogenannten Ersten Welt zu analysieren. Daher ist die globale Dimension von Informalität, trotz der sehr unterschiedlichen Ausformungen und Praktiken überall auf der Welt und den jeweiligen Städten, zu einem wesentlichen Bestandteil für das Verständnis von Urbanität im 21. Jahrhundert geworden.

Neben dem analytischen Vorteil die Beziehung zwischen der formellen und der informellen Sphäre als Verhältnis zwischen staatlichen (formell) und privaten (informellen) Räumen zu betrachten, verdienen deren komplexen Beziehungen zueinander eine stärkere Differenzierung (Davis 2006; Roy 2005). Roy unterscheidet hier zwischen einer „*Low-End-Informality*", die mit Verarmungsprozessen, und eine „*High-End-Informality*", die mit Anreicherungsprozessen einhergeht. Unter letzterem sieht sie etwa staatliche Förderungsmaßnahmen für transnationale Investitionen z.B. durch Bereitstellung von öffentlich finanzierter Infrastruktur und Verkehrswege oder der Verkauf von öffentlichen Grundstücken an Unternehmen unter Marktwert (Roy

2005: 149). Diese Ausweitung des Informalitätsbegriffs ist wichtig, um eine weiterführende und differenziertere Forschungsperspektive zu gewinnen.

Die kritisch beleuchteten Planungspraktiken, die in ihrer Funktion für eine globalisierte Wirtschaft und der Transformation des Staates eine wichtige Rolle spielen, betrifft insbesondere rassifizierte Menschen in ihrem Alltag. Wie sind die alltäglichen Praktiken und die Lebensbedingungen postkolonialer Straßenhändler theoretisch zu fassen und gesellschaftlich einzuordnen, und auf welche Ansätze kann ich zurückgreifen? Welche theoretischen Ansätze verstehen das Handeln mit Waren und Dienstleistungen und die damit einhergehende alltägliche Praxis nicht nur als räumliche Produktion, sondern auch als eine Politik des Handelns, das nicht nur sozioökonomische, sondern auch performative und kulturelle Dimensionen birgt? Mit dieser Fragestellung verschiebt sich die Analyse von der räumlichen Produktion hin zu den Subjekten und ihren sozialen Positionen.

4.1.4 Informalität in der Metropole: Koloniale Erben

Ananya Roy weist auf das Paradox hin, dass das meiste Wachstum der Städte im 21. Jahrhundert in den sogenannten Entwicklungsländern stattfindet, und Theorien über das Funktionieren der Städte immer noch in den sogenannten Industrieländern verwurzelt sind (Roy 2005: 147). Das dominierende Modell der Theorie- und Wissensproduktion in der Stadtforschung ist die Imaginierung und Narration der westlichen Städte. Das wissenschaftliche Feld der Stadtforschung (*Urban Studies)* ist in einem spezifischen Umfeld eingebettet, dass die Welt der Stadt erkunden und verstehen will und hierüber Wissen produziert, welches im Globalen Norden situiert ist. Die Stadtforschung kann als ein transatlantischer Raum verstanden werden, der sich in der Theoretisierung der Stadt und des Städtischen auf die Städte Nordamerikas und Europas bezieht (Robinson 2002). Dies zeigt sich in der Entwicklung und Verwendung von Begrifflichkeiten, die transnational in der Stadtforschung kursieren, jedoch sich in jeweils unterschiedlichen Kontexten herausgebildet und verortet haben, wie dies der Begriff des „Metropolitanen“ zeigt. Die Bedeutung von „metropolitan“ wird in der nordamerikanischen Stadtforschung vor allem als kritischer Ansatz begriffen, um postfordistische Stadtentwicklungen zu analysieren. Dieser Begriff adressiert die Globalisierung der Ökonomien, die ökonomische Umstrukturierungen, die Reskalierung von Funktionen von einer höher gelegenen Ebene auf die lokalen und regionalen Ebenen, und der Begriff reflektiert die dringenden städtischen Probleme der sozialen

Ungerechtigkeit und Segregation (Mayer 2006; Soja 2001). Gleichzeitig ist es aber auch nötig, die Bedeutung der „Metropole“ und des „Metropolitanen“ für den europäischen Kontext zu berücksichtigen. Stemmler und Farías (2006) zeigen, wie das europäische Konzept historisch mit der kolonialen Geographie der Welt verknüpft ist (so wurden beispielsweise die französischen Kolonien als „*Non-metropolitaine*“ bezeichnet und das französische „Mutterland“ als „*France métropolitaine*“). Der Begriff hat sich über die Zeit zu seiner jetzigen zeitgenössischen Nutzung gewandelt, und wird nicht nur im Bereich des Stadtmarketing als Werbebotschaft verwendet, sondern auch als positiver, normativer und beschreibender Begriff in der deutschsprachigen Stadtforschung verwendet:

> „The contemporary metropolitan turn, or in other words, the inflationary use of the word metropolis both, in city marketing and in urban studies is striking.“ (Farías und Stemmler 2006: 12)

Daher unterscheide ich im Folgenden eine *metropolitane* Informalität von einer *urbanen*, um die eurozentristischen und kolonialen Implikationen des Begriffes referieren und reflektieren zu können. Der Verweis auf die post/kolonialen Bezüge der verwendeten Begrifflichkeiten fördert die kritische Überprüfung des affirmativen Gebrauchs. Folglich sind Ethnizität und Rassifizierung zentrale theoretische Ausgangspunkte für die Konzipierung einer *metropolitanen Informalität,* die in der Analyse von Informalität berücksichtigt werden müssen. Die post/koloniale Analyse von Informalität in den Metropolen des Westens ist informiert von postkolonialen Theoretikern wie Homi Bhabha, der daran erinnerte:

> „The Western metropole must confront its postcolonial history, told by its influx of postwar migrants and refugees, as an indigenous or native narrative internal to its national identity; [....]. Postcoloniality, for its part, is a salutary reminder of the persistent ‚neo-colonial' relations within the ‚new' world order and the multinational division of labour.“ (Bhabha 1994:6)

Metropolitane Informalität verbindet die rassifizierte Position der Subjekte, und kennzeichnet diese als einen kolonialen Diskurs, der in den westlichen Städten neue Formen der Arbeitsbeziehungen, der städtischen Segregation und neue Techniken des Regierens über die migrantische Bevölkerung verursacht und widerständiges Alltagshandeln erzeugt, welche in den dominanten Diskursen vernachlässigt und marginalisiert werden:

> „First, that most critical urban theories (CUT), while providing vital foundations for the understanding of cities and regions, have not sufficiently accounted for the implications of a new political geography, characterized by the proliferation of ‚gray spaces' of informalities and the emergence of new urban colonial relations." (Yiftachel 2009a: 241)

Yiftachel reflektiert in seiner Arbeit den Zusammenhang von Kolonialismus, Informalität und räumlicher Planung. Er analysiert die politische Geographie der wachsenden städtischen Informalität als „gray spaces" und verortet diese Räume zwischen den *weißen* Sphären der Legalität, des Wohlstands und der Sicherheit sowie den „schwarzen" Orten der Vertreibung, der Zerstörung und des Todes. Mit Hilfe dieser Begriffsassoziationen und gesellschaftlichen Analysen macht er auf eine rassifizierte politische Geographie aufmerksam und stellt die Rückkehr kolonialer Praktiken in der staatlichen Planung fest, deren Auswirkungen er als „creeping apartheid" (Yiftachel 2009b: 87) bezeichnet. Obwohl seine Analyse sich auf Entwicklungen in Israel bezieht, sind seiner Ansicht nach die problematischen Planungsprozesse gegen informelle Siedlungen ethnisierter Minderheiten durchaus verallgemeinbare Entwicklungstrends:

> „Nevertheless, it is a growing phenomenon, meaning that the Beer Sheva metropolis, as well as Israel/Palestine, are not an exception, but rather a hyper-example of structural relations unfolding in thousands of cities around the globe." (Yiftachel 2009b: 89)

Das „Hyper"-Beispiel resultiert in diesem Fall aus der Rolle staatlicher Planungen als Agent ungerechter Raumpolitik, sozialer Ungleichheit und partikularer Interessen, die zu mehr Unsicherheit führen:

> „Planning categories and mechanisms allow the loci of power to construct or destroy, gray space, either locally or regionally, has become in many cities the stuff of urban politics itself." (Yiftachel 2009b: 95)

Vor dem Hintergrund der Funktionalisierung staatlicher Planung schlägt er auf der Basis des Lefèbvreschen Ansatzes die Weiterentwicklung eines umfassenden Rechts auf Stadt als „planning citizenship" vor. Um Planung zu demokratisieren, muss mit marginalisierten Gruppen über eine für alle Beteiligten gerecht erscheinender Anteil an der als gemeinsam anerkannten Stadt ausgehandelt werden, um der Kolonisierung der Städte entgegen zu treten (Yiftachel 2009b: 96). Yiftachels Analyse städtischer

Informalität begreift diese in ihren kolonialen Bezügen, und arbeitet in diesem Zusammenhang die Implikationen zwischen Staat, Planung und historischen Dis-Kontinuitäten heraus. Die Konzipierung der urbanen Informalität als „gray spaces" offenbart eine verdeckte Dimension städtischer Raumpolitik und stellt den Zusammenhang zwischen rassifizierenden Praktiken und staatlicher Planung zur Diskussion, an die ich später anknüpfen werde.

Eine postkoloniale Perspektive adressiert insbesondere die Rassifizierung als einen Modus der Diskriminierung. Die Ausgangspunkte postkolonialer Theorie sind anti-koloniale und anti-imperiale Kämpfe, welche im globalen Süden der kolonisierten Länder, aber auch in den Metropolen des globalen Nordens stattfinden, und sich kritisch mit dem Erbe westlicher Philosophie, welche den europäischen Humanismus und die Philosophie der Aufklärung konstituieren, auseinandersetzen. Der Universalismus, der in dieser philosophischen Tradition verankert ist, wurde von postkolonialen Theoretiker_innen als eine spezifische Position *weiße*r, männlicher und bürgerlicher Subjektivitäten identifiziert. Der Begriff des „Postkolonialen" bezeichnet nicht nur eine historische Phase nach dem Kolonialismus, sondern ist auch eine postkoloniale und kritische Produktion und Praxis von Wissensbildung gegen (neo-) koloniale Vorherrschaft (Castro Varela und Dhawan 2005: 24). Die spezifische Position rassifizierter Subjekte wird als Referenz gesetzt und gegen universalisierende Diskurse im Namen der Aufklärung gelesen (Castro Varela, Dhawan und Randeria 2009: 312). Die Analyse räumlicher Praxen aus einer postkolonialen Perspektive verbindet die Repräsentationen des Raumes mit den Positionen rassifizierter Subjekte und stellt hegemoniales Wissen über Raum und Praktiken infrage. Dieser Ansatz impliziert nicht nur die Frage darüber, wie etwas repräsentiert wird, sondern vielmehr von welcher Position aus die spezifische Verräumlichung situiert ist und sich vollzieht. Insofern kann die theoretisch-empirische Arbeit zur Informalität eine kapitalismuskritische Perspektive beinhalten, weil sie auf Interdependenzen und Ausbeutungsverhältnisse verweist, andererseits kann sie aber auch das neoliberale Diktum legitimieren, weil Studien zur Informalität die Überlebensfähigkeiten der städtischen Armen beweisen und die Profitabilität ihrer Ausbeutung nicht untersucht und adressiert wird.

4.2 Zusammenfassung

Ziel des Kapitels war die Darstellung von Informalität als theoretische Perspektive in unterschiedlichen Forschungsfeldern. Straßenhandel wird oft als Prototyp informeller

Wirtschaft verstanden und daher war es notwendig die theoretischen Ansätze von Informalität auszuführen. Hierbei wurde deutlich, dass Informalität weniger einen definitorischen Ansatz zur empirischen Beschreibung von Realität bietet, sondern vielmehr ein normatives Gerüst zur Beschreibung von gesellschaftlichen Prozessen. Dieses normative Gerüst basiert auf einer eurozentristischen Annahme von Moderne, die Vorstellungen von Entwicklung und Formalität impliziert. Vor diesem Hintergrund pointierte ich mit der Formulierung einer *metropolitanen Informalität* eine dekoloniale Forschungsperspektive, die die Erfahrung rassifizierter Subjekte mit der Exklusion aus formellen Ökonomien verbindet, um die Rassifizierung von informellen Ökonomien in den Metropolen zu analysieren. Des Weiteren zielte das Kapitel darauf ab, die Verschiebung des Forschungsfeldes zur Informalität von der Ökonomie hin zum Städtischen nachzuzeichnen und hierin die Frage der *metropolitanen Informalität* zu verorten.

5 Rassismus, migrantische Arbeit und ethnisierte Ökonomien

Die Erkenntnisse aus meinen empirischen Untersuchungen lassen Rückschlüsse auf Formen von alltäglichem und institutionellem Rassismus zu, die sich mit Theoremen der kritischen Migrationsforschung als auch postkolonialer Theorie nur unzureichend analysieren ließen. Angesichts der politischen Diskussion in Deutschland, die die Artikulation von Migration vor allem als Frage der Herkunft und der Kultur problematisiert und nicht als gesamtgesellschaftliches Verhältnis reflektiert, führte dies zu einer Pointierung meiner Fragestellung hinsichtlich der Analyse von Diskriminierung und Rassismus. Inwiefern lassen sich strukturelle Diskriminierungen erkennen und beschreiben? Inwiefern hat die Produktion der Stadt, sei es als räumliche, ökonomische, soziale und kulturelle Dimension, eine diskriminierende, womöglich rassifizierende Logik? Denn mit diesen Fragen ist es nun möglich den Zusammenhang einer Stadtplanung von Berlin als „Europäische Stadt" (vgl. Kapitel 6.2.2) und den Rassismuserfahrungen der Straßenhändler of Color zu entwickeln und zu beschreiben. Mithilfe der *Critical Race Theory*, die in den USA an den juristischen Fakultäten entwickelt wurde und sich dort seit knapp 30 Jahren etabliert hat, wird der Begriff der „Rasse" als soziale Konstruktion dekonstruiert, der dennoch als gesellschaftliches Verhältnis weiterhin wirksam ist. Schwarze Wissenschaftler_innen, die Rassismus theoretisieren und reflektieren, haben darüber hinaus die Bedeutung von Weißsein markiert.[47] Kritische Rassismusforschung befasst sich sowohl mit der Dekonstruktion von kategorialen gesellschaftlichen Bedeutungsfeldern als auch mit der strukturellen Dimension solch eines gesellschaftlichen Verhältnisses. Cultural Studies und postkoloniale Theorie analysieren die historische Genese von Rassismus als kolonialem Erbe, das bis heute relevant in der Kultur/-produktion ist. Diese Theorien werden in den Literaturwissenschaften, der Anthropologie und europäischen Ethnologie rezipiert und diskutiert, finden jedoch in die raumwissenschaftliche Forschung (Stadtgeographie, Stadtforschung) nur langsam Eingang.

Vorab skizziere ich die Entwicklung von Migration nach Deutschland, wie sie durch staatliche Gesetze, politische Diskurse und wissenschaftliche Perspektiven modelliert wurde. Mittels einer rassismuskritischen Fragestellung liegt der Blick nicht nur auf den

[47] In Deutschland sind erste Studien hierzu im Band „Mythen, Masken und Subjekte – Kritische Weißseinsforschung in Deutschland" veröffentlicht worden (Eggers u. a. 2005).

„Migrant_innen“, sondern vielmehr deren Erfassung und Figuration durch die Institutionen. Den Fokus meiner Arbeit bildet das gesellschaftspolitische Handlungsfeld der „Migration“, das auf der Annahme basiert, dass „Migration“ entlang der Vorstellungen zu Nation ein gesellschaftliches Verhältnis beschreibt, und hier durch ein Verhältnis von „innen“ und „außen“ definiert.

Obwohl Deutschland sich seiner eigenen nationalsozialistischen und rassistischen Vergangenheit stellt und diese durch Formen von Gedenkpolitik und Vergangenheits-bewältigung aufarbeitet, die sich in der historischen Verantwortung eines „Nie Wieder!“ sehen, so zeugen die Konjunkturen von anti-muslimischen und romafeindlichen Rassismen in der Mitte der Gesellschaft auf Kontinuitäten, die Fragen nach der gesellschaftlichen Verantwortung aufwerfen. Eine Verantwortung, die die Entnazifizierung und Dekolonisierung der Institutionen einfordert, betreibt und als aktive Anti-Diskriminierungspolitik fördert, die jedoch seit den Lichterketten der 1990er Jahre scheinbar nicht mehr in der Mitte zu verankert sein scheint. Im Gegenteil – wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aufzeigte, sind 2012 rechtsextreme, rassistische, antisemitische, diktaturbefürwortende, sexistische, Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet (Decker und Brähler 2012). Und im Jahre 2013 wurde Deutschland von der UNO gerügt, weil die staatlichen Institutionen nicht in der Lage sind die Bevölkerung vor rassistischer Rede zu schützen. Mit dieser Rüge verurteilten sie nicht nur die Aussagen von Thilo Sarrazin, sondern auch den Umgang mit diesen Äußerungen in der öffentlichen Sphäre (Committee on the Elimination of Racial Discrimination 2013).

Das folgende Kapitel teilt sich in drei Bereiche. Der erste befasst sich mit der deutschen Migrationsgeschichte und trägt unterschiedliche Facetten der institutionellen Diskriminierung zusammen. Anhand dieser Daten wird deutlich, dass aus der Perspektive der Migration bei Ankunft und Niederlassung in Deutschland eine Diskriminierung vorliegt, die zu einer Schlechterstellung der sozialen Position führt. Der zweite Bereich führt rassismuskritische Theorien sowohl aus den USA als auch Deutschland ein. Hiermit wird das theoretische Gerüst gelegt, um die Frage von Diskriminierung gesellschaftspolitisch einzuordnen. Vor diesem Hintergrund untersucht der dritte Bereich das Verhältnis von Stadt, Migration und Ökonomie anhand der Ausformulierung einer „ethnischen Ökonomie“. „Ethnische Ökonomie“ operationalisiert auf Seiten der bezirklichen Behörden und der Senatsverwaltung einen Blick auf das

migrantische unternehmerische Subjekt. In diesem Zusammenhang bette ich die Formierung einer „ethnischen Ökonomie“ ein, die sowohl die Migrantisierung von Stadt als auch von Ökonomie in Deutschland anzeigt. Außerdem situiere ich aus einer rassismuskritischen Perspektive die Erscheinung der „ethnischen Ökonomie“ als Differenzierung und Kulturalisierung eines ethnisierenden (bzw. rassifizierenden) hegemonialen Blicks auf das migrantische, andere Subjekt. Dieser Blick schreibt sich in die jüngere Stadtsoziologie und Migrationsforschung ein, die sich am Nexus der „ethnischen Ökonomie“ treffen, und ein gesellschaftliches Verhältnis reproduzieren, in dem Migration (und „ihre“ Personen und „ihre“ Ökonomien) ethnisiert und rassifiziert werden.

5.1 Von den „Gastarbeitern“ zum Zuwanderungsgesetz

5.1.1 Deutsche Migrationsgeschichten

> „Letztlich haben einige Industriestaaten ihren Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften (insbesondere an billigen und flexiblen Arbeitskräften, die dazu eingesetzt werden können, Arbeiten zu verrichten, die einheimische Bürger nicht übernehmen wollen) dadurch gedeckt, dass sie bei der Einstellung von irregulären Arbeitsmigranten ein Auge zudrücken.“ (Goos 2006: 16)

Die hiesige Migrationsforschung betrachtet Migration aus einer nationalstaatlichen Perspektive und versteht hierunter die Wanderung von Personen in eine Richtung: von außen nach innen und die Niederlassung dieser Personen in diesem Nationalstaat. Die Migrationsgeschichten nach Deutschland sind sehr unterschiedlich: aufgrund der deutschen Teilung, aufgrund unterschiedlicher Vertragsabkommen zwischen den Staaten für die Aufnahme der „Gastarbeiter“, aufgrund der Asylgesetzgebung und aufgrund unterschiedlicher internationaler Flucht- und Migrationsbewegungen. Die Migrationsgeschichten nach Deutschland fangen nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg an, sondern beginnen schon sehr viel früher und sind daher auch nur umfassend in ihrer Historizität angemessen zu verstehen (Herbert 2001). Migration nach Deutschland hat eine lange Geschichte, die in den politischen Diskursen gern unterschlagen wird. Die lange Geschichte der Migration, auch im Zusammenhang mit dem deutschen Kolonialismus, hat in den 1980er Jahren eine Gruppe von afro-deutschen Frauen erarbeitet und in „Farbe bekennen – Afrodeutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“ (Oguntoye u. a. 1986) beschrieben. Die polnischen Nachnamen im

Rheinland verweisen auf weitere Migrationsrouten nach Deutschland, die vor den zwei Weltkriegen lagen, weil Menschen aus Polen als Saisonarbeiter_innen kamen (Herbert 2001) oder zum Zweck der Minenarbeit umgesiedelt wurden. Obwohl Menschen aus allen Teilen der Welt nach Deutschland wandern, sich hier aufhalten, Arbeit suchen, auf der Flucht sind oder um Asyl begehren, werden in der Erzählung der Migration vor allem Menschen und deren Routen beschrieben, die von außerhalb Europas kommen. Menschen, die aus westlichen Ländern migrieren, sind in diesem Sinne keine „Migrant_innen", sondern „Kosmo-polit_innen", die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen privilegierte Arbeits- und Aufenthaltsbestimmungen genießen. Innerhalb des Migrationsregimes nach Deutschland besitzen EU-Bürger_innen mehr Rechte der Niederlassung und Arbeitsaufnahme als andere aus dem Ausland. Zwischen den EU-Bürger_innen wurde ein weiteres Mal differenziert, so dürfen Personen aus Bulgarien, Rumänien und Kroatien sich in Deutschland zwar selbstständig machen, jedoch keine angestellte Tätigkeit aufnehmen. Bürger_innen aus OECD Staaten, wie USA, Kanada und Australien besitzen dem gegenüber Privilegien, wenn ihnen die Niederlassung und Arbeitsaufnahme erlaubt wird. Eine besondere Episode der deutschen Arbeitsmigrationspolitik waren die „Gastarbeiter"-Verträge der BRD mit verschiedenen Staaten und die „Vertragsarbeiter"-Verträge der DDR mit verschiedenen Staaten.[48] Menschen aus dem globalen Süden haben derzeit nur sehr wenige Möglichkeiten, nach Deutschland einzureisen (nicht einmal als Tourist_innen), weil die Flucht nach Europa mit der Fortifizierung der Grenzen zur Frage von Leben und Tod wird. Bei erfolgreicher Einreise in die EU ist dann die rechtlich garantierte Antragstellung auf Asyl noch nicht einmal sicher gestellt.[49] Ha unterscheidet in seiner Arbeit die „postkolonialen" Migrant_innen (Ha 2004), von anderen, z.B. aus europäischen Ländern oder Nordamerika, weil diese Migrationen nicht nur mit rechtlichen Unterschieden verbunden sind, sondern medial auch sehr unterschiedlich verhandelt werden. Derzeit wird das Bild der Migration vor allem durch das Bild von jungen, muslimischen, gewaltbereiten bzw. „extremistischen" Männern geprägt, ergänzt

[48] Die historischen Kontinuitäten und Voraussetzungen der deutschen Arbeitsmigrationspolitik hat Kien Nghi Ha als koloniale Praxis analysiert und herausgearbeitet (Ha 2003).

[49] Die europäische Dublin III Regelung und die Sicherung der europäischen Grenze durch FRONTEX reflektieren sowohl die Fortifizierung der Grenzen als auch die Entsolidarisierung zwischen den nordeuropäischen und den südeuropäischen Staaten (Portugal, Spanien, Italien, Griechenland). Außerdem hat der europäische Gerichtshof festgestellt, dass Griechenland die Menschenrechte für die geflüchteten Menschen nicht garantieren kann und daher nicht als sicherer Drittstaat zu betrachten ist (vgl. EuGH Urteil vom 21. Dezember 2011, Rechtssache C-411/10).

mit der weiblichen Figur der kopftuchtragenden nicht-deutsch sprechenden Mutter mit mehreren Kindern. Mit dem Begriff der Migration werden nicht nur medial, sondern auch politisch Personen of Color und tatsächlich oder vermeintlich muslimischen Glaubens adressiert und als „Andere" rassifiziert.

Die Migrationsgeschichte nach Deutschland für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde vor allem durch die „Gastarbeiter"-Verträge mit verschiedenen Staaten bestimmt. Männliche „Gastarbeiter" in der BRD wurden für den industriellen Sektor unter anderem aus Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Portugal, Tunesien, Jugoslawien und Korea angeworben. „Gastarbeiterinnen" aus Korea arbeiteten beispielsweise in Krankenhäusern (Mattes 2005). „Vertragsarbeiter" kamen etwa aus Vietnam, Kuba, Mozambique und Polen in die DDR. In dieser Zeit wurden Menschen für einfache manuelle Tätigkeiten in den Fabriken benötigt und als temporäre Arbeiter_innen angeworben. Sie wurden als „Humankapital" betrachtet und nicht als Individuen, die sich in Deutschland niederlassen und ihre Familien gründen würden. Diese biographischen Entwicklungen waren in der deutschen Anwerbe- und Ausländer_innenpolitik nicht vorgesehen, über Jahrzehnte wurde versäumt sich aktiv mit den Dimensionen von Einwanderung, Integration, Partizipation und Demokratisierung von Grundrechten auseinanderzusetzen. Diese Versäumnisse werden später, in den 2000er Jahren, von der Regierung anerkannt, und die anvisierten „Integrationsmaßnahmen" (wie die Einführung der „Integrationskurse") als „nachholende Integration" bezeichnet (Bade und Hiesserich 2007). Aus einer Perspektive der Migration liegt es daher nahe zu behaupten, dass Deutschland sich in all den Jahren der Integration verweigert hat, weil keine Sprachkurse und keine Angebote zur Partizipation, keine Einbürgerung und kein Wahlrecht angeboten wurde. Dieser deutschen Integrationsverweigerung zum Trotz erwartet die deutsche Politik und Gesetzgebung die Integration in die deutsche Kultur von den Migrant_innen, wenn in der öffentlichen Sphäre eine Diskussion über die deutsche „Leitkultur" stattfindet. Das Motiv der „Integrationsverweigerung" ist ein wiederkehrendes Motiv in der deutschen Debatte um Integration und Migration, welches im öffentlichen Bewusstsein aber den Migrant_innen zugeschrieben wird – und nicht der eigenen Politik und Gesetzgebung. Dieses Narrativ lenkt von den Versäumnissen in der deutschen Politik ab und individualisiert die Probleme und Schwierigkeiten der Zugewanderten. Diesen Widerspruch der deutschen Politik, die versäumten Integrationsangebote und die

exkludierende, wenn nicht diskriminierende Politik der letzten Jahrzehnte keiner kritischen zu Revision zu unterziehen und die Probleme der Integration den Zugewanderten zuzuschreiben, adressieren Kien Nghi Ha und Markus Schmitz (2006a) und formulieren daher das „Recht, nicht dermaßen integriert zu werden".

Migrant_innen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund sind Personen, die nach Deutschland kamen, sich hier niederließen und Familien gründeten. Sie blieben und schufen eine Realität, die von den staatlichen Behörden ausgeblendet wurde. Eingewanderte Menschen waren über lange Jahre in der Logik bundesdeutscher Politik temporäre Gäste, „Gastarbeiter" in der BRD und „Vertragsarbeiter" in der DDR, die das Land wieder verlassen würden. In dieser Migrationsgeschichte war kein interkulturelles Zusammenleben, noch ein interkultureller Austausch vorgesehen. In den 1970er und 1980er Jahren bestimmte in Westdeutschland die Frage der „Ausländerfeindlichkeit" das gemeinsame Zusammenleben. Im Fokus standen individuelle Vorurteile, die durch ein Mehr an Wissen über die Anderen abzubauen galt. Migrant_innen wurden nicht als Einwander_innen und zu partizipierende Bürger_innen betrachtet, sondern als temporäre Gäste, die kommen – aber auch gehen werden – wie der Begriff der „Gastarbeit" nahelegte. Betrachtet man die historische Entwicklung der Anwerbungspolitik von Arbeitskräften seit 1955 aus dem Ausland und dem heutigen Zuwanderungsgesetz, so zeigt sich, dass die Frage nach der gesellschaftlichen Integration (und nicht nur als Arbeitsmigration) sich erst 50 Jahre später stellte. Denn erst mit dem Zuwanderungsgesetz bekannte sich Deutschland zu seinem Status als Zuwanderungsland, jedoch nicht als „Einwanderungsland", und wendete sich von der bisherigen Arbeitsmigrationspolitik ab zu einer Zuwanderungs- und Integrationspolitik hin.[50] Obschon Deutschland sich an den Einwanderungsgesetzgebungen anderer Länder orientierte, wird seither sorgsam von „Zuwanderung" gesprochen, und nicht von „Einwanderung". Diese begriffliche Nuancierung reflektiert eine Deutungshoheit des „Deutschseins", die sich in den Debatten der „Integration" bzw. der „Leitkultur" abbilden.

Bis 2000 orientierte sich das Staatsbürgerschaftsrecht an einer blutsbasierten Vorstellung von deutscher Staatsbürgerschaft (*ius sanguis*) und regelte diese. Mit der Novelle zum 1. Januar 2000 wurde nun stärker das Geburtsortprinzip berücksichtigt. Denn bis dahin waren Personen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen waren

[50] Dieses Selbstbekenntnis ist (noch) nicht selbstverständlich. So heißt es im Oktober 2010 in einem „7-Punkte-Integrationsplan" der CSU unter Punkt 1 „Deutschland ist kein Zuwanderungsland" (Rötzer 2010).

noch bis in die dritte Generation „ausländisch“ bei gleichzeitiger Benennung als „Bildungsinländer_innen“, weil sie das deutsche Bildungssystem durchlaufen hatten. Gleichzeitig konnten diejenigen aus dem Ausland, die deutsche Vorfahren bis in die dritte Generation nachweisen konnten, die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen – die sogenannten Aussiedler_innen. Dieses Staatsbürgerschafts-recht begründete bis 2000 eine Solidargemeinschaft zwischen denjenigen, die in einer Verwandtschaftsbeziehung standen, aber nicht mit denjenigen, die auf demselben Territorium lebten, sich beteiligten und in diese Solidargemeinschaft einbrachten.

Bis 2005 war die Vorstellung von Einwanderung, Integration und Inklusion in der Imagination der deutschen Nation und ihrer Staatsbürger_innen nicht angelegt – daher gab es keine Sprachkurse für die „Gastarbeiter“, die aus der Türkei, Griechenland, Spanien, Portugal und anderen Ländern in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren. Erst zu Beginn der 2000er Jahre begann sich mit der Anwesenheit der dritten Generation von „Ausländern“, die in diesem Land geboren, zur Schule gegangen und ausgebildet waren, die Vorstellung vom Staatsbürgerschaft zu wandeln und sich mit den gesellschaftspolitischen Folgen der Migration zu befassen. Denn die dritte Generation forderte ihre Rechte in diesem Land ein und wollten nicht mehr als Gast gesehen, sondern als Bürger_innen begriffen werden. Trotz der politischen Verleugnung dieser Realität, wird empirisch immer wieder festgehalten, dass Menschen mit Migrations-hintergrund in Deutschland leben, in der ersten, zweiten und dritten Generation. Daher werden in den jüngsten Jahren „Personen mit Migrationshintergrund“ statistisch erfasst, um die Integrationsentwicklung dieser Personen sozialwissenschaftlich analysieren zu können und ihren Verbleib in der Gesellschaft zu erfassen (Statistische Bundesamt 2010).

Die Auseinandersetzung mit Einwanderung und einem imaginierten „Anderen“ bzw. „Fremden“ bedeutete eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Selbst – der eigenen deutschen Identität. Eine Identität, die sich des Holocausts und der Vernichtung vieler Millionen Menschen aufgrund einer rassistischen Ideologie schuldig gemacht hatte. Eine Identität, die als Nation den Zweiten Weltkrieg verlor und durch deren Territorium die Fronten des Kalten Krieges verliefen. Nachdem Deutschland aufgeteilt wurde, gründeten sich zwei Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik. Nach dem Ende des Kalten Krieges, der nicht nur ein Ende war, sondern auch der Zusammenbruch vieler sozialistischer Staaten bedeutete, wurde die DDR aufgelöst

und das Gebiet bildete die fünf neuen Bundesländer der BRD. Dieser staatliche Umbau artikulierte eine völkisch begründete „deutsche" Identität, die besonders rassifizierte Menschen spürten. Die Bewältigung der „Wende" und der Ausrufung eines „gemeinsamen" Staates, dessen Teilung auf unterschiedlichen Staatssystemen gründete, basierte auf der Anrufung einer „deutschen" Identität, die diejenigen ausschloss, die in dieser Anrufung als Andere bzw. Nicht-Deutsche markiert wurden. Die „Deutschen" wurden und werden in der deutschen Realität nicht als multikulturelle Person mit verschiedenen geographischen Bezugspunkten imaginiert. Die Imagination des „Deutschen" wird vor allem durch politische Diskurse als hegemoniale und normative Identität festgeschrieben und selten durchkreuzt. Einige dieser Durchkreuzungen liefern jedoch Zeugnisse von den rassifizierenden Erfahrungen und dem rassistischen Alltagswissen in der deutschen Gesellschaft (Oguntoye u. a. 1986; Terkessidis 2004; Ha, al-Samarai und Mysorekar 2007). Paul Mecheril und Thomas Teo haben mit ihrer Arbeit „Andere Deutsche" (1994) daher eine eigene Perspektive auf Menschen in Deutschland entwickelt, die aufgrund von Fremdzuschreibung als „anders" und als „nicht-deutsch" wahrgenommen werden. Aufgrund ihrer Sozialisation in der deutschen Gesellschaft bezeichnen Mecheril und Teo sie als „Andere Deutsche", um die Erfahrungen von Fremdzuschreibung bei gleichzeitiger Zugehörigkeit zu kennzeichnen.

5.1.2 Migration und strukturelle Diskriminierung

Unter der Annahme, dass in Deutschland Rassismen im Alltagswissen verankert sind und Diskriminierungen strukturieren, sowohl auf der individuellen, aber auch der strukturellen Ebene, werden in diesem Kapitel unterschiedliche Aspekte von Migration, struktureller Diskriminierung und Rassismus eingeführt. Aufgrund der gesellschaftlichen Breite rassistischer Diskriminierung und rassifizierender Erfahrungen werden einführend unterschiedliche Studien, insbesondere zur Arbeit, aber auch zur Bildung, dargestellt, um die strukturelle Dimension der Benachteiligung zu belegen.

Wie lassen sich die Unterschiede, die zu sozialer Ungleichheit führen – und zwischen welchem sich der Abstand in den Unterschieden vergrößert – erklären, und wie werden sie erklärt? Auch wenn es „kulturelle Besonderheiten" geben mag, oder „intergenerative Effekte" (OECD 2005: 41) so weisen die Studien auf die diskriminierenden Strukturen hin, die sich durch eine spezifische Gesetzeslage gegenüber „Ausländer_innen", „Migrant_innen" und heutzutage „Menschen mit Migrationshintergrund" manifestiert. Darüber hinaus entfalten der Bildungssektor, der Wohnungs-, der Arbeitsmarkt und der

Freizeitsektor ihre hegemoniale Wirkung, in welchem sie als „Andere“ bzw. „Fremde“ auf ihre soziale Position verwiesen werden. Dieser Prozess ist gekennzeichnet durch komplexe Argumentationen, Gesetzgebungen und prozessuale Machtverhältnisse, die es zu benennen und zu analysieren gilt.

Verschiedene Studien belegen, dass Migrant_innen bzw. Personen mit Migrationshintergrund und ihre Kinder in der deutschen Gesellschaft in der Schule, in der Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt und dem Wohnungsmarkt sozial und ökonomisch schlechter gestellt sind und benachteiligt werden. Jedoch gehen die Studien von sehr unterschiedlichen Begriffen der Migration und der Integration aus, und implizieren unterschiedliche normative Annahmen, die in den Studien analysiert und abstrahiert werden. Einige der Studien legen den Fokus auf die Herkunft der Migrant_innen, sowie ihre Lebensverhältnisse, sprich Bildung, Wohnung, Arbeit und gehen davon aus, dass es die Pflicht der Migrant_innen sei, sich zu „integrieren“. Hierbei werden die Integrationsangebote bzw. die Hürden für eine gleichberechtigte Partizipation in der deutschen Gesellschaft nicht näher betrachtet und untersucht. Wenngleich die Studien von unterschiedlichen normativen Prämissen ausgehen, und daher zu verschiedenen Schlussfolgerungen kommen, zeigen alle die eklatanten Unterschiede zwischen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und der mit Migrationshintergrund. Besonders alarmierend sind die Ergebnisse der PISA-Studien, weil die Ergebnisse zeigen, wie wenig die Schulen in der Lage sind, Unterschiede zu egalisieren, und im Gegenteil die Differenzen vertiefen und verfestigen. Diese institutionalisierte Diskriminierung trägt zu einer intragenerationellen Weitergabe der sozioökonomischen Begrenzungen bei – obwohl die Kinder und Nachkommen der zweiten und dritten Generation über bessere Ausgangsbedingungen verfügen, wenn sie in der deutschen Gesellschaft und ihren Bildungsinstitutionen sozialisiert werden.

Studien zu Migration und Integration

Die Studie „Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ (2009) des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, „ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen globaler demografischer Veränderungen und der Entwicklungspolitik beschäftigt“ (Selbstbeschreibung), betrachtet Integration utilitaristisch und ökonomistisch (Woellert u. a. 2009). Die „Lage der Integration“ wird nach den Kosten und Nutzen für den deutschen Staat und die Gesellschaft betrachtet und analysiert. In dieser Studie werden Diskriminierung und Rassismus kaum problematisiert, obwohl das

Vorhandensein von „gesellschaftlichen Vorur-teilen“ festgestellt wird (Woellert u. a. 2009: 7). Die Studie wirft insgesamt einen eher eindimensionalen Blick auf Integration, aber einige Ergebnisse, die aus dem Mikrozensus von 2005 zusammengestellt werden, sind bemerkenswert: die Eindimensionalität zeigt sich in einem Verständnis von „Integration“, das die biographischen Entwicklungen von Migrant_innen und ihren Nachkommen untersucht, und sich auf diese Entwicklungen fokussiert. Obwohl ein differenzierter Blick auf die unterschiedlichen Migrationsherkünfte unternommen wird, wird dieser Blick um die strukturellen Schwierigkeiten nicht erweitert. Besonders problematisch erscheint daher die Kopplung der Daten auf die Biographien der Eingewanderten und die Re-Kategorisierung von „Menschen mit Migrationshintergrund“ und führt zu der schon fast absurd klingenden Feststellung in der Studie: „Immer mehr Migranten sind nicht selbst zugewandert“ (Woellert u. a. 2009: 19).

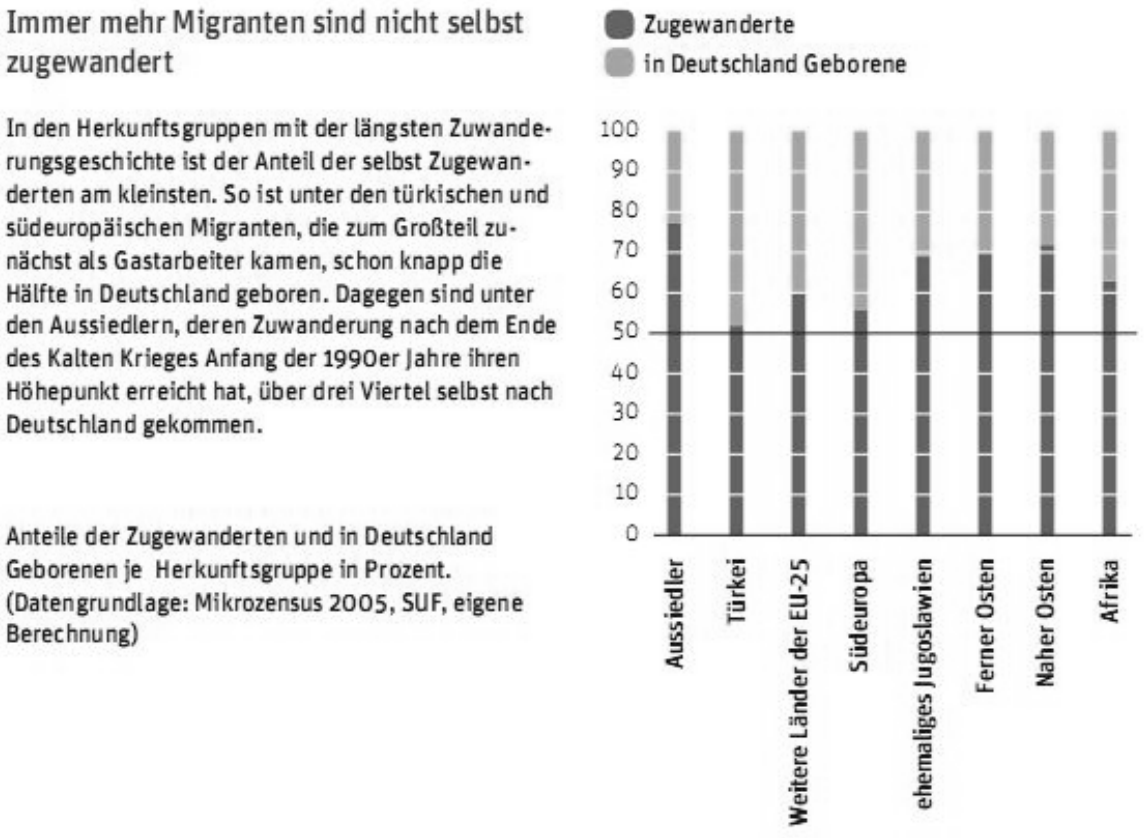


Abbildung 3: Anteile der Zugewanderten und der in Deutschland Geborenen nach Herkunft (Woellert u. a. 2009: 19).

Die Darstellung in Abbildung 3 vernachlässigt, dass Aussiedler_innen einen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft hatten, und daher von den Privilegien durch die nationalstaatliche Aufnahme profitierten, während eine anhaltende und auch „vererbte“

ausländische Nationalität zur Exklusion auf dem Arbeitsmarkt führen konnte, weil die Zulassung für den Arbeitsmarkt eng an aufenthaltsrechtliche Bestimmungen geknüpft sind. Obwohl die Studie weder Diskriminierung noch Rassismus adressiert, stellt sie fest, „dass einiges schief gelaufen ist bei der Eingliederung der mittlerweile rund 15 Millionen Personen aus anderen Ländern und deren Nachkommen der zweiten und dritten Generation", denn „[...] eine unzureichende Integration verursacht brisante Probleme, deren Folgen die Gesellschaft lange ausgeblendet hat." (Woellert u. a. 2009: 4) Diese Zitate zeigen die Dramatik der Situation und die lange Dauer der „Ausblendung". So werden die Erkenntnisse in dieser Studie nicht in einem Zusammenhang von struktureller Diskriminierung analysiert, sondern „Integration" nach den Bereichen von „Assimilation", „Bildung", „Erwerbsleben" und „Absicherung" untersucht und dargestellt. Als Herausforderungen einer Integrationspolitik werden insbesondere herausgehoben, dass „gruppenspezifische Konzepte" entwickelt, „Schulen als Integrationszentren" ausgebaut, Vielfalt genutzt werden müssen, um einer sog. Parallelgesellschaft entgegen zu wirken. Dieses Vorgehen beinhaltet weitreichende Vorannahmen und „normalisiert" ein alltägliches Diskriminierungsgeschehen, welches nicht nur auf „gesellschaftlichen Vorurteilen" beruht, sondern durch Bildung und Arbeitsmarkt institutionalisiert und die damit verbundene soziale Ungleichheit weiter reproduziert wird. Der Fokus liegt auf den Eingewanderten, der Blick reproduziert defizitäre Subjekte denen geholfen werden muss – mit einer verbesserten „Integrationspolitik".

Demgegenüber steht der Artikel „Lebenswelt von Migrantinnen und Migranten" (2009) von Wippermann und Flaig. Sie zeigen anhand des „Lebenswelt-Ansatzes" die Unterschiedlichkeit der Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten. Mittels dieses Ansatzes durchkreuzen sie defizitäre und verallgemeinernde Darstellungen von Migrant_innen und schreiben:

> „Dabei stellt das Label ‚Migrant' – auch aus Sicht der Menschen mit Migrationshintergrund – eine pauschalisierende, stigmatisierende und auch diskriminierende Globalkategorie dar, denn es transportiert implizit die Botschaft, es handele sich um eine homogene Gruppe mit hoher Binnenkommunikation, unverbrüchlicher Solidarität qua Ethnie und/oder Ausländerstatus, sowie mit prinzipiell ähnlichen Werten, Interessen und Lebensstilen." (Wippermann und Flaig 2009: 4)

Sie zeigen, dass das Bild des „Migranten“ sehr facettenreich ist, und sich nicht auf kulturelle oder religiöse Einflussfaktoren reduzieren lässt, sie schreiben, dass weder von der Herkunft auf das Milieu bzw. vom Milieu auf die Herkunft geschlossen werden kann. Aber sie stellen auch fest, dass „Integrationsdefizite [sich] am ehesten in den unterschichtigen Milieus [finden], nicht anders als in der autochthonen deutschen Bevölkerung.“ (Wippermann und Flaig 2009: 10) Obwohl die Autoren feststellen, dass „Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung nur für einen kleineren Teil der Migranten belastend seien“, halten sie fest, dass ein Viertel der befragten Personen sich isoliert und ausgegrenzt fühle – und viele, quer durch die unterschiedlichen Lebenswelten, sich über „die mangelnde Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft und das geringe Interesse an den Eingewanderten“ (Wippermann und Flaig 2009: 10) beklagten.

Die Ergebnisse der Studien zeigen sehr deutlich, dass postkoloniale Migrant_innen am gesellschaftlichen Leben partizipieren wollen, und „längst in der Gesellschaft angekommen sind“. Im Gegensatz zum dominanten „Integrationsdiskurs“, welcher die Migrant_innen als defizitäre Subjekte benennt, von denen einige wenige gut angepasst sind, wirft diese Studie ein Licht auf die „Integrationsverweigerung“ der deutschen Gesellschaft. Sie lenkt daher den Fokus auf das dominierende Selbstbefinden:

> „Jene typischen Perspektiven geben mehr Auskunft über uns selbst als über die Migranten. Denn in der kollektiven Rede über Migranten spiegelt sich eine ethnozentristische (deutsch-nationale) Haltung mit der binären Codierung vom ‚Eigenen‘ und ‚Fremden‘.“ (Wippermann und Flaig 2009: 4)

Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt

Einwanderer_innen sind in den 1990er Jahren von der schwierigen Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt in besonderem Maße betroffen gewesen. Besonders dramatisch war der Rückgang der Beschäftigung im Zeitraum 2001 bis 2004. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die Anfang Dezember 2005 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgestellt wurde. Die OECD-Studie untersuchte die Arbeitsmarktintegration von Einwander_innen in Deutschland. Diese Studie wurde auf Wunsch mehrerer Mitgliedstaaten in verschiedenen europäischen Ländern durchgeführt. Anlass der Studien war die Erkenntnis, dass die „Zuwanderung [...] als ein Weg angesehen wird, die negativen Konsequenzen des demographischen Wandels zu mindern“ (OECD 2005: 3). Als ein wichtiges Element der

Integration wurde daher die Arbeit und der Arbeitsmarkt untersucht, um auch die Situation für die Nachkommen der Einwander_innen abschätzen zu können, wie es sich um einen „entscheidenden Faktor für den sozialen Zusammenhalt" handelt (OECD 2005: 3).

Die Beschäftigungsquoten von 1991-2004 zeigen, dass bis Anfang der 1990er Jahre die Arbeitsmarktsituation für Migrant_innen noch günstig war, aber seitdem fallen die „Integrationsergebnisse weniger günstig" aus (OECD 2005: 20). Die Rezession in Deutschland zu Anfang der Neunziger Jahr entließ insbesondere die Arbeitnehmer_innen nicht-deutscher, und überproportional oft türkischer Herkunft in die Arbeitslosigkeit. Mit der Rezession fiel insgesamt die Beschäftigungsquote in Deutschland, jedoch mit markanten Unterschieden, um drei Prozentpunkte bei der „deutschen Bevölkerung" und bei der „ausländischen Bevölkerung" um zehn Prozentpunkte (OECD 2005: 20). Besonders eklatant ist die Entlassung von Arbeitskräften aus Arbeitsverhältnissen bei Männern, egal welcher Herkunft. Frauen sind von dieser Entwicklung weniger drastisch betroffen. Jedoch geben diese Zahlen keine Auskunft darüber, wie der Arbeitsmarkt möglicherweise geschlechterspezifisch strukturiert ist.

Die Entwicklungen zeigen vor allem bei den männlichen Beschäftigungsquoten einen Abstieg. Signifikant sind in beiden Verläufen, dass die Verläufe nicht miteinander korrelieren, sondern die Quote sehr unterschiedliche Effekte auf die verschiedenen Gruppen zeitigt.

Auch die Benachteiligung in der Schule wirkt sich auf die weitere Biographien aus, wie in der OECD-Studie „Die Arbeitsmarktintegration in Deutschland" festgestellt wird (OECD 2005). Für Deutschland liegen eindeutige Ergebnisse vor, die die OECD so beschreibt:

> „An diesen Zahlen wird deutlich, dass die Beschäftigungsquoten der zweiten Ausländergeneration in Deutschland in der Altersgruppe 25-34 Jahre (d.h. in einem Alter, in dem die formelle Ausbildung meistens abgeschlossen ist) nicht nur aus absoluter Sicht, sondern auch im Vergleich zu denjenigen der Deutschen der gleichen Altersgruppe niedrig sind." (OECD 2005: 23)

Dieser Unterschied hat sich seit 1992 fast verfünffacht – daher ist „die zunehmende Bedeutung und Intensität des Problems der Arbeitsmarktintegration der zweiten

Generation deutlich“ (OECD 2005: 24). Dieses Ergebnis verweist auf diskriminierende Strukturen auf dem Arbeitsmarkt, die es postkolonialen Migrant_innen der zweiten Generation erschweren, sich in ähnlicher Weise wie die dominierenden gesellschaftlichen Gruppen zu etablieren, obwohl sie die deutschen Bildungsinstitutionen durchlaufen und in der Regel über sehr gute sprachliche Fähigkeiten verfügen. Weil die Aufnahme von Arbeit eng an ausländerrechtliche Gesetze geknüpft ist (Nachrangigkeitsprinzip), beinhaltet die Studie eine ausführliche Darstellung der Rahmenbedingungen für die Integrationspolitik, insbesondere das Ausländergesetz und den unterschiedlichen Graden an Arbeitsmarktzugang – je nach Aufenthaltstitel:

> „Zwischen 1997 und 2000 war Asylbewerbern und Quasi-Flüchtlingen die Arbeitsaufnahme in Deutschland verwehrt, ganz gleich wie lange sie sich bereits im Land aufhielten.“ (OECD 2005: 26)

Der Zusammenhang von Arbeit und Migration wird daher im Kapitel 5.3 unter der Frage der ethnisierten Ökonomien wieder aufgenommen, um neuere Forschungen zur „ethnischen Ökonomie“ zu diskutieren, inwiefern sie die Ethnizität von Ökonomie oder die Ausgrenzung aus der formalen Ökonomie abbilden. Die hier vorliegenden Studien dienen dazu die unterschiedlichen Beschäftigungsquoten und Ergebnisse zur Arbeitsmarktintegration in Deutschland darzustellen. Diese Studien kommen zu dem Ergebnis, dass diskriminierende Strukturen vorliegen, die sich in Zahlen spiegeln. Zudem zeigen die Studien den Verlauf der letzten Dekaden und belegen die Transformation einer Wirtschaft, die auf industrieller Produktion basierte (und zusätzlich benötigte Arbeitskräfte per Gastarbeiter-Verträge aus dem Ausland einführten), hin zu einer Dienstleistungs- und wissensbasierten Ökonomie. In dieser Transformation sind es gerade die „Gastarbeiter“ und „Vertragsarbeiter“, deren Präsenz in vielfältigen Diskursen in der öffentlichen Sphäre ethnisiert wurde, so auch in der Diskussion um die „ethnische Ökonomie“, wie ich später darlegen werde.

Studien zur strukturellen Diskriminierung in Deutschland

Die folgenden zwei Studien befassen sich mit der Situation in Deutschland, und berichten über Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz. Die erste Studie wurde 2009 von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und die zweite 2010 vom *UN-Human Rights Council* vorgelegt.

Die Berichte der europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz beklagen regelmäßig die strukturelle rassistische Diskriminierung in Deutschland. In ihrem Bericht stellen sie Diskriminierung im Bereich des Wohnungswesen, der Bildung und der Beschäftigung fest.[51] Migrant_innen und Personen mit einem Migrationshintergrund sind überproportional schlechter ausgebildet, öfter arbeitslos und öfter von Armut betroffen – und es ist nicht nur die erste Generation, die davon betroffen ist, sondern auch die nächste Generation. In ihrem Bericht von 2009 führen sie die OECD Zahlen von 2007 an und stellen gegenüber, dass 68% der Beschäftigung von Migrant_innen mit Hochschulabschluss gegenüber einer Beschäftigungsrate von 84% der in Deutschland Geborenen gegenüberstehen. Und bei den Zahlen für Jobs mit geringer oder keiner Qualifikation, sind Migrant_innen mit 45% vertreten und 40% derjenigen, die in Deutschland geboren sind, beschäftigt (ECRI Secretariat 2009: 22).

Die ECRI betont die strukturelle Diskriminierung für Migrant_innen und ihre Nachkommen und prüft kritisch deren Möglichkeiten zum Zugang und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bei ihrer Prüfung zur Gleichstellungspolitik zeigt ECRI nicht zum ersten Mal wichtige Fehlentwicklungen auf:

> „ECRI strongly recommends that, as part of their ongoing efforts towards creating a workplace free of racism, the German authorities launch an awareness-raising campaign aimed specifically at changing employers' attitudes towards persons with an immigrant background." (ECRI Secretariat 2009: 23)

Die Empfehlungen adressieren insbesondere die hohen Barrieren im Zugang auf den Arbeitsmarkt bezüglich kultureller, religiöser und/oder ethnischer Differenz und fordern eine aktive Anti-Diskriminierungspolitik ein. Dieser Bericht zeigt die Dringlichkeit für die Sensibilisierung von rassistischer Diskriminierung und den Bedarf ein breiteres Bewusstsein hierfür zu erzeugen.

Der Bericht des UN Human Rights Council „Report of the Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance" (Muigai 2010) stellt 2010 fest, dass die größten Herausforderungen im Kampf gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung und Intoleranz in verschiedenen

[51] „Persons with a migration background in Germany continue to suffer from serious discrimination in access to employment, particularly in the case of qualified workers. Even with equivalent qualifications, immigrants and their children have greater difficulty finding work than the rest of the population" (ECRI Secretariat 2009: 22).

Bereichen liegen, wie der Gesetzesvollzug gegen Rechtsextremismus, Hasskriminalität, Bildung, Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt und der Situation für geflüchtete und asylsuchende Menschen. Der Berichterstatter stellt eine positive Entwicklung in der Rhetorik und der Mentalität bei den Vertreter_innen der Regierung fest, weil Deutschland sich nun als Einwanderungsland begreife. Diese Entwicklung in der Selbstwahrnehmung wäre noch 1997 beim letzten Besuch des Berichterstatters unvorstellbar gewesen. Positiv wurde auch die Entwicklung im Bereich der Implementierung der Antidiskriminierungsgesetze und der Installierung von Antidiskriminierungsstellen eingeschätzt. Und besonders wurden die vielfältigen und aktiven zivilgesellschaftlichen Organisation hervorgehoben, die sowohl wichtige Arbeit gegen Rassismus als auch für Integration leisten. Bei den wichtigsten Bereichen im Kampf gegen Rassismus wurde der Berichterstatter darüber unterrichtet, dass die Institutionen davon ausgehen, dass zum Zeitpunkt des Berichtes 9.500 Personen bereit sind, rassistische Gewalt auszuüben. Diese Zahl wird von den zivilgesellschaftlichen Organisationen noch als zu niedrig eingestuft. Diese Gewaltbereitschaft findet sich teilweise in der Kriminalitätsstatistik wieder, obwohl im Bereich der Hasskriminalität rassistische Taten nicht gesondert aufgeführt werden. Jedoch wurden im Bereich der politisch motivierten Kriminalität 92% als rechtsextrem, 3% als linksextrem, 2% als politische motivierte Gewalt von „Ausländer“ und 3% als andere politisch motivierte Gewalt registriert (Muigai 2010: 9). Die zivilgesellschaftlichen Gruppen beklagen das enge Rassismusverständnis in den Institutionen, die dies als Phänomen im rechtsextremen Bereich sehen und hierdurch die institutionelle Dimension von Rassismus ausblenden.

Im Bereich der Bildung wird die hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den unteren Bildungsinstitutionen kritisiert, die indikativ für strukturelle Diskriminierung in der Bildung sind, und die Nicht-Anerkennung von Studienabschlüssen, im Gegensatz zu Abschlüssen aus EU-Ländern, die gleich anerkannt werden. Die Feststellung von Diskriminierung im Bereich Bildung hat darüber hinaus Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wie der Bericht feststellt, sind eine proportional hohe Anzahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund von Arbeitslosigkeit betroffen. Für die Städte und den Wohnungsmarkt stellt der Bericht fest, dass Formen der Ghettoisierung auch in deutschen Städten anzutreffen sind. Der Berichterstatter wurde darüber unterrichtet, dass Menschen mit Migrationshintergrund

nur mit Schwierigkeiten eine Wohnung mieten können, weil sie immer wieder abgewiesen werden. Darüber hinaus beklagt er, dass im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz für die Vermietung von Wohnung eine Ausnahme von der Regel eingeführt ist, die besagt, dass keine Diskriminierung vorliegt, wenn dies einer „ausgeglichenen" Wohngegend dient.[52] Er kritisiert, dass es diese Ausnahme vom allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz gibt, ohne sie genauer zu spezifizieren, gerade wenn im Bereich des Wohnungsmarkts heikle und problematische Formen der Diskriminierung vorliegen.

Beide Studien sind für die Feststellung von institutioneller Diskriminierung von großer Bedeutung, weil sie mit einem Blick von außen durchgeführt wurden und sich an den Menschenrechten orientieren. Beide Studien stellen strukturelle Diskriminierung im Bereich der Bildung, des Arbeits- und Wohnungsmarktes fest – also in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, die von den staatlichen Regierungen zwar adressiert werden, jedoch nicht ausreichend und entschieden abgebaut werden.

5.2 Kritische Rassismustheorien in Deutschland und den USA[53]

Aus einer postkolonialen und rassismuskritischen Perspektive wird die Artikulation von Migration als ein gesamtgesellschaftliches Verhältnis reflektiert, welches durch die Beschreibung von Menschen als „Fremde", „Ausländer_innen", „Migrant_innen" oder „Menschen mit Migrationshintergrund" und deren Verortung in der Gesellschaft aufgrund beschränkter Zugänge zu Wohn- und Arbeitsmärkten oder zum Bildungswesen festgeschrieben wird. Auch vielfältige Arbeiten in der Stadtforschung, problematisieren Migration vor allem als Frage der Herkunft und der/en Kultur, weil Personen von außerhalb als „Andere" bzw. „Fremde" in der Stadt ankommen (Schmals 2000; Hillmann und Windzio 2008). Diese Festschreibungen sehe ich sowohl in der gesellschaftlichen Debatte um „Integration" als auch in der wissenschaftlichen Theorieproduktion zu Migration fortgeführt (Steyerl und Gutiérrez Rodríguez 2003).

[52] „Bei der Vermietung von Wohnraum ist eine unterschiedliche Behandlung im Hinblick auf die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen und ausgewogener Siedlungsstrukturen sowie ausgeglichener wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verhältnisse zulässig." Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Paragraf 19, Absatz 3.

[53] Teile aus diesem Kapitel werden im „Handbuch für kritische Stadtgeographie" (2013), herausgegeben von Bernd Belina, Matthias Naumann und Anke Strüver, im gemeinsam mit Andreas Schneider verfassten Artikel „Struktureller Rassismus und kritisches Weißsein" veröffentlicht.

Die Infragestellung dieser Festschreibungen und die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen erfordern daher einen Blick sowohl auf die Prozesse der Exklusion als auch auf die Privilegien der Inklusion aufgrund von Herkunft, Kultur und Migration. Diesen Prozess verstehe ich als Rassismus, weil Menschen aufgrund kulturalisierter und/oder biologisierter Zuweisungen problematisiert, exkludiert, als „nicht dazugehörig" definiert und zueinander hierarchisiert werden, dies wird auch als „Rassismus ohne Rasse" bezeichnet (Hall 1989; Balibar u. a. 1992). Zudem betrachte ich Rassismus als ein koloniales Erbe, welches mit einer eurozentristischen Geschichtsschreibung, der Erfindung und Hierarchisierung menschlicher „Rassen" und der Plünderung und Kolonialisierung weiter Teile des Erdballs seit dem 15. Jahrhundert einherging. Kolonialismus ist insofern keine abgeschlossene historische Phase, sondern besteht in der Kolonialität von Macht fort (Quijano 2000). Kritisches Weißsein sehe ich in diesem Zusammenhang als einen theoretischen Ansatz, der die unbenannte privilegierte *weiße* Position benennt und in einem (neo-)kolonialen und rassifizierten Gesellschaftsverhältnis verortet.

5.2.1 Kritische Rassismustheorien in Deutschland

Obwohl die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus für den deutschsprachigen Kontext mittlerweile einen beachtlichen Korpus an kritischer Analyse, Theorien und Begrifflichkeiten produziert hat, und auf die dringliche gesellschaftspolitische Relevanz dieser Erkenntnisse verweist, die das soziale, kulturelle und ökonomische Zusammenleben entlang von verschiedenen Konfliktlinien prägen, so finden diese nur sehr langsam Eingang in die Medien oder Einrichtungen der politischen Bildungsstätten. Hier wird weiterhin an einer Rassismusdefinition festgehalten, die sowohl die biologistische Konstruktion menschlicher „Rassen" aufrecht erhält als auch die Bedeutung von Rassismus als individuelles Werturteil über andere Menschen beschreibt und die Entstehung von Rassismus im Kontext von Kolonialismus enthistorisiert. So findet sich folgende Rassismusdefinition auf den Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung:

> „Rasse/Rassismus
> [franz.] Rasse ist ein biologischer Begriff, der darauf verweist, dass es von einer Spezies oder Gattung (z. B. dem Menschen) mehrere verschiedene Arten oder Rassen gibt, die sich durch vererbliche äußerliche Merkmale unterscheiden lassen. Der (politische, soziale) Rassismus nimmt diese äußerlichen Merkmale

> auf, überhöht sie in Bezug auf die eigene Rasse und wertet sie in Bezug auf andere Rassen ab; er fördert damit das Überlegenheitsgefühl und erzeugt Vorurteile, Ablehnung und Feindseligkeit gegenüber anderen Rassen. Alle Formen des Rassismus übersehen (bzw. leugnen), dass
>
> 1. die Spezies Mensch zwar über bestimmte erblich erworbene Anlagen verfügt, die aber immer in der (politischen, sozialen, ökonomischen) Umwelt geformt werden und
>
> 2. die Unterschiede innerhalb einer Rasse größer sind, als die Unterschiede zwischen den Rassen."[54]

In meiner Arbeit beziehe ich mich jedoch auf eine machtkritische und dekonstruierende Definition von Rassismus, wie sie Susan Arndt in „(K)Erben des Kolonialismus" formuliert:

> „Bei Rassismus handelt es sich, wie ich zusammenfassen möchte, um eine europäische Denktradition und Ideologie, die ‚Rassen' erfand, um die weiße ‚Rasse' mitsamt des Christentums als vermeintlich naturgegebene Norm zu positionieren, eigene Ansprüche auf Herrschaft, Macht und Privilegien zu legitimieren und zu sie zu sichern. Diese historisch gewachsene und im Laufe der Jahrhunderte ausdifferenzierte Ideologie produzierte und produziert rassistisches Wissen, hat sich ebenso facettenreich wie wirkmächtig in Glaubensgrundsätze, (Sprech)Handlungen und identitäre Muster eingeschrieben und sich – unabhängig davon, ob Weiße dies anerkennen oder nicht – die Welt passförmig geformt. Rassismus gehört zweifelsohne zu den am meisten gravierenden und folgenschwersten historischen Hypotheken, mit denen sich die Welt auch im 21. Jahrhundert auseinander zu setzen hat, denn die symbolische Ordnung von ‚Rasse' hat sich strukturell und diskursiv in Machthierarchien und Wissensarchive eingeschrieben." (Arndt 2011: 43)

Noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg war der Begriff „Rasse" mit der nationalsozialistischen Definition konnotiert, von der es sich in der Post-Nazi-Ära in Deutschland politisch, gesellschaftlich und individuell abzugrenzen galt. Rassismus war allgemein geächtet und wurde, wenn überhaupt, als Problem am Rande der Gesellschaft

[54] Schubert, Klaus und Martina Klein (2012) Das Politiklexikon. 5., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2011. http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/18092/rasse-rassismus, (letzter Zugriff am 08. Juli 2014).

bei einigen wenigen neonazistischen Gruppierungen lokalisiert (Terkessidis 2010: 84ff.; Lanz 2007: 349ff.). Jedoch entstehen seit den 1980er Jahren immer mehr Arbeiten, die Rassismus in seiner strukturellen Dimension begreifen und beschreiben. Hierfür gibt es unterschiedliche Ausgangspunkte, die sich einerseits aus einem „Anderen Deutschsein" (Mecheril und Teo 1994) speisen, aber auch aus der Rezeption postkolonialer Theorie in Deutschland (Ha 2004; Steyerl und Gutiérrez Rodríguez 2003). Diese Entwicklung wird darüber hinaus flankiert von einem Diskurs, der ein Verständnis der multi-dimensionalen und verflochtenen bzw. interrelationalen Unterdrückungskategorien wie Sexismus, Klassismus, Rassismus entwickelt (Meulenbelt 1988; Haritaworn 2003; Winker und Degele 2009; Kerner 2009). Mit der Beschreibung von Rassismus als strukturelle und soziale Kategorie, die sich durch Alltagswissen, institutionelles Wissen und akademisches Wissen durchzieht, wird dieser nicht am Rande einer Gesellschaft, sondern in ihrer Mitte verortet. Diese analytische Platzierung ist nicht selbstverständlich, weil die hiesige deutsche Gesellschaft darum bemüht ist, nicht rassistisch zu sein und rassistische Praktiken an den Rand zu verorten (vgl. Terkessidis 2010: 84). Mit dieser Verdrängungskultur wird aber eine verantwortungsvolle Auseinandersetzung mit der strukturellen Dimension von Rassismus bagatellisiert oder ganz verhindert.

> „Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema ist jedoch unumgänglich, weil Rassismus ein Merkmal der gesellschaftlichen Realität des deutschsprachigen Raums ist und alle – in der einen oder anderen Weise – von Rassismus betroffen sind." (Mecheril und Teo 1997: 7)

Terkessidis arbeitet in seiner Arbeit „Die Banalität des Rassismus" (2004) heraus, mit welche Formen des banalen und alltäglichen Rassismus sich Migrant_innen in der zweiten Generation konfrontiert sehen. Er sieht die „Banalität" darin begründet, dass die zwischenmenschliche Gewalt, die sich als Rassismus artikuliert, nicht ernst genommen, individualisiert und verniedlicht, also banalisiert wird und als Problem der Betroffenen deklariert wird – jedoch nicht für eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung. Terkessidis argumentiert für eine ernsthafte und sachliche Auseinandersetzung und der Benennung der Diskriminierungserfahrungen als Rassismus. Bis in die 1990er Jahre war der Begriff des Rassismus im deutschsprachigen Raum verpönt, in der sozialwissenschaftlichen Forschung wurden Begriffe wie „Ausländerfeindlichkeit" und „Fremdenfeindlichkeit" verwendet, um diskriminierendes Verhalten gegenüber Anderen

zu beschreiben. Diese Begriffe reflektieren jedoch, wie in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung Diskriminierungen verharmlost wurden. Daher will Terkessidis mit dem Titel seiner Arbeit

> „die kleinen Erlebnisse der Banalisierung [...] entreißen. Denn dass sie immer noch als banal gelten, das zeigt, wie weit wir in Deutschland noch von einer ernsthaften Diskussion über Rassismus entfernt sind." (Terkessidis 2004: 208)

Terkessidis beschreibt Rassismus als eine Apparatur, die einerseits „verstreut" ist, und andererseits permanent delegitimiert wird:

> „Der Apparat des Rassismus kann in diesem Sinne als ein permanenter ‚Ausnahmezustand' beschrieben werden: Das Unterdrückungsverhältnis ist verstreut und prekär, denn es hat kein Zentrum und wird ständig attackiert; die Wissensbestände sind ebenfalls problematisch, denn sie sind inkohärent, widersprechen anderen Wissensbeständen und werden zudem ununterbrochen der Ideologie bezichtigt." (Terkessidis 2004: 89)

Während die Arbeit von Terkessidis in der sozialwissenschaftlichen Disziplin verortet ist, analysiert Kien Nghi Ha als Politikwissenschaftler aus einer postkolonialen Perspektive die Frage der „Ethnizität und Migration" für den deutschen Kontext (2004). Er schreibt, dass nach der Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust in Deutschland der Begriff des Rassismus für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung nicht mehr zur Verfügung stand, und durch die „verharmlosende wie enthistorisierende Diskussion um ‚Ausländerfeindlichkeit'" ersetzt wurde. Diese Diskussion wird seiner Ansicht nach begleitet von einer „Ignoranz gegenüber institutionalisiertem Rassismus und sozialen Diskriminierungen unterhalb der physischen Gewaltgrenze" (Ha 2004: 29). Er arbeitet heraus, dass im Nachkriegsdeutschland repressive Sanktionen gegenüber „Ausländern" strukturell in die Gesetzgebung verankert wurden:

> „Das Ausländergesetz ist nur ein Instrument innerhalb einer diskriminierenden Rechtsstruktur und politischen Kultur, die das Aufenthaltsrecht der MigrantInnen den sozio-ökonomischen Interessen der deutschen Gesellschaft unterordnet." (Ha 2004: 30)

Das „Staats- und Reichsangehörigkeitsgesetz" bestimmte auf einer völkischen Grundlage von 1913 bis 2000 über die (nicht-)bürgerlichen Rechte in Deutschland, gekoppelt mit dem Ausländergesetz wurden Arbeitsmigrant_innen als Humankapital betrachtet. Es

sollten junge und gesunde Personen für die deutsche Industrie arbeiten, aber entstehende Sozialkosten auf die Herkunftsländer abgewälzt werden. Ha arbeitet mit seiner dichten Beschreibung von Gesetzesgrundlagen, Erfahrungsberichten und politischen Diskursen in den Nachkriegsjahren die systematische Diskriminierung und Ausbeutung von postkolonialen Migrant_innen heraus, für die kein Platz in der deutschen Gesellschaft vorgesehen war. Mit seiner Analyse schildert Ha die Dimension der alltäglichen, und vor allem politisch legitimierten Diskriminierung, wie sie strukturell in Gesetzen und Bestimmungen manifest war.

> „Auf diese Weise wurden sie [die Migrant_innen] als Konjunkturpuffer, Sicherheitsventil, Sündenbock und Steigbügel instrumentalisiert, um sozio-ökonomischen Nutzen zu erzielen." (Ha 2004: 31)

Rassismus ist daher sowohl ein gesellschaftliches Verhältnis als auch ein ständiger Prozess, der Menschen verortet, positioniert, exkludiert und/oder inkludiert entlang ihrer Herkunft, ihrer Religion und ihres Aussehens. *Rassifizierung* beschreibt einen Prozess, der Menschen entlang von verschiedenen Kategorien in unterschiedliche Gruppen einteilt, hierarchisiert und in diesen Positionen essentialisiert. Diese deutenden Beschreibungen beziehen sich auf biologische, kulturelle und/oder ethnische Unterscheidungen wie Hautfarbe, Tradition und/oder Religion – diese Kategorisierungen erlangen erst durch deren Essentialisierung ihre Bedeutung für die Produktion von Differenz, die wiederum hierarchisch eingeordnet werden. Zudem verweist der Begriff der Rassifizierung auf den sozialen Prozess der Konstruktion von „Rasse". Analysen von Rassifizierung dekonstruieren daher gesellschaftliche Prozesse, die Menschen in unterschiedliche Gruppen einteilt, fixiert und zugleich in eine hierarchische Beziehung zueinander setzt. Obwohl die Erkenntnis, dass die Erfindung der menschlichen „Rassen" jeder biologischen Grundlage entbehrt und es sich hier um einen sozialen Differenzierungsprozess handelt, findet dies erst langsam Eingang in die Wissenschaften. Wie die *AG gegen Rassismus in den Lebenswissenschaften* herausarbeitet, bestehen bis heute Kontinuitäten zu einem biologistischen „Rasse"-Konzept in den Lebenswissenschaften fort (AG gegen Rassismus in den Lebenswissenschaften 2009).

Mit der Begrifflichkeit von Rassifizierung wird der Prozess der Entstehung von Rassismus analysiert, und sowohl für Schwarze als auch *weiße* Perspektiven, Positionen und Erfahrungen beschreibbar. Der Begriff der Rassifizierung führt zu neuen Forschungsfeldern wie die *Critical Whiteness Studies* bzw. Kritische Weißseinsforschung

ein, und bezieht sich auf theoretische Vorarbeiten aus dem anglophonen Raum. In der Publikation „Mythen, Masken und Subjekte“ werden unterschiedliche Beiträge hierzu versammelt, unterschiedliche Deutungen von Rassifizierung angeboten und eine Einführung der Kritischen Weißseinsforschung in den deutschsprachigen Kontext geleistet (Eggers u. a. 2005).

Arnold Farr schreibt über das *rassifizierte Bewusstsein*, welches alle, sowohl *weiße* als auch Schwarze Menschen einschließt, dass es zum Privileg einer *weißen* Identität gehört, sich nicht mit der „rassischen Markierung“ befassen zu müssen. Daher schreibt er über die Rassifizierung von *weißen* Philosoph_innen:

> „Die *weißen* PhilosophInnen sind nicht gezwungen, aufgrund ihrer ‚Rasse‘ ihr Menschsein in Frage zu stellen. [...] Der Luxus, sich selbst als Menschen und nicht rassifiziertes Wesen zu etablieren, ist von Anfang an das Ergebnis der Rassifizierung.“ (Farr 2005: 51).

Maisha Maureen Eggers erweitert den Begriff der Rassifizierung und denkt ihn nicht nur differentiell, sondern schärft ihn auch für die Analyse von Machtverhältnissen und schreibt daher über eine *rassifizierte Machtdifferenz*:

> „Entlang des Begriffs der rassifizierten Machtdifferenz soll veranschaulicht werden, wie die Konstruktion von Weißsein durch die komplementäre hierarchische Positionierung von Konstruktionen rassistisch markierter ‚Anderer‘ als unmarkiertes, normatives Zentrum hervorgebracht wird. Rassifizierung wird demzufolge als ein dreifacher Prozess verstanden – als Konstruktionsprozess, Vermittlungsprozess und Prägungsprozess.“ (Eggers 2005: 56).

Dies wiederum bedeutet, dass *Weißsein* weder als Position konstruiert, noch als Norm vermittelt und als nicht prägend für das unmarkierte Zentrum in dieser Normalität zur Kenntnis genommen und analysiert wird. Kritisches *Weißsein* setzt daher voraus, das historische Erbe und die anhaltende Kontinuität der Kolonialität von Macht anzuerkennen und die eigene *weiße* Position darin zu reflektieren und in Beziehung zu setzen. Die Forschung zum kritischen *Weißsein* wird als anti-rassistische Forschungspraxis begriffen, die jedoch auch Grenzen hat, wie sie Sara Ahmed benennt:

> „Rather, whiteness studies should involve at least a double turn: to turn towards whiteness is to turn towards and away from those bodies who have been afforded agency and mobility by such privilege. In other words, the task for white

> subjects would be to stay implicated in what they critique, but in turning towards their role and responsibility in these histories of racism, as histories of this present, to turn away from themselves, and towards others." (Ahmed 2004)

5.2.2 Kritische Rassismustheorie in USA

Es werden rassismuskritische Arbeiten in deutschen Universitäten geschrieben, jedoch sind diese Ansätze (noch) nicht zur Regel in den Lehr- und Studienplänen geworden. Im Folgenden werde ich daher einen Blick über den Atlantik werfen und mich näher mit der dortigen kritischen Rassismustheorie, *Critical Race Theory* (CRT), befassen. Die Auseinandersetzung mit Rassismus erfolgt in den USA vor einem völlig anderen historischen Hintergrund. Ein Katalysator für die *Civil Rights Movement* der 1960er war die Erfahrung afrikanisch-amerikanischer Soldaten im Zweiten Weltkrieg gegen ein rassistisches Deutschland zu kämpfen und bei ihrer Rückkehr als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden, weil die Segregationsgesetze[55] gültig waren. Zudem war die Erfahrung der Versklavung und Verschleppung für die afroamerikanische Bevölkerung in den USA eine verbindende Erfahrung. Jedoch halte ich einen Blick auf die *Critical Race Theory* für sinnvoll, weil ich zum einen Rassismus als ein Erbe von Kolonialismus betrachte und es daher unterschiedliche Formationen gibt[56], die jedoch Analogien aufweisen können, und zum anderen, weil die *Critical Race Theory* liberale Vorstellung von Gesellschaft und Institutionen herausfordert.

In den USA formierte sich an den juristischen Fakultäten eine kritische Bewegung, die vor allem von Schwarzen Wissenschaftler_innen und Wissenschaftler_innen of Color begründet wurde, um die Rolle der Gesetze, des juristischen Systems und dessen Geschichte in den USA bezüglich der Produktion und Aufrechterhaltung einer rassistisch organisierten Gesellschaft zu untersuchen (Delgado und Stefancic 2000). Diese Bewegung entstand in den 1980er Jahren, weil minorisierte wie rassifizierte Wissenschaftler_innen und Jurist_innen sich gegen die farbenblinden und

[55] Diese Gesetze sind als „Jim-Crow-Gesetze" bekannt und wurden in einigen US-amerikanischen Bundesstaaten nach dem amerikanischen Bürgerkrieg verabschiedet, vor allem in den südlichen Bundesstaaten. In den Jahren 1876-1964 regelten diese Gesetze die „Rassentrennung" zwischen „Blacks" und „Whites" im täglichen Leben, z.B. für Schulen, Busse, Toiletten, etc.

[56] Die USA gründeten sich als siedlerkoloniale Nation, die auf der Vorstellung einer „terra nullis" durch ankommende europäische Siedler_innen beruhte. Dies führte zu einer Zerstörung indigener Gemeinschaften und ihrer territorialen Lebensgebiete. Die heutigen indigenen Gemeinschaften – sowohl in den Vereinigten Staaten als auch Kanada – sind auf minimale Territorien abgedrängt und von ihren kulturellen und traditionellen Bezügen abgeschnitten.

machtunkritischen Beschränkungen eines liberalen Ansatzes wendeten (Möschel 2011: 55). Ihre Kritiken und Theoretisierungen haben sich mittlerweile in den USA an verschiedenen juristischen Fakultäten als *Critical Race Theory* etabliert und finden Eingang in weitere Disziplinen wie Pädagogik (Lynn und Dixson 2013) und Stadtplanung (Purtill 2009). Die *Critical Race Theory* blickt mittlerweile auf eine knapp dreißigjährige Forschungsgeschichte zurück, während der die liberalen Grundfesten der juristischen Gesetzgebung herausgefordert und die Produktion sowohl von rassifizierten und vergeschlechtlichten Subjekten als auch gesellschaftlichen Verhältnissen adressiert wurde (Crenshaw 1991). Mittlerweile liegen erste Arbeiten vor, die diese theoretischen Arbeiten sowohl in den deutschen bzw. europäischen Kontext einführen, und auf die dringende Relevanz dieser Forschung für den hiesigen Kontext in Deutschland und Europa hinweisen (Barskanmaz 2008; Möschel 2011).

Die Critical Race Theory begreift „Rasse" als soziale Konstruktion, welche dennoch als gesellschaftliches Verhältnis wirksam ist. Daher weist die *Critical Race Theory* die grundsätzliche Vorannahme eines amerikanischen legalen Liberalismus von Gleichheit zurück und sieht in diesem Liberalismus die Aufrechterhaltung der *weißen* Privilegien durch die Prozeduren und die Substanz des amerikanischen Rechtssystem (Valdes, Culp, und Harris 2002: 1). Die *Critical Race Theory* stellt sich gegen drei weitverbreiteten Behauptungen im liberalen Amerika, die im politischen Raum als *anti-rassistische* Politik begriffen und praktiziert werden. Die erste dieser Behauptung besteht darin, „Farbe" bzw. „Rasse" eines Menschen nicht zu sehen. *Critical Race Theory* geht jedoch davon aus, dass durch die Ausblendung von Rassenzuschreibung die soziale Wirksamkeit von Rassenkonstruktionen stabilisiert und Rassismus als solcher nicht eliminiert wird.[57] Denn mit dem Argument der „Farbenblindheit" werden anti-rassistische Politiken, die sich auf gruppenbezogene Identitäten zugunsten einer „Affirmative Action" beziehen, abgelehnt, und die konstituierende Bedeutung von Rassismus in modernen Gessellschaften ausgeblendet. Die zweite Behauptung der sich die *Critical Race Theory* entgegen stellt, schließt daran an und betrifft die Individualisierung von Rassismus. Hier liegt die gängige Annahme zugrunde, dass Rassismus zwar als individuelles „Vorurteil" existiert, jedoch nicht strukturell in die Gesellschaft eingeschrieben sei. Rassismus wird in diesem Sinne als eine individuelle Frage von Vorurteilen und Ängsten begriffen, die

[57] Vgl. zu „Color-Blindness" bzw. „Farbenblindheit" im europäischen Kontext bei Goldberg (2006) und Möschel (2011:173ff.).

jedoch unabhängig von den institutionellen Strukturen existiert. Die *Critical Race Theory* lokalisiert Rassismus dagegen genau in diesen Strukturen und ihren alltäglichen Operationen, die wiederum darüber entscheiden, wer schuldig ist und wer nicht. Daher gibt es per se keine schlechten Akteure oder besonderen Opfer, sondern eine Welt, in der alle mehr oder weniger mit dem sozio-legalen Netz von Dominierung und Unterdrückung in Komplizenschaft stehen. Die dritte Behauptung, die *Critical Race Theory* als eine gängige emanzipatorische Perspektive von sich weist, ist die Fokussierung auf Rassismus als einzige Unterdrückungsform. Die *Critical Race Theory* geht davon aus, dass der Kampf gegen Rassismus nur im Zusammenhang mit anderen Unterdrückungsformen wie Sexismus, Heteronormativität, Homo- und Transphobie, Ableismus und Klassismus gesehen werden muss. Die *Critical Race Theory* widmet sich daher einer gesellschaftlichen Transformation, die als multidimensional bzw. intersektional begriffen wird, weil die verschiedenen Unterdrückungsregime miteinander verschränkt und verflochten sind.

Die *Critical Race Theory* stellt sich gegen diese drei Behauptungen eines liberalen Verständnisses von Anti-Rassismus und arbeitet in den Forschungsarbeiten die Verbindung zwischen einem liberalen Rechtsverständnis und dem operationalisierten Recht in einer modernen Demokratie wie den USA heraus, die dazu dient, das rassistische Gesellschaftsverhältnis zu stabilisieren, welches dafür sorgt dass z.B. in den Gefängnissen seltener *weiße,* aber um ein vielfaches höher Schwarze Bürger_innen anzutreffen sind (Alexander 2010). Diese drei Behauptungen, denen sich die *Critical Race Theory* entgegenstellt, werfen ein Licht auf eine liberale anti-rassistische Politik, die die Justiz als unabhängig und objektiv einschätzt und eben nicht in ihrer Komplizenschaft zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen begreift (Valdes, Culp, und Harris 2002: 1ff.).

Für den deutschen und europäischen Kontext werden die Ansätze der *Critical Race Theory* bisher nur spärlich zur Kenntnis genommen, obwohl es sich hier um eine grundlegende Analyse zur Produktion von Rassismus und anderen Unterdrückungsformen handelt, die gerade auch in anderen (neo-)liberalen westlichen Gesellschaften virulent sind. Die hier genannten Behauptungen, gegen die sich die *Critical Race Theory* in einem liberalen Verständnis von Anti-Rassismus stellt, sind auch für die deutschsprachige Debatte im Kampf gegen Rassismus bekannt (Kaldrack und Pech 2011; Möschel 2011: 160ff.). Übertragungen und Übersetzungen von *Critical Race*

Theory-Arbeiten in den deutschen und europäischen Kontext sehe ich nicht nur auf den juristischen Kontext begrenzt, sondern als relevant für alle Gesellschaftswissenschaften, weil die *Critical Race Theory* theoretische Perspektiven und Analysen bietet, die Rassismus in den gesellschaftspolitischen Strukturen (wie Bildungswesen, Verwaltung, Polizei und Gerichtsbarkeit) identifiziert, und eine rassismuskritische Analyse ermöglicht, die das eigene Handeln innerhalb dieser Dimensionen kontextualisiert und reflektiert.

5.3 Migrantische Arbeit in der Stadt: Die „ethnische Ökonomie“

Ob es sich beim migrantischen Straßenhandel um eine „ethnische Ökonomie“ handelt, könnte unterschiedlich beantwortet werden, weil die Definition der „ethnischen Ökonomie“ umstritten ist. Für viele Studien ist jedoch der „Migrationshintergrund“ der Geschäftsführer_innen oder der Gewerbetreibenden ausreichend, um diese der „ethnischen Ökonomie“ zuzuordnen. Andere definieren „ethnische Ökonomie“ als in sich geschlossene Ökonomie, die durch die gleiche Ethnizität von Geschäftsführung, Kund_innen und Zulieferung gekennzeichnet ist. Der letzteren Definition folgend, wäre der migrantische Straßenhandel dieser Definition nicht zuzuordnen, weil sich die verkauften Produkte (Sonnenbrillen, Schmuck, Souvenirartikel) an städtische und touristische Kund_innen richten.

Das folgende Kapitel verortet den migrantischen Straßenhandel in Berlin in einem theoretischen Zusammenhang von migrantischer Arbeit und Existenzgründung als „ethnische Ökonomie“. Um die theoretischen Auseinandersetzungen um die Definition der „ethnischen Ökonomie“ zu verstehen, werden im Folgenden die Konzipierungen dargelegt und für die anwendungsbezogenen Implikationen befragt. Denn in diesem Forschungsfeld wird ein Zusammenhang artikuliert, der für die Betrachtung des migrantischen Straßenhandels von Bedeutung ist, weil hier zum einen Stadt aus der Perspektive der Migration gedacht wird, und zum anderen sich die ökonomischen Entwicklungen von einer fordistischen Gesellschaft, die Humankapital in Form von „Gastarbeiter“ und „Vertragsarbeiter“ benötigte, hin zu einer postfordistischen Gesellschaft, in der die Werkbänke an die „Ränder der Welt“ ausgelagert wurden und die „eigenen Migrant_innen“ entlassen wurden, und just in diesem Zusammenhang wird aus einer ökonomischen Perspektive die Benennung einer „ethnischen Ökonomie“ virulent. Gleichzeitig erfordert die Herausbildung „ethnischer Ökonomien“ eine andere räumliche Infrastruktur, weil der Arbeitsplatz sich nicht mehr in der Fabrik befindet, sondern in

eine Form der selbstständigen Arbeit umgewandelt wird, die vor allem auf einen urbanen Zusammenhang im Dienstleistungsbereich angewiesen ist. Vordergründig ist mir vor allem eine kritische Perspektive auf das gesamte Feld von Stadt und Migration, weil im deutschen Kontext weder eine akteursbezogene, noch eine von kritischer Rassismustheorie informierte Forschung vorliegt, sondern Migration im dominanten politischen, aber auch wissenschaftspolitischen Diskurs als eine Einbahnstraße von Migrant_innen in die Stadt gesehen wird, in welche sie sich einzufügen haben, begriffen wird.

5.3.1 Ethnische oder ethnisierte Ökonomie – zur Definition

Die Markierung einer „ethnischen Differenz" theoretisiert Arun Kundnani in seiner Arbeit „The End of Tolerance. Racism in 21st-Century Britain" (2007: 49ff.) als „The Politics of Ethnic Difference". Er situiert diese Politik der ethnischen Differenz im historischen Kontext der 1980er und 1990er Jahre, zu einer Zeit in der die „Neue Rechte" eine ethnische nationale Identität und die politische Linke die ethnische Differenz als kulturellen Pluralismus betont. Traditionelle Klassenpolitik war in jener Zeit nicht in der Lage unterschiedliche Identitäten als „Frau", als „schwul", als „lesbisch", als „ethnisch" in eine klassenbasiertes Kollektiv zu imaginieren, noch solidarische Bündnisse herzustellen und hinterließ ein Vakuum, in welchem sich identitätspolitische Projekte artikulierten (Kundnani 2007: 49). Mit der Artikulierung von Differenz, begleitet von poststrukturalistischer Philosophie, welche die soziale Kategorisierung als eine identitäre und performative Praxis und instabile Praxis nicht nur infrage stellte, sondern auch als solche dekonstruierte, geht eine Rassifizierung und Ethnisierung dieser Differenz einher (Ha 2004: 77-96).

Seit den 1990er Jahren werden die selbstständigen Unternehmen von Migrant_innen bzw. deren ökonomischen Praktiken wissenschaftlich erforscht und als „ethnische Ökonomie" theoretisiert (Kloosterman und Rath 2011: 88). Diese Forschung formierte sich sowohl in der sozialwissenschaftlichen als auch der stadtsoziologischen Forschung und interessierte sich für den Zusammenhang von Migration, Stadt und Ökonomie. Felicitas Hillmann forscht seit vielen Jahren aus einer stadtgeographischen Perspektive dazu und definierte „ethnische Ökonomie" folgendermaßen:

> „Gleichwohl steht eine einheitliche Definition dessen, was mit ‚ethnischem Gewerbe' bezeichnet wird, noch aus. In der aktuellen, überwiegend

> englischsprachigen Literatur wird als ‚ethnische Ökonomie' in der Regel ein bestimmter Typus von räumlichen Cluster ethnischer, d.h. einer nicht-einheimischen Bevölkerungsgruppe zugehöriger Unternehmen verstanden. Insbesondere vier Merkmale charakterisieren diese Unternehmen. Erstens wird in der Literatur deren horizontale und vertikale Vernetzung betont, zweitens wird davon ausgegangen, dass diese Unternehmen vorrangig auf Arbeitskräfte und Zulieferer der gleichen ethnischen Gruppe zurückgreifen, welche drittens insbesondere die jeweilige ethnische ‚Community' als Zielgruppe ansprechen. Als viertes Merkmal wird in der Literatur die kontinuierliche Mitarbeit von Familienangehörigen hervorgehoben." (Hillmann 2000: 417)

Viele Studien legen die o.g. Definition einer „ethnischen Ökonomie" zugrunde, die die Abgeschlossenheit dieser Ökonomie markiert (Kayser u. a. 2008). In anderen Studien wird „ethnische Ökonomie" lapidar „als die selbständige Erwerbstätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland oder die abhängige Beschäftigung in von ihnen geführten Betrieben, die in einem spezifischen Migrantenmilieu verwurzelt sind" beschrieben (Schuleri-Hartje, Floeting und Reimann 2004: 9). Mit dieser letztgenannten Definition werden unternehmerische Praktiken von bestimmten Personen aufgrund ihrer Herkunft unter dem Label der „ethnischen Ökonomie" zusammengefasst. Diese Definition wirft in manchen Studien die Frage auf, inwiefern Geschäftsführer_innen der europäischen Nachbarstaaten zu diesem Label gerechnet werden können (Kayser u. a. 2008: 2; Luipold 2006: 9)[58], wenn der Begriff des „Migrationshintergrundes" zugrunde gelegt wird. Diese Frage spiegelt sowohl die definitorische Unschärfe bezüglich der „ethnischen Ökonomie" als auch die Ethnisierung von Ökonomie. Denn die privilegierten Migrant_innen aus dem EU-Ausland oder den OECD-Staaten werden im herkömmlichen Verständnis nicht als ethnisierte Migrant_innen betrachtet, und stehen daher im Widerspruch zu einer „ethnisch" formierten Ökonomie, deren Bezugskriterium der „Migrationshintergrund" von den teilnehmenden Personen ist. Fischer-Krapohl merkt daher kritisch an, dass sowohl die Begriffe der „Migrantenökonomie" als auch der „ethnischen Ökonomie" austauschbar werden. Diese Zuschreibungen (re-)produzieren

[58] „Es ist unklar, ob in die landläufige Definition von ethnische Ökonomie beispielsweise auch amerikanische (nord- und/oder südamerikanische) Unternehmen oder unsere westeuropäischen Nachbarn einzubeziehen sind." (Luipold 2006:9)

Ethnisierungen im Alltagshandeln, ohne die Macht der Definition kritisch zu reflektieren (Fischer-Krapohl 2007: 199).

Im englischsprachigen Kontext, auf die sich auch die deutschsprachige Forschung bezieht, steht vor allem die unternehmerische Figur im Mittelpunkt und die Frage, wie bestimmte Personen zu Unternehmer_innen werden. In diesem Forschungskontext ist die Bezugnahme zum *entrepreneurship* sehr viel deutlicher (Waldinger, Aldrich und Ward 1990; vgl. Kloosterman und Rath 2003; Kaplan und Li 2006). Für den anglophonen Theorieapparat zum „ethnic entrepreneur" fasst Rıza Barış Ülker in seinem Artikel fünf verschiedene theoretische Richtungen zusammen (Ülker 2013):

1. Middleman Minorities Approach and Stranger/Trader
2. Disadvantage Approach and Bearer of Capital
3. Ethnic Enclave Economy Approach, Spatial Institutionalization
4. Interaction approach and Individuals with social embeddedness
5. Mixed embeddedness approach and bringing back the institutions

Diese theoretischen Annäherungen zur Beschreibung von „Ethnic entrepreneurs" oder „*Ethnic economy*" beziehen sich vor allem auf die Möglichkeiten (*opportunity structure*), Beschränkungen (*blocked mobility*) oder die Nachfrage (*demand side*). Auffällig ist bei all diesen theoretischen Beschreibungen für die Herausbildung ökonomischer Formationen die definitorische Abwesenheit von „ethnic" oder Ethnizität. Teilweise werden die Begriffe „immigrant" oder „ethnic" gleichzeitig verwendet, bzw. als austauschbar betrachtet – ohne den Personenkreis, auf den sich die Begrifflichkeit bezieht weiter zu spezifizieren. So wird die formulierte Ethnizität entweder über den Immigrationsstatus aus einem weniger entwickelten Land oder deren Ankunft und Etablierung in industrialisierten Gesellschaften begründet – aber nicht kritisch hinterfragt, welche Grenzziehungen zwischen verschiedenen Personengruppen gezogen werden.

Die Beschreibung und Identifizierung einer „ethnischen Ökonomie" wurde vor allem in der englischsprachigen Forschung für den Kontext westlicher, industrialisierter Nationen beschrieben – und von dort in die deutschsprachige Forschung eingebracht. Übersetzungsschwierigkeiten werden meines Erachtens dann offensichtlich, wenn in der englischsprachigen Forschung auf ethnisierte Statistiken zurückgegriffen werden

kann[59], jedoch für die deutschsprachigen Forschung Statistiken vorliegen, in denen die Nationalität von Personen bzw. ihr Status als „Person mit Migrationshintergrund" erhoben wird. Die unaussprechbare, aber allseits bekannte Definition von Ethnizität – nämlich Personen, die aufgrund ihrer Herkunft, Religion und ihrer äußeren Erscheinung als nicht dazugehörig und „ethnisch" definiert werden – wird etwa im Sammelband „Marginale Urbanität: Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung" (Hillmann 2011) deutlich. Das Buch unterteilt sich in zwei Teile, der erste befasst sich mit einem „Einblick in die theoretischen Grundlagen", während der zweite Teil irreführend mit „Fallbeispielen aus Nicht-EU-Staaten" betitelt wird. Dort werden nicht Beispiele aus Ländern wie Ghana, Sri Lanka oder Venezuela aufgearbeitet und die dortigen urbanen Erfahrungen mit Migration und Selbstständigkeit diskutiert. Vielmehr erforschen die Beiträge die migrantische Selbstständigkeit derjenigen, die aus sogenannten Nicht-EU-Staaten in deutschen Städten leben und arbeiten. Auffällig ist jedoch, dass diese rassifizierten Selbstständigen oftmals aus ehemals kolonialisierte Länder stammen. Daher werden aus einer postkolonialen Perspektive die Migrant_innen aus diesen Ländern als „postkoloniale Migrant_innen" bezeichnet, um das koloniale Verhältnis in diesen Migrationskontexten zu kennzeichnen (Ha und Schmitz 2006b). Diese Nicht-Thematisierung bei Hillmann (2011) verdeutlicht die Ausblendung der kolonialen Logik von Migration und perpetuiert diese mit der definitorischen Zuschreibung von „migrantischen" oder „ethnischen" Ökonomien. Diese Zuschreibung geht einher mit der Grenzziehung zwischen sich und anderen. Elisabeth Timm formuliert daher eine „Kritik der ‚ethnischen Ökonomie'" und pointiert diese Grenzziehungen zwischen den „ethnisch" Anderen und dem nicht-genannten Selbst:

> „Diese Diskussion produziert inzwischen ein Fantasma von ‚Ethnizität', welches auch im Begriff der ‚ethnischen Ökonomie' seinen Niederschlag findet und sich jenseits von Gesellschaftsanalyse bewegt."(Timm 2000: 363)

Zum einen kommt sie zu dem Schluss, dass das Phantasma der „Ethnizität" wissenschaftliche Studien hervorbringt, die nicht als gesellschaftliche Analyse gesehen werden können – und zum anderen verweist sie auf den Zusammenhang zwischen der Formierung wissenschaftlicher Analysen und Markierungen von „Ethnizität" mit „rassistischen, hegemonialen Diskursen":

[59] In den USA, Kanada und Großbritannien ist es für Zensus Daten üblich die „Ethnizität" bzw. „Rasse" abzufragen.

> „Auch Ethnologie, Kulturwissenschaft und Soziologie beteilig(t)en sich an der Ethnisierung bestimmter Gruppen und trugen und tragen damit zum rassistischen, hegemonialen Diskurs bzw. zur Ausblendung gesellschaftlicher Ungleichheitsstrukturen zu Gunsten der vordergründigen Vielfalt von Lebensstilen (Schulze 1992: ‚Erlebnisgesellschaft')[60] bei." (Timm 2000: 369)

Hier nimmt sie die wissenschaftlichen Disziplinen in die Verantwortung, wenn sie sich an der Kulturalisierung und Essentialisierung gesellschaftlicher Verhältnisse beteiligen. Insbesondere sieht sie darin eine Legitimierungsgrundlage für die Etablierung ausbeuterischer Verhältnisse in der post-fordistischen Gesellschaft, weil mit der Fokussierung auf kulturelle Erklärungen die Produktionsverhältnisse aus dem Blick geraten bzw. die Stütze kapitalistischer Produktionsverhältnisse nicht infrage gestellt wird,

> „dass ‚Ausbeutung' auf der Grundlage ‚persönlicher Beziehungen' gerade nicht ein Phänomen ist, das irgendwelche Migranten in die kapitalistische Produktion hineintragen oder in Auseinandersetzung mit ihr entwickeln, sondern dass es sich hier um eine konstitutive Stütze der postfordistischen Regulation kapitalistischer Produktion handelt." (Timm 2000: 374)

Sie verweist auf den Widerspruch, der durch die Informalisierung der Arbeitswelt in der post-fordistischen Gesellschaft entsteht, wenn Unternehmen mithilfe einer Imaginationen von sich als Familie oder Gemeinschaft ihre Arbeitnehmer_innen an sich binden und in Verantwortung sehen wollen. Demgegenüber aber die „familiären" und „traditionellen" Beziehungen in der „ethnischen Ökonomie" als „ausbeuterisch" bewertet werden.

Bei dieser Kritik, handelt es sich um einen der wenigen deutschsprachigen Texte, der sowohl die Begrifflichkeit der „Ethnizität" in einen rassismuskritischen Kontext analysiert als auch die Relevanz für die Herausbildung von „ethnischen Ökonomien" in der neoliberalen Gesellschaft reflektiert. Dieser Kritik unbenommen sind vielfältige Studien im Auftrag unterschiedlicher Verwaltungen und Ministerien durchgeführt worden. Exemplarisch ziehe ich im Folgenden die Studie „Die Bedeutung der ethnischen Ökonomie in Deutschland, Push- und Pull-Faktoren für Unternehmensgründungen ausländischer und ausländischstämmiger Mitbürger" der Universität Mannheim im

[60] Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt a.M.

Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit heran (Leicht u. a. 2005). Die sprachliche Darstellung migrantischer Gruppen ist gekennzeichnet von ethnisierenden und beliebigen Fremdbezeichnungen: so werden zum einen spezifische Gruppen als „Türken, Griechen, etc." zusammengefasst und zum anderen ohne weitere Spezifizierungen von „Ethnien", „Migranten" und „Landsleuten" ausgegangen. Zudem kommt die Studie zu kulturalisierenden Feststellungen, wenn die unterschiedlichen Gruppen quantitativ verglichen werden: „Griechen haben die stärkste Selbständigkeitsneigung". Hier werden ethnokulturelle bzw. nationale Zugehörigkeiten zu selbsterklärenden Differenzen erklärt, obwohl die Studie feststellt, dass „kulturelle Ressourcen" kaum eine Rolle für die Existenzgründung spielen, denn viele der Existenzgründer_innen leben seit mehreren Jahrzehnten in Deutschland:

> „Wenn überhaupt kulturelle Einflüsse eine Rolle spielen, dann kommen sie in Form von ‚reaktiver Ethnizität', das heißt durch die Auseinandersetzung mit der Situation im Ankunftsland, zum Tragen. Dafür spricht schon, dass sehr viele Migranten schon lange Zeit vor der Gründung (im Durchschnitt 15 Jahre) hier in Deutschland lebten oder aber sogar hier geboren sind." (Leicht u. a. 2005: 18)

Beachtenswert ist hier die widersinnige Bezeichnung von denjenigen als „Migranten", obwohl sie in Deutschland geboren sind. Neben der ethnisierenden Darstellung übt die Studie auch Selbstkritik, wenn Zugangsbestimmungen als zu hoch eingeschätzt, und niedrigere Schwellen in der Zuwanderung (für Hochqualifizierte) gefordert werden, bessere Bildungsbeteiligung von Migrant_innen und niedrigschwellige Beratung (Leicht u. a. 2005: 25-26). Die Hauptempfehlung dieser Studie liest sich jedoch tautologisch, wenn es heißt:

> „Die gegenwärtige Debatte in der an Migranten orientierten Beratungs- und Förderlandschaft zeigt, dass sich die Akteure in einem Spannungsfeld verschiedener Zielsetzungen und Anforderungen bewegen. Denn zum einen ist unbestritten, dass das Gründungspotenzial unter Migranten noch besser ausgeschöpft und deren Weg in die berufliche Selbständigkeit erleichtert werden muss. Dieses Interesse besteht nicht nur in der Wirtschafts-, sondern auch in der Integrationspolitik. Zum anderen darf nicht übersehen werden, dass dieser Weg oftmals mit erheblichen individuellen Risiken behaftet ist, und eine hohe Zahl gescheiterter Existenzen ein weder sozial noch volkswirtschaftlich erwünschtes

> Ergebnis darstellen würde und integrationspolitisch sogar kontraproduktiv wäre.“ (Leicht u. a. 2005: 25)

Die Feststellung der hohen Zahl der gescheiterten Existenzen wird nicht als Indikator für mögliche Diskriminierung gelesen, sondern eher als individuelles Scheitern ausgelegt – deren Vermeidung ein Ziel von Wirtschafts- und Integrationspolitik sein sollte. Die Tautologie besteht hier in der Ethnisierung und Kulturalisierung von ökonomischen Praktiken, um bestimmten Gruppen zuzuschreiben, wofür sie selbst Verantwortung tragen.

Die hier beschriebenen Ausführungen zeigen auf, dass die Definition der „ethnischen Ökonomie“ mit kulturalistischen Erörterungen und Festschreibungen jongliert, die in kolonialrassistische Diskurse eingebunden sind:

> „Aus dieser Perspektive betrachtet, stellt sich ‚ethnische Ökonomie‘ weniger als ein Begriff dar, der bestimmte soziale oder kulturelle Wanderungsprozesse im Zusammenhang mit Migration fasst und analysierbar macht, sondern vielmehr als Beitrag zu Ethnisierung (und vor dem Hintergrund der herrschenden Diskursbedingungen auch zu Rassismus)." (Timm 2000: 375)

Aus diesem Grund verwende ich in meiner Arbeit die Begrifflichkeit „ethnisch“ durchweg in Anführungszeichen und fokussiere mich auf Fragen der Ethnisierung, um zu reflektieren, wer wen beschreibt und definiert. Bei der Ethnisierung handelt es sich um einen vielschichtigen Prozess der Zuschreibungen, der wiederum Personen und ihre Praktiken festschreibt und über diese Kategorisierungen (ent-)normalisiert.

5.3.2 „Ethnische Ökonomie“ in Berlin

Für Berlin liegen verschiedene Studien zur „ethnischen Ökonomie“ vor, die sich entweder auf spezifische Gruppen beziehen (z.B. unternehmerische Praktiken türkischer Unternehmer_innen (Ülker 2004; Hillmann 1998; Pütz 2004; Ersöz 1997; Rudolph und Hillmann 1997), italienischer (Pichler 1992), vietnamesischer Unternehmer_innen (Schmiz 2011)) oder sich auf bestimmte Quartiere in der Stadt beziehen wie Wedding (Kayser u. a. 2008) und Stadtumbau West (Luipold 2006). Gerade die letzteren Studien zeugen von ersten Bemühungen, die Anforderungen und Bedürfnisse von migrantischen Unternehmer_innen als stadtpolitische Frage zu analysieren und sich mit den Potentialen zu befassen und diese ggf. über stadtpolitische Weichenstellungen zu fördern.

Mit der Analyse „Ethnische Ökonomien in Berlin: der Stand“ von 2012 liegt eine kritische Studie vor, die aus der Perspektive der Migration geschrieben wurde. Der Autor Ahmet Ersöz[61] arbeitet für den Verein *Gesellschaft für Urbane Wirtschaft, Beschäftigung und Integration* und kennt aus langjähriger Beratungstätigkeit bei migrantischen Existenzgründungen die Herausforderungen von Gründung und Etablierung migrantischer Unternehmen sehr gut. Diese Studie gibt nicht nur einen fundierten Einblick in die theoretischen Implikationen zur Beschreibung von „ethnischer Ökonomie“, sondern wirft darüber hinaus einen aktuellen Blick auf die Rahmenbedingungen, die die Existenzgründung und wirtschaftlichen Unternehmungen von Menschen mit Migrationshintergrund strukturieren.

Zu Beginn setzt sich der Autor kritisch mit der vorab vorgestellten Definition der „ethnischen Ökonomie“ auseinander.[62] Vor allem kritisiert er die definitorische Abgeschlossenheit zwischen Unternehmen und Kund_innen, die sich aufgrund ihrer „Ethnie“ aufeinander beziehen. In dieser Studie wird explizit von der Vielzahl der Ökonomien geschrieben, um auf die Heterogenität der Herkünfte als auch auf die unternehmerische Selbstständigkeit in den verschiedensten Wirtschaftsbranchen zu kennzeichnen:

> „Die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten in ethnischen Ökonomien nehmen kontinuierlich zu. Unternehmen mit Migrationshintergrund sind mittlerweile fast in allen etablierten Wirtschaftssparten – auch in wissensintensiven innovativen Bereichen – tätig; die Zusammensetzung der Herkunft von Akteuren ethnischer Ökonomien wird bunter und ihre internationalen Verflechtungen intensivieren sich. Die Selbstständigen mit unterschiedlichen Biographien und unterschiedlichen rechtlichen Status sind auf dem Markt. Es kommen neue Zuwander/innen mit der Absicht hinzu, sich in Berlin als Selbständige zu betätigen.“ (Ersöz 2012a: 5)

Die Vorstellung von einer abgeschlossenen und in sich funktionierenden Ökonomie kommentiert er wie folgt:

[61] Herr Ersöz war einer der befragten Experten im Rahmen meiner Forschung, vgl. Kapitel 7.5.4.

[62] Die Studie ist im Rahmen des Projektes „Netzwerk Ethnische Ökonomie“ entstanden und wurde vom Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration finanziert.

> „Darüber hinaus ist es eine Legende, dass die ethnischen Betriebe von Betrieben beliefert werden, deren Inhaber überwiegend aus gleichen Ethnien stammen." (Ersöz 2012a: 6).

Um den forschenden Blick von den kulturalisierenden und ethnisierenden Erklärungen, die zu einer Ethnisierung der Ökonomie beitragen, abzuwenden, fasst der Autor der Studie die Rahmenbedingungen zusammen, und unterscheidet zwischen strukturellen, institutionellen, politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Denn diese Rahmenbedingungen erschweren auf unterschiedliche Weise den Zugang zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit für Menschen mit Migrationshintergrund. Diese behindernden Rahmenbedingungen sieht Ersöz in staatsbürgerschaftlichen Gesetzen, Handwerksordnungen bzw. in Bestimmungen der Partizipation in der Industrie- und Handelskammer als auch dem politisch-gesellschaftlichen Klima. Dieses Klima zeichnet sich dadurch aus, dass (rassistische) Vorurteile nicht aktiv bekämpft, sondern in der gesellschaftlichen Mitte verbreitet und vertreten werden. Darüber hinaus verändert der ökonomische Strukturwandel von der Industriearbeit zur Dienstleistungsgesellschaft die Position von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt, weil gerade sie von Prekarisierung und Informalisierung betroffen sind (Ersöz 2012a: 8ff.). Die derzeitigen Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Zugang für Menschen mit Migrationshintergrund reflektieren ein nationales Selbstverständnis, welches sich noch nicht als heterogenes und interkulturell kompetentes Land mit einer langjährigen Einwanderungsgeschichte begreift. Obschon der Autor die Bestrebungen der Berliner Senatsverwaltung hervorhebt, die Rahmenbedingungen der „Ethnischen Ökonomie" und die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Sektor zu verbessern (Ersöz 2012b: 12).

Mit dieser Studie liegt eine ausführliche und genaue Studie für „ethnische Ökonomien" in Berlin vor, die sowohl die Rahmenbedingungen als auch die Heterogenität der migrantischen Unternehmerschaft betrachtet und die Beseitigung von Barrieren und Diskriminierung fordert. Diese Studie trägt dazu bei, sowohl den Prozess der Ethnisierung zu hinterfragen als auch einen Blick auf die Herausforderungen für ethnisierte Ökonomien zu werfen und von dort aus spezifische Forderungen zu entwickeln.

Die Zahl der „IHK-Mitgliedsunternehmen ausländischer Staatsangehöriger" lagen im Jahr 2003 bei 15.260 und waren bis 2011 auf 41.628 angestiegen (Ersöz 2012a: 19).

Hierbei handelt es sich im Jahr 2011 um mehr als 15% des Gesamtbestandes (Ersöz 2012a: 18). Der Umfang der „ethnischen Ökonomien“ lässt sich aus den Zahlen der Handwerks- sowie der Industrie- und Handelskammer nur schätzen und ist aus der nationalstaatlichen Zugehörigkeit der Unternehmensführung ablesbar. Für das Jahr 2011 wurden mehr als 45.000 Betrieben bei beiden Kammern gezählt, die als Menschen mit Migrationshintergrund Mitglied in der Kammer sind. In einer groben Schätzung, unter Berücksichtigung der letzten Mikrozensusergebnisse, schätzt Ersöz 65.000 Betriebe von „gewerblichen Selbstständigen mit Migrationshintergrund“ (Ersöz 2012a: 2). In den Jahren 2010 und 2011 sind mehr als 40 Prozent der Gewerbeanmeldungen durch Personen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit getätigt worden. Aufgrund des Datenmaterials ist es aber kaum möglich zu ermitteln, wie hoch die Fluktuationsraten migrantischer Gründungen sind und der wirtschaftliche Umsatz ist. Für Berlin lässt sich jedoch festhalten,

> „dass Selbstständige mit Migrationshintergrund mittlerweile zu Akteuren und ihre Betriebe zu einer tragenden Säule der Berliner Wirtschaft geworden sind.“ (Ersöz 2012a: 2)

Am stärksten sind migrantische Selbstständige in der Handelsbranche (inkl. Reparatur von Gebrauchsgütern und Kraftfahrzeugen) vertreten, danach folgen das Grundstücks- und Wohnungswesen, sonstige Dienstleistungen und das produzierende Gewerbe, die Gastronomie liegt an vierter Stelle (Ersöz 2012a: 20). An diesen Zahlen kann der Strukturwandel der Berliner Ökonomie zu einer Dienstleistungsökonomie abgelesen werden, von welchem ehemalige „Gastarbeiter“ stark betroffen waren und aus der Not heraus Existenzen gründeten. Diese Veränderung des „Existenzgründerprofils“ wird auch von der deutschen Industrie- und Handelskammer festgestellt (Ersöz 2012a: 11). Die Notgründung einer Existenz wird aber von verschiedenen Problemen begleitet, wie fehlende kaufmännische Kenntnisse und Erfahrungen, Kapitaldefizit und fehlende Kenntnis der Wirtschaftsbranche. Diese Probleme führen oft zur Aufgabe der Selbstständigkeit, zu Schulden und in die Abhängigkeit von Transferleistungen.

Neben den Studien, die nach der integrativen Funktion „ethnischer Ökonomien“ fragen, stellt Ersöz in seiner Studie nüchtern fest:

> „Bei den Selbständigen mit Migrationshintergrund überwiegen derzeit die ‚Notgründungen‘. Dieser Begriff impliziert, dass die Gründe für die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit eher in der Benachteiligung am Arbeitsmarkt, der

> Unzufriedenheit am derzeitigen Arbeitsplatz oder der drohenden oder existierenden Arbeitslosigkeit zu suchen sind. In den allermeisten Fällen sind diese Gründungen mit großen Defiziten sowohl bei der Gründung als auch bei der Führung des Betriebes verbunden." (Ersöz 2012b: 22)

Daher sieht Ersöz eine Herausforderung für Politik, Verwaltung und Institutionen diese Barrieren zu beseitigen, die Migrant_innen behindern (Ersöz, 22).

Die Berliner Wirtschaftsförderung auf Senats- und Bezirksebene hat in den letzten Jahren begonnen, ihre Förderinstrumente auch an den Bedürfnissen der ethnisierten Ökonomien auszurichten. Hierzu zählen die Übersetzung der Angebote in verschiedene Sprachen und die Vergabe von Mikrokrediten für Minigründungen (dafür ist in Berlin die Investitionsbank Berlin zuständig). Die damalige Senatsverwaltung „Wirtschaft, Technologie und Forschung", heute „Integration, Arbeit und Frauen", unterhält seit mehreren Jahren einen Gesprächskreis, in welchem der Dialog mit unterschiedlichen Verbänden geführt wird, um Fragen zur Förderpolitik, anstehenden Messen und besondere Problemlagen zu besprechen.[63]

Diese Entwicklungen werden aus der Perspektive der Senatsverwaltung nicht nur wirtschaftspolitisch artikuliert, sondern waren auch im Integrationskonzept von 2007 als integrationspolitische Ziele vereinbart worden. Im Bericht des Senats von Berlin an das Abgeordnetenhaus, der die Umsetzung des Integrationskonzeptes 2007 beschreibt, wird die Förderung von Selbstständigen mit Migrationshintergrund explizit ausgewiesen. Hierzu wurde auf den Gesprächskreis „Migration" bei der Senatsverwaltung hingewiesen, welcher als „Dialogplattform zwischen dem Senat, den Kammern, der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, sowie Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Beratungsstellen der Migranten-Communities" gesehen wird und von welchen unterschiedliche Aktivitäten koordiniert und aufeinander abgestimmt werden konnte. Hierzu zählen Veranstaltungsreihen in mehreren Sprachen, die Etablierung neuer Zugänge zu Mikrokrediten und die bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit.[64]

---

[63] Interview mit Referatsleiter für Grundsatzangelegenheiten der Wirtschaftspolitik, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Berlin am 03. Juni 2010.

[64] Vgl. Bericht zum Integrationskonzept 2007, vorgelegt im Berliner Abgeordnetenhaus 20. September 2012, (Berliner Abgeordnetenhaus 2012).

5.4 Zusammenfassung

Insgesamt lässt sich festhalten, dass es einen erheblichen Forschungsbedarf gibt Migration und Stadt aus einer rassismuskritischen Perspektive zu analysieren. Gerade die postkolonialen Arbeiten, die im deutschsprachigen Kontext sich mit Migration befassen, arbeiten die kolonialen Kontinuitäten in Deutschland und im europäischen Kontext heraus. Gerade das deutsche (und europäische) Selbstverständnis als aufgeklärte und demokratische Gesellschaft ent-thematisiert Migration als rassifiziertes Gesellschaftsverhältnis. Daher habe ich in diesem Kapitel in einem weiten Bogen die Narration der Migration in der Bundesrepublik Deutschland skizziert, um diese aus einer rassismuskritischen Perspektive zu erläutern. Dieser Schritt war notwendig, weil ich in meiner Forschung die Praktiken migrantischer Straßenhändler_innen untersuche und den Zusammenhang von Ethnisierung, Migration und Rassismus erörtere, um die postkoloniale Dimension des migrantischen Straßenhandels erfassen zu können. Diese Dimension ist eingebettet in die strukturelle Diskriminierung von Migrant_innen auf dem Arbeitsmarkt und der Ethnisierung von Ökonomie. Hierfür habe ich verschiedene rassismuskritische Arbeiten herangezogen, um die gesellschaftspolitische Dimension von Diskriminierung zu thematisieren. In einem weiteren Schritt habe ich mich mit der Definition von „ethnischer Ökonomie“ befasst, um meinen Zugang zum Straßenhandel im theoretischen und wissenschaftspolitischen Kontext zu situieren. Aus der Perspektive der Migration bietet die „ethnische Ökonomie“ eine Möglichkeit Diskriminierungen und Limitierungen für das unternehmerische Handeln von Migrant_innen zu thematisieren, um die Besonderheiten dieser Ökonomie aufzuzeigen. Aus dieser Sicht werden denn auch die Potentiale von Straßenhandel als niedrigschwelligen Ökonomie identifizierbar, um Möglichkeiten der Teilhabe zu benennen.

6 Berlin als unternehmerische Stadt

Um die räumliche und gesellschaftliche Situation der Straßenhändler of Color in Berlin zu situieren, wende ich Marie Louise Pratts dekoloniales Konzept der „Contact Zone“ an, um koloniale Kontinuitäten im öffentlichen Raum zu markieren und nach der Virulenz der Kolonialität der Macht zu fragen. Das Kapitel stellt daher die Verschränkung von neoliberaler Ökonomie und postfordistischer Stadtentwicklung dar, die den Zusammenhang zwischen neoliberalen städtischen Entwicklungen und bürgerlichen Idealvorstellungen von Stadt mit den kolonialen Voraussetzungen der Moderne herausarbeitet. Die Darstellung der doppelten Verbindung von neoliberaler Stadt mit neokolonialer und neoliberaler Globalisierung, erweitert sowohl eine politökonomische als auch eine dekoloniale Analyse. Ich argumentiere für eine sorgfältige kapitalismuskritische und dekoloniale Analyse des Metropolitanen, um sowohl die wachsende soziale Ungleichheit als auch den kontinuierlichen Rassismus in den Städten im Blick behalten zu können und auf die Abhängigkeiten voneinander verweisen zu können.

Um diesen Zusammenhang herausarbeiten zu können, ist es nötig, die normativen und kulturellen Voraussetzungen zu beleuchten, auf denen eine Verständigung über städtische „Entwicklung“ basiert, und welche Vorstellungen von „Ordnung“ und „Ästhetik“ hier eingeschrieben werden. Diese lassen sich kaum aus einer rein politökonomischen Perspektive fassen, weil sie in die jeweilige lokale Historizität/ Kultur eingeschrieben werden, die vonseiten der Raumexpert_innen[65] etwa wie Architekt_innen und Stadtplaner_innen, formuliert werden, um eine legitime Grundlage für „Entwicklung“ zu bilden.

Ich argumentiere, dass der Norm/alität der obengenannten Aspekte eine legitimierende und normative Funktion innewohnt. Mithilfe dieser „Normalität“ wird ein gesellschaftliches Verhältnis produziert, in dem ein Teil der städtischen Bevölkerung sich auf einer sicheren Seite befindet, während demgegenüber sich andere in vulnerablen Positionen befinden. Außerdem argumentiere ich, dass diese Vulnerabilität (kein gesicherter Aufenthaltsstatus, prekäre Arbeitsverhältnisse, ausbeuterische Wohn-

[65] Ich beziehe mich auf das trialektische Modell der urbanen Raumproduktion von Lefèbvre (1991). Die „Repräsentation des Raumes“ ist den Wissenschaftler_innen, Planer_innen und anderen Exptert_innen vorbehalten, die Raum konzeptualisieren. Daher bezeichne ich sie als „Raumexpert_innen“.

und Lebensverhältnisse) nicht bei den betroffenen Individuen zu suchen ist und nicht als ihr Verschulden betrachtet werden kann (im Gegensatz zum neoliberalen Dogma des "unternehmerischen Selbst"). Vielmehr betrachte ich diese Vulnerabiltität als ein konstitutives Merkmal der bürgerlichen, kapitalistischen, europäischen und städtischen Gesellschaft.

6.1 Öffentlicher Raum in der unternehmerischen Stadt

6.1.1 Öffentlicher und privater Raum

Im Allgemeinen wird der öffentliche Raum als frei zugänglicher Raum definiert. In der Regel handelt es sich um den offenen Straßenraum in der Stadt, der von der Gemeinde verwaltet und bewirtschaftet wird. Private Räume werden gemeinhin als die bewohnten und eigenen Räume begriffen, die in der Regel nicht frei zugänglich sind, weil sie sich in Privateigentum befinden, oder in einem davon abgeleiteten rechtlichen Titel, und einen rechtlich gesicherten Schutz genießen. Die Unterscheidung in private und öffentliche Räume resultiert zum einen aus dem Schutz des privaten Eigentums in der kapitalistischen Gesellschaft, welchem der öffentliche Raum als Bindeglied und Vermittlung gemeinschaftlicher Strukturen gegenübergestellt wird, und zum anderen wird öffentlicher Raum als Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft begriffen, weil das Element der „Öffentlichkeit“ zur Bildung von politischer und kultureller Pluralität unabdingbar ist.

Verkompliziert wird der Gegensatz zwischen privat und öffentlich durch die unterschiedlichen Sinngehalte, die diesen Gegensatz prägen, und welche sich überlappen, ineinandergreifen und zu Missverständnissen führen können. Das begriffliche Vokabular der räumlichen Planungswissenschaften bezieht sich vor allem auf die stadtsoziologischen Ausführungen von Hans-Paul Bahrdt und interpretiert diese für die Funktion und Ausgestaltung der städtischen Räume (1961). Diese unterliegen wiederum gesetzlicher Bestimmungen, und die juristische Ausgestaltung ordnet die Besitzverhältnisse und Nutzungsrechte in diesem Verhältnis von öffentlich und privat zueinander, sie sind verwaltungs- und zivilrechtlich festgelegt.

In den raumplanerischen Disziplinen werden gemeinhin die Freiräume der Stadt, wie Verkehrswege, Stadtplätze, Parkanlagen, Boulevards, Promenaden, Liegewiesen und Fußgängerzonen, als öffentlicher Raum definiert. Diese Räume sind nicht nur öffentlich zugänglich und gemeinnützig, sondern befinden sich in der Regel im Besitz der

öffentlichen Hand, den Gebietskörperschaften von Bund, Ländern, Gemeindeverbänden oder Gemeinden. Im Gegensatz zu privatisierten Räumen, die zu den Bedingungen der Privatbesitzer_innen der Allgemeinheit oder nur bestimmten Nutzergruppen zugänglich gemacht werden können und meist einer gewinnorientierten privatwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden, unterstehen öffentliche Räume aufgrund ihres staatlichen Besitzverhältnisses dem Prinzip der demokratischen Legitimation und sind nicht primär der Profiterwirtschaftung unterworfen.

Städtebaulich kann die prinzipielle Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Räumen als überholt gelten, weil die räumlichen Zuweisungen in dieser Form nicht mehr gültig sind, und Allianzen öffentlicher und privatwirtschaftlicher Akteure zu neuen städtebaulichen Entwicklungen führen. Prominente Beispiele hierfür sind die Entwicklung von Shopping Malls auf der „grünen Wiese“. Die bis dahin öffentlichen Investitionen in die Innenstädte, z.B. in Fußgängerzonen, gerieten hierzu in Konkurrenz und verloren an Attraktion für konsumierende Stadtbesucher_innen. Dieser Prozess wurde als „Verödung der Innenstädte“ skandalisiert, weil private Investitionen nicht mehr in den Innenstädten, sondern am Rande und in Nähe von Autobahnanschlüssen die autobasierten Konsument_innen adressierten und entsprechende Angebote entwickelten.[66]

Ein Beispiel für eine Entwicklung, die in eine andere Richtung verweist, ist das Beispiel vom Potsdamer Platz in Berlin (Allen 2005). Hier befinden sich Straßen und Plätze in privatem Eigentum und sind dem Hausrecht des Privatbesitzers unterstellt, nur die querende Potsdamer Straße ist im Eigentum der öffentlichen Hand und untersteht dem öffentlichen Straßenrecht. Städtebaulich wird am Potsdamer Platz eine Situation des öffentlichen Raumes simuliert, in der die Trennung von öffentlichen und privaten Raum durch die Privatisierung aufgehoben ist. Diese Entwicklung zieht weitreichende juristische Auswirkungen und politische Fragen nach sich, da die prinzipielle Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen und die demokratisch legitimierte Kontrolle öffentlicher Räume bedroht erscheint: Wenn ganze Stadtviertel privatisiert werden, entstehen Besitzverhältnisse, die zur einer Entdemokratisierung führen können, da die Verfügungsmacht über öffentlich nutzbare Räume sich zugunsten privatrechtlicher Nutzungsbedingungen und Restriktionen verschiebt, die keiner

[66] Für eine kritische Diskussion zu Shopping Malls, die in Konkurrenz zu Innenstädten und Investitionen der öffentlichen Hand entwickelt werden (vgl. Brune, Junker und Pump-Uhlmann 2006).

gesellschaftlichen Kontrolle unterliegt und keiner politischen Rechtfertigung bedarf. Wie jedoch das Beispiel zum Demonstrationsrecht am Frankfurter Flughafen zeigt, besitzt der private Raum Grenzen, wenn sie für die Öffentlichkeit von Relevanz sind.[67]

Im privaten Raum sind Selektionsprozesse gegenüber sozial und kulturell ausgegrenzten Gruppen wie Obdachlose, Roma und Sinti, Jugendliche und andere gesellschaftlich marginalisierte Gruppen zu beobachten, die diese Straßenräume, Plätze und Shopping Malls nicht mehr oder nur noch eingeschränkt nutzen dürfen (Bareis 2007). Solche Sanktionen, soweit sie nicht als offensichtliche Diskriminierung anerkannt werden, wären dann bis zum juristischen Nachweis ihrer gesetzlichen Unzulässigkeit zunächst legal, die mittels polizeilich durchgesetzten Hausverboten und privaten Überwachungsapparaten realisiert werden könnten. Solche Stadtentwicklungsprojekte stellen die postulierte Trennung von öffentlich und privat zugunsten des letzteren infrage und indizieren den Privatisierungsprozess des Städtischen, welcher sich aus einer unternehmerisch orientierten Stadtentwicklungspolitik ableitet. Öffentliche Räume sind in dieser Politik ein relevanter Faktor, weil sie als „weiche Standortfaktoren" (Selle 2003: 23) in der Standortkonkurrenz um die Ansiedlung von Finanz- und/oder Dienstleistungsunternehmen fungieren. Vor diesem Hintergrund erscheint es widersprüchlich, dass der von Bahrdt identifizierte Markt als Ort und Umschlagplatz von Waren im städtischen Raum in seiner Bedeutung stark gesunken ist (1961: 37). Ambulanter Markthandel und urbaner Straßenhandel stellen in den räumlichen Planungswissenschaften keine relevanten ökonomischen Nutzungen dar, wie etwa aus den Studien des *Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung* hervorgeht (Poppitz 2008).

Von öffentlichen Räumen müssen jedoch öffentliche Sphären unterschieden werden, denn letztere beziehen sich vor allem auf Meinungsbildungsprozesse und politische Auseinandersetzungen in einer demokratischen Gesellschaft. Daraus lässt sich folgern, dass sehr präzise zwischen „Räumen" und „Sphären" unterschieden werden muss. Problematisch wird es, wenn diese begriffliche Unterscheidung durch Vermischungen und Gleichsetzungen verwischt wird, denn

[67] In einem Urteil mit Aktenzeichen 1BvR 699/06 vom 22. Februar 2011 bestätigte das Bundesverfassungsgericht, dass die Versammlungsfreiheit auch in privaten Räumen gilt, wenn an ihnen ein reger Publikumsverkehr herrscht, wie z.B. am Frankfurter Flughafen.

> „viele Autoren aus dem städtebaulichen Lager lesen solche Darstellungen [zum Wesen der Öffentlichkeit] als ‚Raum'-Beschreibungen, was sie definitiv nicht sind. Und so setzt sich die Idee in den Köpfen fest, dass ‚Öffentlichkeit' ganz oder doch ganz wesentlich in dem stattfindet, was in der Stadtplanungs-Literatur ‚öffentlicher Raum' genannt wird." (Selle 2003: 27)

Die stadtsoziologischen Überlegungen von Hans-Paul Bahrdt zum Städtebau gehen davon aus, dass öffentlicher und privater Raum im Gegensatz zueinander stehen, und ein Kennzeichen von „Urbanität" gerade durch dieses Spannungsverhältnis bestimmt wird. Je stärker diese Polarität ist, desto urbaner bzw. städtischer ist der Ort, an welchem dieser Gegensatz aufeinander trifft (Bahrdt 1961: 36ff.). Der Markt übernimmt als zentraler Ort des urbanen Lebens vielfältige Funktionen und spielt eine herausgehobene Rolle. Bahrdts Überlegungen zur Polarisierung des Öffentlichen und Privaten, die einen theoretischen Ausgangspunkt in der Stadtplanung, Architektur und Landschafts-architektur bilden, verleiten jedoch dazu, Urbanität a priori im Spannungsverhältnis von öffentlich und privat zu denken und mögliche Übergänge aus den Augen zu verlieren (vgl. Selle 2003, 26). Eine solche Festlegung macht es zudem schwer, über Alternativen und Zwischenformen nachzudenken.

6.1.2 Die unternehmerische Stadt

Die Begrifflichkeit der unternehmerischen Stadt bezieht sich auf die *Entrepreneurial City*, wie sie seit Mitte der 1980er Jahre in den USA diskutiert wird. Hall und Hubbard beziehen sich in ihrem Band „The Entrepreneurial City: Geographies of Politics, Regime and Representation" (1998) auf die Arbeit von John Mollenkopf, David Harvey and Mark Gottdiener, die die Veränderungen der westlichen Städte als „Entrepreneurial City" beschrieben. Mit dieser Begrifflichkeit werden eine Wende von einem alten zu einem neuen Verständnis von Stadt markiert und unterschiedliche Entwicklungen identifiziert:

> „In essence, it appears that this new urban politics is distinguished from the ‚old' by virtue of the ways in which the policies pursued by local governments are being steered away from the traditional activities associated with the city state. This reorientation of urban government is characterised by a shift from the local provision of welfare and services to more outward-orientated policies designed to foster and encourage local growth and economic development." (Hall und Hubbard 1998: 2)

Mit dem Begriff der „unternehmerischen Stadt“ wird sowohl die Marktförmigkeit von Verwaltung (hin zu Management) als auch die Marktorientierung von Stadtentwicklungspolitik (hin zu Marketing, Tourismus, Dienstleistung) beschrieben. Im Zuge einer globalisierten Ökonomie, in welcher Kapital- und Finanzmärkte engmaschig durch die Technologien des Internets zeitlich und räumlich verknüpft werden können, sind die Ströme der Märkte nicht nur schneller, sondern nationale Grenzen auch durchlässiger geworden. Neoliberalisierung beschreibt daher den Durchsetzungsprozess liberaler Ideen vom Markt, vom Individuum und von Selbstverantwortung als ideologisches und politisches Projekt, welches sich nicht nur auf Wirtschaftspolitik beschränken lässt, sondern auf vielfältige Weise unterschiedliche Politik- und Gesellschaftsfelder durchzieht (Butterwegge, Lösch und Ptak 2008). Die Neoliberalisierung globaler Märkte vernetzt die Städte nicht nur untereinander, sondern schafft gleichzeitig eine Arena, in der Städte mit ihren Standortbedingungen um das Investment globalisierter Unternehmen konkurrieren.

Hall und Hubbard identifizierten zwei charakteristische Elemente, die die Veränderung der Städte beschreiben. Die erste charakteristische Transformation der unternehmerischen Stadt bezieht sich auf die Bevorzugung lokaler wachstumsorientierter Entwicklungspolitik und die zweite meint die organisatorischen und institutionellen Veränderungen der städtischen Regierung hin zu Formen des Governance.[68] Die Verquickung von profitorientierten Wirtschaftsinteressen mit Praktiken des lokalen stadtpolitischen Regierens werden unter der Perspektive der „entrepreneurial governance“ beschrieben (Belina 2007; Brenner 1997 und 2002; Crossa 2004; Miraftab 2004). Der spezifisch stadtplanerischen Dimension wenden sich Miraftab und Roy zu (Miraftab 2008; Roy 2011). Miraftab erläutert die Herausforderungen, die mit „entrepreneurial planning“ einhergehen, wenn sie die Errichtung von „Public-Private-Partnerships“ in Kapstadt beschreibt. Roy dagegen wendet sich der planungstheoretischen Dimension zu, und arbeitet die Rolle des Staates für die Bedeutung von Planung heraus, wenn dieser mit Neoliberalismus und Marktgesetzen experimentiert und operiert.

[68] Der englische Begriff des Governance beschreibt unterschiedliche Formen, Praktiken und Allianzen des Regierens, die mit einem deutschen Begriff nicht in der Weise zu fassen ist. Daher benutze ich den englischen Begriff.

6.1.3 Touristifizierung von Berlin

Mit der unternehmerischen Stadt wird die Ankunft des neoliberalen Paradigmas in den städtischen Verwaltungen beschrieben, welche nun ähnlich wie marktwirtschaftliche Unternehmen agieren, effizient und kostensparend arbeiten und Wachstum generieren sollen. In Deutschland findet der Begriff der „unternehmerischen Stadt" seit den 1990er Jahren seine analytische Anwendung in Bereichen der kritischen Stadt- und Geographieforschung (Mayer 1990), und wird teilweise parallel zum Begriff der „neoliberalen Stadt" verwendet. Im Fokus dieser Studien stehen die lokalen Ausformungen globalisierter Wirtschafts- und Immobilienpolitik und ihre Verzahnung zu lokalen Stadt(entwicklungs)politiken (Belina 2007; Eick 2006; Heeg 1998, 2008; Eick, Sambale und Töpfer 2007; Mattissek 2008), andere Arbeiten stellen die sozialen Auswirkungen und sozialen (Gegen-)Bewegungen in den Fokus (Lebuhn 2008; Künkel 2008). Der Diskurs der unternehmerischen Stadt wird anhand der Privatisierung öffentlichen Eigentums (Häußermann 2001; Lebuhn 2008; Knierbein 2010), Gentrifizierungsprozessen in den Städten (Marquardt 2006; Holm 2006), neuen städtischen Sicherheits- und Kontrollpolitiken (Eick, Sambale und Töpfer 2007), im Bereich des Stadtmarketing (Colomb 2012) und als Touristifizierung (Wöhler 2011) theoretisiert.

Die Berliner Raumexpert_innen (Architekt_innen, Stadtsoziolog_innen, Stadtplaner_innen) entwickelten eine Vision und Imagination von Berlin als „Europäischer Stadt", um die ästhetischen und städtebaulichen Transformationen zu visualisieren und zu legitimieren. In dieser ästhetischen Qualifikation sind zum Teil auch Aussagen über Nutzungen getroffen worden – Berlin-Mitte als Ort der Hochkultur – aber weniger über die inwertsetzenden Prozesse, um profitable Ökonomien in Berlin ansässig zu machen. Daher werde ich mich im Folgenden auf die Entwicklung der Tourismusindustrie und die Ausrichtung der städtischen Räume und Infrastruktur konzentrieren.

Mit *Touristifizierung* werden diese inwertsetzenden Prozesse aus einer politökonomischen Perspektive theoretisiert. Dieser Begriff beschreibt einen Prozess, in welchem Räume als Ressource „für Wohlbefinden und Glücks(erlebnisse) instrumentalisiert und ausgebeutet werden" (Wöhler 2011: 41). Es kann sich um die Touristifizierung entlegener Gebiete, wie die Besteigung von Berggipfeln als auch innerstädtischer Gebiete handeln. Touristifizierung beschreibt die Entwicklung von touristischen Destinationen und die kapitalistische Inwertsetzung dieser Destinationen.

Dieser Perspektive liegt zudem die Annahme zugrunde, dass die städtische Verwaltung nicht nur regulierend, sondern als aktiver Agent zur Touristifizierung beiträgt.

Im Folgenden werde ich die Entwicklung der Tourismusindustrie in Berlin seit 1993 skizzieren und auf knapp 20 Jahre Tourismusentwicklung und Hauptstadtmarketing zurückblicken. Hierfür betrachte ich insbesondere die öffentlichen bzw. semi-öffentlichen Strukturen, die das Land Berlin zur Stärkung der Tourismusindustrie eingerichtet hat, und zum anderen werde ich mich auf öffentliche Diskussionen/Studien beziehen, die vom Land Berlin oder den Bezirksämtern initiiert wurden.

Im Jahr 1993 wurde das Fremdenverkehrsamt von Berlin aufgelöst und die *Berliner Tourismus Marketing GmbH* gegründet. Diese wurde wiederum in dieser Form zum 1. Januar 2011 aufgelöst und von der *Berlin Tourismus & Kongress GmbH* ersetzt, die zum Dachverband *visitBerlin* gehört. Das Land Berlin, hier voran die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, hat aktiv an der Etablierung eines „Berlin-Tourismus" mitgewirkt. Daher wurden auf Seiten der Senatsverwaltung Tourismuskonzepte („Wachstumsinitiative Tourismus 2004-2014", „Handlungsrahmen 2011+") geschrieben und öffentlich-private Einrichtungen installiert. Die Wachstumsinitiative von 2004 benannte vier Aktionsschwerpunkte und dokumentiert den Willen der Stadt, die Tourismusindustrie wachsen zu lassen:

> „Ziel muss es sein, den Anteil an internationalen Gästen dabei kontinuierlich zu erhöhen. Voraussetzung ist, dass es den am Tourismus Partizipierenden in Berlin gemeinsam gelingt, die Chancen im international immer härter werdenden Wettbewerb optimal zu nutzen und die Nachfrage nachhaltig zu steigern." (Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. u. a. 2004: 4)

Als Aktionsschwerpunkte wurden benannt:

1. Berlin als Messe- und Kongressstandort,
2. Infrastruktur für den Tourismus,
3. Kultur, Sport und Events und
4. Wassertourismus.

Für diese Schwerpunkte wurde ein koordiniertes Vorgehen zwischen Stadt und Dienstleistungsunternehmen vereinbart. Aus der Entwicklung der Tourismuszahlen wird ersichtlich, dass die Zahl der Ankünfte sich seit 1993 die Entwicklung der

Übernachtungen sich mehr als verdreifacht hat, von ca. 7,3 Millionen im Jahr 1993 auf knapp 23,1 Millionen Jahr 2012.

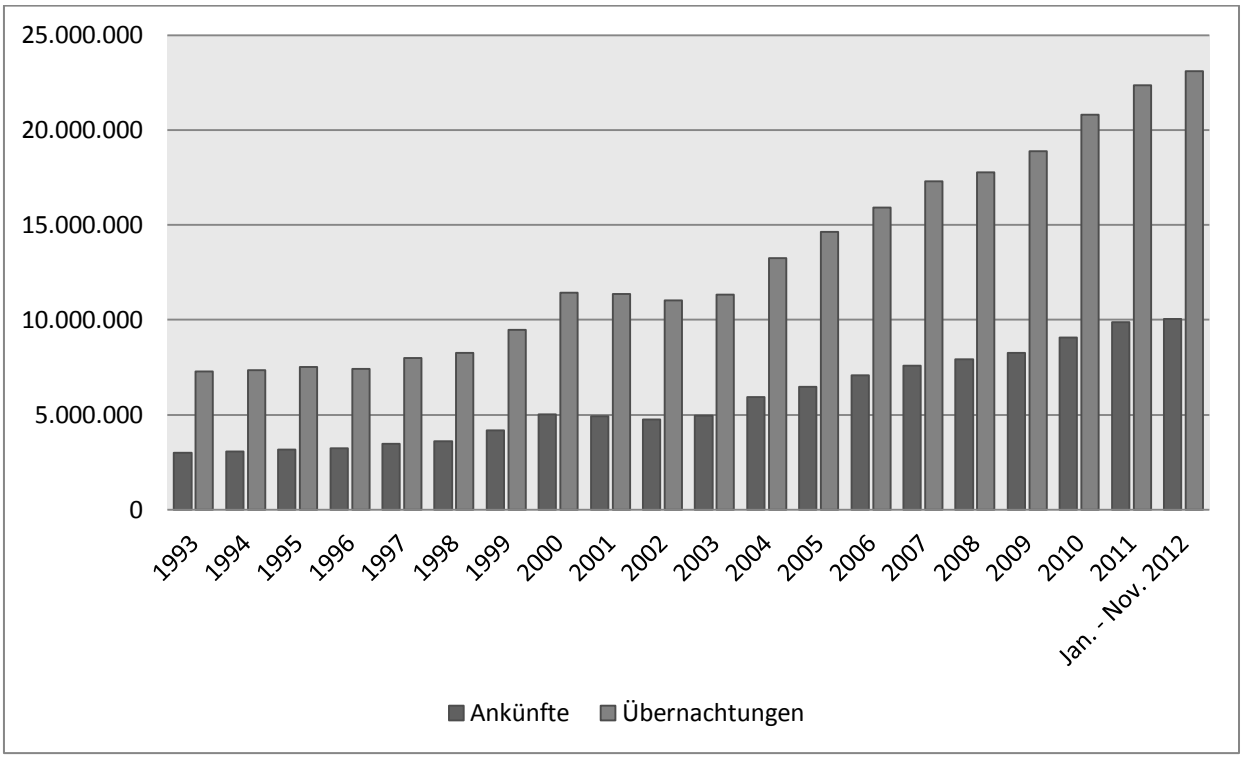


Tabelle 4: Entwicklung der Ankünfte und Übernachtungen in Berlin 1993-2012. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Eigene Darstellung[69]

Die Zahlen zeigen deutlich, dass die wirtschaftspolitischen Entwicklungsziele der Stadt Berlin erfolgreich umgesetzt wurden. Diese Entwicklungen sind nicht nur auf die hier ansässige Tourismusindustrie zurückzuführen, sondern auch auf Investitionen vonseiten der Senatsverwaltung (z.B. die Hauptstadtkampagne „be Berlin“) und der Errichtung von Infrastruktur (der Bau des internationalen Flughafens Berlin-Brandenburg in Schönefeld).[70] Diese Ziele werden im Bericht „Wirtschaftsfaktor für Berlin: Tourismus und Kongressindustrie“ (2012) wie folgt beschrieben:

> „Berlin ist Wachstumsmeister: Mit einem durchschnittlichen Jahreswachstum von sieben Prozent blickt Berlin innerhalb der letzten fünf Jahre europaweit sogar auf das größte Wachstum bei den Übernachtungen zurück. Damit hat sich die Tourismus- und Kongressindustrie in Berlin als eine Schlüsselbranche etabliert." (Berlin Tourismus & Kongress GmbH 2012: 6)

[69] www.berlin.de/sen/wirtschaft/abisz/tourismus.html (Zugriff 13. Februar 2013).

[70] Im Februar 2013 war die Eröffnung des Flughafens von Berlin schon viermal verschoben worden. Eine Eröffnung ist für 2017 geplant (Stand Januar 2015).

> „Zurückzuführen ist diese Entwicklung und Berlins wachsende Beliebtheit im In- und Ausland auch auf die Optimierung wesentlicher Rahmenbedingungen im Berlin-Tourismus. So ist Berlin heute besser erreichbar als je zuvor und wird zudem von zahlreichen Low-Cost-Airlines angeflogen. Der Ausbau der Bettenkapazitäten, neue Veranstaltungen mit internationaler Magnetkraft und groß angelegte Marketingkampagnen für die Destination Berlin zählen ebenfalls zu den Rahmenbedingungen, die Berlins Ausgangslage als attraktives Städtereiseziel gerade in den vergangenen Jahren positiv beeinflusst haben." (Berlin Tourismus & Kongress GmbH 2012: 9)

Die Fördermittel des Landes Berlin für Maßnahmen im Bereich des „Berlin-Marketing" schwankten in den Jahren 2001 und 2012 zwischen 11,1 Millionen € und 4,9 Millionen €. Hierin sind die Mittel sowohl für die *Tourismus Marketing GmbH* als auch weitere Mittel für das Standortmarketing „Partner für Berlin", die Wirtschaftsförderung und andere Kampagnen, die von Jahr zu Jahr unterschiedlich ausgestattet sind, enthalten. Der Zuschuss durch das Land Berlin an die *Tourismus Marketing GmbH* wurde in den Jahren 2005 bis 2007 verdoppelt, während sich die Ausgaben des Landes in die Tourismusförderung verringert haben:

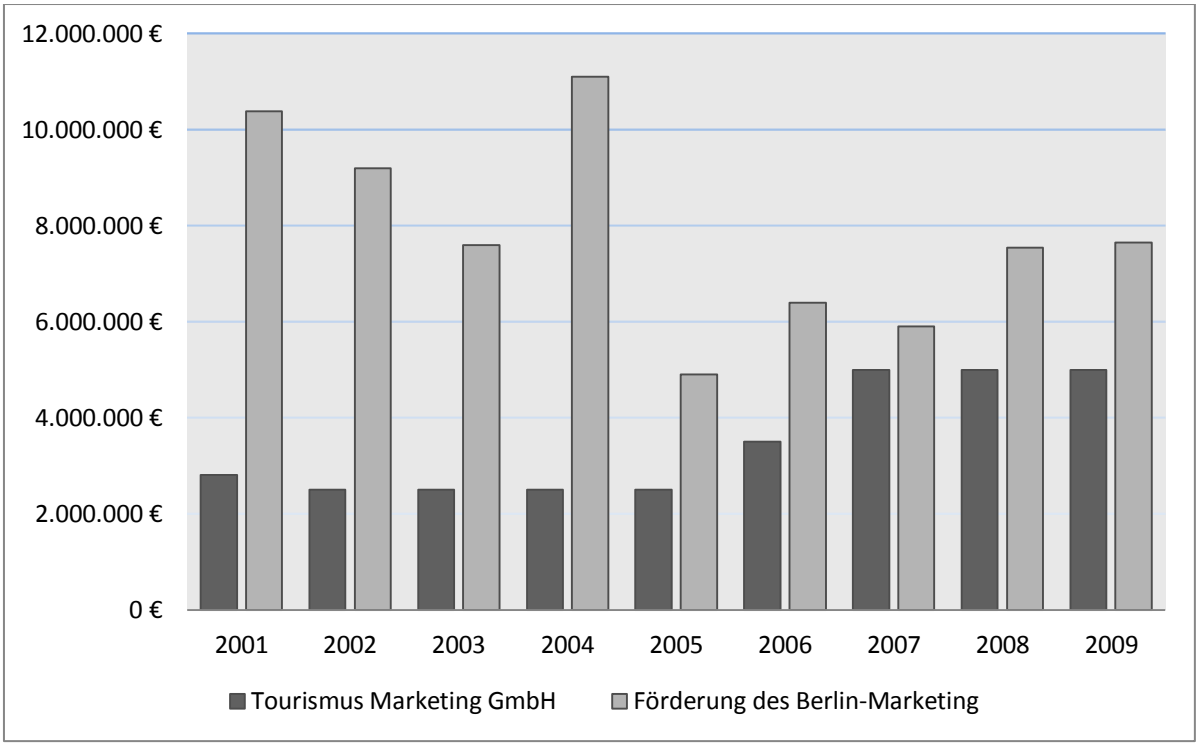


Abbildung 4: Fördermittel für Berlin-Marketing des Landes Berlin von 2000 bis 2009, Quelle: Berliner Haushaltspläne 2000-2010[71], Eigene Darstellung

Das Land Berlin ist als Gesellschafter zu 15% an der Berlin Tourismus Marketing GmbH beteiligt und leistet einen Zuschuss zum Etat von über 40% (Abbildung 5). Die Konstruktion dieser privat-öffentlichen Einrichtungen besteht darin, einerseits wie privatwirtschaftliche Unternehmen zu agieren und andererseits öffentliche Gelder zu verwalten. Diese Konstruktion erhöht die Schwierigkeit, Transparenz in der Mittelvergabe herzustellen.[72]



Abbildung 5: Aus „Berlin - Wirtschaftsfaktor Tourismus". (Berlin Tourismus Marketing GmbH 2009: 14).

[71] Die Haushaltspläne stehen auf den Seiten der Senatsverwaltung für Finanzen zum Download bereit. http://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/download/index.html#bo_box, Zugriff 13. Februar 2013.

[72] Im November 2011 musste der damalige Geschäftsführer der *Berlin Partner*, René Gurka, zurücktreten, weil er ohne Ausschreibungen Aufträge erteilt und falsche Angaben in seinem Lebenslauf gemacht hatte (Tagesspiegel vom 31.8.2011 und 5.11.2011).

Die wirtschaftspolitische Maxime des Landes Berlin in die Tourismusindustrie und Infrastruktur zu investieren, führt zu einem Stadtumbau, den Jana Richter in ihrer Arbeit „The Tourist City Berlin: Tourism & Architecture“ (2010) beschreibt. Sie stellt fest, dass die Bedeutung des Tourismus in Berlin nicht nur wirtschaftlich, sondern auch städtebaulich und architektonisch sehr an Bedeutung zugenommen hat. Richter kartographierte touristische Orte, Distanzen, touristische Touren und Infrastrukturen des Tourismus im „Neuen Berlin“ nach der Wiedervereinigung. Anhand der Fülle des Materials zeigt sich, dass Infrastrukturen und touristischen Bewegungen, sich in der historischen Mitte von Berlin verdichten, und das alte Zentrum von West-Berlin an Bedeutung verliert. Daher konstatiert sie ein Ungleichgewicht in der touristischen Entwicklung zwischen dem Ost- und Westteil der Stadt. Diese Entwicklung führt sie auf unterschiedliche Momente der Tourismusentwicklung zurück, wie die 750-Jahr-Feier (1987), die Stadtentwicklungspolitik der Nach-Wende-Zeit und die Entwicklung einer „Historischen Mitte“, aber auch die Fußballweltmeisterschaft im Jahr 2006. Leider setzt sie in ihrer Arbeit die Entwicklungen der Touristifizierung von Berlin kaum in Beziehung zu den wirtschaftspolitischen und stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen des Landes Berlin, die eine Verdichtung der touristischen Angebote in das historische Zentrum ermöglichten und ein neues Zentrum-Peripherie-Verhältnis von touristischen Angeboten und Attraktionen etablierte.

Im Jahr 2007 regte die damalige Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer für das sog. *Stadtforum,* einer vom Berliner Senat initiierten Dialogreihe, eine Veranstaltungen unter dem Titel „Wir bekommen Besuch! Stadtentwicklung und Tourismus“ an. Ausgangspunkt der Diskussion war die Feststellung, dass die Entwicklung der Tourismusindustrie kaum und schon gar nicht systematisch aus einer stadtplanerischen Perspektive betrachtet wird. Obschon seit etlichen Jahren Berlin sich wirtschaftspolitisch für die Stärkung der Tourismusindustrie ausgesprochen hat, wurde diese Entwicklung vonseiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung weniger bearbeitet. Daher wurde in diesem Stadtforum die Frage nach der Nachhaltigkeit und der Steuerung der touristischen Ströme in die Wohnquartiere und Nachbarschaften diskutiert. Einer der Experten auf dem Stadtforum, Johannes Novy, skizzierte zwei Diskussionsrichtungen am Beispiel von New York. Die eine Richtung befasst sich mit den Potentialen und die andere mit den Verdrängungseffekten von Tourismus. Einige Wissenschaftler_innen betrachten diese Prozesse aus einem Ansatz der kultur- und

konsumorientierten städtischen Regeneration heraus und sehen daher Potentiale für die ökonomische Teilhabe benachteiligter Nachbarschaften. Andere Wissenschaftler_innen betonen den Verlust von bezahlbaren Wohnraum, die Verdrängung und Gentrifizierung in diesen Gebieten – ein Prozess, der von den Betroffenen kaum gesteuert werden kann. Weil mittlere Klassen profitieren und nicht die betroffenen und benachteiligten Gruppen, ist eine Beteiligung nicht vorgesehen. Für den Berliner Kontext sieht Novy Potentiale der nachhaltigen Entwicklung und verweist auf Vorteile für lokale Ökonomien, zum Beispiel in Kreuzberg (Novy 2010: 196).

Die hier dargestellten Entwicklungen in der Berliner Tourismusindustrie führen zu einem Stadtumbau, wie er jedoch von Seiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Stadtplanung nicht systematisch begleitet und gesteuert wird, obwohl der Berliner Senat sowohl in die Vermarktung von Berlin als touristische Destination als auch die touristische Infrastruktur investiert.

6.2 Kolonialität der unternehmerischen Stadt

Im vorangegangen Kapitel habe ich Berlin als unternehmerische Stadt mit einem Fokus auf Touristifizierung analysiert, und arbeite im Folgenden sowohl rassismuskritische Perspektiven in der kritischen Stadtforschung als auch dekoloniale Perspektiven auf die „Europäische Stadt“ Berlin heraus. In Kapitel 6.1.2 legte ich dar, dass vielfältige Arbeiten der kritischen Stadtforschung und kritischen Stadtgeographie vorliegen, die sich mit den politökonomischen Prozessen in der Stadt befassen. In diesen Arbeiten wird jedoch kaum eine rassismuskritische Analyse entwickelt, die nach der Kolonialität des Raumes von Berlin fragt. Hierbei ist anzumerken, dass nur wenige Arbeiten, sich mit der Kolonialität von Berlin befassen. Der Sammelband „Kolonialmetropole Berlin“ (Heyden 2002), der mit über fünfzig Beiträgen sowohl die kolonialen Spuren als auch die Kontinuitäten des Kolonialismus in Berlin aufzeigt, liefert erste Studien. Und ein neuerer Sammelband, der zur Dekolonisierung der Berliner Stadtgeschichte beiträgt, liegt mit „Black Berlin - Die deutsche Metropole und ihre afrikanische Diaspora in Geschichte und Gegenwart“ (Diallo und Zeller 2013) vor.

Im Folgenden frage ich sowohl nach den rassismuskritischen Anteilen im Konzept der „revanchist city“ von Neil Smith als auch deren Adaption in den deutschen bzw. europäischen Kontext. Ich beziehe mich auf Neil Smith, weil in der deutschsprachigen kritischen Stadtforschung sich eine theoretische Bezugnahme als „revanchistische Stadt“ herausgebildet hat und sein Konzept ebenso für den Berliner Kontext adaptiert wurde,

um Prozesse von Gentrifizierung, Verdrängung und kapitalistischer Inwertsetzung des städtischen Raumes zu theoretisieren. Vor diesem Hintergrund führe ich die stadtentwicklungspolitische Bedeutung von Berlin als „Europäische Stadt" aus, weil unter diesem Label sich Berlin auf dem globalisierten Markt der Städte positioniert und sich in der Stadtentwicklung imaginiert. In diesem Konzept wird der öffentliche Raum als konstitutives Merkmal betrachtet und gegenüber anderen Städten, wie der „amerikanischen" oder „orientalischen" abgegrenzt. Diese Abgrenzung greift auf eurozentristische Deutungen zurück, die ich im letzten Unterkapitel provinzialisiere.

6.2.1 Die revanchistische Stadt – eine transatlantische Bezugnahme

Smith konzipiert einen Urbanismus, der die stadtpolitischen Paradigmen (z.B. die „Zero-Tolerance" Politik von Robert Guiliani in New York) der bürgerlichen Klasse als demokratische Legitimierung von Gentrifizierung identifiziert. Mit der Fokussierung von Smith auf die bürgerliche Elite in den Städten, wird sein Konzept auch aus einer dekolonialen Perspektive anschlussfähig, weil sich hier analytische Knotenpunkte, nämliche die Frage nach der Hegemonie der bürgerlichen Klasse in den Städten, bilden. Diese Verknotung werde ich im darauffolgenden genauer untersuchen, um sowohl die Potentiale als auch Auslassungen von Smith's Konzept der „revanchist City" zu überprüfen. Smith stellt in den Fokus seiner Analyse die politischen Legitimierungen, um eine *weiße* „Rückeroberung" der Stadt für die bürgerliche Klasse zu ermöglichen. Mit dieser politischen Praxis, wie sie insbesondere durch Guilianis Paraphrasierung der „Quality of Life" und „Zero-Tolerance" Politik geprägt wurde, ging eine Verdrängung von bestimmten sozialen Gruppen (Obdachlose, Punks, Jugendliche) und urbanen Praktiken einher (Straßenhandel, Prostitution, Alkoholkonsum). Diese Politiken zielten darauf ab, ein städtisches Bild zu qualifizieren, welches sowohl den bürgerlichen Werten entspricht als auch mit den Anforderungen neoliberalisierter Stadtentwicklungspolitik kompatibel sein sollte.

Neil Smith identifizierte im Zuge seiner Forschung zur Gentrifizierung westlicher Städte Politikelemente, die konservative und reaktionäre Ideologien referieren und die darauf abzielen, den städtischen Raum „zurückerobern" zu wollen. Er stellte insbesondere die ideologischen Debatten und die Hegemonie bürgerlicher Gruppen in den Fokus der Analyse, die den argumentativen Rahmen bilden, um neoliberale Stadtpolitiken moralisch zu legitimieren (1996). Mit dem „Revanchist City"-Ansatz gelangen sowohl die agierenden Gruppen in den Fokus als auch die argumentativen Linien, um die

Durchsetzung von neoliberalen Politiken in lokalen repräsentationsdemokratischen Gesellschaften durchzusetzen. Hier wird der Zusammenhang von Marktorientierung und politökonomischer Analyse einerseits und ideologiekritischer Vergegenwärtigung der agierenden Hegemonien andererseits untersucht und als „Revanchist City" theoretisiert.

Die sogenannten Revanchist_innen, der Name leitet sich aus dem Französischen *Revanche* ab und bedeutet Rache bzw. Rückkampf, organisierten sich in Paris in Reaktion auf die wachsende Liberalisierung der zweiten Republik und gegen die Pariser Kommune (1870-1871), als die proletarische Bewegung für einige Zeit die Stadt besetzte und einen Stadtrat bildete. Die Revanchist_innen organisierten sich als eine Bewegung der Rache und der Reaktion gegen die proletarische Klasse und diskreditierten adlige Häuser. Es handelte sich um eine nationalistisch-militaristische Bewegung, die sich zugleich als anti-städtische Bewegung begriff und sich in der Verantwortung sah, das Land und die Stadt zurückzuerobern (Smith 1996: 43):

> „The revanchists in late nineteenth-century France initiated a revengeful and reactionary campaign against the French people (Rutkoff 1981)[73], and it provides the most fitting historical pretext for the current American urbanism. [...] More than anything the revanchist city expresses a race/class/gender terror felt by middle- and ruling-class whites who are suddenly stuck in place by a ravaged property market, the threat and reality of unemployment, the decimation of social services, and the emergence of minority and immigrant groups, as well as women, as powerful urban actors." (Smith 1996: 207)

Smith entwickelt in seiner Arbeit nicht nur die historische Analogie zum Revanchismus des späten 19. Jahrhunderts in Paris für zeitgenössische Prozesse, sondern auch die Analogie zur „urban frontier". Er stellt hier einen Bezug zum Siedler-Kolonialismus der ankommenden Europäer_innen auf dem nordamerikanischen Kontinent her. Dieser Bezug zur *frontier* referiert hier das Register der US-amerikanischen Nationenbildung, die auf der Auslöschung indigener Gemeinschaften und Enteignung ihrer Territorien basiert. Die Ankunft der aus Europa stammenden Siedler in den Amerikas wurde von der Vorstellung einer *terra nullis* geprägt, die es im Kampf gegen die wilde Natur zu erobern gilt, eine Grenze (*frontier*), die sich von Osten nach Westen schob. Obschon Neil

[73] Rutkoff, P.M. (1981) Revanche and Revision: The Ligue des Patroites and the Origins of the Radical Right in France, 1882–1900. Athens: Ohio University.

Smith die Bezüge zur kolonialen Logik der US-amerikanischen Nation herstellt, arbeitet er diese kaum aus und verweist nicht auf die inhärent „Zivilisierungsmission“ als Logik der Rationalisierung und Legitimierung für die „Entwicklung“ von Stadt, die „Gentrifizierung“ produziert. Daher gibt es auch einen argumentativen „Bruch“ in seiner Arbeit, wenn er von der siedlerkolonialen Situation der „urban frontier“ zur bürgerlichen Klasse in Europa wechselt und hierbei ein anderes historisches Register von städtischer Elite referiert.

Seit Neil Smiths Analogie der US-amerikanischen Prozesse der Gentrifizierung mit den französischen Revanchist_innen wurde der „Revanchist City“-Ansatz auf vielfältige Weise adaptiert und auf europäische Kontexte übertragen (Ronneberger 2000; Künkel 2008; MacLeod 2002). In der transatlantischen Übersetzung der revanchistischen Stadt fällt vor allem die Ignorierung der rassifizierten Dimension stadtökonomischer Prozesse auf, wie sie Neil Smith noch in seinem Buch beschreibt. Diese Auslassung von kolonialen Kontinuitäten, setzt sich insbesondere für den europäischen Kontext fort. In vielen europäischen Fallstudien wird ein kritischer Rassismusbegriff erst gar nicht eingeführt, oder wenn doch, als „Black Gentrification“ diskutiert, der jedoch die soziale Konstruktion des Rasse-Begriffes weder reflektiert noch artikuliert – und einem essentialisierenden und biologistischen Rassebegriff Vorschub leistet (Aalbers 2011). Insbesondere für die Beschreibung neuer Formen der Kriminalpolitik, die Armut und soziale Exklusion kriminalisiert und der Produktion neuer städtischer Sicherheitspolitiken durch die Ausweitung der Überwachungstechnologie und des privaten Wachschutzes im öffentlichen Raum, beziehen sich auf das Konzept der „Revanchist City“ (Belina 2007; Belina und Helms 2003; Eick, Sambale und Töpfer 2007; Uitermark und Duyvendak 2008; Van Eijk 2010).

Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Kolonialismus und neoliberalem Kapitalismus wirft die Frage nach der Bedeutung von Rassifizierung als Kategorie der Unterdrückung auf, die in der westlichen marxistischen Tradition jedoch zugunsten der Klasse zurückgewiesen wird, sowohl im US-amerikanischen als auch im europäischen Kontext.[74] Ricky Lee Allen verweist in seinem Aufsatz „The Globalization of White Supremacy: Toward a critical discourse on the racialization of the world“ auf die Verantwortung einer *weißen* marxistischen sozialen Praxis, die Rassismus unterordnet:

[74] Vgl. hierzu Fatima El-Tayeb’s Buch „The European Others- – Queering Ethnicity in Postnational Europe“ (2011).

> „In fact, it is the white Marxist's social practice of not privileging race that creates the real conditions in which race must be asserted as a totalizing context over class, as that is where there the primary blindness lies in the oppressor group of this particular social relation." (Allen 2001: 469)

Er sieht in der *weißen* marxistischen Analyse von Globalisierung die Fortschreibung der Prozesse von Rassifizierung und die Verhinderung einer Befreiung aus diesen Herrschaftsverhältnissen, wenn koloniale Logiken nicht berücksichtigt werden. Die Befreiung kann seiner Ansicht nach nur von dekolonisierten Menschen of Color und transformierten *Weißen* kommen (Allen 2001: 484). Aber auch Cedric Robinson liefert eine ausführliche Arbeit zum „Black Marxism - The Making of the Black Radical Tradition" (1983), in der er sich mit der Formation des rassifizierten Kapitalismus (*Racial Capitalism*) befasst als auch mit widerständigen Perspektiven, die sich aus einer Position entwickeln, in der die Ausbeutung der Arbeitskraft mit der Enthumanisierung durch Rassismus zusammentreffen.

Um die Rassifizierung von öffentlichem Raum zu verstehen beziehe ich mich auf die Arbeit von Michael Keith, der zu Rassifizierung von öffentlichem Raum in britischen Städten im Kontext von Neoliberalisierung und Multikulturalität gearbeitet hat. Denn, wie er schreibt, öffentliche Räume werden in der heutigen Stadt durch Formen der Rationalität und der Sentimentalität charakterisiert, die nationalen Grenzen transzendieren und daher Räume der kulturellen Differenz in der nationalen Konfiguration überschreiten. Transnationale Sentimentalität und kosmopolitane Herausforderungen gestalten eine Stadt als Ort, in der die rationalen Interessen des Städtischen (wie der Erfordernis nach migrantischen Arbeitskräften) nicht unbedingt mit den artikulierten Empfindungen des nationalen Projekts (wenn z.B. eine Leitkultur ausgerufen und feindliche Politiken gegen neue Migrant_innen und Asylsuchende formuliert werden) korrespondieren müssen (Keith 2005: 269). Der öffentliche Raum ist sowohl in das nationale Projekt eingebunden und fungiert als Projektionsfläche nationaler Repräsentation als auch in die lokalen Aushandlungs- und Verteilungsprozesse, in denen Standorte, räumliche Verteilung und Repräsentationen zu einer politischen Frage für die lokale Bevölkerung werden.

Michael Keith stellt in seinem Artikel „Racialization and the public spaces of the multicultural city" Liberalismus in allen politischen Lagern fest. Daher sei das Konzept

der „Revanchist City“ analytisch verkürzt, wenn Neokonservatismus als neoliberale Politik identifiziert wird:

> „There is a liberalism of the left and of the right. Neoconservatism is not necessarily best identified as neoliberal and cannot be subsumed in catch-all notions such as the revanchist city when we are identifying the enemies of progressive urbanism." (Keith 2005: 259)

Er verweist in seinem Artikel auf die Gemeinsamkeit liberaler Politiken, die sich sowohl rechts und links identifizieren lassen, und eine rassifizierende Raumpolitik festschreiben.

> „Yet to the extent that such campaigns for the rights of the city appeal to forms of state regulation of the city itself they must appeal to a notion of governmental practice in a liberal register. The ambiguity of this position recurs in the politics of the multicultural metropolis and the racialization of city spaces.“ (Keith 2005: 268)

Insofern muss man für den Alltag in der multikulturellen Stadt, als täglich gelebte Realität jenseits staatlicher und kommunaler Politiken, feststellen, dass gleichzeitig Grenzen entlang von rassistischer Intoleranz gezogen werden und kreative Prozesse der Hybridisierung und Kreolisierung neue Räume entstehen lassen (Keith 2005: 269).

6.2.2 Berlin als „Europäische Stadt/Metropole“

Die europäischen Nationen scheinen an Bedeutung zu verlieren, weil ihre Souveränität sowohl durch global agierende Ökonomien als auch transnationale politische Räume (EU) eingeschränkt werden. Gleichzeitig gewinnt die europäische Metropole als politökonomischer Raum an Bedeutung, weil städtischer Raum durch Gentrifizierung und Touristifizierung kommodofiziert wird. Zusätzlich gewinnt sie als Bühne für die politische Elite an Bedeutung, weil hier nationale Identität anhand einer Repräsentation zur Schau gestellt werden kann, deren Hauptausgangspunkt die koloniale Geschichtserzählung von Europa bildet (Cross und Keith 1993). Während Postkolonialismus die koloniale Ära scheinbar in die Vergangenheit verweist, und Rassismus aufgrund eines offiziellen „Nie wieder!“-Dogmas fast unaussprechbar wird, bestehen jedoch in den europäischen Ländern und Städten weiterhin Variationen von Rassismus fort (Goldberg 2006; Lentin 2011).

Die Transformation Berlins nach dem Fall der Mauer zielte nicht nur auf die Adaptierung an die neoliberalen Prozesse der Globalisierung, sondern auch auf die neue Rolle als Hauptstadt im wiedervereinigten Deutschland, ab. Diese neue Repräsentation von Berlin als wiedervereinigter Stadt, die das Ende des Kalten Krieges symbolisierte, wurde als „Europäische Stadt" imaginiert. Diese Imagination wurde vor allem von Architekt_innen, Stadtplaner_innen und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung entwickelt, und von Stadtsoziolog_innen theoretisch unterfüttert. Diese Imaginationen konzentrierten sich auf die *Historische Mitte* in Berlin, die vom Berliner Dom bis zum Brandenburger Tor reicht und in etwa dem alten Bezirk *Mitte* entspricht. Die städtebauliche Entwicklungsplanung wurde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erstmals im Planwerk Innenstadt im Jahr 1999 festgeschrieben und überarbeitet und aktualisiert (2003 und 2008):

> „Das Planwerk erfindet die Stadt nicht neu, sondern entdeckt verschüttete Lebensadern der Berliner Innenstadt wieder. Der in der europäischen Städtebautradition stehende, notwendige Stadtumbau, der sich an der Gliederung der Stadt in Straße, öffentlicher Park und Platz sowie Blockbebauung orientiert, respektiert dabei den Bestand und kommt ohne Abriss aus."[75]

Virag Molnar schreibt in ihrem Artikel „The Cultural Production of Locality: Reclaiming the ‚European City' in Post-Wall Berlin" über die Produktion der „Europäischen Stadt" und stellt fest, dass sich deren Definition als „the constant mixing of empirical reality, conceptual constructions and normative representations" darstellt (2010: 285). Das Bild der „Europäischen Stadt" bezog sich sowohl auf bürgerliche Wilhelminische Architekturstile als auch auf starke historische Bezüge zur Gründerzeit von Berlin – also die Zeit der frühen Industrialisierung und des starken städtischen Wachstums zum Ende des 19. Jahrhunderts. Das Bild der Zukunft speiste sich aus einem Rückgriff in die Vergangenheit, vor jene beunruhigende Zeit des Nationalsozialismus und der darauffolgenden Teilung Deutschlands in zwei Staaten und konstruiert eine historische Kontinuität, die diese ungeliebten Zäsuren einebnet bzw. unterschlägt. Mit diesem Rückgriff wurde darüber hinaus eine nationale historische Kontinuität erzeugt, die die Zentrierung und Repräsentation einer bürgerlichen Identität herleitet und mit einer

[75] http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/planwerke/de/planwerk_innenstadt/index.shtml Zugriff am 2. Mai 2013.

spezifischen städtischen urbanen Form, nämlich dem Architekturstil und dem Städtebau der Gründerzeit, verknüpft.

In Zeiten der sich globalisierenden Ökonomien und Lebensstile wurde dieses Bild sehr sorgfältig im Kontrast zur „Amerikanischen Stadt" entworfen (Siebel 2006; Häußermann, Läpple und Siebel 2008). Gerade im Gegensatz zur „Amerikanischen Stadt" wurde der öffentliche Raum als begehbarer Raum, durchzogen von Straßen und Plätzen imaginiert, die fußläufig erschlossen werden können (Molnar 2010: 287). Diese räumliche Vorstellung von Öffentlichkeit wurde eng mit dem „Ideal der bürgerlichen Öffentlichkeit" verknüpft:

> „Die Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit ist aufgeladen mit dem Ideal bürgerlicher Öffentlichkeit als durchgesetzter Demokratie und gesellschaftlicher Integration ohne Verneinung von Differenz." (Siebel 2006: 15)

Daher war die Bedeutung des öffentlichen Raums in der Imagination der „Europäischen Stadt" von außerordentlicher Bedeutung und wurde zu einem wichtigen Element der städtischen Planung für die historische Mitte von Berlin. Die Gestaltung der öffentlichen Räume zielte nicht nur darauf ab, dass dieser von (lokalen) Bewohner_innen und (touristischen) Besucher_innen fußläufig erschlossen werden kann, sondern diente auch als Bühne für die Zurschaustellung der neuen und alten Architektur der Regierung und einer Inszenierung und Repräsentation der wiedervereinigten Nation (Welch Guerra 2006).

Neben dieser städtebaulichen Entwicklung des öffentlichen Raumes in der neuen Hauptstadt Berlin, der offen und zugänglich für Bewohner_innen und Tourist_innen sein soll, gingen regulatorische Änderungen für die Nutzung dieser Räume einher. Eine dieser Änderungen betrafen den Bauchladenhandel, der seit 1998 fast im gesamten Gebiet des alten Bezirks Mitte verboten ist (Ha 2009). Die Berliner Zeitung berichtete am 25./26. Juli 1998 über die Konflikte am Brandenburger Tor und titelte „Diepgen putzt Berlins gute Stube – Weniger ‚Kommerzrummel' vor Brandenburger Tor / Bauchladenhändler wollen bleiben". Dieser Artikel veranschaulicht die Verknüpfung von städtischer Ästhetik mit Fragen der Nutzung (hier Bauchladenhandel) im öffentlichen Raum, die nun als unwürdig für die „gute Stube von Berlin" abgelehnt wurde, weil es sich hier um Räume der nationalen Repräsentation handelt.

Eine der wichtigsten Ziele für die wirtschaftliche Entwicklung von Berlin war die Tourismusindustrie und die Erhöhung der Besucher_innenzahlen. Diese Entwicklungsziele beinhaltete sowohl Marketingkampagnen der Stadt, die Herstellung von verkehrlicher Infrastruktur (Hauptbahnhof und internationaler Flughafen Berlin-Brandenburg), die städtebauliche (Wieder-)Herstellung der bürgerlichen Mitte (Abriss des Palastes der Republik, Aufbau des Schlosses, Schließung von Blockrandbebauung (z.B. Ecke Unter den Linden/Friedrichstraße)) und die architektonische Sanierung für bedeutende Gebäude der „Hochkultur" (Staatsoper, Museen, Universität). Clair Colomb analysiert in ihrer Arbeit den Zusammenhang zwischen städtebaulicher Neuerfindung und Politiken des Stadtmarketing (*place marketing*) in der Zeit von 1989 bis 2011 als eine Form des städtischen Regierens (Colomb 2012). Ihre Arbeit sieht daher Stadt- und Tourismusentwicklung in einem engen Zusammenhang zu Formen des städtischen Regierens, die sich den neoliberalen Anforderungen an globalisierte Ökonomien anpassen.

6.2.3 Die „Europäische Stadt" provinzialisieren[76]

Die Konzeptualisierung einer „Europäischen Stadt" ist eingebettet in kulturalisierende und essentialisierende Diskurse über das Städtische, die im Folgenden kritisch hinterfragt werden soll. Welches Europa und welche europäische Stadt werden markiert? Und zu welchen anderen Städten bzw. städtischen Modellen abgegrenzt? Welche soziologischen, historischen und politischen Motive werden aus einer dekolonialen Perspektive erkennbar?

Das Narrativ der „Europäischen Stadt" spricht von Demokratie, Gerechtigkeit und Gleichheit. Dieses Narrativ findet in unterschiedlicher Weise für ein theoretisches Modell der Stadtsoziologie, als Marketing Modell für die Entwicklung einer städtischen Marke oder als Vision in stadtentwicklungspolitischer Planung (Farías und Stemmler 2006) Verwendung. In diesem Narrativ wird die Stadt als Ort der lokalen Gemeinschaft verstanden, die städtische Bürgerschaft verkörpert und städtische Solidarität kreiert. Işın (2003) arbeitete in seiner historischen Soziologie der Städte einen „soziologischen Orientalismus" heraus, welcher wiederum interpretationsleitend für die urbanen

[76] Der Begriff des Provinzialisierens bezieht sich auf die Arbeit von Dipesh Chakrabarty „Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference" (2008).

Historiker und Soziologen wie Fustel de Coulanges, Max Weber und Lewis Mumford war:

> „My focus in what follows, therefore, will be on the sociological orientalism that mobilized many of their interpretations of the essence of the occidental city, taking Greek, Roman and medieval cities as prototypes.“ (Işın 2003: 315)

Darüber hinaus ist die Herstellung dieser Prototypen in ihren Bezügen zur Antike in eine Geschichtsschreibung eingebunden, die wiederum die Darstellung der Antike den politischen und ideologischen Prämissen anpasste. Der Historiker Martin Bernal führt in „Black Athena writes back“ (2001) aus, wie in der historischen Forschung zur Entstehung des antiken Griechenlands zwei Modelle konkurrierten, das „aryan model“ und das „ancient model“. Letzteres wurde jedoch innerhalb der historischen Wissenschaften bis in die 1820er Jahre nicht bezweifelt, aber seither in unterschiedlichen Phasen ideologisch diskreditiert:

> „In the long run, however, the Ancient model was destroyed not because of any threat to Christianity from the Freemasons but because of the predominance, in the nineteenth century, of the linked concepts of progress, romanticism, and racism." (Bernal und Moore 2001: 4)

In „Black Athena (Vol. 1-3)“ (1987, 1996, 2006) plädiert er für eine Interpretation der Befunde zugunsten eines „revised ancient model“ und sieht sich mit einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung konfrontiert, die nicht den Dialog und die Debatte mit ihm sucht, sondern seine Ergebnisse kritisieren und diskreditieren will. Vor diesem Hintergrund skizziert er in „Black Athena writes back“ (Bernal und Moore 2001) die Entwicklung historischer Interpretationsmodelle entlang ideologisch-motivierter Narrationen von Welt und deren Umschreibung, bei gleichzeitiger Abwesenheit von neuen wissenschaftlichen Evidenzen. Dieser kurze Exkurs in die historische Antikenforschung verweist beispielhaft auf die prominente Rolle der griechischen Antike im Masternarrativ des aufgeklärten, demokratischen (*weißen*) Europa:

> „There is no doubt, however, that the Ancient model was discarded not because of any inherent defects but because it did not fit the nineteenth-century worldview. The Aryan model had the advantage that it made Greek history conform to what its proponents saw as the universal historical principle of perpetually unequal races." (Bernal und Moore 2001: 10)

Die Okzidentalisierung antiker Geschichtsschreibung findet sich als Okzidentalisierung des Städtischen wieder, wenn Işın herausarbeitet, dass das soziologische Verständnis von „Europäischer Stadt“, sich auf Prototypen antiker griechischer, römischer und mittelalterlicher Städte bezieht. In Abgrenzung hierzu wird die andere, die „Orientalische Stadt“ in Opposition gestellt. Diese Artikulation eines soziologischen Orientalismus stellt Işın bei Fustel, Mumford und Weber fest. Fustel sah die Stadt als einen Ort der Religion, Weber als einen Ort der Bürgerschaft und Mumford als einen Ort der Technologie, jedoch war ihnen gemeinsam, dass sie in ihrer Unterscheidung zwischen *civitas* und *urbs*, diese Differenz als fundamentalen Unterschied zur „Orientalischen Stadt“ markierten (Işın 2003: 313). Die Inszenierung der „Orientalischen Stadt“ als Bedrohung, oder als unterentwickeltes Stadium, als essentiell anders und minderwertig vom Okzident, steht in einer langen Tradition der Orientalisierung des Anderen (Said 1979). Işın verplausibilisiert die Okzidentalisierung des Städtischen durch Fustel, Mumford und Weber dahingehend, dass sie die Einzigartigkeit des Westens als Geburtsort des Kapitalismus begründen wollten. Die direkten Bezüge in der Stadt- und Planungstheorie auf die Bahrdt’sche und Weber’sche Soziologie ohne kritische Hinterfragung der historiographischen Bezüge und der eurozentristischen Geschichtsschreibung setzt somit die Kontinuität orientalisierender Implikationen für das essentialisierende Modell der Europäischen Stadt fort.

6.3 Zusammenfassung

Dieses Kapitel analysierte den stadtentwicklungspolitischen Kontext von Berlin seit 1989 im Kontext der Hauptstadtwerdung, in welchem der Straßenhandel praktiziert und verortet wird. Die Entscheidung, Berlin als Hauptstadt für das wiedervereinigte Deutschland zu benennen, hatte weitreichende Konsequenzen für die lokale Stadtentwicklung, weil sich hierdurch lokale, regionale und nationale Interessen verschränkten. Hierfür ist es nötig, den Kontext der letzten zwei Dekaden genauer zu betrachten, um die Dimensionen der Hauptstadtwerdung herauszuarbeiten. Eine Dimension bestand darin, aus einer politökonomischen Perspektive die Verquickung von Wirtschaft (insbesondere Tourismusindustrie und *real estate development*) und Verwaltung/Politik zu beschreiben (Berlin als „neoliberal city“). Die andere Dimension bestand darin den kulturellen Legitimierungsrahmen der Stadtentwicklung herauszuarbeiten, wenn die unternehmerische Stadt Berlin sich unter dem Label der „Europäischen Stadt“ auf dem globalen Markt positioniert, und diese Kategorisierung zu

provinzialisieren. Diese Kategorisierung impliziert eine lange Geschichte der Abgrenzung zur „Orientalischen Stadt“ und eine jüngere Geschichte der Abgrenzung zur US-amerikanischen suburbanisierten Stadt. Aus einer dekolonialen und postkolonialen Perspektive wird deutlich, dass diese geographische Referenz einen Bedeutungszusammenhang herstellt, der sich auf die normativen Begriffe von „Demokratie“, „Aufklärung“ und „Vernunft“ beruft. In diesem Kontext gewinnt der öffentliche Raum eine räumliche Übersetzung und eine explizite Funktion. Diese Funktionalität schreibt sich sowohl in die langfristigen Überlegungen von urbanen Leitbildern und dem Planwerk Innenstadt ein als auch in die gesetzlichen Grundlagen für den öffentlichen Raum.

Die Imaginierung von Berlin nach der Wende als „Europäische Stadt“ deplatziert den Straßenhandel als nicht adäquate urbane Praxis an den Rand. Die städtebauliche Planung orientiert sich an der Blockrandbebauung eines Berlin aus der Gründerzeit und der Erhaltung hochkultureller Einrichtungen in der historischen Mitte, während die wirtschaftspolitische Priorität auf der Entwicklung der Tourismusindustrie liegt. Um die Kolonialität der europäischen Stadt und die Gleichzeitigkeit von vielen verschiedenen Menschen in derselben Stadt zu fassen, die jedoch in ihren Historizitäten sehr unterschiedlich positioniert sind, beziehe ich mich auf Marie Louise Pratts Konzept der „Contact Zone“. Hier begegnen sich alle diejenigen, obwohl sie in einem räumlichen als auch gesellschaftlichen Verhältnis, entlang ökonomischer, sozialer und kultureller Kategorien sich auf unterschiedliche Positionen in einer gesellschaftlichen Hierarchie befinden. Der öffentliche Raum unterliegt einer expliziten Vorstellung, die es nicht allen in der gleichen Weise erlaubt, sich darin zu bewegen, weil sie aufgrund von Rassismus und/oder Sexismus kontrolliert und als deviant betrachtet und kontrolliert werden. Dieses Kapitel problematisiert die maßgeblichen stadtentwicklungs-politischen Imaginationen und wirtschaftspolitischen Interessen, die zu einer Herausbildung der „Contact Zone“ beitragen und den öffentlichen Raum in seiner kolonialen Kontinuität reproduzieren. Die Kolonialität der Macht schreibt sich für die Situierung des Straßenhandels in den öffentlichen Raum, in dessen ethnisierte Perzeption und kriminalisierende Regulierung ein. Hierdurch werden ethnisierte Menschen, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt besitzen, im öffentlichen Raum prekarisiert und in eine nationale Narration eingebettet, die weder die Geschichte der Migration noch die Prekarisierung von Arbeit in Deutschland reflektiert. Die kolonialen Einschreibungen

vertiefen den gesellschaftlichen Gegensatz zwischen ethnisierten und *weißen* Menschen und tolerieren die kriminalisierende Regulierung einer niedrigschwelligen Ökonomie, die im Gegensatz zur Deregulierung von transnationalen und globalisierten Ökonomien steht.

7 Straßenhandel in der „Contact Zone“

Nach der vorangegangenen Theoretisierung einer urbanen Informalität, die mit einem rassismuskritischen Blick auf Migration und ethnisierte Ökonomien sowie der unternehmerischen Stadt verbunden ist, werden in diesem Kapitel die verschiedenen Aspekte von Straßenhandel in Berlin herausgearbeitet. Das Kapitel ist in fünf Unterkapitel gegliedert und beginnt mit der Geschichte des Straßenhandels in Berlin. Danach werden die Ergebnisse aus den ethnographischen Interviews mit den Straßenhändler_innen dargestellt, zum einen von den Orten ausgehend und zum anderen als postkoloniale Alltagserfahrungen. In diesen beiden Unterkapiteln zeichne ich ihre Subjektperspektiven nach und situiere ihre Positionen im urbanen Raum. Diese Situierung reflektiert ihre Arbeits- und Lebenszusammenhänge für ihren Arbeits-*Platz* und die räumlichen Erfahrungen der eigenen Position und des *Positioniert-Werdens*. Daran schließt sich eine ausführliche Darstellung der Regulierung im Prozess der Hauptstadtwerdung von Berlin seit Mitte der 1990er Jahre an sowie deren Auswirkungen auf bezirkliche Verordnungen und politische Debatten. Im letzten Unterkapitel werden die Perspektiven von Administration, lokaler Politik und migrantischer Existenzgründung anhand der durchgeführten Expert_innen-Interviews dargestellt.

7.1 Historische Schlaglichter des Straßenhandels in Berlin

Die hier zusammengefasste Historie des Straßenhandels beruht auf unterschiedlichen historischen Arbeiten, die sich nur am Rande mit dem Straßenhandel befassen. Leider steht bis heute eine umfassende historische Darstellung des Berliner Straßenhandel aus, wie Spiekermann schon 1999 feststellte. Als Hauptgrund nennt er hierfür den Mangel an verlässlichen und vergleichbaren Daten (Spiekermann 1999: 203). Im Rahmen meiner Arbeit konnte ich keine archivarische und quellenorientierte historische Erfassung zur Geschichte des Straßenhandels in Berlin leisten, dennoch sollen die historischen Vorläufer und Kontexte in der Großstadt Berlin hier zusammengefasst werden, soweit es mir mit den vorliegenden historischen Arbeiten möglich ist.

Der individuelle Straßenhandel ist ein seltenes Phänomen in Berlin geworden, obwohl die Stadt über große öffentliche Räume verfügt und die Relevanz der Stadt als touristische Destination in den letzten Jahren gestiegen ist (Häußermann und Colomb 2003; Richter 2010), und mit der Einführung der „Ich-AG“ eigentlich ein Anstieg im

Straßenhandel zu erwarten war. Diese urbane Alltagspraxis hat gerade in Berlin eine lange Geschichte und prominente Figuren hervorgebracht. Die Geschichte des Straßenhandels ist durch die wechselvolle Geschichte zwischen Einhausung in Markthallen oder Kiosken als „Modernisierung" der Stadt und als Freiraumhandel auf den Bürgersteigen, den Plätzen und in den Parkanlagen, seltener in den Räumen der Stadt- oder U-Bahn, gekennzeichnet.

Die bekannteste und formalisierteste Form des ambulanten Straßenhandels ist der Handel auf Wochenmärkten. Viele Plätze in den Städten entstanden als Warenumschlag- und Handelsplätze, wie z.B. der Alexanderplatz (Ochsenmarkt). Seit 1865 baute die lokale Verwaltung von Berlin vierzehn (I-XIV) Markthallen, um den Umsatz in den Hallen vor Witterungseinflüssen zu schützen. Diese Markthallen wurden in der Nähe alter Marktplätze gebaut.[77] Von den Markthallen sind nicht alle erhalten, manche wurden abgerissen (Alexanderplatz, in den 1960er Jahren), manche wurden umgenutzt, geschlossen und wieder geöffnet (wie die Markthalle IX in Kreuzberg, oder Markthalle X Arminiushalle in Moabit).[78] Die Markthalle VI in Mitte in der Ackerstraße wurde vom Gebäude her erhalten, aber nicht mit verschiedenen Marktständen, sondern derzeit von einem Supermarkt betrieben. In den letzten Jahren hat es eine Revitalisierung der Markthallen gegeben, die auf die Förderung lokaler und kleinteiliger Händler_innenstrukturen abzielen (z.B. Marheinekehalle und Markthalle IX in Kreuzberg). Hier sollen die bestehenden Verträge mit Supermärkten in den Markthallen dann auslaufen.

In vielen Bezirken operieren auf städtischen Plätzen weiterhin wöchentliche Märkte, auf denen vor allem Obst und Gemüse verkauft werden, je nach Betreiber_in können aber auch andere Waren verkauft werden. In den 1990er Jahren wurden die meisten kommunalen Wochenmärkte an private Betreiber_innen vergeben. Eine jüngere Form neben dem Wochenmarkt ist der „Ökomarkt", der Waren aus der regionalen Umgebung verkauft, die unter ökologisch-nachhaltigen Kriterien produziert werden. Neben den Wochenmärkten haben die Weihnachtsmärkte in Berlin stark an Bedeutung gewonnen, die zur Installierung von weiteren jahreszeitlichen Märkten geführt haben, wie

[77] An diesen Marktplätzen entstanden in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts die ersten Waren- und Kaufhäuser, die wiederum das Bild von der modernen Großstadt Berlin prägten.

[78] Übersicht über die Berliner Markthallen: http://de.wikipedia.org/wiki/Markthallen_in_Berlin.

Ostermärkten und Oktobermärkten.[79] Vor allem die Weihnachtsmärkte richten sich an Tourist_innen der Stadt und spielen in der Destinationsentwicklung von Berlin eine wichtige Rolle.

7.1.1 Straßenhandel als großstädtische Praxis: Die 1910er und 1920er Jahre

Mit dem Straßenhandel wird gemeinhin und in der juristischen Terminologie im Besonderen ein Gewerbe bezeichnet, das auf den Straßen und öffentlichen Plätzen in der Stadt umherzieht und Gegenstände zum An- und Verkauf ohne vorherige Bestellung anbietet (Spiekermann 1999: 202). Spiekermann sieht die Entstehung des Straßenhandels als typisch großstädtischer Praxis in der Stadt um die Jahrhundertwende:

> „Der Karrenhändler, der Bauchladenmann, die mit Körben beladenen Blumenfrauen gehörten zum großstädtischen Leben des späten 19. und 20. Jahrhunderts, ihr schreiendes Angebot war prägender Teil des urbanen Lebensstils, der modernen Konsums. [...] Die ‚fliegenden Händler‘ repräsentierten die hohe Flexibilität des marktwirtschaftlichen Systems, auch wenn sie zugleich dessen soziale Verwerfungen, dessen soziale Kehrseite widerspiegelten.“ (Spiekermann 1999: 202 f.)

Einer der bekanntesten Straßenhändler von Berlin ist Franz Biberkopf aus dem Roman „Alexanderplatz“ von Alfred Döblin (1929), der 1931 von Heinrich George verfilmt wurde. Auch die Erzählungen von Erich Kästner, die im Genre des Großstadtromans verfasst wurden, geben Einblicke in das städtische Alltagsleben zu dieser Zeit. In Erich Kästners Geschichte von „Pünktchen und Anton“ beschreibt er die Straßenhandelspraktiken von einem armen Jungen, der für sich und seine Mutter etwas Geld dazuverdient. Seine Freundin Pünktchen gesellt sich zu ihm und wird daraufhin Ärger mit ihren Eltern bekommen. Hier wird der Straßenhandel in der kulturellen Repräsentation als Zeichen der sozialen Distinktion zwischen der armen Berliner Bevölkerung (hier eine alleinerziehende Mutter mit ihrem Sohn) und der reichen,

[79] Feststellung von Sven Diederich, Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte (vgl. S. 229). Außerdem gewinnen die Weihnachtsmärkte als touristische Destination nach Berlin an wachsender Bedeutung (vgl. Pressemitteilung von visitberlin.de *Berlin: Hauptstadt der Weihnachtsmärkte und des Shoppings,* 22. November 2011 http://press.visitberlin.de/sites/default/files/111122_weihnachtsmaerkte.pdf, letzter Zugriff 15. Juli 2013.

bürgerlichen Familie (hier eine Fabrikantenfamilie mit Vater, Mutter, Tochter und Hausangestellten) markiert.

Die soziale Distinktion des Einkaufens von Waren im Laden oder auf der Straße beschreibt Spiekermann in seiner Arbeit „Basis der Konsumgesellschaft - Entstehung und Entwicklung des modernen Kleinhandels in Deutschland 1850-1914“ (1999). Neben den Markthallen wurden die Waren entweder im Laden oder auf der Straße vertrieben, die er als „Existenz zweier konkurrierender Kleinhandelsformen“ bezeichnete:

> „Zum einen breitete sich ein billiger Straßenhandel aus, der ebenso wie die meisten Hallenverkäufer in den Zentralmarkthallen bezog, der aber angesichts geringerer Kosten billiger und kundennäher anbieten konnte. Gerade die Arbeiterkundschaft nahm diese günstigeren Einkaufmöglichkeiten besonders von Obst immer stärker wahr. Die schon erwähnte ‚bessere‘ Kundschaft wandte sich dagegen vermehrt dem Ladengeschäft zu, welches zugleich immer größere Teile des Publikums für sich gewann.“ (Spiekermann 1999: 185).

Naumann beschreibt ähnliche Prozesse der sozialen Distinktion in ihrem Buch über die Geschichte des Kiosks, wenn sie an den Verkauf von warmen Speisen in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts durch Garküchen erinnert, die ein alltägliches Bild in den Städten waren, die jedoch von der bürgerlichen Klasse verpönt wurde (Naumann 2003: 146). Sie bezieht sich auf die Schriften des sozialkritischen Autors Rosenkranz, der insbesondere auf die Bedeutung der Garküche für familienlose Proletarier aufmerksam machte, um deren soziale Funktion in der Stadt aufzuwerten. Je nach verkauften Waren bzw. Imbissen, wie z.B. den Backkartoffeln, ging mit der Auseinandersetzung um den Straßenhandel auch eine Definierung des sozialen Raums einher, und die Stadt bzw. die Straße wurde zum umkämpften Terrain. So behaupteten reiche Bürger_innen, dass der Verkauf dieser Imbisse ungesund sei, um sie zu stigmatisieren (Naumann 2003: 146).

Die historische Arbeit von Malte Zierenberg „Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939 bis 1950“ (2008) benennt Zahlen für den Straßenhandel in den 1920er Jahren in Berlin: 1925 waren 16.958 Hausier- und Straßenhandelsbetriebe mit insgesamt 20.885 Beschäftigten registriert. In einer Zusammenstellung der Anteile der kleinbetrieblichen Berliner Handelsgewerbebetriebe (bis 5 Beschäftigte) beträgt der Hausier- und Straßenhandel 15,1% und ist nach dem Einzelhandel (48,1%) die zweitgrößte Gruppe (Zierenberg 2008: 69). Sehr ausführlich schildert Zierenberg die

politischen Debatten in den Jahren 1919 und 1920 in Berlin zum „wilden Straßenhandel“ (Zierenberg 2008: 65ff.). Aufgrund der vielen Eingaben des Einzelhandels in verschiedenen Städten, die sich über den „wilden Straßenhandel“ beschwerten, wegen der Konkurrenz und der hygienisch schlechten Bedingungen wandte sich am 17. Januar 1920 der Geschäftsführer des Deutschen Städtetages an die Berliner Verwaltung und bat um Hilfe. Die lokalen Polizeibehörden würden den „wilden Straßenhandel“ gewähren, weil dieser von arbeitslosen Menschen geführt werde und auf diese Weise nicht die Erwerbslosenfürsorge belastet würde. Zudem verursachte der Straßenhandel an verschiedenen Plätzen und Kreuzungen eine Behinderung des Verkehrsflusses, gegen die die Polizei als „Störung der öffentlichen Ordnung“ nun vorging und am 1. Oktober 1920 wurde in Berlin eine „Polizeiverordnung betreffend den Straßenhandels“ in Kraft gesetzt, die den Handel vor Bahnhofs- und Markthalleneingängen verbot (Zierenberg 2008: 67). In den politischen Debatten solidarisierten sich die linken Parteien (SPD und USPD) mit dem Straßenhandel, weil dieser den armen Berliner_innen einen Arbeitsplatz und Einkommen böte, und zum anderen für eine „schnelle und kostengünstige Verteilung der Waren sorge“ (Zierenberg 2008: 68). Demgegenüber wandten die liberalen und konservativen Abgeordneten ein, dass der Straßenhandel zu „Verunstaltungen des Stadtbildes“ und massiven Verkehrsproblemen beitrüge und der Handel als illegale Ökonomie einzustufen sei. Zierenberg zitiert darüber hinaus die Position des Stadtverordneten Warthemann, der konstatierte, dass es sich bei den Händlern um „vom Osten her zugewanderte Juden“ handele. Diese antisemitische Migrantisierung wurde als Stigmatisierung des Straßenhandels verwandt. Die Forderung nach einem Verbot des Straßenhandels wurde vom Stadtverordneten der liberal-demokratischen Partei (LDP) Hausberg unterstützt, der Straßenhändler als „Schädlinge des Wirtschaftslebens“ bezeichnete, welcher „aus unserem Straßenleben zu entfernen“ sei (Zierenberg 2008: 69). Diese politischen Debatten beinhalten Argumentationslinien, die auch heute in der politischen Auseinandersetzung um die Bedeutung, Regulierung oder Illegalisierung dieser urbanen Praktiken weiterhin relevant sind. Dieser Diskurs führte jedoch nicht zur Einschränkungen des Straßenhandels, wie die Zahlen, Filme und Bücher der 1920er Jahre belegen. Der Handel auf den Berliner Straßen blieb eine alltägliche urbane Praxis, auf die vor allem proletarische Familien angewiesen waren.

7.1.2 Der Straßenhandel im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit

In den 1930er Jahren veränderte sich die Situation für den Straßenhandel dramatisch, weil die Nationalsozialist_innen zuerst den Straßenhandel zu regulieren versuchten, um ihn dann später zu verbieten. Denn ihrer Ansicht nach sollten die Straßen „frei und sauber" sein (Naumann 2003: 149). Insbesondere waren die Straßenhändler_innen in Berlin von der nationalsozialistischen Ideologie betroffen, da Berlin zur Hauptstadt des „Reiches" umgebaut werden sollte. Zierenberg konstatiert:

> „Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten veränderten sich nicht nur die Bedingungen für den Berliner Straßenhandel erheblich. Vielmehr handelte es sich um ein Motivbündel, in dem sich ideologische Vorgaben mit Fragen des Städtebaus und der Stadthygiene sowie mit strikt wirtschaftspolitischen Intentionen mischten." (Zierenberg 2008: 74)

Die städtebauliche Ordnung war nicht nur auf Architektur und Städtebau bezogen, sondern auch auf Nutzungen, Praktiken und Erscheinungen in dieser Stadt. So wurde eine ästhetische „Ordnung" mit einer sozialen „Ordnung" verschränkt, die besonders rigoros in Berlin durchgesetzt wurde. Zwar lieferten sich noch kommunistische Gruppen in Berlin mit der SA über Jahre hinweg Straßenschlachten, um die Durchsetzung dieser städtischen „Ordnung" zu verhindern, am Ende wurden die Straßen von paramilitärischen NS-Truppen kontrolliert (Zierenberg 2008: 74). Nachdem ein Reichskommissar der NSDAP für den öffentlichen Stadtraum verantwortlich wurde, ging auch die Berliner Polizei gegen verschiedene „Randgruppen" wie z.B. bettelnde Menschen vor, die als soziales „Übel" galten (Zierenberg 2008: 75). In der rigorosen Regulierung und Kriminalisierung des Straßenhandels setzte sich zudem eine antijüdische Politik fort:

> „Als wichtige Schnittstelle von Antisemitismus, ‚Säuberungs'- und lokaler NS-Gewerbepolitik erwies sich das Verbot des Straßenhandels für Ausländer, das insbesondere die sogenannten ‚Ostjuden' treffen und die Straßen der Stadt ‚rein' halten sollte." (Zierenberg 2008: 75)

Diese Stigmatisierung des Straßenhandels knüpfte an antisemitische Ideologien an, die schon in der politischen Debatte über den Straßenhandel in den 1920er Jahren eingeführt wurden.

Laut Zierenberg nahmen die Zahlen von 1933 bis 1941 stark ab: So waren 1933 noch 6.620 Personen als Händler_innen tätig, bis 1941 fielen die Zahlen unter 2.000 ab.[80] Während der olympischen Spiele im Jahr 1936 wurde der Straßenhandel weiter eingeschränkt, und 1937 bot die 700-Jahr-Feier der Stadt den Nationalsozialist_innen eine Gelegenheit, ihre Vorstellungen einer „sauberen Hauptstadt“ zu formulieren und umzusetzen (Zierenberg 2008: 74-75).



Abbildung 6: Straßenszene in der Grenadierstraße (heute Almstadtstraße) im sogenannten Scheunenviertel. Verkauf von Brot und Schrippen von einem Holzkarren. Foto: Buch, P., Berlin 1933. ©Bundesarchiv, Bild 183-1987-0413-501, CC-BY-SA.

Im Gegensatz zu den damaligen Zahlen des statistischen Landesamtes schätzt ein kleines Heft der Industrie- und Handelskammer, Autor Max Le Viseur (1935), mit dem Titel „Der Straßenhandel in Berlin und seine gesetzliche Regelung“ die Zahl der Straßenhändler auf ca 15.000. Das Heft beschreibt den Straßenhandel in „verschiedenen Formen und Warenzweigen“:

1. „täglicher Verkauf von einem (gleichen) Standplatz aus einem Fahrzeug (z.B. Tabakwarenhändler, Obst- und Gemüsehändler oder Zeitungshändler)

[80] Zierenberg bezieht sich hier auf Zahlen des Statistischen Landesamts Berlin.

2. umherfahrend bzw. umherziehendes Feilbieten der Waren von einem Gefährt aus (z.B. Obst- und Gemüsehändler mit einem großen Stapel Saisonware, Blumenhändler, Aufkäufer von Lumpen und Papieren)
3. ohne Fahrzeug von einem festen Standplatz von einem Tisch, Hockern oder tragbaren Behältnissen, dem sog. Bauchladenhandel (Verkauf von Schürsenkel, Würstchenhändler. Neuheitenhändler, Zeitungshändler)
4. ohne Fahrzeug, aber von einem Haus zum nächsten umherziehend oder auf der Suche nach Bestellungen.
5. als besondere Form des Straßenhandels wird der Kioskhandel oder von den sog. Hausflurständen aus beschrieben." (Viseur 1935: 35-36)

Dieses Heft richtete sich nicht an Straßenhändler_innen, sondern an „Amtsträger in der Verwaltung". Aufgrund der vielfältigen gesetzlichen Bestimmungen, die in den „Reichsgesetzen, Ortsstatuten, polizeilichen Verordnungen verstreut sind und auch die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung wiederholt abgeändert werden" (Viseur 1935: 5), markierte das Heft den Versuch, die verschiedenen Regularien zusammenzufassen. Neben der Differenzierung des Straßenhandels in verschiedene Typen wird jedoch der Straßenhandel durchweg von Le Viseur als volkswirtschaftlich legitime, aber zu regulierende Tätigkeit geschildert. Die Planungen und Kriegsvorbereitungen der Nationalsozialist_innen hatten aber im Jahr 1934 die Rationalisierung von Konsumgütern eingeleitet. Bereits November 1935 trat die Zwangsrationierung in Kraft. Im Juni 1938 gab es dann in Berlin einen regen informellen Handel für kontingentierte Lebensmittel (Zierenberg 2008: 77). Diese Entwicklungen stehen im Gegensatz zur von Le Viseur veröffentlichten Arbeit aus 1935, weil in den darauffolgenden Jahren der Straßenhandel weitestgehend als regulierte und legalisierte Form kriminalisiert wurde, und in Zeiten des Krieges die städtische Bevölkerung ihre Versorgung aus rationierten Zwangszuweisungen beziehen sollte. Die daraufhin entstehenden Tauschmärkte waren illegal und beschäftigten die Behörden bis in die späten 1940er Jahre, weil sie diese mit verschiedenen Verordnungen zu unterbinden versuchte. Seit Mitte der 1930er Jahre wurden verschiedene „Grundlagen zur Schwarzmarktbekämpfung" vorgelegt (Zierenberg 2008: 81). Vor allem unter der „Kriegswirtschaftsverordnung" wurden Praktiken des Tauschens und Handelns als illegale Tätigkeiten definiert und Begrifflichkeiten wie „Schwarzhandel" und „Kriegsschieber" mobilisiert, weil aus den

Erfahrungen des Ersten Weltkrieges heraus vermutet wurde, dass durch diesen Handel die „innere Front“ zusammenbrechen könnte (Zierenberg 2008: 81-82).



Abbildung 7: Straßenhändler am Potsdamer Platz bieten wieder ihre Waren an. Foto: Krueger, Erich O. 1946 Frühling. ©Bundesarchiv, Bild 183-2005-0805-511, CC-BY-SA

In der Kriegszeit und der frühen Nachkriegszeit prägten „Schwarzmärkte“ das Stadtbild, auf denen Waren im städtischen Raum illegal getauscht wurden. Die Entstehung dieser illegalen Märkte, ihre Netzwerke, Räume und Zentren beschreibt Malte Zierenberg in seiner historischen Arbeit sehr ausführlich. Er analysiert diese Märkte als eine „radikale Markterfahrung“, die für die späteren volkswirtschaftlichen Systeme der BRD und der DDR eine wichtige Bedeutung hatte (Zierenberg 2008: 317ff.). Diese Orte des Straßenhandels bildeten aufgrund ihrer Dichte von Händler_innen einen Markt. Diese Märkte waren nicht reguliert, sondern fanden „unter den Bedingungen der Illegalität und wegen fehlender Infrastrukturen“ statt (Zierenberg 2008: 61) und folgten dennoch einer eigenen Logik und entsprechenden Regeln. Für die räumliche Ausbreitung stellt Zierenberg fest, dass sich lokale Tauschnetzwerke bildeten und der Warenumschlag auf einem begrenzten Raum stattfand. Über diese lokalen Netzwerke hinaus gab es große öffentliche illegale Märkte in der Stadtmitte, wie etwa am Brandenburger Tor und am Alexanderplatz, die nicht nur den Tausch und die Versorgung mit Konsumwaren sicher

stellten, sondern sich auch als Orte der öffentlichen Geselligkeit etablierten. Daher gewannen diese Orte an Bedeutung und rückten nach Zierenbergs Einschätzung „in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Verhandlungen über diese Praktiken“ (Zierenberg 2008: 29).

7.1.3 Geteilte Stadt – getrennte Räume

Auch in den frühen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg waren der informelle Tausch und Handel von Waren von großer Bedeutung für die Versorgung der Stadt. Zierenberg fasst für die Bedeutung dieser Phase zusammen, dass diese Ökonomie aufgrund des Mangels und der Rückständigkeit zum Symbol einer „Elendsperiode“ wurde (Zierenberg 2008: 322-323):

> „Die ‚Schwarzmarktzeit‘ bildete somit einen konsensstiftenden Bezugspunkt der öffentlichen Interpretationen des ökonomischen Neuanfangs, der als Subtext viele Diskursfelder der Nachkriegszeit – auch in der gegenseitigen Wahrnehmung – bis in die jüngste Vergangenheit mit formte.“ (Zierenberg 2008: 323)

Der großstädtische Handel und die Figur des Straßenhandels wurden vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit im öffentlichen Diskurs marginalisiert. In der DDR war der Straßenhandel verboten und eine illegale Praxis, weil diese ideologisch als „marktwirtschaftliches Treiben“ definiert wurde, und weil die sozialistische Planwirtschaft für die umfassende Versorgung der Bevölkerung sorgen sollte. Allerdings kannte das Wirtschaftsleben der DDR einen bemerkenswerten Straßenhandel mit ausländischen Waren. Insbesondere Menschen aus Polen und aus Vietnam traten als Händler_innen auf, um Bekleidung, Schmuck und andere Waren zu verkaufen (Rohders 2005; Goll 2011). DER SPIEGEL berichtete 1986 in einer Reportage über abenteuerlichen Schmuggel westdeutscher Währung in die DDR, die im Reifen eines Wagens transportiert und beschädigt worden waren (DER SPIEGEL 1986). In dieser Berichterstattung spiegelte sich eine öffentliche Interpretation der sozialistischen Ökonomie als rückständige Gesellschaft wider, weil diese Konsumkultur scheinbar auf Tauschpraktiken und Schmuggel angewiesen war (Zierenberg 2008: 323). Jedoch liegen keine umfassenden Studien zum informellen Straßenhandel – weder in der BRD noch in der DDR – für die 1950er bis 1970er Jahre vor.

West-Berlin hatte während des Kalten Krieges einen rechtlichen Sonderstatus, denn die Stadt hatte zwar eine eigene Verfassung verabschiedet, wurde jedoch von den Alliierten

verwaltet. Das Berliner Abgeordnetenhauses bestätigte die Bindung West-Berlins an die Bundesrepublik durch die Übernahme von Bundesgesetzen regelmäßig. An dieser Stelle kann ich nicht näher auf die wechselvolle Teilungsgeschichte von Berlin und den Auswirkungen auf den rechtlichen Status für verschiedene Territorien eingehen, es sei jedoch darauf verwiesen, dass die Konsequenzen dieser Teilung auf viele Aspekte des öffentlichen Lebens, wie den öffentliche Nahverkehr gravierend waren. Die Stadt war in dieser Zeit in Sektoren unterteilt, deren Verhältnis zueinander konfliktreich war - bis zur totalen territorialen Abgrenzung durch den Bau der Mauer 1961. Diese Veränderungen waren besondere Herausforderungen für die Verkehrsbetriebe, weil Schienen und Anlagen die gesamte Stadt durchzogen und dieses System an die Teilung adaptiert werden musste. Das führte zu Auswirkungen auf die Preise und Gültigkeit von Fahrpreisen und veränderte den rechtlichen Status der U-Bahnhöfe und der Stadtbahn.

In der BRD verschwand der Straßenhandel zunehmend aus dem öffentlichen Diskurs, weil sowohl die Wirtschaftswunderjahre als auch der Wohlfahrtsstaat eine derartige Armutsökonomie überflüssig zu machen schienen. Dennoch konnte der Straßenhandel unter bestimmten Bedingungen ein ökonomisches Nischendasein führen wie ein bekanntes Beispiel verdeutlicht. Im Westen Berlins der 1970er Jahre wurde der Kurfürstendamm ein beliebter Ort für den Straßenhandel, wie Postkarten aus jener Zeit zeigen.[81] Ein ehemaliger Straßen- und Souvenirhändler, der in West-Berlin aufgewachsen war, berichtete aus seiner Erinnerung an den Kurfürstendamm in den 1970er Jahren:

> „Das war einfach nicht dieses verstaubte Deutschland, das noch in den 60er Jahren mit komischen Polizisten eingeschlagen hat, sondern das war etwas anderes, eine andere Stimmung – es war schon die Nachkriegszeit des Geldverdienens.“[82]

In den Erinnerungen an das West-Berlin der 1980er Jahre gehörte es zum Alltag, dass auf den U-Bahn Stationen und in der U-Bahn verkauft wurde, weil diese sich in ihren rechtlichen Bedingungen vom öffentlichen Raum unterschieden, und einen gewissen Schutz boten. Eine ausführliche Beschreibung der Straßenhandels als urbane Praxis in Ost- und West-Berlin liegt meines Wissens nach zu diesem Zeitpunkt leider nicht vor.

---

[81] Historische Postkarten Berlin, Charlottenburg, Kurfürstendamm. www.heimatsammlung.de

[82] Interview mit Martin Köhler, ehemaliger Straßenhändler (jetzt Souvenirhändler), 28. Mai 2009, Berlin.

7.1.4 Straßenhandel in der Nachwendezeit 1989 bis 1998

Anfang 1989 erlebte der Straßenhandel in Berlin ein erstaunliches, wenn auch nur kurzfristiges Revival, das von Goldgräberstimmung, Aufbruch und Inbesitznahme des öffentlichen Raums gekennzeichnet war. In dieser Zeit regierte eine Art „Kapitalismus von unten“ die Straßen. Aufgrund der unterschiedlichen Wechselkurse zwischen BRD, DDR und Polen, der unklaren politischen Verhältnisse in Ost-Berlin nach dem Niedergang der DDR, aber auch die Vielzahl der Brachflächen ermöglichten eine Phase, die von informellen und semi-legalen ökonomischen Praktiken geprägt war, und in unterschiedlichen Formen entstand. An dieser Stelle werde ich mich vor allem mit dem „Polenmarkt“, den „fliegenden Händlern“ und dem „illegalen Zigarettenhandel“ befassen, weil diese nicht nur als Alltagspraxis, sondern auch in den politischen Debatten im Berliner Abgeordnetenhaus präsent waren, in denen unterschiedliche Vorstellungen von Urbanität, öffentlichem Raum, Straßenhandel und Regulierung verhandelt wurden. Diese Debatten sind vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung Deutschlands aufschlussreich, weil sich die Abgeordneten über das „Neue Berlin“ als neue gemeinsame Hauptstadt austauschten und eine Urbanität imaginierten, die nur als politische Frage beantwortet werden kann. Die Debatten aus dem Abgeordnetenhaus sind ausführlich in Kapitel 7.4.2 dargestellt.

„Illegaler Zigarettenhandel"

Ein spezifischer Bereich des Straßenhandels in Berlin ist der Verkauf von illegalen, nicht-versteuerten Zigaretten. Eine zeitlang wurden polnische Zigaretten legal in Berlin verkauft, dieser Verkauf endete im Jahr 1990 durch veränderte Zollbestimmungen. Seit den frühen 1990er Jahren wurde der illegale Verkauf von Zigaretten mit organisierter Kriminalität vor allem von Menschen vietnamesischer Herkunft gleichgesetzt. Diese Ethnisierung der organisierten Kriminalität zeigt sich auch in den Anfragen im Abgeordnetenhaus, der medialen Berichterstattung oder der Benennung der Polizei-Sonderkommission "Samurai" in Thüringen.[83] Als scheinbare Hauptakteure der organisierten Kriminalität stehen vietnamesische Gruppen, jedoch handelt es sich nicht

[83] Die Berliner Sonderkommission, die sich mit dem organisierten Verkauf von illegalen Zigaretten befasst, hieß „Tabak“, und die sächsische hieß „Blauer Dunst“. Mit dem Namen „Samurai“ wurden asiatische Referenzen markiert, auch wenn die gesuchten „Banden“ aus Vietnam kamen (Spiegel 1993). Die Ethnisierung des illegalen Zigarettenverkaufs auf der Straße führt bis heute zu Formen von *racial profiling*, die asiatische aussehende Menschen unter den Generalverdacht des Verkaufes von illegalen Zigaretten stellt, vgl. Dokumentationsfilm „ID-WITHOUT COLORS“ of Riccardo Valsecchi (Valsecchi 2012).

um ein „monoethnisches Netzwerk“, sondern auf den Ebenen des Schmuggels, der Verteilung und des Straßenverkaufs um eine Verflechtung zwischen Personen aus Polen, den GUS-Staaten, Deutschland und Vietnam (Liepe 1997: 47). Hierbei ist es wichtig zu erwähnen, dass die vormaligen „Vertragsarbeiter“ vietnamesischer Herkunft nach dem Ende der DDR als Erste aus den Betrieben entlassen wurden. Am 13. Juni 1990 beendete die DDR die Arbeitsrechtsverhältnisse, und die „Vertragsarbeiter“ mussten sich entscheiden: Entweder eine „Abfindung“ in Höhe von 3.000,- DM[84] im Falle der Rückkehr, oder sie blieben bis zum Ende ihrer Aufenthaltserlaubnis - jedoch ohne Garantie auf Arbeit und Wohnung (Hentschel und Harmsen 2008: 76). Der Zusammenbruch der DDR führte zu einer Prekarisierung der Lebenssituation der „Vertragsarbeiter“, deren Anwesenheit als temporär betrachtet worden war und deren Funktion auf ihre Arbeitskraft reduziert wurde. Erst im Jahr 1997 wurde das Bleiberecht der vietnamesischen „Vertragsarbeiter“ nach einem langen Kampf errungen (Hentschel und Harmsen 2008: 79).

Der Kampf um das Bleiberecht war eingebettet in einen diskursiven Zeitgeist, der vor allem völkisch und national geprägt war und offenen Rassismus offenbarte. 1993 fand das erste Pogrom seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland statt und richtete sich in Rostock-Lichtenhagen gegen Roma und Menschen vietnamesischer Herkunft. Tage- und nächtelang wurde erst eine völlig überfüllte „Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber“ angegriffen und dann ein Wohnheim vietnamesischer „Vertragsarbeiter“ belagert. Das Haus wurde von einer johlenden Menschenmenge umstellt, die immer wieder „Ausländer raus!“ riefen, das Haus mit Molotowcocktails bewarfen und in Brand setzten. Obwohl hier tagelang unschuldige Menschen einer höchst gefährlichen Situation ausgesetzt waren, griff die Polizei kaum bis gar nicht ein. Wie durch ein Wunder wurde niemand im Haus verletzt, weil die Bewohner_innen des brennenden Hauses über das Dach fliehen konnten. Es ist bis heute ungeklärt, warum verantwortliche Stellen in der Polizei und in den Ministerien so lange nicht reagierten, jedoch wurde das Pogrom von der damaligen Bundesregierung für die faktische Abschaffung des Asylrechts politisch instrumentalisiert. Unter der medialen Berichterstattung wurde der Blick auf die Schutzsuchenden – „Ausländer“ und „Asylanten“ – in Deutschland von einer Rhetorik

[84] Umgerechnet in Euro: 1.533,88€.

begleitet, die nationalistisch und völkisch geprägt war und daraus die politische Legitimität zur Änderung des Asylrechts bezog.[85]

Anti-vietnamesische und rassistische Hetze wurde auch unter dem Deckmantel eines Kampfes gegen die organisierte Kriminalität betrieben. Dies führte in den Jahren 1991-1993 zu massiven Razzien durch die Polizei und zur Gründung des Vereins *Reistrommel.* Tamara Hentschel, eine der Gründer_innen des Vereins, schilderte das Vorgehen der Polizei:

> „Zwischen 1991 und 1993 häuften sich die Berichte. Es hatte den Anschein, dass Vietnamesen ein beliebtes Ziel der Ordnungshüter sind, um sich abzureagieren. Bei den Betroffenen entstand der Eindruck, dass sie als Freiwild über keine Rechte verfügen, und dass ihre Würde mit Füßen getreten werden darf. Wenn wir Betroffenen den Rat gaben, derartige Vorfälle anzuzeigen, winkten sie meist resigniert ab und sagten, dass das sowieso keinen Sinn hätte. Beispielsweise hörte ich im Sommer 1993 von einem Vorfall sexueller Nötigung in einer Bernauer Polizeiwache. Beamte hätten vietnamesische Zigarettenhändler zu entwürdigenden Sexualpraktiken gezwungen. Ich fragte einige mir bekannte Vietnamesen, ob sie mir diesen Vorfall nicht ausführlicher erzählen wollten und Kontakt zu den Opfern herstellen könnten. Sie lehnten das ab, weil sie Angst hatten.“ (Hentschel 1997: 66)

Vor diesem Hintergrund war die politische Debatte um den illegalen Zigarettenhandel eng mit der rassistischen Stimmung in Deutschland verbunden, die sich auch gegen Menschen vietnamesischer Herkunft wendete. Der illegale Verkauf von unverzollten Zigaretten verbunden mit der Rassifizierung im öffentlichen Diskurs, stigmatisierte auch andere Formen des Straßenhandels als illegale Ökonomie, die von „ausländischen“ Menschen betrieben wurde.

Der „Polenmarkt“

Die ethnologische Arbeit „Der Polenmarkt in Berlin“ (2002) von Ursula Weber untersucht die Entstehung des sogenannten Polenmarktes als Gelegenheit zur Begegnung und für Kontakte zwischen Menschen aus Deutschland und Polen, zu Zeiten eines politischen Transformationsprozesses, der das Ende des kalten Krieges markiert.

[85] Ausführlich hierzu die Dokumentation mit vielen Interviews von Zeitzeugen „The truths lies in Rostock“ (Saunders und Cleary 1993)

Der Markt, den Ursula Weber beschreibt, entstand zu Beginn des Jahres 1989 südlich vom Potsdamer Platz. Die Reformen in Polen erlaubten es polnischen Bürger_innen, nach West-Berlin zu reisen. Hiermit entstand für Bürger_innen aus Polen die Gelegenheit in Berlin sich ökonomisch informell zu betätigen und dringend benötigtes Einkommen zu erzielen:

> „Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß polnische Touristen bzw. Händler in der politischen und ökonomischen Umbruchsituation Ende der 80er Jahre aktiv wurden und sich auf den Weg machten, um ihre miserable wirtschaftliche Lage wenigstens abzufedern.“ (Weber 2002: 57)

Die Entstehung des Marktes noch vor dem Fall der Mauer indiziert Weber als ein „Bote“ nachfolgender Transformationsprozesse in der post-sowjetischen Ära (Weber 2002: 63). In ihrer Beschreibung bezieht sie sich auf einen Markt, der von Anfang 1989 bis Herbst 1990 in der Nähe des Potsdamer Platzes und am Kulturforum operierte. In dieser Zeit musste der Markt viermal umziehen, weil das Bezirksamt intervenierte, um beim letzten Umzug wieder an den ersten Standort zurückzukehren. Diese Umzüge sind auf Debatten im Abgeordnetenhaus zurückzuführen, die Weber als „hilflosen Zickzack-Kurs“ beschreibt (Weber 2002: 77). Der Markt zog eine Menge von Händler_innen an, die ihre Waren hier verkaufen wollten. Zu Spitzenzeiten wurden Mitte Mai 1989 25.000 Händler_innen gezählt, die wiederum weiteren Platz benötigten: um ihre Autos abzustellen, zur Toilette zu gehen und um ihren Müll zu entsorgen (Weber 2002: 71). Diese große Menge an Händler_innen zog wiederum Publikums-verkehr nach sich, der nicht nur die lokale Bevölkerung einschloss, sondern auch touristische Besucher_innen, die von Reiseunternehmen hin transportiert wurden.

Die im Rückblick relative kurze Periode des spontanen und informellen Handels in dieser Größenordnung symbolisiert den unmittelbaren Transformationsprozess von Berlin nach der Öffnung der Mauer. Der Markt war aufgrund seiner flexiblen, spontanen und informellen Struktur gegenüber den bezirklichen Bemühungen, diesen Markt in „geordnete Strukturen“ zu lenken, relativ widerständig, obwohl bauliche Maßnahmen (etwa Aufbau von Zäunen) ergriffen wurden und die Polizei im Einsatz war. Der Markt kam bereits im Herbst 1990 zum Erliegen, weil die Einreise von polnischen Tourist_innen erschwert wurde. Hierfür spielten mehrere Gründe eine Rolle, wie die Unklarheit über Visumspflicht, neue Zollbestimmungen für Zigaretten von DDR-Zollbeamten geprüft und eine engere Auslegung des Wirtschaftsrechts durch polnische

Zollbeamte. Wer nun im Ausland handeln wollte, brauchte eine polnische Steuerkarte. Die ultimative Begründung für die Räumung war die geplante die Bundesgartenschau im Jahr 1995, für die Bodenuntersuchungen vorgenommen werden sollten. Auf diese Weise setzte sich der damalige Regierende Bürgermeister dafür ein, dass keine weiteren „Polenmärkte" mehr entstehen sollten (Weber 2002: 78). In den politischen Auseinandersetzungen wurden sowohl Analogien zur Erfahrung des informellen Handels zum Ende des Zweiten Weltkrieges (der sich in das Berliner Gedächtnis als „Schwarzmarkt" eingeschrieben hatte) als auch die Bedrohung von außen, nämlich von Osten her, mobilisiert (Rada 1997).

„Initiative Pariser Platz"

Die „Initiative Pariser Platz" wurde 1996 von Straßenhändler_innen gegründet, die regelmäßig auf dem Pariser Platz arbeiteten und sich durch die Änderung der Ausführungsvorschrift, die zum 1. August 1998 in Kraft trat, in ihrer Existenz bedroht sahen. Viele der Straßenhändler_innen sind Menschen of Color, die aus der Türkei und aus Pakistan kamen. Aufgrund der Änderung einer Ausführungsvorschrift im Berliner Straßengesetz (BerlStrG 1999), nämlich die Einführung des Negativkatalogs, wurde der Bauchladenhandel im alten Bezirk Mitte faktisch verboten.[86] Einer der Mitgründer der Initiative, Martin Köhler, berichtete, dass die Zuschreibung des ambulanten Handels als eine Praxis von Menschen aus dem „Osten" in der Bezeichnung des Straßenhandels am Brandenburger Tor als „Russenmarkt" zum Ausdruck kam, obwohl nur wenige Russen auf dem Pariser Platz arbeiteten.[87]

Das Anwachsen der semi-legalen Ökonomie des Straßenhandels erreichte ihren Höhepunkt mit der Verhüllung des Reichstages, einer Kunstaktion von Christo und Jeanne-Claude im Jahre 1994/95, und hielt bis 1998 an. In der ersten Transitionszeit nach dem Fall der Mauer hatte sich auf dem Pariser Platz ein reger Marktplatz entwickelt, auf dem im Schnitt zwischen 60 bis 90 Händler_innen tätig waren. Diese räumlichen Praktiken stellten die Imaginationen einer modernen und bürgerlichen Stadt infrage, die in Ausstellungen, Wettbewerben und Entwürfen über das zukünftige Berlin artikuliert wurden.

---

[86] Vgl. ausführlich zur Regulierung von Straßenhandel im Kapitel I7.4.1.

[87] Interview mit Martin Köhler, 28. Mai 2009, Berlin.



Abbildung 8: Straßenhändler_innen vor dem Brandenburger Tor, 1. Oktober 1991. Bild: Thurn, Joachim F. ©Bundesarchiv B 145 Bild-F089828-0007. CC-BY-SA.

Im Jahr 1996 erfuhren die Händler_innen, dass eine Verbotszone eingerichtet werden sollte. Daraufhin organisierten sie sich, um eine Interessengemeinschaft zu bilden. Sie hatten alle das gemeinsame Anliegen, weiterhin auf dem Pariser Platz zu arbeiten. Die „Initiative Pariser Markt“ konzentrierte sich bei den ersten Schritte zur Bildung einer Interessengemeinschaft zunächst darauf, Kontaktdaten auszutauschen und gemeinsame Ziele festzulegen, um ihre Situation als Bauchladenhändler zu verbessern und gegen die mediale Stigmatisierung vorzugehen. Darüberhinaus entwickelten sie ein Marktkonzept für den Pariser Platz, das sowohl ein Überblick über Warensortiment (Souvenirartikel, Kunst und Kunsthandwerk, Sammlerwaren, Schmuck und Geschenkartikel, Gemischtwaren und Imbisswaren) als auch ein Konzept für den Verkaufswagen, der als Fahrradanhänger konzipiert war, enthielt. In ihrem Konzept bezog sich die „Initiative Pariser Platz“ explizit auf die Figur des großstädtischen Straßenhändlers der 1920er Jahre.

Die folgende Zusammenfassung reflektiert die Perspektive der *Initiative Pariser Platz,* die sie für Gespräche mit unterschiedlichen Personen aus lokalen Parteien festhielt:

„Ein paar Gedanken zum Thema – der Bauchladenhändler als verfolgte Minderheit?

- Die Mentalität einer deklassierten Minderheit

- Die meisten Bauchladenhändler sind Ausländer und schon dadurch deklassierte Minderheit. Ausländer werden häufig in diese Tätigkeit abgedrängt.
- Die fehlende Anerkennung ihrer Tätigkeit im Bürgertum und im Handel (Wirtschaft)
- Die staatliche Bevormundung der Bauchladenhändler/unsinnige Gesetze. Sie bekommen die Erlaubnis, aber wenn es darauf ankommt, wo sie verkaufen dürfen, dann bleibt kaum von Ort übrig!
- Vorneuzeitliches Fundament der Gesetzgebung (gegen fliegende Händler) mit in den letzten Jahren zunehmender Restriktion
- Keine Lobby, keine Selbstorganisation – eine Minderheit weit vor den Anfängen einer Emanzipation
- Benachteiligung der Frauen als Bauchladenhändler, die den Anforderungen meist nicht gewachsen sind. Man kann nicht sagen, dass sie etwas anderes machen sollen, sondern muss ihnen Chancengleichheit ermöglichen.
- Bauchladenhändler zu sein ist für viele, aus welchen Gründen auch immer, Arbeitslose eine Chance, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen.
- Kriminalisierung: sie werden behandelt wie Straftäter! Ihre Ware entzogen, hohe Bußgelder, evtl. sogar Entzug der Erlaubnis
- Einige Polizisten sehen die Bauchladenhändler als Jagdbeute an, während andere eine sehr hohe Toleranzschwelle haben
- Duldung = Unsicherheit = jederzeit können die Beschränkungen/Verordnungen/ Verbote angewendet werden
- Es geht nicht um ein Fehlverhalten der Händler, sondern um für diesen Ort unangemessene Verordnungen!
- Vorurteile gegenüber den dunkelhäutigen Händlern am Pariser Platz."

Hier spiegelt sich sowohl die Dringlichkeit der Existenzbedrohung, die Unverhältnismäßigkeit der Kontrollen als auch die diskriminierende Normalität jener Zeit.

Die Bemühungen der Initiative blieben erfolglos, weil ihr Marktkonzept von der Bezirksverwaltung nicht berücksichtigt wurde. Zuletzt mobilisierten die Straßenhändler_innen vor der Einführung der neuen Ausführungsvorschrift für eine Demonstration, um auf ihre bedrohte Situation aufmerksam zu machen. Verschiedene Zeitungsartikel dokumentieren die Medienresonanz dieser Demonstration,[88] die für die

[88] „Protest mit Läden am Bauch – Souvenirverkäufer wollen auf dem Pariser Platz bleiben", Tagesspiegel, 25.7.1008. „Fliegende Händler – sollen sie verschwinden?- Gestern Straßen-Demo der fliegenden Händler", BZ, 25.7.1998

Initiative leider keine Effekte zeitigte. Der Negativkatalog wurde eingeführt und die Straßenhändler_innen mussten den Pariser Platz verlassen, weil hier der Bauchladenhandel nun verboten war.

Auf die Kontinuitäten des Straßenhandels werde ich in den nächsten Kapiteln eingehen, der nach der Einrichtung der Verbotszone von 1998 an den Rand der Zone gedrängt wurde und nur noch an wenigen Stellen operieren durfte. Die „Initiative Pariser Platz“ verweist auf eine Geschichte von Bewohner_innen, die auf den öffentlichen Raum als ökonomische Ressource angewiesen sind. Eine Nutzung von öffentlichem Raum, die in der Planung und Konzipierung der öffentlichen Räume der deutschen Hauptstadt nicht gewollt und nicht vorgesehen war. Nichtsdestotrotz solidarisierten sich die Straßenhändler_innen miteinander, um für ihre Interessen einzustehen und ihr Recht auf Stadt einzufordern. Im Rückblick scheint es hier um eine kurze Episode in der Geschichte des Straßenhandels zu gehen, die die Verknüpfung von Hauptstadtplanung, die Kontrollen im öffentlichen Raum und die Rassifizierung ökonomischer Praktiken aufzeigt – aber im Lichte der Geschichte des Straßenhandels eine Kontinuität zu anderen rassifizierenden und kriminalisierenden Diskursen aus der Berliner Stadtgeschichte aufzeigt.

7.2 Orte des mobilen und individuellen Straßenhandels in Berlin

Das Kapitel dient einer ersten räumlichen Annäherung und Beschreibung meines Forschungsprozesses vor Ort. Ich beschreibe sowohl die räumliche und städtebauliche Situation als auch die ersten Begegnungen mit den Straßenhändlern an verschiedenen Orten in Berlin-Mitte. Alle Orte befinden sich am Rande des Negativkatalogs, den ich ausführlich in Kapitel 7.4.1 darstelle, und an denen Bauchladenhandel erlaubt ist. Die folgenden Kapitel sind im Reportage-Stil geschrieben, um den räumlich-situativen Moment einzufangen. Im Vordergrund der Beschreibung stehen die räumlichen Situationen in der Stadt, die Standorte an denen die Straßenhändler arbeiten und die daraus resultierenden Arbeitsbedingungen. Die postkolonialen Alltagserfahrungen und die Perspektive der Straßenhändler führe ich danach im Kapitel 7.3 aus.

Die hier beschriebenen Orten befinden sich im prominenten Bereich von Berlin-Mitte, in der eine Marginalität produziert wird, die sich sowohl auf die ökonomische Praxis als auch auf die rassifizierten Subjekte bezieht. Für die Beschreibung der Verkaufsstandorte habe ich den städtischen Charakter als Beschreibungseinheit gewählt, um den szenischen Moment zu markieren. Die folgenden Beschreibungen sind mit

unspezifischen Örtlichkeiten betitelt wie „der Platz“, „die Brücke“, „die Kreuzung“ oder „der Markt“. Durch diese Betitelung und der Ent-Nennung des lokalen Namens wird eine kritische Distanz zur spezifischen Lokalität und Historizität erzeugt. Mit diesem Mittel wird die übergeordnete Bedeutung des öffentlichen Raumes adressiert und für vergleichende Bezüge zu anderen Städten geöffnet. Ich halte diesen Schritt auch deshalb für sinnvoll, weil im Zuge der Vermarktung von städtischen Territorien diese nicht auf lokale Märkte beschränkt bleiben, sondern weite Kreise ziehen und auf globalen Märkten konkurrieren. Die Konkurrenz der Städte auf einem globalen Markt impliziert daher auch die Vergleichbarkeit und Bewertung unterschiedlicher Kriterien in einem Verhältnis zueinander. Städte sind nicht nur durch „Migration“ und Migrant_innen, die als globale Flaneur_innen bezeichnet werden können, miteinander verbunden, sondern auch durch die ökonomischen Ströme von Waren, Dienstleistungen und touristischen Destinationen.

7.2.1 Der Platz

Der Platz liegt im östlichen Zentrum der Stadt. Ihn kennzeichnet ein weiter fußläufiger Raum, der von großen Kaufhäusern eingegrenzt wird. In der Mitte steht ein großer Brunnen, an dessen Wangen müde Besucher_innen pausieren und das großstädtische Flair genießen. An der einen Seite des Platzes wird dieser von langsam fahrenden Straßenbahnen überquert, an der anderen Seite wird der Platz von Bahnbögen flankiert. Der Untergrund ist mehrstöckig ausgebaut und es kreuzen sich mehrere U-Bahn-Linien. Der Platz beeindruckt durch die Weite der unbebauten Fläche. Wesentliche Elemente, die aus der freien Fläche herausstechen, sind der Brunnen und die U-Bahneingänge, um die herum sich die wenigen steinernen Sitzgelegenheiten befinden. Hinter den S-Bahnbögen erstreckt sich der Platz mit weiteren Sitzgelegenheiten und einer kleinen Parkanlage hin zum Fernsehturm. Diese Parkanlage leitet auf der nördlichen Seite des Fernsehturms zu den Rosenrabatten und der treppenartigen Brunnenanlage weiter. Hier weitet sich der Platz vor dem Roten Rathaus und der Neptunbrunnen bildet die Attraktion des Platzes. Der Platz ist ein Ort des Transits, ein Ort, an dem sich viele Wege kreuzen. Dieser Platz ist groß und wird für Kundgebungen, Mahnwachen und äußerst selten protestierende Zeltlager genutzt. Auf dem Platz finden im Jahr mehrere größere Märkte statt, die sich über Wochen hinziehen, wie den Weihnachtsmarkt (vier Wochen), den Ostermarkt (zwei Wochen) und den Oktobermarkt (zwei Wochen). Auch an den Wochenenden finden verschiedenste Märkte mit unterschiedlichen Themen statt.

Den Namen erhielt der Platz im Jahr 1805, weil hier der russische Zar Alexander I. vom preußischen König empfangen wurde und dieser Platz als Geste der Würdigung auf seinen Namen getauft wurde (Bahr 2007: 10). Bis dahin wurde der Platz aufgrund der vorherrschenden Nutzung entweder als „Ochsenmarkt“ oder als „Paradeplatz“ bezeichnet. Dieser Platz ist einer der größten Verkehrsknotenpunkte des öffentlichen Nahverkehrs, der diesen mit dem regionalen Nahverkehr verknüpft und eine Schnittstelle zwischen den östlichen und westlichen Verkehrssystemen bildet. Der Stadtplaner Martin Wagner veröffentlichte im Jahr 1928 den städtebaulichen Plan und erklärte den Alexanderplatz zum „Weltstadtplatz“; hier sollte das „Karussell der modernen Gesellschaft“ entstehen (Bahr 2007: 9). Dieses „Karussell“ beinhaltete den mehrstöckigen Ausbau des U-Bahnhofs, damit sich mehrere Linien mit der Stadtbahn und der Straßenbahn kreuzen konnten. Weiterhin sahen die Planungen einen weiträumigen Umbau des Straßenverkehrs vor, um das starke Anwachsen der aufeinandertreffenden Überlandstraßen zu bewältigen. Hierfür plante Wagner den ersten Kreisverkehr in Berlin, welcher als Vorläufer für die Kreisel am Strausberger und Ernst-Reuter-Platz gilt. Martin Wagners Planung war davon inspiriert, hier einen Platz zu schaffen, der sowohl die moderne Gesellschaft mit ihrem technologischen Fortschritt repräsentiert als auch die Demokratie der Weimarer Republik würdigt. Die Planungen für den städtebaulichen Umbau konnten jedoch nicht zu Ende geführt werden, weil die Weltwirtschaftskrise und die Machtergreifung der Nationalsozialisten dies verhinderte. Im Zweiten Weltkrieg wurde die östliche Innenstadt in weiten Teilen zerstört, welche auch die Umgebung des Platzes umfasste.

Die Planungen der DDR zur Neugestaltung der Berliner Innenstadt sahen den Umbau des Alexanderplatzes zu einem sozialistischen Platz vor. Laut den Plänen sollte der der Verkehr nicht über den Platz, sondern an ihm vorbei geführt werden, das wiederum den Platz von seinem urbanen Umfeld abtrennte. Die Gestaltung des Platzes orientierte sich am Beispiel Moskaus und war als zentraler Kundgebungsort für große Veranstaltungen geplant. Zum städtebaulichen Ensemble des sozialistischen Platzes gehören das Haus der Elektroindustrie, das 120 Meter hohe Interhotel, des Centrum-Warenhaus, das Haus des Lehrers und andere Gebäuden. Von der Prominenz des Alexanderplatzes in der sozialistischen Hauptstadt und ihrer Interpretation zeugen Briefmarken aus den Jahren 1964 und 1973 (vgl. Abbildung 17 und 18). Bis heute sind der Brunnen der

Völkerfreundschaft und die Weltzeituhr touristische Attraktionen auf dem Alexanderplatz.



Abbildung 9: Briefmarke der DDR, 1964 [89]



Abbildung 10: Briefmarke der DDR, 1973.[90]

Im vereinigten Berlin beinhaltete der neue städtebauliche Plan die Errichtung von dreizehn neuen Hochhäusern und die Neugestaltung des Alexanderplatzes. In der Wettbewerbsausschreibung für die Neugestaltung des Platzes von 2003 wurde gefordert:

> „Dem öffentlichen Raum kommt in der modernen heterogenen Stadtgesellschaft eine herausragende Bedeutung zu. Berlin legt daher einen besonderen Schwerpunkt darauf, die öffentlichen Räume als integrative Orte so zu qualifizieren, dass sie ihrer Aufgabe gerecht werden können, den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Dies gilt in besonderer Weise für öffentliche Räume von gesamtstädtischer Bedeutung wie den Alexanderplatz. Folgende Initiativen sollen dazu beitragen, dass die Freiraumplanung des Alexanderplatzes diesem Anspruch gerecht wird:
>
> - Vor dem Wettbewerb wurde den Bürgern in moderierten Internetforen die Gelegenheit gegeben, über den Alexanderplatz zu diskutieren und Vorschläge für die Gestaltung zu entwickeln.

89 http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Stamps_of_Germany_%28DDR%29_1964,_MiNr_1063_A.jpg &filetimestamp=20090523194406#filehistory, letzter Zugriff 15. Juli 2013.

90 http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Stamps_of_Germany_%28DDR%29_1973,_MiNr_1854.jpg& filetimestamp=20091121181914, letzter Zugriff 15. Juli 2013.

- Der vorliegende Wettbewerb ist als Pilotprojekt zum Gender Mainstreaming ausgewiesen, dessen Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter in ihrer sozialen Rolle zu erreichen, im gesamten Verfahrungsprozess zu reflektieren ist.
- Einen weiteren Schwerpunkt soll die Auseinandersetzung mit den Interessen von Kindern und Jugendlichen bilden.“[91]

Hierbei ist hervorzuheben, dass vor allem die soziale Funktion des Platzes eine wichtige Bedeutung beigemessen wurde. Den Wettbewerb 2004 gewann das Büro Gerkan, Marg und Partner mit WES&Partner (Berlin/Hamburg), die im Februar 2006 mit der Umgestaltung begannen. Ihr Entwurf sah eine weite Fläche vor, deren Mittelpunkt der Brunnen bildete. Die städtebauliche Umfassung des Platzes bilden das Berolinahaus, das Centrum Warenhaus, die Sockelbebauung des Hotel und zur östlichen Seite zum Warenhaus *die mitte* und dem Alexanderhaus – östlich kreuzt die Straßenbahn den Platz – ansonsten ist der Platz Fußgänger_innen vorbehalten.

Obwohl die Ausschreibung die soziale Funktion des Platzes hervorhebt, wird dieses in der Planung nicht gänzlich umgesetzt. In der Bewertung der Jury heißt es zu diesem Entwurf:

> „Die Nutzungsoffenheit kann auch in Anwendung der Gender-Kriterien positiv betrachtet werden. Allerdings mangelt es dem Entwurf aus dieser Perspektive an hervorstechenden Merkmalen und Gestaltungselementen mit Aufforderungscharakter. Auch für das jugendliche Klientel mangelte es an Aufenthaltsmöglichkeiten, wenn die umlaufenden Bänke an den U-Bahneingängen nicht realisiert werden können.“[92]

Seit 2006 sind die Sanierungsmaßnahmen am Kaufhaus abgeschlossen, und seit Ende 2007 die Neugestaltung des Platzes. Mit der Neugestaltung hat sich der Platz verkleinert, weil das Kaufhaus vergrößert wurde, vor allem an der östlichen Seite mit dem Durchgang zur Stadtbahn. Bis 2011 waren im Durchgang zwischen Platz und S-Bahnhof Kioske aufgestellt, die als Imbisse betrieben wurden. Diese Kioske waren für die

---

[91] Vgl. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/wettbewerbe/ergebnisse/2003/alexanderplatz/auslobung.shtml, Zugriff : 13. Juli 2013.

[92] Vgl. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/wettbewerbe/ergebnisse/2003/alexanderplatz/1_preis.shtml Letzter Zugriff: 11. Juli 2013.

Straßenhändler eine günstige Möglichkeit für Kaffee und Imbisse, und sie konnten an der seitlichen Außenwand ihre Taschen mit den Waren abstellen. Diese Möglichkeit und diesen räumlichen Schutz, den die Kioske ihnen boten, gibt es nun nicht mehr.



Abbildung 11: Blick auf den Bahnhof, im Hintergrund steht noch der Kiosk, aufgenommen Sommer 2010 von einem der Straßenhändler.

An fast allen Werktagen lassen sich Straßenhändler_innen antreffen, die hier Bratwürste, Souvenirwaren und Schmuck verkaufen. Auf dem Platz stehen ein paar Männer, die Souvenir- und Schmuckhändler stehen nebeneinander, sie kennen ihren Standort. Am Eingang vom Warenhaus, sowie den U- und S-Bahn-Eingängen haben sich Wurstverkäufer aufgestellt. Eine Reihe Wurstverkäufer, eine Reihe Schmuckhändler. Die Schmuckhändler stellen sich mit ihren selbst zusammengezimmerten Bauchläden auf das kurze Stück zwischen dem Eingang des Warenhauses und dem S-Bahnhof. Hier stehen sie schon seit Jahren, manchmal kommen andere hinzu oder andere gehen. Einer verkauft am Brunnen, weil er sich dort hinsetzen kann.



Abbildung 12: Schmuckhändler und Grillwursthändler stehen sich gegenüber - fotografiert von einem der Straßenhändler, Sommer 2010.

Während meiner Beobachtung arbeiteten ausnahmslos Männer als Bauchladenhändler, eine Ausnahme war eine Bratwurstverkäuferin, die eine Zeitlang auf dem Alexanderplatz arbeitete. Diejenigen, die hier auf dem Platz arbeiten, kennen sich, einige haben einen pakistanischen Hintergrund, andere Händler einen lateinamerikanischen, iranischen, russischen oder deutschen. Einige arbeiten seit Jahren hier, und andere sind wiedergekommen, weil sie mit einer anderen Form der Selbstständigkeit nicht Fuß fassen konnten.

Im Bauchladenhandel lässt sich eine Arbeitsteilung beobachten: Grillwaren werden mehrheitlich von *weißen* deutschen und russischen Personen verkauft und die Souvenirwaren von migrantischen Personen of Color. Der Verkauf von Grillwaren ist ein umkämpfter Markt, der eine Zeitlang von einem Anbieter dominiert war, um den aber mittlerweile verschiedene Anbieter konkurrieren[93]. Der Verkauf von Imbissen, wie Würstchen und Bretzeln – die einzigen Imbisswaren – die erlaubt sind, werden meist von Straßenhändler_innen deutscher oder russischer Herkunft durchgeführt. Die Grillwürste werden von tragbaren Grills aus verkauft. Diese werden Grills werden von verschiedenen Anbietern verliehen, d.h. die einzelnen Händler_innen arbeiten zwar auf eigene Rechnung, erhalten aber Informationen über Verkaufsspots, Genehmigungen und verpflichten sich, die spezielle Wurst des Anbieters zu verkaufen. Die Unternehmer_innen mieten die schon vorhandene Technologie, aber das Geschäftsrisiko tragen sie allein. Insgesamt ist der Bratwurstmarkt ein hoch umkämpftes Geschäft in Berlin, weil gerade an den Verkehrsknotenpunkten gute Gewinne erzielt werden können.

Die Souvenir- und Schmuckhändler beginnen am Vormittag mit dem Aufbau ihres Bauchladens. Sorgfältig werden die Waren auf dem Tisch drapiert, auf- und angehängt, ausgeklopft und hingestellt. Die einen verkaufen hauptsächlich Souvenirs und aus ihren großen Plastiktaschen kommen Pelzmützen, Bernsteinketten, Gasmasken und andere DDR- und Sowjetdevotionalien hervor. Die anderen drapieren Halsketten, Ohrringe, Fingerringe und weiteren Schmuck auf ihren Tischen. Für den Aufbau benötigen sie in der Regel eine knappe Stunde, bis alle Waren ausgepackt und geordnet, und die weiteren Taschen verstaut sind. Das folgende Foto (Abbildung 13) zeigt einen Bauchladen eines Souvenirhändlers zu Beginn seines Arbeitstages, auf welchen er die verschiedenen Waren drapiert und zum Verkauf anbietet.

[93] Strauss, Stefan (2008) Revierkampf im Bratwurstmilieu. Berliner Zeitung, 15. November http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/1115/berlin/0025/index.html [22.03.2010]



Abbildung 13: Aufbau eines Bauchladens auf dem Alexanderplatz. Eigene Aufnahme

Die Waren haben sie in großen Taschen verstaut, die sie über Nacht im Keller eines nahegelegenen Hauses lagern. Mithilfe von Lastenkarren transportieren sie ihre Waren und bringen sie zu ihrem Verkaufsstandort, z.B. zum Platz oder zur Brücke. Während meiner Beobachtungszeit benutzte keiner der Souvenir- und Schmuckhändler ein Auto. Sie berichteten mir, dass sie bis vor ein paar Jahren ihre Waren in den Schließkästen im nahegelegenen Bahnhof über Nacht lagerten. Diese Form der Lagerung erwies sich jedoch als sehr kostspielig. Mittlerweile mieten sie Keller an, die sie für eine nahegelegene Lagerung ihrer Waren nutzen können.

Fast das ganze Jahr hindurch sind Händler anzutreffen, im Sommer werden mehr und im Winter weniger Stunden gearbeitet. Aber für die meisten handelt es sich bei dieser wirtschaftlichen Tätigkeit um das einzige Einkommen. Ein Einkommen von dem sie ihre Miete bestreiten, ihre Familie unterstützen und ihr Leben finanzieren können – sie sind nicht angewiesen auf staatliche Unterstützung, sie betteln nicht und sie bestreiten ihr Einkommen aus dem Verkauf legaler Waren. Wenn ich mich zu ihnen stelle, dann bringen sie mir einen Kaffee und fragen mich, wie es mir geht. Scheinbar bin ich eine willkommene Abwechslung und sie freuen sich darüber, dass ich mich nicht nur für ihre

Arbeitsbedingungen interessiere, sondern auch für die Kontrollen der Polizei und des Ordnungsamtes.

Die Männer, mit denen ich ins Gespräch komme, sind diejenigen, die fast täglich auf diesem Platz stehen und ihre Waren feilbieten. Manche von ihnen arbeiten schon seit vielen Jahren an diesem Ort als Straßenhändler. Sie haben versucht, eine andere Arbeit zu finden, aber das gestaltet sich angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation für sie als ein aussichtsloses Unterfangen. Und womit sollten sie sich selbstständig machen? Die Mieten sind zu teuer für einen Laden, sie kennen andere, die ein Restaurant eröffneten und wieder Pleite gingen. Auch wenn der Arbeitsalltag hart ist, so haben sie hier eine Möglichkeit gefunden, bei der sie ein Stück weit selbstbestimmt arbeiten und ehrlich ihr Geld verdienen können.

Sie arbeiten auf der Straße, auf diesem Platz – und sie kennen all die anderen, die sich oft auf den Plätzen und im öffentlichen Raum bewegen, die Drogenhändler_innen, die Punks, die Trinker_innen, die Musikant_innen, die Roma Frauen, die Zivilfahnder der Polizei, das Sicherheitspersonal der Warenhäuser – es gibt so viele unterschiedliche Augen auf den öffentlichen Raum und im öffentlichen Raum. Sie kennen ihr Terrain, sie kennen ihre Möglichkeiten, sie kennen ihre Grenzen – und doch verhandeln sie jeden Tag aufs Neue ihren Spot und ihre Erlaubnis, um auf einem kleinen Stück des Platzes ihren Bauchladen abzustellen und verkaufen zu können. Sie wissen, dass das Abstellen des Bauchladens nicht nur verboten ist, sondern auch rigoros kontrolliert und geahndet wird. Die Kontrollen bereiten ihnen viele Kopfschmerzen, weil sie gestresst sind von den Kontrollen, und der Angst vor der Kontrolle. Aufgrund der Bestimmungen des Bauchladenhandels haben sie Rückenschmerzen, wenn sie den Bauchladen tragen. Ein Bauchladen, der sehr schwer ist, weil der Bauchladen eigentlich ein kleiner Stand ist. Eigentlich ist es hinderlich, den Bauchladen zu tragen, denn sie verkaufen keine einzelnen Zigaretten, keine Briefmarken, wie damals zur Jahrhundertwende, damals als die Regulierung zum Bauchladenhandel entstand.

7.2.2 Die Brücke

Es gibt viele Brücken in Berlin, aber diese ist eine hoch frequentierte Brücke. Die Brücke befindet sich in nächster Nachbarschaft zum ehemaligen Palast der Republik, von der anderen Straßenseite gelangt man zum Marx-Engels-Forum und nördlich wird die Brücke vom prunkvollen Berliner Dom flankiert, dessen Neorenaissance- und

Neobarockarchitektur beeindruckt und eine der bedeutendsten protestantischen Kirchenbauten ist. Die Liebknecht-Brücke selbst markiert den Übergang zwischen der DDR-Hauptstadt Berlin und dem bürgerlichen Berlin der Gründerzeit – hier versammelt sich eine ideologische, historische und kulturelle Dichte, die sich architektonisch und städtebaulich überlappt und keine einfache Lösung provoziert. Die Debatte um das Berliner Schloss auf der Fläche des ehemaligen Palastes der Republik führt in der Stadt zu intensiven Diskussionen, sowohl unter Städteplaner_innen und Architekt_innen als auch in den ethnologischen und anthropologischen Disziplinen. Denn mit dem Umzug des Ethnologischen Museums aus Dahlem nach Mitte in das „Humboldt-Forum“ stellt sich die Fragen nach der Musealisierung und Repräsentation von „Anderen“ mitten in der Stadt auch als Frage der nationalen Repräsentation (Bose 2013), die auch im deutschen Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Rundschau debattiert wurde (Bahners 2010; Nutt 2011).

Die Straßenhändler, die dort täglich arbeiteten, stehen an den Wangen der Brücke, dort, wo der Bürgersteig sich wieder von der Brücke hin auf den Bürgersteig verbreitert. Sie waren auf beiden Seiten der Straße anzutreffen, obwohl die sechsspurige Straße kaum einen Fußgänger hinüber lässt. Daher war die Seite am Berliner Dom bei den Händler_innen beliebter, weil hier zwischen Alexanderplatz in Richtung Alte Nationalgalerie mehr Laufpublikum entlang ging, die anderen Straßenseite war als Verkaufsstandort (noch) nicht so lukrativ. Während meiner Beobachtungszeit waren in der Woche auf der einen Straßenseite ca. fünf bis sechs Stände anzutreffen, und auf der anderen Seite sind es ca. drei bis fünf Stände. Die Straßenhändler, die hier stehen, verkaufen das ganze Jahr hindurch Souvenirs und DDR-Devotionalien. Neben den Souvenirhändlern haben sich noch die Bauchladengriller dazu gestellt, von denen maximal zwei Personen ihre Würstchen verkaufen. Am Wochenende trifft man auf weitere Verkäufer_innen, sie verkaufen Schmuck, Kunst, Luftballons und Bretzeln. Es ist einer der wenigen Orte in Berlin-Mitte entlang der touristischen Routen, an welchen es möglich ist, Bauchladenhandel zu betreiben. Noch bis 2004 war es erlaubt, gegenüber dem Pergamon-Museum an der Museumsinsel zu verkaufen – aber mit der prominenten Nachbarin seit November 2005, der späteren Bundeskanzlerin Angela Merkel, wurde auch dieses Gebiet dem Negativkatalog zugeordnet.



Abbildung 14: Straßenhändler an der Brücke, März 2010. Fotograf: Alessandro Busà.



Abbildung 15: Ein Experte im Straßenhandel, er arbeitet seit fast zwei Dekaden als Händler. Hier vor dem Berliner Dom, März 2010. Fotograf: Alessandro Busà.

Die Plätze an der Brücke sind begehrt, weil sie sich an den touristischen Routen befinden und viel Laufpublikum vorbeikommt. Ab der Brücke lässt man in Richtung Westen das städtebauliche Erbe der DDR-Hauptstadt hinter sich und gleitet hinein in die Straße „Unter den Linden“ mit den prachtvollen Bauten wie dem Berliner Dom, der Staatsoper, dem Schauspielhaus am Gendarmenmarkt, der Alten Nationalgalerie, und betritt den Bereich des Negativkatalogs. Die Brücke ist einer der wenigen Standorte, an denen der Bauchladenhandel im touristischen Zentrum von Berlin möglich ist. So wurde der Platz an der Ecke Friedrichstraße/Unter den Linden wieder „zurückgebaut“, weil die Blockrandbebauung des Berlins der Jahrhundertwende zum städtebaulichen Paradigma der Post-Wende-Stadt Berlin geworden war. Gegenüber dem Berliner Dom schweigt sich in den Jahren 2009 bis 2013 eine große grüne Wiese, die Brache des Palastes der Republik, über die Zukunft aus. Jahrelang haben die Straßenhändler zugeschaut, wie sich die Bagger in den Palast hineinfraßen und den Palast Stück für Stück abbauten. Der Abriss eines der wichtigsten Gebäude der DDR-Geschichte wurde mit Asbestverseuchung begründet und macht nun Platz für den Neubau des Berliner Schlosses. Während der Zeit der Abrissarbeiten profitieren die Straßenhändler von kleinen Lücken im Bauzaun, weil sie dort einen Teil ihrer Bauchläden abstellen können und ihre Ware nicht über weite Wege transportieren mussten.

Am Wochenende wird es auf der Brücke voller, dann gesellen sich andere Straßen-händler_innen dazu, manche versuchen den Verkauf eines eigenen Produktes oder sie versprechen sich nebenberufliche Einnahmen. Manche der Händler stehen schon seit vielen Jahren in Berlin auf der Straße und leben vom Verkauf ihrer Waren, sie erinnern sich noch an die Zeiten vor dem Brandenburger Tor – sie sind die „Veteranen“ der Straße, nicht nur weil sie schon über jahrelange Erfahrungen verfügen, sondern weil sie auch Militaria verkaufen und wie alte Soldaten am Stand wirken. Eine Referenz, die nicht von der Hand zu weisen ist, weil der Straßenhandel in einigen Staaten und Städten eine explizite wirtschaftliche Existenzgrundlage für Kriegsveteranen ist.[94]

Obwohl der Standort nur über eine schlechte Infrastruktur verfügt, weil der Gang zur Toilette sie jeweils 50ct kostet, weil die nächsten Imbissstände hochpreisig sind, sind

[94] So werden in den USA spezifische Lizenzen an "veteran vendors" vergeben. In Gesprächen mit den Straßenhändlern haben ich erfahren, dass ähnliche Bestimmungen in Österreich existierten. Lieder liegen mir keine Quellen vor, ob in anderen europäischen Ländern ähnliche Bestimmungen gelten.

diejenigen, die hier arbeiten, froh darüber sind, ein Plätzchen gefunden zu haben, an dem sie sich mit legaler Arbeit ihr Geld verdienen können. Auch wenn die Arbeitsbedingungen aufreibend, die Einnahmen immer schlechter geworden sind, die Kontrollen nicht weniger werden, ihre Zukunft ungewiss ist, lassen sie auch Dankbarkeit erkennen, dass sie mit ihren Kollegen und einigen Freunden zusammenarbeiten können und sie mit ihren Einnahmen ihren Lebensunterhalt finanzieren können. Sie arbeiten gemeinsam, respektieren sich, helfen einander und bilden eine Solidargemeinschaft. Jeder hat seinen Standort, seinen Spot an der Brücke, welcher von den anderen respektiert wird, auch wenn jemand später kommt, wird sein Platz freigehalten.

Jeder Standort zum Verkaufen hat seine Vor- und Nachteile und mit der Zeit bildet sich ein eingespieltes Team von Kolleg_innen an diesen Standorten. Hier an der Brücke sind die Souvenirhändler mehrheitlich pakistanischer Herkunft, viele arbeiten täglich und das ganze Jahr hindurch, andere nur hin und wieder, um ihr Einkommen ein wenig aufzubessern. Einige von ihnen arbeiten schon seit vielen Jahren auf den Straßen von Berlin, sie haben kurz nach der Wende angefangen, vor dem Berliner Dom zu verkaufen. Gerne würden sie diesen Standort verlassen und eine bessere und sichere Alternative suchen, aber der Mangel an Alternativen ist groß und die Versuche, auf einem regulären Wochenmarkt unterzukommen, sind gescheitert. Die Männer, mit denen ich gesprochen habe, sind gestresst und frustriert, sie fühlen sich ständig beobachtet und werden oft kontrolliert. Immer wieder erlebe ich, wie sie ängstlich um sich schauen, Polizeiautos beobachten, die an ihnen vorbeifahren – obwohl sie nur versuchen einer ehrlichen Arbeit nachzugehen.

7.2.3 Die Kreuzung

Es ist eine Kreuzung – und sie stehen auf den Bürgersteigen, sie, die Straßenhändler. Dort stehen sie unter dem viersprachigen Schild „Sie betreten den amerikanischen Sektor“ (in Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch). Sie haben ihre Stände, ihre Bauchläden aufgebaut und verkaufen DDR-Devotionalien, neben ihnen steht ein als DDR-Grenzsoldat verkleideter Mann, der Tourist_innen Visa in die Ausweise einstempelt. Lange Zeit, während der Teilung der Stadt, war hier ein „Checkpoint“ – der Checkpoint Charlie und ein signifikanter Ort in der Berliner Teilungsgeschichte. An dieser Stelle, an der sich heute zwei Straßen kreuzen, war für viele Jahre der Grenzübergang zwischen dem „Osten“ und dem „Westen“.

Diese Kreuzung ist ein attraktiver Verkaufsstandort, um Souvenirs zu verkaufen, denn hier kommen viele Tourist_innen vorbei. Und jahrelang war es möglich auf den privaten Brachflächen zu stehen und zu verkaufen. Mittlerweile sind die Flächen abgezäunt und nicht mehr betretbar, die Straßenhändler müssen nun auf die Bürgersteige ausweichen (vgl. Abbildung 16). Hier unterstehen sie dem Berliner Straßengesetz (BerlStrG 1999), brauchen eine Ausnahmegenehmigung und unterliegen den Bestimmungen zum Bauchladenhandel.



Abbildung 16: Bauchladenhändler am Checkpoint Charlie, Berlin. Berlin, Mai 2009. Eigenes Bild.

Im Unterschied zu den anderen Orten, etwa wie der Platz oder die Brücke, ist hier eine andere Community präsent: die Männer sind mehrheitlich türkischer Herkunft – und sie leben mit ihren Familien in der Stadt. Sie wollen zunächst nicht mit mir reden und nicht auf ihre Arbeit angesprochen werden. Ich bin verwundert, denn während meiner früheren Recherche für die Diplomarbeit im Jahr 2004, waren die Straßenhändler alle sehr offen und sprachen mit mir. Erst als ich Fotos zum Straßenhandel ihnen zeige, kommen wir ins Gespräch.

Dann erklärt mir einer der Straßenhändler, dass es sich bei seiner aktuellen Ware doch um „Dreck“ handelt. Er wäre jetzt dabei, seinen Keller auszuräumen und die letzten Waren zu verkaufen – wer will denn zwanzig Jahre nach der Wende noch diesen Kram kaufen, fragte er mich.[95] Später verweist er mich auf einen anderen älteren Mann, der vor einem Café arbeitet. Ich gehe hinüber und stelle mich vor und wir kommen ins Gespräch.[96] Er berichtet, dass er hier eine Abmachung mit dem Café hat, er darf bei ihnen auf der Fläche seinen Stand aufstellen und er hilft beim Auf- und Abbau der Terrassenbestuhlung. Seit er eine schriftliche Erlaubnis von dem Betreiber des Cafés hat, können ihn die Polizei und das Ordnungsamt nicht mehr wegen dem Abstellen des Bauchladens bestrafen. Er hat mir genau gezeigt, wo er was darf und wo nicht, entlang welcher Linien auf dem Bürgersteig sich die Lage für ihn ändert. Er schimpft auf die Stadt, weil es absurd wäre, wenn einerseits Erlaubnisse erteilt werden, und andererseits auf der Straße diese Probleme gemacht werden. Er ist doch als Bauchladenhändler darauf angewiesen einen Platz zum Verkaufen zu haben, und es wäre nur vernünftig, wenn man den Bauchladen abstellen könnte. Aber so, kann man diesen doch nur eine Stunde tragen. Er ist der Entwicklung vom Bauchladenhandel in Berlin-Mitte sehr skeptisch gegenüber eingestellt, weil er das seit 10 Jahren mache und beobachte. Seine Prognose ist daher, dass es bald mit dem Bauchladenhandel ganz vorbei sein wird, weil es von Jahr zu Jahr schärfer kontrolliert wird und es immer weniger Raum gibt, um Bauchladenhandel zu betreiben.

7.2.4 Der Markt

Der Markt ist mittlerweile ein typischer Stadtplatz, der an den Hackeschen Markt angrenzt, gesäumt von vielen Cafés, die den Platz als Außenterrasse benutzen. Es kreuzen viele Menschen den Platz „Am Zwirngraben“, weil sie in den angrenzenden Geschäften einkaufen gehen. Neben dem Platz verläuft die S-Bahn und kreuzt mit der Straßenbahn – zur Museumsinsel ist es nicht weit. Ein voller Platz, der für ein paar Personen Sitzgelegenheiten auf grellbunten Betonmäuerchen anbietet, auf die

[95] Gespräch mit einem Straßenhändler am 23. Juni 2009, Zimmerstraße/ Ecke Friedrichstraße.

[96] Gespräch mit einem Straßenhändler am 23. Juni 2009, Friedrichstraße/ Ecke Mauerstraße.

Plastiksessel angeschraubt sind.[97] Die Anordnung der Bänke begrenzen nun die Außenstellflächen der angrenzenden Gastronomie zum Durchgangsverkehr – oder zum Wochenmarkt, der hier zwei Mal in der Woche stattfindet.

Entlang der niedrigen Sitzmauern lassen sich vor allem im Sommer Straßenhändler mit ihren Decken nieder und verkaufen selbstgemachten Schmuck, junge Männer und Frauen vor allem aus den südlichen Amerikas – und aus Deutschland. Sie treffen sich hier, sind viel gereist, bleiben für eine Weile in der Stadt und ziehen weiter. Sie sitzen auf den niedrigen Mauern oder davor und produzieren mit geschickten Händen vor den Augen ihrer Kund_innen ihren Schmuck, aus Leder, aus Sisal, aus Perlen, aus Silber – Schmuck für das Handgelenk, für die Finger, für die Haare. Auf den Decken liegen ihre aufwändig gearbeitete Schmuckstücke, die geflochten, gedrahtet, geknüpft sind. Sie kennen sich, nehmen aufeinander Rücksicht und bilden eine kleine Gemeinschaft. Aber dennoch beäugen sie den Mann mit dem Verkaufswagen, der ein paar Meter entfernt von ihnen seine Waren anbietet, eher skeptisch – schließlich verkauft er keinen selbstproduzierten Schmuck und ist nicht Teil ihrer Community. Sie sind nicht nur Straßenhändler_innen sondern auch Kunsthandwerker_innen – einen Unterschied, den auch Veronica Crossa für die unterschiedlichen Straßenhändler in Coyoacan in Mexico City macht, sie unterscheidet zwischen den „street vendors“ und den „artisans“ (Crossa 2009a). Die junge deutsche Frau mit der ich spreche, spricht fließend Spanisch und Deutsch und wechselt mühelos zwischen den Sprachen.[98] Sie berichtet, dass sie die letzten Jahre viel gereist ist und mit dem Verkauf ihres hergestellten Schmucks ihr Leben und ihre Reisen finanzieren konnte. Aber nun möchte sie eine Ausbildung im Schmuckhandwerk machen – dies ist ihr letzter Sommer auf der Straße, frei zu sein, und von dem zu leben, was sie produzieren kann – und frei in der Entscheidung zu sein, wo sie leben will. Ich treffe sie an einem Punkt in ihrem Leben, an welchem sie für sich entschieden hat, dass der Verkauf auf der Straße eine lehrreiche Episode sein soll. Eine Zeit, in der sie viel über die Herstellungstechniken von Schmuck, über Materialien, über

[97] Die Sitzgelegenheiten gehen auf einen Entwurf von Birgit Hammer/Landschaftsarchitektur zurück, der 2003 als „steinerner Stadtplatz“ realisiert wurde. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/denkmalschutz/de/foerdervorhaben/spandauer_vorstadt/am_zwirngraben.shtml (letzter Zugriff 14.10.2014)

[98] Interview mit Schmuckherstellerin am 10. Juni 2010 am Hackeschen Markt.

Schmucksteine, über Verkaufen, Anpreisen und Verhandeln und die Wertigkeit ihrer Produkte gelernt hat.

Scheinbar haben die Kunsthandwerker_innen keine Probleme mit der Polizei, mit dem Ordnungsamt und mit der Nachbarschaft – aber sie wissen sehr wohl, dass sie an den Wochenmarkttagen nicht verkaufen können. Dann ruft der Marktbetreiber die Polizei, um sie von dort zu vertreiben, weil er unliebsame Konkurrenten in ihnen sieht. Daher verkaufen sie ihren Schmuck an den anderen Tagen oder erst am Abend, und dann werden sie hin und wieder von weiteren Straßenkünstler_innen begleitet, die dort Musik machen oder Seifenblasenspektakel für Kinder veranstalten. Kontrollen vom Ordnungsamt oder der Polizei, wie sie ein paar Straßen weiter üblich sind, kennen sie nicht bzw. kaum.

In diesem Moment erscheint mir der Stadtplatz, der Markt, wie eine kleine Oase, wie ein gänzliche anderes „Biotop“, obwohl der Platz voll ist, die Cafés sich weit über den Platz ausdehnen und die vereinbarten Flächen überschreiten[99] und es hier eng ist auf dem Platz, gewinne ich den Eindruck, dass die Nachbarschaft sich gegenseitig toleriert und die Straßenhändler_innen nur vom Marktbetreiber als Störung empfunden wird. Aber dieses friedliche Bild bekommt Risse, denn der Mann mit dem Verkaufsfahrrad steht noch nicht lange hier auf dem Platz, er ist sich noch nicht sicher, ob er lange bleiben wird.[100] Eigentlich hatte er einen gut gehenden Standort an einem U-Bahnhof im Prenzlauer Berg. Aufgrund der Baumaßnahmen an jenem U-Bahnhof suchte er nach neuen Möglichkeiten, einen Verkaufsort für seine Waren zu etablieren. Er ist ägyptischer Herkunft und lebt mit seiner Familie mit vier Kindern in der Stadt. Er hatte schon vor Jahren angefangen, Waren auf der Straße zu verkaufen, aber er versuchte auch, sich mit einem Laden selbstständig zu machen. Leider musste er seinen Laden aufgeben und versucht nun, mit seinem kleinen Verkaufsfahrrad seine Familie finanziell zu unterstützen.

Er ist sich nicht ganz sicher, ob er alle Papiere hat, die er zum Verkauf benötigt, weil er die Gesetze nicht versteht und sie „komisch“ findet. Ein paar Wochen vor unserem Gespräch wurde er von der Polizei kontrolliert, sie hatten ihm schon gedroht, seine Waren zu konfiszieren. Das war an einem Samstag, er stand neben dem Markt und der

[99] Interview mit Sven Diederich, Bezirksverordnetenversammlung Bezirk Mitte für DIE LINKE, 02. Juni 2010.

[100] Interview mit Straßenhändler am 10. Juni 2010 am Hackeschen Markt.

Marktbetreiber hatte wohl die Polizei gerufen. Die Begegnung mit der Polizei war nicht sehr nett, es war ihm unangenehm, dass der männliche Polizist so laut und unfreundlich war. Glücklicherweise war die Kollegin sehr nett und sie erkannte ihn von seinem alten Verkaufsort. Sie empfahl ihm, wieder an seinem alten Standort zu verkaufen – aber da ist ja noch Baustelle.

Er hat lange überlegt, ob er es an diesem Standort versuchen sollte, er hatte Bedenken wegen der Polizei und den Kontrollen. Andererseits sind hier viele Tourist_innen unterwegs und er hatte gehofft, dass er hier Geld verdienen kann. Bisher ist er mit seinem Umsatz zufrieden, aber jetzt im Sommer kann er noch mehr verkaufen und verdienen. Wenn der Winter wieder hart wird, dann werden die Einnahmen sinken und er muss zusehen, wie er die Familie durchbringt. Eigentlich würde er lieber auf dem Markt verkaufen, aber er ist seit zwei Jahren auf der Warteliste und hatte bisher nicht die Möglichkeit, dort zu verkaufen.

In der Beschreibung der Orte wird deutlich, dass Qualitäten der öffentlichen Räume sich erheblich unterscheiden können, um als guter Verkaufsort für die Händler_innen zu fungieren. Die Qualität ist von der Lage, der Adresse, den anliegenden Nachbarn und der die Kontrollfrequenz der Polizei bzw. dem Ordnungsamt abhängig. Bei den meisten Orten, obwohl sie am Rande des Negativkataloges liegen, also in einem erlaubten Bereich, ist die Frequenz der Kontrollen sehr hoch. Desto überraschender war die Situation, die ich am Markt antraf – eine Gruppe von jungen Frauen und Männern, die sich dort niederließen, um ihre selbst-produzierten Waren zu verkaufen, scheinbar unbehelligt von Kontrollen. Sie saßen und arbeiteten vor Ort und legten ihre Waren auf eine Decke auf dem Boden – „manteras“ in Berlin. Der Begriff der „manteras“ kommt aus dem Spanischen und bezeichnet in Spanien meist Personen, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben und sich mit dem Verkauf von CDs und Taschen ihren Lebensunterhalt sichern. Oft handelt es sich bei diesen Waren um kopierte Waren, die nicht den jeweiligen urheberrechtlichen Regelungen entsprechen (Cross 2007; Stoller 2002:66ff.). Mit Hilfe der Decken, den „Mantas“, sind die Straßenhändler_innen in der Lage, ihre Waren schnell zusammenraffen, wenn eine polizeiliche Kontrolle naht.

Hier auf dem Stadtplatz treffe ich auf einen Ort, an dem die Straßenhändler_innen unbehelligt ihren selbstproduzierten Schmuck von einer Decke aus verkaufen. Sie befinden sich in direkter Nachbarschaft zu Cafés und Restaurants, die ihre Terrasen

über das ihnen genehmigte Maß vergrößert haben[101] und vermutlich kein erhöhtes Interessen an Kontrollen durch das Ordnungsamt haben. Das anscheinend unbelastete, zumindest neutrale Verhältnis zwischen Straßenhändler_innen und den anliegenden Geschäften sowie anderen Akteuren in ihrer sozalen Umgebung produziert in nächster Nachbarschaft ein völlig konträres Bild zu den anderen umliegenden Orten des Straßenhandels. Dennoch wissen die Straßenhändler um die Fragilität ihres Aufenthaltes und verkaufen nicht, wenn der Wochenmarkt stattfindet. Temporäre Taktiken kommen zum Einsatz, um die Kapazität des Raumes zu erweitern und die eigene Einkommensquelle nicht zu gefährden.

7.3 Postkoloniale Alltagserfahrungen: Metropolitane Informalität in Berlin-Mitte

7.3.1 „Quiet Encroachment" in Berlin



Abbildung 17: Straßenhändler in Berlin-Mitte, Nähe Alexanderplatz, an seinem Bauchladen. April 2010. Fotograf: Alessandro Busà.

Wie können die täglichen Politiken in solch einem regulierten und diskriminierenden Raum eingefangen werden? Hierfür liefert Asef Bayat mit seinem inspirierenden Aufsatz „Globalization and the Politics of the Informals" in the Global South einen Ansatz (Bayat

[101] Interview mit Sven Diederich, 2. Juni 2010.

2004). Er argumentiert, dass die gegenwärtige globale Restrukturierung Subjektivitäten, soziale Räume und ein neues Terrain der politischen Auseinandersetzung produziert, welches mit den derzeitigen theoretischen Perspektiven nicht erklärt werden kann. Daher befürwortet er einen alternativen Ansatz zu den gängigen Konzeptualisierungen, die die von Informalisierung betroffenen Armen entweder als revolutionäre oder als passive Subjekte entwirft (Bayat 2004: 83). Vor diesem Hintergrund entwickelt er das Konzept des „quiet encroachment of the ordinary“, das leise Vordringen und die leise Rechtsverletzung bzw. Rechtsbeugung der Gewöhnlichen. Damit beschreibt er den stillen, langwierigen, aber gesellschaftsdurchdringenden Prozess von unterprivilegierten Menschen, die ihr Überleben sichern und verbessern wollen. Er bezeichnet diese Formen der Politik als

> „the silent, protracted, but pervasive advancement of ordinary people in relation to the propertied and powerful in order to survive and improve their lives.” (Bayat 2004: 90)

Dieser Prozess ist keine Politik des Protestes, sondern ein Kampf des individuellen direkten Handelns für eine sofortige Beteiligung, die nach Überzeugung von Bayat vor allem zwei Ziele beinhalten: erstens die Umverteilung sozialer Güter und Möglichkeiten und zweitens die Erlangung von Autonomie. Unter dem ersten Ziel zählt er die sehr unterschiedlichen Formen der Inbesitznahme von Land, Behausung, Wasser, Strom oder/und von öffentlichem Raum, sowie die Verbesserung der Geschäftsbedingungen durch Standortwahl, Labeling und Lizenzierung. Unter der Erlangung von Autonomie versteht Bayat kulturelle und politische Formen der Unabhängigkeit von Regulierungen und Verordnungen, die vom Staat und anderen modernen Institutionen aufgestellt und kontrolliert werden (Bayat 2004: 93). Im Gegensatz dazu betont Bayat, dass die Beziehungen der Marginalisierten stärker auf Gegenseitigkeit, Vertrauen sowie kollektiven Verhandlungen beruhen und weniger auf einem modernen Verständnis von Eigeninteresse, festgelegten Regeln und vertraglich abgesicherten Arrangements. Obwohl die Handlungspolitiken der informell Marginalisierten im globalen Süden deutlicher zu Tage tritt, meint Bayat, ähnliche Aktivitäten in den industrialisierten Ländern, in wenngleich limitierten Formen, beobachten zu können. Für diesen Unterschied ist unter anderem das restriktivere politische Handeln des Staates verantwortlich, der über ein avanciertes ideologisches, technologisches und institutionelles Instrumentarium verfügt (Bayat 2004: 95).

Bayats Theorie zu den Politiken der Informellen und Marginalisierten, ein vom Staat tolerierter Politikbereich, hat aber seine offensichtlichen Grenzen, da die vereinzelten Kämpfe nicht zum Ausbau von Schulen, Gesundheitsleistungen, öffentliche Parks, und Sicherheit für alle führen und nicht die Frage der sozialen Gerechtigkeit beantworten werden:

> „In other words, the largely atomistic and localist strategies of the disenfranchised, despite their own advantages, do not answer the need for a search for social justice in broader, national sense." (Bayat 2004: 98)

Bayats Beitrag leistet jedoch eine Theoretisierung des widerständigen Alltags, um ein Verständnis für „conventional collective action" zu gewinnen (Bayat 2004: 86). Die Studien, welche von Foucaults Konzept der dezentrierten Macht inspiriert sind, haben nicht nur die Technologien des Regierens und Regiert-Werdens untersucht, sondern auch widerständige Praktiken im Alltag analysiert. Von der Annahme ausgehend, dass überall dort, wo Macht ist, auch Widerstand entsteht, können alltägliche Praktiken als widerständiges politisches Handeln beschrieben werden. Die Anerkennung der flexiblen, kleinteiligen und unbürokratischen (also informellen) Kämpfe gilt es nach Bayat anzuerkennen. Er verweist auf ein Feld der Theoretisierung in den entwicklungspolitischen und anthropologischen Diskursen, die mögliche Verknüpfungen zu den Prozessen der Informalisierung und Prekarisierung in westlichen Kontexten bieten. Das eingangs unter der Prekarisierung der Lohnarbeit beschriebene Problem der „Subjektivitätsfalle" (vgl. Kapitel 4.1.2) ist nicht nur ein Problem wissenschaftlicher, sondern auch politischer Art, weil Formen des Widerstands, der Organisierung und der Repräsentation durch die fragmentierten und individualisierten Lebensläufe unmöglich scheinen. Die Weiterentwicklung theoretischer Perspektiven für die Auseinandersetzung mit Prozessen der Prekarisierung und Informalisierung könnte unter Bezugnahme der Informalitätsforschung ihre Ansätze erweitern, und von der vorhandene Expertise der Exkludierten und Marginalisierten profitieren und diese anerkennen. Obwohl Bayat seine Gedanken über die Informellen im Globalen Süden entwickelt, kann sein theoretischer Ansatz auch im Kontext der Metropolenforschung bzw. für die Städte des Globalen Nordens angewendet werden. Mit den „Gewöhnlichen" adressiere ich in dieser Arbeit diejenigen, die auf unterschiedliche Weise rassifiziert und exkludiert bzw. desintegriert werden. Und solange der breiten Gesellschaft die

Integration der „Gewöhnlichen/Ordinary“ nicht gelingt, können Praktiken der „Gewöhnlichen“ als leises Voranschreiten („quiet encroachment“) beschrieben werden.

7.3.2 Kontrollen, täglicher Stress und Rassismus

Die ethnisierenden und rassifizierenden Kontinuitäten in der Geschichte des Straßenhandels wurden im historischen Abriss deutlich. Diese sind bis heute sowohl in der Selbstwahrnehmung der Straßenhändler als auch in ihrer Wahrnehmung durch andere, wie Polizei, Ordnungsamt und Institutionen, virulent. Wie auch Haritaworn in seiner rassismuskritischen Arbeit zur „Biopolitik des Vermischens“ auf die Assoziierung der Kosmopolis im 19. Jahrhundert verweist, wenn Jüdinnen und Juden, Rromni und Roma, außerhalb der niedergelassenen ländlichen Bevölkerung imaginiert wurde:

> „The nineteenth-century cosmopolis was associated with Jews and Roma whose non-sedentary ‚nature‘ stood in contrast with the settled populations of the countryside, then romanticized as the national heartland (Kofman 2005)[102].“ (Haritaworn 2012: 120)

Die Tradierung insbesondere zur Figur des „Wanderjuden“ bestanden nicht nur bis in die 1990er Jahre[103], sondern sind bis in die Gegenwart hinein im ländlichen Brandenburger Raum präsent, wenn der mobile Lebensmittelhändler wöchentlich erscheint und es heißt „der Jude kommt“.[104] Diese antisemitischen Logiken, Jüd_innen als nicht-sesshaften und handelnden Menschen zu konstruieren, haben im kulturellen Gedächtnis weiterhin Bestand, obwohl sie aus der etablierten öffentlichen Sphäre weitestgehend verbannt sind.

Obwohl die Sinti und Roma eine nationalsozialistisch verfolgte Gruppe waren und erst 2012 das Mahnmal und die Gedenkstätte der Opfer dieser Gruppe in Berlin eingeweiht wurde, haben weiterhin romafeindliche Hetze als „Sozialschmarotzer“ bzw. als

---

[102] Kofman Eleonore (2005) Figures of cosmopolitan: Privileged nationals and national outsiders. *Innovation* 18(1): 83-97.

[103] Interview mit Martin Köhler, 28. Mai 2009, Berlin.

[104] Danke an Koray Yılmaz-Günay für diesen Hinweis.

„Einwanderung in deutsche Sozialsysteme“ weiterhin große Aktualität.[105] Antiromanistischer[106] Rassismus findet sich ebenfalls in den Medienreportagen über Roma, wenn bestimmte urbane Praktiken wie Betteln, Scheibenwischen, Straßenmusik ihnen zugeschrieben, und diese skandalisieren und als kriminell darstellen (Winckel 2002, End u.a. 2009). Dieser Berichterstattung stehen jedoch Forschungen gegenüber, die belegen, dass die Zahlen überzogen sind und es keinen empirischen Nachweis für eine erhöhte Einwanderung nach Deutschland gibt (MIGAZIN 2013).

Der Prozess der Rassifizierung und Selbstethnisierung lässt sich auch in den Begegnungen, Aussagen und Gesprächen mit den Straßenhändler_innen feststellen. Im Folgenden werden daher unterschiedliche Aspekte der Rassifizierung im Alltag der Straßenhändler_innen of Color beschrieben. Zum einen werde ich ausführen, wie die interviewten Straßenhändler_innen sich selbst wahrnehmen und in ihrem Verhältnis zu anderen – und in welchen Momenten es sich um ein rassifiziertes Verhältnis handelt. Darüber hinaus werde ich auf das Verhältnis zwischen den männlichen Straßenhändler of Color und den weiblichen Roma eingehen. Diese Beziehung entwickelte sich von einem solidarischen zu einer konkurrierenden Beziehung, die jeweils unterschiedlichen Regimen der Rassifizierung unterliegen, aber aufeinander bezogen sind.

[105] Einen Tag nach der Einweihung des Mahnmals zum Gedenken an die im Holocaust ermordeten Sinti und Roma in Berlin am 24. Oktober 2012 verkündete Innenminister Friedrichs, dass die Menschen aus Serbien und Mazedonien keinen Zugang zum Asylbewerberverfahren erhalten, weil er diese Länder als sog. „sichere Drittstaaten“ erklären will (Rietzschel 2012) und betrifft insbesondere Roma aus diesen Ländern. Dies steht im Widerspruch zur Feststellung von Pro Asyl, dass „Roma in Balkanstaaten massiver rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sind, sodass ihnen ein menschenwürdiges Leben kaum möglich ist.“ (Pro Asyl 2012).

[106] Hiermit beziehe ich mich auf eine Form des Rassismus, der gemeinhin auch als „Antiziganismus“ beschrieben wird. Aus Perspektive der Roma wird dieser analytische Begriff abgelehnt, weil es das derogative Wort „Zigeuner“ referiert. Aus diesem Grund wird „Antiromanismus“ bevorzugt. (vgl. auch Glossar des Gender Institut Bremen: http://www.genderinstitut-bremen.de/glossar/antiromanismus.html).



Abbildung 18: Straßenhändler beim Aufbau seines Standes in Berlin-Mitte, Nähe Berlin-Alexanderplatz. April 2010. Fotograf: Alessandro Busà.

Selbstwahrnehmung

Der Verkauf von Souvenirs, Schmuck, Hüten und anderen Waren ist in der Regel an die touristischen Besucher_innen von Berlin gerichtet. Der Verkauf findet an einigen Orten in Berlin-Mitte statt, wie etwa am Alexanderplatz, Checkpoint Charlie, am Hackeschen Markt, am Berliner Dom und in der Nähe der Museumsinsel – an den Grenzen der Verbotszone. Die meisten, die in diesem Bereich tätig sind, haben einen migrantischen Hintergrund und sind Personen of Color – und bezeichnen auf sich selbst als diejenigen mit den schwarzen Haaren.

Die Souvenir- und Schmuckhändler berichten auf verschiedene Weise, dass sie sich in Deutschland nicht gleichberechtigt fühlen und ethnisiert werden. Wenn sie über ihre Erfahrungen mit der Polizei oder dem Ordnungsamt berichten, dann referieren sie sich selbst als diejenigen mit den schwarzen Haaren („Wir Schwarzhaare“) oder als „Ausländer“. Oft werden sie im Gespräch bei Kontrollen geduzt, und sie sind es, die einen respektvollen Umgang einfordern. Rassismuserfahrungen sind Bestandteile ihres Alltags, und sie sind sich rassifizierender Begegnungen sehr bewusst. Diese Formen der

„normalen“ bzw. banalen Abwertung als Alltagsrassismus gehören leider zu den täglichen mühsamen Arbeitsbedingungen dazu. Einer der Souvenirhändler beklagte sich über die Vorurteile der lokalen Autoritäten und erzählte:

> „Genau, es gibt dieses Vorurteil, alle Straßenhändler sind Migranten, das sind alles Ausländer, und das stimmt doch nicht, weil die Grillwalker sind Deutsche, und der Brezelverkäufer is‘n Deutscher“ Dann läuft ein Luftballonverkäufer vorbei, er zeigt auf ihn und kommentiert: „Guck, das ist auch ein Deutscher. Und das ist auch Straßenhandel, und der Straßenhandel in Berlin sind nicht nur die Souvenirhändler, das ist doch nicht richtig.“ (Interview, Rahul, 09.05.2009)

Diesen Eindruck gewann er aus den regelmäßigen Kontrollen durch die Polizei und das Ordnungsamt. Ein anderer Händler verwies mich darauf, dass er einen deutschen Grillwursthändler kannte, der ohne Genehmigung verkaufte und keine Problem mit der Polizei und dem Ordnungsamt hatte (Interview Mohamed, 27.05.2009). Mit dieser Beobachtung wollte er seinen Eindruck stützen, dass die kontrollierenden Personen im öffentlichen Raum einen Unterschied zwischen den Straßenhändler_innen machen – und hiervon die Häufigkeit der Kontrollen abhängig ist.

Kontrollen und Kontrolliert werden

Den Widerspruch zwischen der Durchsetzung des Berliner Straßengesetzes, welches die Straßenhändler_innen kriminalisiert, und ihrem Recht auf Arbeit, erfahren sie regelmäßig bei den Kontrollen, die mehrmals in der Woche stattfinden. Das Gefühl als delinquentes Subjekt behandelt zu werden, verstärkt das Gefühl von Ohnmacht und Wut. Im Sommer 2010 war Pakistan von einer großen Überflutung betroffen und nach einer Kontrolle zeigten sich die Straßenhändler empört:

> “Unser Land steht unter Wasser und wir wollen hier arbeiten, wir wollen unterstützen, aber wir dürfen nicht – das sind doch Schweine” (Interview, Amir, 30. August 2010, Berlin Alexanderplatz).

Diese Wut entstand, nachdem die Polizei die Händler aufgefordert hatte, ihren Bauchladen zu schließen, weil sie mit abgestellten Ständen angetroffen wurden. Aufgrund solcher und ähnlicher Konfrontationen überwiegt der negative Eindruck von den lokalen Autoritäten und das Verhältnis wird von Misstrauen bestimmt. Daher dachte Rahul über diese Beziehung nach und stellte fest, dass die Polizei keine Ahnung

von ihrer Arbeit hat, und die Bedingungen und ihre Hintergründe nicht kennt. Er schlug vor,

> „die Polizei soll doch mal ein Praktikum auf der Straße machen, sie sind da oben und hätten ihre saubere Toilette und alles ist trocken. Und je mehr Bußgelder sie verteilen, desto besser würden sie aufsteigen. Und es sind wir, die kleinen armen Männer, die deren Karrieren finanzieren.” (Interview, Rahul, 09. Mai 2009, Berlin Liebknecht-Brücke)

Die Verhandlungstaktiken der Straßenhändler gegenüber den zumeist *weißen* Ordnungs-kräften zielen darauf ab mit einem flexiblen Repertoire die Herausforder-ungen im Alltag zu bestehen und ggf. zu erweitern. Im Laufe der Monate und Jahre haben sich zwischen den Kontrollierenden und den Kontrollierten unterschiedliche Beziehungen entwickelt. Die Straßenhändler sind darauf bedacht, eine gute Beziehung herzustellen und aufrecht zu halten, nicht nur für sich persönlich, sondern auch für die anderen Straßenhändler. Jedoch erwarten sie, dass sie mit Respekt behandelt werden. Bei den Begegnungen zwischen ihnen und der Polizei oder dem Ordnungsamt entwickeln sich hin und wieder Gespräche zwischen Kontrollierenden und Kontrollierten. Die Straßenhändler versuchen Verständnis für ihre Situation zu erzeugen und erklären, dass sie keine illegalen Waren verkaufen, über alle benötigten Genehmigungen verfügen und sonst keine andere Arbeit finden. Manche der kontrollierenden Personen haben Verständnis für die Situation der Straßenhändler, manche aber gar nicht und fragen diese, warum sie keinen Laden eröffnen.

Die Straßenhändler wissen, dass die Kontrollpolitik der Polizei nicht konsistent ist und von der jeweiligen Person und ihrer Position in der Hierarchie und ihrem Verantwortungsbereich abhängig ist, weil die Händler sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben, wenn sie kontrolliert werden. Oft erfahren sie abwertendes Verhalten ihnen gegenüber, etwa wenn sie beispielsweise von Beamten geduzt werden. Diese informelle Adressierung im Gespräch unterstellt nicht nur, dass die gegenüberstehende Person als Migrant die deutsche Sprache nur schlecht versteht – sondern vertieft darüber hinaus das asymmetrische Verhältnis zwischen einer Amtsperson und den Straßenhändler of Color.

Eine andere räumliche Taktik auf die wiederholten und verschärften Kontrollen liegt darin, den Verkaufsort zu wechseln. Normalerweise bleiben die Straßenhändler an ihren Verkaufsorten, die sie etabliert haben, weil sie hier die Kundschaft, die Umgebung und

die umgebenden Ladenbesitzer kennen. Ertragreiche Spots für Straßenhandel in der Stadt sind spärlich aufgrund der häufigen Kontrollen und der Verbotszone. Aber nach den erhöhten Kontrollen durch die Polizei im Frühjahr 2010 auf dem Alexanderplatz wechselten die dortigen Händler für einige Zeit zu einem anderen Spot, der jedoch kaum Einnahmen brachte, weil dort weniger potentielle Kundschaft vorbeilief und Waren kaufte. Mit dieser Praxis verhandeln die Straßenhändler ihre räumliche Teilhabe am öffentlichen Raum, um ihre ökonomische Existenz zu sichern.

In die Selbstbilder der Straßenhändler auf Color schreiben sich ihre rassifizierten Erfahrungen ein, und aufgrund ihrer devianten Praxis des Bauchladenhandels erfahren sie sich als vulnerable Personen. Noch Ende der 1990er Jahre arbeiteten einige der Straßenhändler mit einem ungeklärten Aufenthaltsstatus. Amir erzählte mir aus seinen ersten Jahren als Straßenhändler am Brandenburger Tor, dass er dort ohne Aufenthaltsgenehmigung arbeitete und bei jeder Kontrolle befürchten musste, dass er nicht nur seine wirtschaftliche Existenz verliert, sondern auch des Landes verwiesen werden könnte. Eine Realität, die mir derzeit von den Straßenhändler_innen in Berlin-Mitte nicht bekannt ist, aber für viele Straßenhändler of Color in den Städten Griechenlands, Spanien und Italien existiert (vgl. in Kapitel 9.1).

Wegen der häufigen Kontrollen durch die Polizei und das Ordnungsamt sind die Straßenhändler, mit denen ich sprach, gestresst und frustriert. Denn sie empfinden die Begegnungen bzw. Kontrollen als einen Angriff gegen ihre Person und ihr Recht zu arbeiten. Sie kennen die rechtlichen Bestimmungen und wissen, dass es nicht erlaubt ist, den Bauchladen abzustellen, und sie wissen, dass sie sich aufgrund ihrer devianten Praxis einen unrechtmäßigen Vorteil verschaffen. Aber aus Mangel an anderen Alternativen auf dem formalen Arbeitsmarkt eine Arbeit zu finden oder Wohlfahrtsempfänger zu werden, betrachten sie ihre Arbeit als eine legitime Praxis, um Einkommen zu generieren. Aman stellte fest: “Man fühlt sich wie ein Krimineller, obwohl man eigentlich nichts verbrochen hat“ (Interview Aman, 4.06.2010).

Solidarität und Konkurrenz im Widerstreit

Zwischen den Straßenhändler_innen bestehen kollegiale und solidarische Verhältnisse. Im gegenseitigen Einverständnis werden die Standorte der einzelnen Händler_innen respektiert. Im Interview mit einem ehemaligen Bauchladenhändler, der Ende der 1990er Jahre auf dem Pariser Platz arbeitete, berichtete er von der Solidarität zwischen den Händler_innen. Wenn neue Händler_innen auf den Platz kamen, dann wurde

zusammengerückt und für alle Platz gemacht.[107] Aus diesen Zeiten bestehen bis heute arbeitsteilige Netzwerke, die diejenigen, die auf der Straße arbeiteten, mit warmem Essen versorgen. Hierdurch wurde das Angebot der Versorgung entlang der eigenen Vorlieben und ökonomischen Bedingungen erweitert. Es waren insbesondere Personen der pakistanischen Community, die warme Mahlzeiten vorbereiteten und vor Ort verteilten und verkauften, und diese Arbeitsbeziehungen halten weiter an. In diesen Netzwerken kooperieren informelle Arbeitsbeziehungen, die sich unter den vorgefundenen Arbeitsstrukturen und Un/Möglichkeiten entwickelt haben. Diese Netzwerke sind Indizien für die Selbstermächtigung sich im Alltag niederzulassen und neue Formen zu kreieren, angepasst an den Standort und den Bedingungen.

Der öffentliche Raum bildet nicht nur für die hier dargestellten Straßenhändler_innen eine ökonomische Ressource, sondern auch für andere Gruppen. Im Folgenden werde ich auf die Beziehung zwischen den Roma Frauen und Straßenhändlern eingehen. Einerseits besteht ein solidarischer Blick zwischen denjenigen Akteur_innen im öffentlichen Raum, die das Wissen darum teilen, sich hier nicht nur zu „Verkehrszwecken“ aufzuhalten. Hierzu zählen all jene Straßenökonomien wie Prostitution, Drogenhandel, illegaler Verkauf von Zigaretten, umherziehendes Betteln und illegale Glücksspiele („Hütchenspiel“). Andererseits geraten sie aufgrund der Regulations- und Kontrollregime und der Knappheit des öffentlichen Raumes für deviante Praktiken sehr schnell in Konkurrenz zueinander.

Besonders beispielhaft wird dies am Beispiel in der Beziehung von den Straßenhändlern und den Romafrauen. Die Frauen gingen im Sommer 2010 regelmäßig in einer Gruppe von ca. 5-8 Erwachsenen mit ihren Kindern über den Alexanderplatz und andere öffentliche Plätze in Berlin, um zu betteln. Während meiner Forschung beobachtete ich oft eine Gruppe von jungen und älteren Frauen, die oft mit kleinen Kindern an der Hand oder auf dem Arm, ausgerüstet mit einem kleinen Zettel in der Hand über den Alexanderplatz zogen. Sie trugen lange Röcke, die bis zum Boden reichten, ihre langen Haare waren zu einem Zopf zusammengebunden. Sie tauchten gemeinsam auf, blieben eine Weile und verschwanden wieder, und tauchten an anderen Orten in der Stadt auf. Die Präsenz der bettelnden Roma Frauen beschäftigte auch die lokalen Medien, in der dies als Problem berichtet wurde (Hoffmann 2009; Knobloch 2011).

[107] Interview mit Martin Köhler, 28. Mai 2009, Berlin.

In den Gesprächen mit den Straßenhändlern erfuhr ich von der Entwicklung ihrer Beziehung miteinander, und wie sie in Konkurrenz zueinander gesetzt wurden. Auf dem Alexanderplatz war es üblich, dass die meisten männlichen Bauchladenhändler die Frauen unterstützen, indem sie ihre Getränke und Taschen am Laden abstellen konnten. Die Frauen brachten Flaschen mit Getränken für die Kinder mit, die wiederum beim Umherlaufen auf dem Platz ins Gewicht fielen. Die Kooperation zwischen den Roma Frauen und den Straßenhändlern wurde jedoch vonseiten der Polizei kritisch beobachtet, weil die bettelnden Frauen nicht nur auf Argwohn trafen, sondern sich in einem gesellschaftlichen Klima aufhielten, in welchem antiromanistische Tendenzen sehr wohl im Alltagswissen verankert sind. Nachdem die Polizei die Hilfe der Straßenhändler beobachtet hatte, wurden ihnen mit dem Entzug der Lizenzen für den Straßenhandel gedroht, berichteten die Straßenhändler mir. Seither sahen sie davon ab, die Getränke für die Kinder bei sich unterzustellen, weil sie sich nun in ihrer eigenen wirtschaftlichen Existenz bedroht sahen und sie nicht mehr in Solidarität, sondern in Konkurrenz zueinander standen. Dieser Darstellung nach wurde wurde gezielt die Prekarität der einen Gruppe gegen die Prekarität der anderen Gruppe ausgespielt, um gegen die Roma Frauen vorzugehen.

7.3.3 Devianz und Kosmopoliten im Alltag

In der Tat wird der Straßenhandel als individuelles wirtschaftliches Handeln vonseiten der Händler betrachtet, welches aber in der täglichen Ausübung auf das gemeinschaftliche Handeln und die Solidarität untereinander angewiesen ist. Solidarität und gegenseitige Hilfe waren immer von Bedeutung, wenn ich anwesend war. Bei meinen Beobachtungen stellte ich fest, dass der tägliche Handel auf Solidarität basierte und für Praktiken der Beobachtung, Aufbau des Standes, Halten und Tragen des Standes, sowie das Teilen von Essen und Getränken zutraf.

Deviantes Abstellen – der Bauchladen

Die Straßenhändler of Color, die Schmuck, Souvenirs, Hüte und Sonnenbrillen verkaufen, wissen um ihre marginalisierte Position auf dem Arbeitsmarkt. Einige der Händler haben einen Job auf dem formellen Arbeitsmarkt und arbeiten nach Feierabend und am Wochenende. Sie betrachten den Straßenhandel als zusätzliche Einnahmequelle und erweitern damit ihr Spektrum an Einkommensquellen. Die anderen Straßenhändler arbeiten sechs Tage die Woche und in der Regel das ganze Jahr hindurch und erdulden

die unterschiedlichsten Wetterlagen von Schnee und Kälte bis Regen und Hitze. Einige der Händler begannen als Straßenhändler in den 1990er Jahren am Brandenburger Tor, obwohl sie dort nicht mehr verkaufen können, sind sie immer noch auf den Straßen von Berlin anzutreffen. Sie betrachten ihre Arbeit als alternativlos, obwohl das Einkommen niedrig, die Arbeit anstrengend und die Drangsalierung durch Kontrollen regelmäßig sind, betonen alle, mit denen ich sprach, dass diese Beschäftigung immer noch besser als die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Staat sei.

Das Berliner Straßengesetz erlaubt nur den Verkauf von einem Tisch, der getragen werden muss. Dies führt zu schwierigen Arbeitsbedingungen, weil Ablage und Waren getragen werden müssen und ist für eine Person über Stunden kaum zu bewältigen. In der Regel ist der Bauchladen sehr schwer, zwischen 15 und 25kg, und ein Arbeitstag dauert mindestens vier, aber normalerweise acht und mehr Stunden. Darüber hinaus schränkt das Tragen eines Standes vor dem Bauch die Kommunikation mit den Kunden ein, weil der Verkaufsstand mit dem Körper verbunden ist, und das Zeigen und Anbieten von Waren entweder eingeschränkt oder nur mit Hilfe von anderen möglich ist. Daher bestehen unterschiedliche Strategien und Taktiken mit denen sie auf die Kontrollen der Polizei und des Ordnungsamtes antworten.

Einige der Händler kommunizierten mit Mobiltelefonen zwischen unterschiedlichen Orten in der Stadt, um sich gegenseitig vor bevorstehenden Kontrollen zu warnen. Die größte Befürchtung der Straßenhändler war es, ein Bußgeldbescheid zu bekommen, weil sie ihren Stand nicht trugen, sondern abstellten. Im Sommer 2011 und 2012 lagen die Geldstrafen für den ersten Bußgeldbescheid bei ca. 70 €, der zweite Bußgeldbescheid war doppelt so hoch und beim dritten Bescheid konnte ein Platzverweis von einem Jahr ausgesprochen werden. Andere Verkäufer wechselten sich beim Tragen des Standes ab, oder stellten den Stand ab, wenn sie nicht kontrolliert wurden. Faltstühle und Sitzgelegenheiten waren aufgrund der vielen Kontrollen kaum anzutreffen. Manchmal warfen sie für eien Weile eine Decke über den Stand, der in dieser Zeit dann geschlossen war und abgestellt werden konnte.

Obwohl die Händler die Anforderungen an die Genehmigungen erfüllten und über eine Erlaubnis zum Verkauf verfügten, durfte die Verkaufsablage nicht auf den Boden gestellt werden. Daher wurden nicht nur die Papiere der Straßenhändler überprüft, sondern auch ihre Verkaufspraxis und ggf. bestraft. Dies zwang die Händler einerseits, ihre Verkaufspraktiken anzupassen – wie den Verkauf aus einem tragbaren Grill heraus, und

andererseits waren sie daran interessiert eine Situation zu vermeiden, in der Bußgelder verhängt werden könnten, weil das Straßengesetz sehr eng ausgelegt und scharf kontrolliert wurde.



Abbildung 19: Ein Blick auf den Bauchladen, Sortiment eines Souvenirhändlers, März 2010. Fotograf: Alessandro Busà.



Abbildung 20: Ein Schmuckhändler an Ausweichort, März 2010. Fotograf: Alessandro Busà.

Geschlechter und Familien

Die in Kapitel 2.3 dargestellte feministische Kritik zu vergeschlechtlichten Räumlichkeiten, insbesondere dem öffentlichen Raum, setzt sich für das Geschlechterverhältnis beim Straßenhandel in Berlin-Mitte fort. Im Gegensatz zum Straßenhandel im Globalen Süden, wo Frauen die Mehrheit der Straßenhändler_innnen bilden[108], sind die Mehrheit der von mir angetroffenen Straßenhändler Männer. Während meiner Forschungszeit beobachtete ich eine ältere Verkäuferin, die mit einem jüngeren Mann zusammen arbeitete, und ich begegnete einer jungen Bratwurstverkäuferin. In allen beobachteten Bereichen des Bauchladenhandel, also beim Verkauf von Bratwürsten, Brezeln, Souvenirs und Schmuck waren bis auf sehr wenige Ausnahmen nur Männer tätig. Die Männer, mit denen ich sprach kooperierten in Gruppen, zu denen Frauen als handelnde Verkäuferinnen nicht gehörten.

In den ethnographischen Interviews mit den Händlern sprachen wir über unsere Familien, hier erfuhr ich, dass sie in sehr unterschiedliche Familien- und Beziehungs-konstellationen leben. Einige der Männer lebten mit ihrer Familie und ihren Kindern zusammen, andere waren von ihrer Familie getrennt, die weiterhin im Herkunftsland lebten (in einem Fall war der Nachzug der Familie aufgrund der gesetzlichen Änderungen zum Sprachnachweis nicht möglich), während wiederum andere alleinstehend und ohne Familie sind.

Für viele der Gesprächspartner bot mein Besuch an ihrem Arbeitsplatz eine willkommene Abwechslung, die auch darin bestand, dass ich ihnen als Frau gegenüber stand. Bei unseren Gesprächen begegneten mir alle mit Respekt und respektierten mich sowohl als Frau und als Mutter. Aus den Fragen nach meiner Familie und den kleinen Geschenken für meine Kinder wurde mir signalisiert, dass sie mich und meine Familie schätzten. In selteneren Situationen war ich dennoch auch mit Versuchen konfrontiert, mich als Frau woanders treffen zu wollen, aber es blieb bei Anfragen.

In manchen Gesprächen wurde geäußert, dass es sich um eine körperliche schwere Arbeit handelt, die für Frauen zu schwer ist. In einer anderen Situation, als einer der Händler seinen Bauchladen reparieren wollte, wurde mein Angebot Werkzeug in die Hand zu nehmen, abgelehnt – ich hatte den Eindruck, dass ich männlich kodiertes Gelände betrat und mit meinem Versuch irritierte. Ein anfänglich solidarisches

[108] http://wiego.org/informal-economy/occupational-groups/street-vendors#size, Zugriff 12. Juli 2013

Verhältnis hatten die Männer an manchen Verkaufsorten mit den Romafrauen, die sie in ihrem Aufenthalt im öffentlichen Raum unterstützen. Mit großer Selbstverständlichkeit und Verantwortungsbewusstsein den Kindern gegenüber gaben sie den Frauen die Möglichkeit Getränke abzustellen. Wie ich im Kapitel 7.3.2 schon darstellte, wurde dieses Angebot in dem Moment zurückgezogen, als die Händler ihre Genehmigung gefährdet sahen.

Für die Praxis von Straßenhandel treffen verschiedene Geschlechterregime zusammen, die sich sowohl aus der städtischen Vergeschlechtlichung einer europäischen Stadt speist als auch den jeweiligen Geschlechterregimen in den Communities und sich zuletzt als solidarische Begegnung zwischen den städtisch Handelnden manifestiert. In diesem Zusammentreffen und in der Praxis von Straßenhandel wird die Vergeschlechtlichung des öffentlichen Raumes in der europäischen Stadt als männlich dominierter Raum fortgeschrieben.

Transnationale Kosmopoliten in Kommunikation

Die Straßenhändler of Color sind auf vielfältige Weise transnational vernetzt und mit ihren Herkunftscommunities verbunden, sei es im Land der Herkunft als auch in der Diaspora. Sie bewegen sich äußerst souverän innerhalb dieser Räume, wie Uma Kothari in ihrem Artikel „Global peddlers and local networks: migrant cosmopolitanisms als nonelite cosmopolitanism“ beschreibt (2008). Sie führt in ihrem Artikel den Begriff des „strategischen Kosmopolitanismus“ ein, der aus dem Bedürfnis von vulnerablen Individuellen und Gruppen ensteht, die in einem unsicheren Umfeld ihr Einkommen verdienen müssen. Mit diesem Ansatz begegnet sie den elitären und eurozentristischen Vorstellung des Kosmopoliten, der im Zuge der Globalisierung zu einem „global citizen“ zwischen den großen Städten reist und auf die neuen Kommunikationstechnologien angewiesen ist:

> „Their lived realities disrupt the predominantly elitist and Eurocentric characterisations of cosmopolitanism and, by entangling the global and the local, they foreground the tension between worldly and rooted cosmopolitanism.” (Kothari 2008: 500)

Die folgende Situation ergab sich während eines Nachmittages am 23. Juli 2009 am Alexanderplatz, während ich bei den Straßenhändlern stand:

Mohamed und ich stehen im heranwehenden Nieselregen des Brunnens vom Alexanderplatz. Mohamed ist sichtlich frustriert – die Polizei war gerade da. Ja, ich hatte mich schon gewundert, es war so ‚leer' auf dem Alexanderplatz. Mohamed hatte seine Sachen zur Seite gestellt – und wollte nun ein wenig abwarten, ob der Polizist wiederkommt – oder nicht. Er ging in sich und dachte laut darüber nach, dass er Deutschland verlassen will und wieder nach Pakistan zurückgehen: *Brot und Gott ist überall – was soll ich noch hier?* Immer wieder würde er darüber nachdenken. Und dann klingelte sein Telefon, schade, ich hätte ihn so gerne gefragt, ob er schon länger daran denkt, oder erst in letzter Zeit.

Er telefoniert – Urdu – ich verstehe kein Wort. Mohamed hält den Lenker meines Rades fest, gibt mir zu verstehen, dass ich nicht weggehen soll. Er erläutert mir kurz, dass dies ein Anruf aus England ist. Ich schaue mir die Leute an, mich beobachtet die ganze Zeit ein Mann, er steht eine Zeitlang vor dem Kaufhaus herum, scheinbar hält er Ausschau. Er checkt mich, sehr wahrscheinlich wundert er sich, warum ich mich solange mit dem Straßenhändler unterhalte.

Mohamed telefoniert und telefoniert, ich verstehe fast gar nichts, ausser ‚Boarding' und ‚Airport' – es geht wohl ums Fliegen, Reisen. Nach einiger Zeit ist das Telefongespräch beendet, zwischen einem Bauchladenhändler pakistanischer Herkunft und einem anderen Mann in England, ebenfalls pakistanischer Herkunft, ging es in ihrem Gespräch um den Flug von Mohamed und seinem Kollegen nach Islamabad und Lahore, und dass Mohamed in Qatar seinen Anschlussflug verpasste – also auch seine Kollegen und sein Gepäck. Er erzählte mir die Geschichte ausführlichst, aber ich habe irgendwann den Faden verloren, denn sie hatten sich verabredet zusammen nach Islamabad zu fliegen, und seine Kollegen nach Lahore (oder war es andersrum?) – auf jeden Fall wollte Mohamed mit seinem Kollegen in seiner Stadt bleiben. Dort sollte der Flug auch zuerst hingehen. Nun saß er in Qatar fest und der nächste Flieger sollte in zwei Tagen gehen. Also flog er nach Lahore und die anderen nach Islamabad (oder andersherum?), und in Pakistan konnten sie auch keinen Kontakt herstellen, weil sein Kollege sein Handy nicht angeschaltet hatte. Letzlich fuhren sie aneinander vorbei, hatten sich in Qatar verloren und in Pakistan nicht wiedergetroffen.

Diese Geschichte, dieses Telefonat und die geographischen Lassowürfe über diverse Kontinente verdichtet auf einem kleinen Quadratmeter in der Berliner

> Innenstadt auf dem Alexanderplatz – weit im Hintergrund die Weltzeituhr - und nicht in einem Büro mit vielen Uhren, wo die unterschiedlichen Zeiten angezeigt werden, die Kosmopolanität der hier arbeitenden Straßenhändler. Einige Bauchladenhändler tragen mobile Telefone bei sich, ständig verkabelt steckt ein kleiner Hörer im Ohr, meist von mir unbemerkt klingeln die Telefone und kommunizieren sie miteinander und untereinander. Ich gehe davon aus, dass die Telefone auch als Warnsystem verwendet werden. Um sich gegenseitig zu warnen, wenn die Polizei kommt.

Diese Begebenheit verweist nicht nur auf den strategischen Kosmopolitanismus sondern auch auf die Transnationalisierung der Subjekte. Andrea Lauser entwickelt vor dem Hintergrund einer entterritorialisierten Welt, in Bezug auf Appadurai, den Begriff der „transnationalen Subjekte“ (2004). Subjekte, die fast schon „supranational“ agieren, sich an und in vielen Orten aufhalten können und den eigenen Ort beiläufig bespielen, der gebundene Ort wird zur Kulisse und das mobile Telefon zur geographischen Weltläufigkeit. Das gesprochene Wort fliegt um den Globus und stellt Verbindungen und Gleichzeitigkeiten her. Nicht nur durch Mobilität und Migration bewegen sich transnationale Subjekte durch eine Geographie der Netze, Familien und Communities, sondern auch durch Technologien, die das eigene Wort, aber auch die Emails, zum Fliegen bringen.

7.4 Politik des öffentlichen Raums und Regulierung von Straßenhandel

Der Straßenhandel in Berlin konstituiert sich nicht nur über die Praktiken des Straßenhandels, sondern auch über Fragen der kommunalen Regulierung mit der die diskursiven und politischen Aushandlung des Zulässigen und Unzulässigen festgeschrieben werden. Gesetzliche Bestimmungen legen die grundsätzlichen Grenzen des Zulässigen fest, wobei diese politisch verhandelt, umgeschrieben und umgedeutet werden können. Die folgende Darstellung der Regulierung von Straßenhandel und der diskursiven Konjunkturen basiert auf der Straßenverkehrsordnung und den Bestimmungen der einzelnen Bezirke, den Anfragen im Abgeordnetenhaus von 1989 bis 2012, bezirklichen planerischen Festlegungen zur Qualifizierung öffentlicher Räume und Studien im Auftrag des Bezirks Mitte zum Tourismus und öffentlichen Raum. Anhand dieser Quellen stellt das Kapitel sowohl die regulatorischen Bestimmungen als auch die politischen Debatten und planerischen Übereinkünfte zum Straßenhandel und der Funktion von öffentlichem Raum vor.

7.4.1 Der öffentliche Raum und Sondernutzungen

Überregulierung von trivialen unternehmerischen Aktivitäten ist ein globales Phänomen und insbesondere typisch für die westliche Metropole, denn einem modernen Verständnis von Stadt nach wird der Straßenhandel nicht als angemessene Nutzung von öffentlichem Raum angesehen (Cross und Karides 2007: 30). Karides und Cross verweisen darauf, dass Straßenhandel nicht nur als informelle Ökonomie adressiert wird, sondern vielmehr, dass die Orte der Auseinandersetzungen um den Straßenhandel dort zu finden sind, in denen die Tourismusindustrie ihre Kapitalanlagen beherbergt. Daher hat sich die Diskussion über den Straßenhandel von den Fragen, wie und an wen Straßenhändler_innen verkaufen, zu der Frage nach dem Ort des Straßenhandels verschoben. Die politischen Diskussionen in den Städten konzentrieren sich insofern mehr auf die Orte, und dass Straßenhandel nicht im öffentlichen Raum und an diesen Orten erlaubt sein sollte (Anjaria 2006; Bromley 2000; Donovan 2008; Crossa 2009b).

Diese Verschiebung, weg von der Praxis des Verkaufens hin zu einer räumlichen Regulierung, lässt sich in Berlin feststellen. Die derzeitige Struktur der Regulierungen in Berlin kann in drei Bereiche unterschieden werden.

1. Lizenzierung und Genehmigung: Bestimmungen über die Art der Genehmigungen und Erlaubnisse, die ein_e Straßenhändler_in benötigt, um formal-rechtlich anerkannt dem mobilen Gewerbe nachgehen zu können.
2. Betrieb und Verkauf: Bestimmungen, die die Art des Verkaufens auf der Straße regulieren.
3. Gebiete und Verbotszonen: die räumliche Regulierung und Beschränkung des Straßenhandels.

Das Straßengesetz von Berlin (BerlStrG 1999) definiert die Art und Weise der Nutzung und die Grundsätze, welche die Nutzung der öffentlichen Straßen strukturieren. Im juristischen Sinne handelt es sich bei der öffentlichen Straße um eine „öffentliche Sache", die im „Privateigentum" der öffentlichen Hand liegt und dem kommunalen Straßengesetz untersteht.[109] Öffentliche Sachen sind durch das allgemeine Verwaltungsrecht geregelt, und werden durch ihre öffentliche Funktion von Sachen, die

[109] Vgl. für Berlin § 10 BerlStrG: Eigentum und Gemeingebrauch: „(1) Das Eigentum an öffentlichen Straßen ist Privateigentum, das durch die Bestimmung der Straße für den Gemeingebrauch beschränkt ist."

dem Allgemeinwohl dienen, definiert (Papier 1998: 2). Für die juristische Konstruktion öffentlicher Sachen wird in der Mehrheit die „dualistische Konstruktion“ gewählt, d.h. der Rechtsstatus ist als Privateigentum mit Beschränkung deklariert. Die Konkretisierung des Rechtsstatus durch das Verwaltungsrecht ist nötig, um durch eine Konstruktion des „öffentlich-rechtlich ‚modifizierten Privateigentum'“ (Papier 1998: 10) die unterschiedlichen Haftungsfragen juristisch klären zu können. Hier wird jedoch die Frage aufgeworfen, ob die eigentumskonstituierenden verwaltungsrechtlichen Normenwerke vorhanden und ausreichend konkretisiert sind (Papier 1998: 9). Der Anspruch des Gemeinwesens auf verkehrliche Nutzung ist daher im Straßenrecht als Gemeingebrauch festgelegt und verpflichtet die Kommunen zur Bereitstellung und Instandhaltung der verkehrlichen Infrastruktur. Nutzungsformen, die über die verkehrliche hinausgehen, wie Demonstrationen, Werbung, Feste, Jahrmärkte, Gastronomiebetrieb, aber auch Straßenhandel, fallen in den Bereich der Sondernutzungen. Diese unterliegen den kommunalen Gesetzen und Verwaltungsverordnungen und können daher in den verschiedenen Städten sehr unterschiedlich ausgestaltet sein.[110]

Anwohner_innen, Benutzer_innen, Geschäftsinhaber_innen und die städtische Verwaltung beanspruchen und formulieren sehr unterschiedliche Nutzungen, die zu konfligierenden Interessen führen können. Aus der oben beschriebenen Straßengesetzgebung ist die wohl privilegierteste Nutzung die verkehrliche auf Straßen, Fahrradwegen und Fußgängersteigen. Die Stadtplanung hat in den westdeutschen Städten seit den 1960er Jahren den individuellen Straßenverkehr begünstigt und hierfür einen breiten Ausbau der Straßen vorgesehen.[111] Die Straßenhändler benötigen für den Verkauf von Waren verschiedene Dokumente, weil die unterschiedlichen Behörden in der Verwaltung hierüber Erlaubnis geben (Gewerbeamt, Tiefbauamt, Straßenverkehrsbehörde). Neben der steuerlichen Registrierung mit einer „Reisegewerbekarte“ werden zwei weitere Genehmigungen benötigt. Die erste erklärt die Erlaubnis der besonderen Nutzung im öffentlichen Raum, und die andere die Genehmigung zur Nutzung auf dem öffentlichen Straßenland. Diese Genehmigungen sind in der Regel für ein Jahr gültig und

[110] Für eine ausführliche Darstellung der Verwaltungsbestimmungen in Berlin ausführlich in Ha (2009).

[111] Die unterschiedliche Relevanz des Individualverkehrs ist bis heute in Berlin zwischen dem Ost- und Westteil der Stadt erkennbar. In West-Berlin wurde der öffentliche Nahverkehr neben dem Individualverkehr vor allem als Bussystem integriert, während die Verkehrsplanung in der DDR aus historischen wie auch ökonomischen Gründen insbesondere das Straßenbahnsystem ausgebaut hat.

müssen jedes Jahr erneuert werden. Auf die Erneuerung besteht kein Anrecht, es wird nach Sachlage entschieden.

Die Regulierung über den Verkauf der Waren auf der Straße ist präzise festgelegt, und auf zwei Formen reduziert. Zum einen wird der Verkauf von Eis aus einem Auto heraus erlaubt, und zum anderen der Verkauf von Waren von einem Bauchladenhandel aus.[112] Der Bauchladenhandel ist die Form des Straßenhandels, die an einigen Orten auf Bürgersteigen und Plätzen in der historischen Mitte von Berlin anzutreffen ist. Weitere Regulierungen betreffen auch die gesundheitlichen und hygienischen Belange, insbesondere beim Verkauf von Imbisswaren. Das Bezirksamt Mitte erkennt derzeit nur den Verkauf von Brezeln und Grillwürsten an.[113] Der Grill für die Würstchen muss vor Inbetriebnahme geprüft und erlaubt werden, und darf dann erst zum Einsatz gebracht werden. Aufgrund der rechtlichen Bestimmungen in Berlin darf ein Grill bzw. Bauchladen nicht abgestellt werden. Aus diesem Grund werden Grills von den Verkäufer_innen getragen, denn das Abstellen bzw. der Verkauf von stehenden (oder rollenden Grills) kann bestraft werden. Die Kontrolle der Regularien erfolgt regelmäßig durch Polizei und Ordnungsamt; sie variiert zwischen mehrmals täglich oder mehrmals wöchentlich.

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich das Regulationsregime gegenüber dem Straßenhandel in Berlin verschärft (Ha 2009). Mit der Einführung eines Negativkataloges wurden die Bestimmungen in erheblichem Maße territorialisiert (vgl. Abbildung 21, S. 210). Bis 1998 galten Bestimmungen über die Art und Weise des Verkaufs von Waren auf der Straße, und örtliche Regelungen zum Einhalten von Abständen gegenüber Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs. 1998 wurde ein „Negativkatalog“ eingeführt, der die Straßen aufführt, in denen der Straßenverkauf untersagt ist. Die Kartierung des Negativkataloges von Mitte zeigt, dass der Bezirk Alt-Mitte bis auf wenige Ausnahmen als Verbotszone ausgewiesen ist (Ha 2009: 84). Mit dieser Verbotszone wurde für die bis dahin operierenden Straßenhändler_innen ein Raum als zur „No-Go-Area“ deklariert, zu dem sie nur noch mit gesonderter Erlaubnis Zugang bekommen. Der Negativkatalog umfasst insbesondere das historische Zentrum von Berlin. Es hat eine hohe Attraktion nicht nur für die Tourismusindustrie, sondern

[112] Manche Grünflächenämter in Berlin erlauben in manchen Parkanlagen den Verkauf von Waren aus dem Fahrradladen aus.

[113] Interview mit einem Beamten des Straßen- und Grünflächenamtes Bezirk Mitte, 22. März 2010.

auch für den Straßenhandel, denn hier sind viele potentielle Kund_innen anzutreffen: Tourist_innen. Jedoch stehen die Interessen der Straßenhändler_innen den nationalen und internationalen Interessen entgegen, und sind mit dieser Verbotszone aus diesem Raum verbannt worden (Ha 2009: 79).

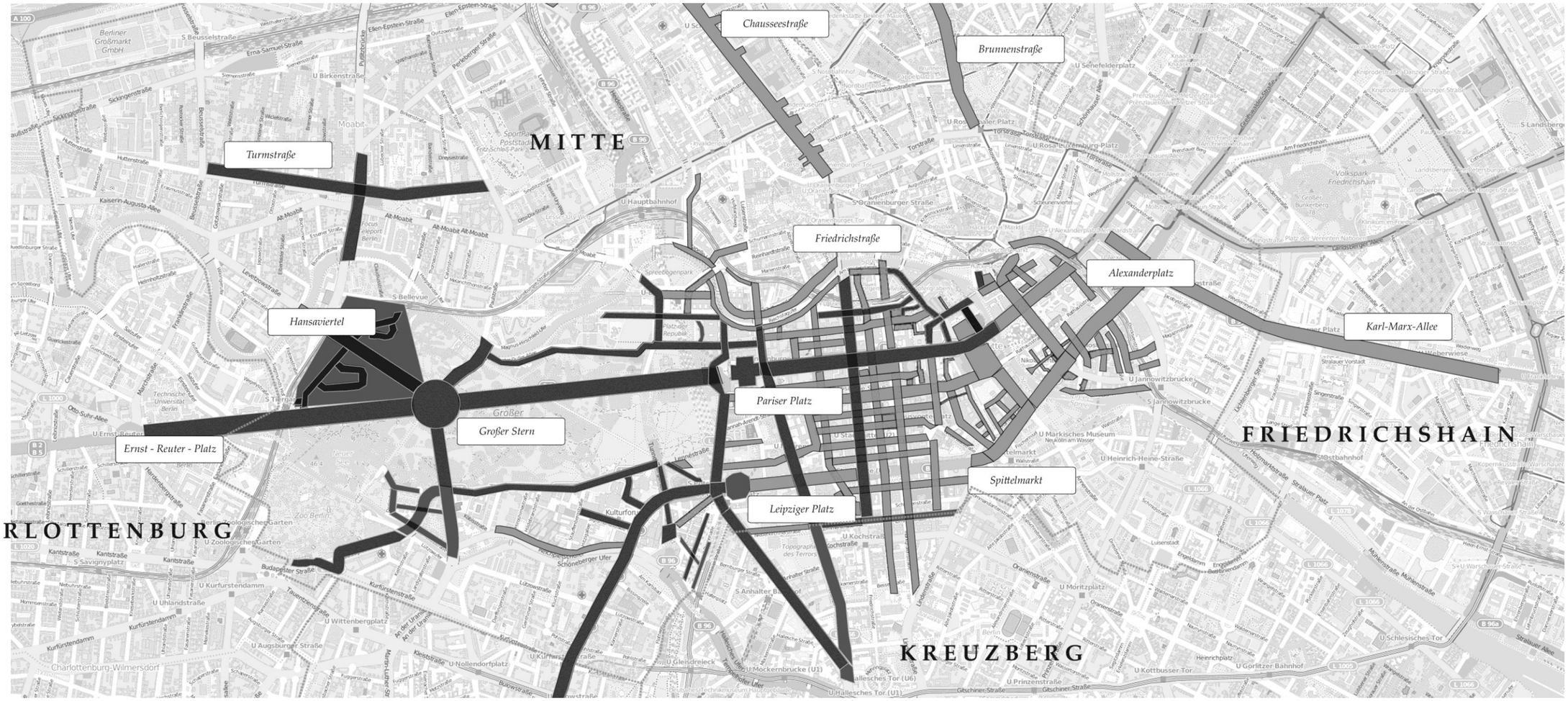


Abbildung 21: Überlagerung des Negativkatalogs (Eigene Darstellung). Hellgrau: Verbotszone Bauchladenhandel. Dunkelgrau: Verbotszone Straßenhandel aus dem Auto (Eis).

Die detaillierte Beschreibung des Regulationsregimes zeigt den Kontrast zwischen einer Praxis, die als „informell“ betrachtet wird und illustriert die rigorose Formalisierung von Straßenhandel in Berlin. Personen, die eine Existenz auf den prominentesten Straßen im Lande gründen wollen, sind darauf angewiesen dieses Regelwerk zu verstehen. Vor diesem Hintergrund wird das erworbene Wissen in den migrantischen Communities weitergegeben – entlang von geteilten Erfahrungen und sozialen Positionen.

7.4.2 Straßenhandel als Politikum im Abgeordnetenhaus

Obwohl die Regulierung des Straßenhandels den örtlichen Bezirksämtern obliegt, wurde der Straßenhandel im Berliner Abgeordnetenhaus seit der Wiedervereinigung in verschiedenen Zusammenhängen diskutiert. In der parlamentarischen Dokumentation des Berliner Abgeordnetenhaus (PARDOK)[114] finden sich Einträge zum Schlagwort „Ambulanter Handel“ und zum Suchwort „Straßenhandel“, die seit 1989 dort archiviert werden. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse zeigen die politischen und diskursiven Veränderungen zur Diskussion von Straßenhandel im öffentlichen Raum in einer sich transformierenden Stadt nach dem Ende des Kalten Krieges.

Stand 15.01.2013	Dauer der WP	Bürgermeister					
Suchwort / Schlagwort[115]			Straßenhandel	Ambulanter Handel	Bauchladen	Öffentlicher Raum	Wochenmarkt
11. Wahlperiode	02.03.1989 - 11.01.1991	Walter Momper (SPD)	76	97	0	0	0
12. Wahlperiode	11.01.1991 - 30.01.1995	Eberhard Diepgen (CDU)	63	81	0	0	0
13. Wahlperiode	30.11.1995 - 18.11.1999	Eberhard Diepgen (CDU)	26	28	0	6	0
14. Wahlperiode	18.11.1999 - 29.11.2001	Eberhard Diepgen (CDU)	2	3	0	1	0
15. Wahlperiode	29.11.2001 - 25.10.2006	Klaus Wowereit (SPD)	26	32	0	0	0
16. Wahlperiode	26.10.2006 - 26.10.2011	Klaus Wowereit (SPD)	16	22	0	2	0
17. Wahlperiode	seit 27.10.2011	Klaus Wowereit (SPD)	0	0	0	0	0

Tabelle 5: Überblick über die Treffer der Stichwortsuche, Stand 15.01.2013

[114] http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/AHAB/, Zugriff 10. Juli 2013.

[115] Die hier dargestellten Treffer beziehen sich auf die genannten Suchwörter und keine weiteren Varianten. Ein themenspezifisches Schlagwort ist „Ambulanter Handel“, unter dem Vorgänge in der Datenbank abgelegt werden.

Auffällig an der Tabelle sind die Phasen der erhöhten Anfragen zum Straßenhandel, der erste Höhepunkt liegt in den frühen Jahren nach der „Wiedervereinigung“ und der zweite Höhepunkt zu Anfang der 2000er Jahre, dies gilt sowohl für die Stichwortsuche „Straßenhandel“ als auch „Ambulanter Handel“. Weitere gesuchte Stichwörter waren „Bauchladen“, „Öffentlicher Raum“ und „Wochenmarkt“. Die Suche zu den Wörtern „Bauchladen“ und „Wochenmarkt“ ergaben keine Treffer, die Suche zum „Öffentlichen Raum“ ergab insgesamt nur wenige Treffer, in der 13. Wahlperiode (1995-1999) sechs, in der 14. (1999-2001) nur einen und in der 16. (2006-2011) zwei Treffer. Diese Zahlen sind erste Indikatoren für die Häufigkeit der Diskussion zum Straßenhandel im Abgeordnetenhaus und belegen die gesellschaftspolitische Relevanz, Straßenhandel auf Landesebene zu verhandeln. Im Folgenden werde ich die inhaltlichen Zusammenhänge genauer darstellen.

In der ersten (11.) Wahlperiode nach der Wiedervereinigung gibt es relativ häufig Anfragen zum Ambulanten Handel bzw. Straßenhandel, insgesamt 76 Treffer zum Suchwort „Straßenhandel“. Die meisten Anfragen werden von der CDU (59%) und den Republikanern (31%) eingereicht und thematisieren den "Polenmarkt", hinsichtlich des Standortes, der Illegalität, der Gefährdung der öffentlichen Ordnung, und dem (illegalen) Warenverkehr auf dem Markt. Die „Republikaner“ befassen sich ebenfalls mit dem „Polenmarkt" und skandalisieren den Verkauf von lebenden Tieren, illegalen Münzen und eine mögliche Seuchengefahr. Die SPD bringt 10% der Anfragen ein und fragt nach Einreisemodalitäten polnischer Staatsbürger_innen, nach Hausverkäufen, und nach den Arbeitszeiten auf dem „Polenmarkt“.[116]

Im Gegensatz zur vorherigen Wahlperiode haben in der 12. Wahlperiode die Anzahl der Anfragen stark abgenommen, vertreten sind nun auch Anfragen von B90/Grünen (10%, 4), zudem CDU (45%), FDP (28%), PDS (10%) (3) und SPD (2%, 2) mit Dokumenten. Die meisten Einreichungen kommen von der CDU (13), dicht gefolgt von der FDP (8).[117] Die wichtigsten Orte, die thematisiert werden, sind Kurfürstendamm, Brandenburger Tor, Pariser Platz und Reichpietschufer. Weiterhin ist der „Polenmarkt" aktuelles Thema, hinzu kommt als neues Thema der illegale Handel von Zigaretten auf der Straße ins Abgeordnetenhaus. In diesem Zusammenhang geht es sowohl um „Ausländer_innen" als

[116] Siehe Tabelle im Anhang 10.1.

[117] Siehe Tabelle im Anhang 10.1.

auch „Vietnames_innen", denen diese Form der Kriminalität zugeschrieben wird (vgl. 7.1.4). In dieser Wahlperiode wird der Straßenhandel vor allem in kriminalisierten Zusammenhängen diskutiert. Obwohl der „Polenmarkt“ 1990 zum Erliegen kam, werden in dieser Wahlperiode Anfragen eingebracht, die explizit den „Polenmarkt“ oder die „illegalen Händler im Bereich Pariser Platz“ thematisieren.

In der 13. Wahlperiode (47 Monate) sind vor allem die Themen Schmutz, Abfall, Genehmigungspraxis, Love Parade und Wochenmarkt vertreten (26 Treffer mit dem Suchwort „Straßenhandel“). Diese Wahlperiode zeichnet sich eher durch geringere Anzahl der Anfragen aus. CDU (28%, 3), Grüne (27%, 3), PDS (18%, 3), SPD (27%, 3) reichen Anfragen ein. In dieser Wahlperiode sind weder der „Polenmarkt“ noch der illegale Verkauf von Zigaretten durch Straßenhandel Thema im Abgeordnetenhaus. Es ist auffällig, dass unter der SPD-Regierung Fragen zum Straßenhandel zwar in der ordnungspolitischen und stadthygienischen Bedeutung diskutiert wird, aber nicht im Zusammenhang mit ethnisierter Kriminalität oder dem illegalisierten Handel von Waren in der Stadt. [118]

Die 14. Wahlperiode ist mit 24 Monaten relativ kurz und hat nur 2 Treffer, hier handelte es sich um eine kleine Anfrage von einem fraktionslosen Abgeordneten zum Zigarettenverkauf an Kinder.

Mit der 15. Wahlperiode (59 Monate, 26 Treffer, CDU (46%, 5), FDP (36%, 4), Linkspartei (9%, 1), SPD (9%, 1)) steigt die Anzahl der Anfragen, die den Straßenhandel betreffen, wieder deutlich an. Auffällig ist in dieser Wahlperiode die veränderte Haltung zum Straßenhandel. Dieser wird hier nun nicht mehr nur als Ordnungswidrigkeit und als ordnungsstörend, sondern vielmehr als wirtschaftspolitisches Potential, welches von den kommunalen Behörden eingegrenzt und behindert wird, thematisiert. Ein eindeutig (neo-)liberaler Blick auf den Straßenhandel lässt sich hier erkennen ("Mehr Berlin, weniger Staat" (FDP) oder "Wir entrümpeln den Bürokratie-Dschungel" (CDU)). Die Linkspartei bringt eine Anfrage zur "Tourismusmeile" am Holocaust Denkmal ein, und die SPD zu Preisangaben auf Wochenmärkten.

In der 16. Wahlperiode liegen insgesamt 8 Anfragen vor, CDU mit 6 (75%) und die FDP mit 2 Anfragen (25%). In diesen Anfragen wird der Verkauf von nicht-versteuerten Zigaretten, die Ästhetik öffentlicher Räume und die Art der Waren zum Verkauf

[118] Siehe Tabelle im Anhang 10.1.

(„Geduldete Verherrlichung?“) problematisiert. Die Anfragen aus den Jahren davor, die eine Deregulierung auch für den Straßenhandel einforderten, wurden nicht weiter verfolgt, obwohl es hier kaum nennenswerte Änderungen für die Regulierung des Straßenhandels gab. Mit dieser Thematisierung werden konservativ-bürgerliche Vorstellungen von Urbanität in die politische Diskussion eingebracht. Im Gegensatz zu den Jahren 1989 bis 2001 bildete die CDU die Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Mit der Wahl im Jahr 2001 verloren sie erhebliche Wahlstimmen und wurden nach der SPD zweitstärkste Partei im Abgeordnetenhaus.[119]

In den Anfragen zeichnen sich verschiedene Themen heraus, deren Verknüpfungspunkt der Straßenhandel ist. Diese Themen sind teilweise aufeinander bezogen und stehen im Kontext zu aktuellen Debatten in konjunkturellen Transformationen. Bei den Themen handelt es sich zumeist um Problematisierung des Straßenhandels als illegale Praxis, als Gefahr für die Gesundheit, als unattraktive und ästhetische Störung. Erst die Anfragen ab 2000 problematisieren die kommunale und staatliche Regulierung des Straßenhandels als zu bürokratisch und hinderlich für Gewerbetreibende. Diese Anfragen indizieren die Transformation des öffentlichen Raumes in Berlin seit der Wende. Die bürgerliche Elite hat sich „ihre Stadt“ wieder erobert, hierfür war ein Negativkatalog, der zu einer massiven Beschränkung des Bauchladenhandels in der historischen Mitte von Berlin führte, erlassen und in die bauliche Substanz und den Neubau der historischen Bauten investiert worden. Gleichzeitig wuchs in Deutschland aufgrund der Hartz IV-Verordnung der Niedriglohnsektor und vermehrt fanden Existenzgründungen aus der Prekarität bzw. aus der Arbeitslosigkeit heraus statt. Dieser Bedarf ist mit räumlichen und bürokratischen Hürden konfrontiert, welche mit Anfragen im Abgeordnetenhaus problematisiert werden (Antrag „Mehr Berlin, weniger Staat“ durch die FDP). In diesen Anfragen werden insbesondere die wirtschaftlichen Interessen hervorgehoben und die Potentiale betont, die eine De-Regulierung für diese Formen der Existenzgründung bedeuten könnte. Die Forderung nach Deregulierung von Straßenhandel als paradigmatische Verschiebung steht in einem starken Gegensatz zur Deregulierung anderer Wirtschaftsbereiche, die sich in globalisierten Netzwerken bewegen und transnational operieren (Finanzwirtschaft) – wie ich dies in den vorangegangen Kapiteln zur unternehmerischen Stadt und den Auswirkungen sowohl auf die

[119] Siehe Tabelle im Anhang 10.1.

stadtplanerische Bilderproduktion als auch die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Landes Berlin ausgeführt habe.

Die Diskussionen im Abgeordnetenhaus zeugen von einer Perzeption des Straßenhandels als Störung, Problem und Gefahr. Obschon eine leichte Verschiebung des Paradigmas festzustellen ist, ist diese nicht vergleichbar mit Entwicklungen nach der Banken-Krise in den USA. Nach dieser Krise haben verschiedene Städte in den USA und Kanada auf lokaler Ebene Zugänge zum Straßenhandel vereinfacht – entweder durch direkte Förderprogramme (z.B. in New York das Green Cart Programm, vgl. Kapitel 8.2) oder Aufhebung von Regularien für die Art des Imbisses (z.B. in Toronto und Vancouver). Die Auswirkungen der Krise lassen sich auf der westlichen Seite des Atlantiks nachzeichnen, während auf der östlichen Seite in den europäischen Städten und in Berlin weiterhin die rigiden Regulierungen bestehen bleiben und der öffentliche Raum kaum als Ressource und Potential für Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit bzw. dem Prekariat betrachtet wird.

7.4.3 Katalog zur Sondernutzung auf prominenten Plätzen in Berlin-Mitte

Das Bezirksamt Mitte hat im Jahr 2009 einen Plan erstellt, in welchem die „prominenten Plätze in Berlin-Mitte“ markiert wurden und für die Antragstellung von Sondernutzungen von Bedeutung sind. Dieser Plan wurde mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung abgestimmt und ist ein regulierendes Instrument für die Durchführung von Veranstaltungen. Aufgrund der internationalen und nationalen Bedeutung des historischen Zentrums von Berlin hatte der Bezirk Mitte einen Katalog entwickelt, der Kriterien für die Durchführung von Veranstaltungen definierte. Dieser Katalog dient dazu den Gemeingebrauch des Straßenlandes sicherzustellen, wenn als Ausschlusskriterium geschlossene Veranstaltungen für die Nichtgenehmigungsfähigkeit genannt wurden. In Ausnahmefällen waren Veranstaltungen, für die eine Eintrittskarte erworben werden mußte, erlaubnisfähig, weil sie von einem „herausragenden öffentlichen Interesse“ waren. Ein weiteres Ausschlusskriterium waren Werbeveranstaltungen, sie sollten im Aufbau und der Wahrnehmung „deutlich hinter die übrigen Veranstaltungsaspekte“ zurücktreten. Die Geltungsbereiche wurden im Plan folgendermaßen festgelegt: Brandenburger Tor / Pariser Platz/ Platz des 18. März, Unter den Linden, Straße des 17. Juni / Großer Stern / Ebertstraße, Bebelplatz, Flächen zwischen Kronprinzenpalais/ Friedrichwerderscher Kirche und der Deutschen Staatsoper, Kastanienwäldchen, Gendarmenmarkt, Lustgarten, Schlossplatz/Schloss-

freiheit, Rathausplatz, Alexander-platz, Potsdamer Platz / Marlene-Dietrich-Platz, Kultur-forum, Washingtonplatz / Europaplatz / Bereich Hauptbahnhof.

Außerdem definierte der Katalog qualitative Unterscheidungen für die jeweiligen „prominenten Orte und Plätze“ und beschrieb grundsätzlich erlaubnisfähige Sondernutzungen. Obschon dieser Katalog aus der Logik des Ortes heraus qualitative Unterscheidungen entwickelte, werden Widersprüche in der Nutzungszulassung deutlich, wie das Beispiel Bebelplatz zeigt:

> „Bebelplatz
>
> 1. Zur Mahnung an die Bücherverbrennung der Nationalsozialisten am 10. Mai 1933 ist auf dem Platz ein Denkmal (‚Denkraum‘ von Micha Ullmann) errichtet worden. Ausnahmsweise stattfindende Veranstaltungen auf dem Bebelplatz haben die Bedeutung und stadträumliche Wirkung des Kunstwerkes zu achten. Infrage kämen z.B. öffentliche Lesungen oder Bücherfeste.
>
> 2. Traditionell finden auf dem Bebelplatz Veranstaltungen der Staatsoper von besonderem öffentlichen Interesse, die Eisbahn in der Vorweihnachtszeit, sowie die Modemesse ‚Fashionweek‘ statt.“ (S. 3 Grundsätze zur Definition eines überwiegenden öffentlichen Interesses an Sondernutzungsgenehmigungen für Veranstaltungen an ausgewählten Orten im zentralen Bereich von Berlin (Positiv-/Negativkatalog)).

Im Plan der prominenten Plätze wurde der Bauchladenhandel nicht weiter beachtet. Dies bedeutete für die tätigen Bauchladenhandeltreibenden eine Verdrängung von ihren angestammten Verkaufsorten durch die Durchführung von Veranstaltungen, prekarisierte die alltägliche Praxis des Bauchladenhandels in diesem Spektrum von Nutzungen.

7.4.4 Tourismusbefragung des Bezirksamtes Mitte

Die Tourismusbefragung aus den Jahren 2005 und 2006 kam für das Bezirksamt Mitte zu erstaunlichen Ergebnissen (BBJ SERVIS gGmbH 2006, 2007a, 2007b, 2008). Im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen wurden Befragungen von Tourist_innen in Alt-Mitte sowie von tourismusnahmen Unternehmen durchgeführt, knapp 6.000 Personen wurden an elf Standorten mit einem Fragebogen zu ihrer Herkunft, Verweildauer, Interessen, Budgets und Eindrücken der Stadt befragt. Die empirischen Daten sollten als

Grundlage für die bezirkliche Entwicklungsplanung und infrastruktureller und touristischer Zielstellungen dienen. Aufgrund der Diskussionen auf Bezirksebene zu den „fliegenden Händlern“ im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaften im Jahr 2006 wurden im Fragenkatalog Fragen zur Bewertung des Straßenhandels aufgenommen – hierzu wurden nicht nur die Unternehmen, sondern auch Tourist_innen befragt. Der Vertreter des Bezirkes Mitte, Wirtschaftsförderung, teilte mir im Interview mit, dass über die Aufnahme der Frage zur den Straßenhändler_innen in den Katalog im Vorfeld abgestimmt wurde.[120] Das Ergebnis der Umfrage wurde im Bezirksamt Mitte mit Überraschung zur Kenntnis genommen, denn die Annahme, dass es sich beim Straßenhandel um eine störende Nutzung handelt, wurde von den Tourist_innen nicht bestätigt – eher im Gegenteil.

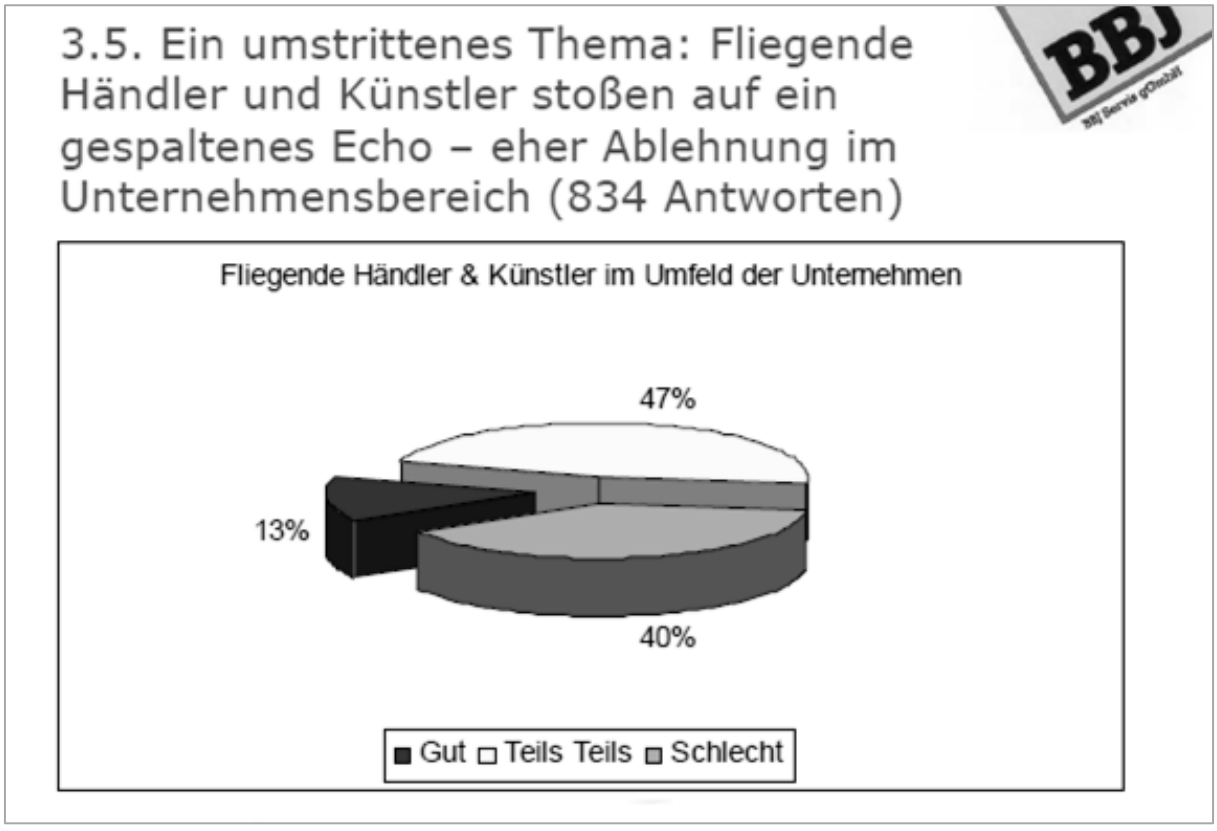


Abbildung 22: Nachfrage zum Fliegenden Handel bei Unternehmen in: Tourismusnahe Unternehmensbefragung Altbezirk Mitte BBJ Servis gGmbH, 2006-2007, S. 34 (BBJ SERVIS gGmbH 2007b).[121]

[120] Interview mit Ertugul Tolan, Bezirksamt Mitte, Wirtschaftsförderung, am 23. März 2010.

[121] https://www.berlin.de/imperia/md/content/bamitte/wirtschaftsfoerderung/bbjunternehmensbefragung 0407. pdf?download.html (Letzter Zugriff 12.10.2014)

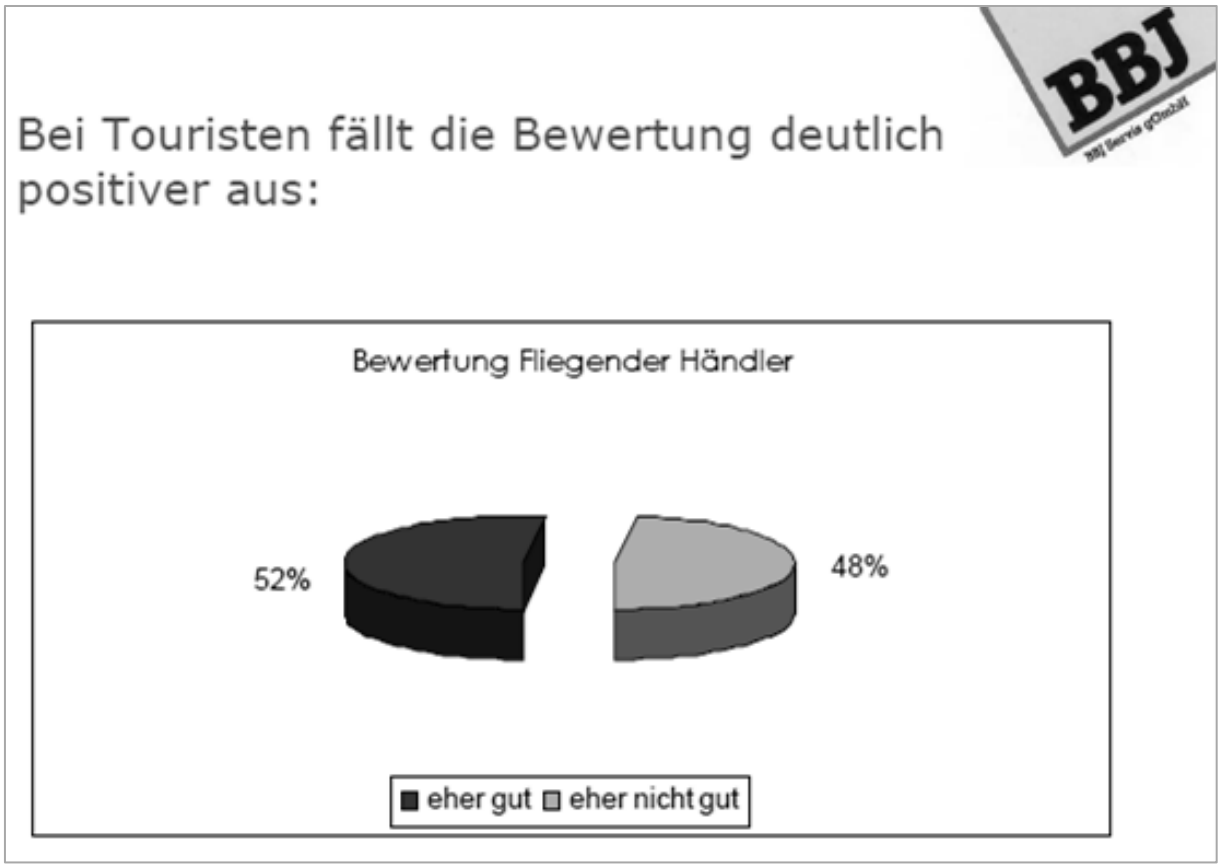


Abbildung 23: Nachfrage zum Fliegenden Handel bei Tourist_innen in: Tourismusnahe Unternehmensbefragung Altbezirk Mitte BBJ Servis gGmbH, 2006-2007, S. 35 (BBJ SERVIS gGmbH 2007b).

Die 834 befragten Unternehmen bewerteten die „fliegenden Händler und Künstler“ zu 13% mit „Gut“, 47% mit „Teils Teils“ und 40% mit „Schlecht“ (Abbildung 22). Im Gegensatz dazu stehen die Ergebnisse der Tourist_innenbefragung, 52% bewerteten die fliegenden Händler mit „eher gut“ und 48% mit „eher nicht gut“ (Abbildung 23). Noch eindeutiger fielen die Ergebnisse für die Bewertung der Straßenmusizierenden und Kleinkunst aus. Straßenmusik wurde mit 65% als „eher gut“ (und 35% als „eher nicht gut“) bewertet, und Kunst und Performances wurden mit 79% als „eher gut“ (und 21% als „eher nicht gut“) bewertet. Die Umfrageergebnisse zeigen deutlich die Attraktion des Straßenhandels und der Straßenkunst aus der Perspektive von Tourist_innen, die im Widerspruch zur Bewertung des Straßenhandels durch die lokalen Geschäfte und der lokalen Administration stehen. Die Ergebnisse belegen die Potentiale für Synergieeffekte von Straßenhandel zwischen der touristischen Erfahrung der Stadt und den niedrigschwelligen Zugangsmöglichkeiten für marginalisierte Gruppen in der Stadt, die aus ökonomischen (hohe Mieten) und regulatorischen (Negativkatalog) Gründen beschränkten Zugang haben.

7.5 Die institutionelle und beratende Perspektive

7.5.1 Senatsverwaltung

Aus Sicht der Verwaltung ergeben sich für den Straßenhandel Probleme und Potentiale, die mit der bezirklichen und überbezirklichen Arbeitsteilung verbunden sind. Auf der Ebene der Senatsverwaltung können nur übergeordnete Entwicklungsziele formuliert, die aber von den Bezirken eigenverantwortlich umgesetzt werden. Zum einen haben die Bezirke die Deutungshoheit über kommunalrechtliche Bestimmungen, andererseits sind sie auf sich selbst beschränkt. Aufgrund der Neustrukturierung der bezirklichen Gebiete haben sich Verwaltungseinheiten gebildet, die in einigen Bezirken die ehemaligen Ost- und West-Berlin Bezirke nun vereinen. So vereint der Bezirk Mitte sehr unterschiedliche städtische Quartiere, sowohl sozio-ökonomisch als auch in der Bevölkerungszusammensetzung. So wird sowohl die neue historische Mitte, mit der besonderen Bedeutung für die nationalstaatliche Repräsentation als auch einer der ärmsten Bezirke in Deutschland, unter der gleichen Bezirksverwaltung verwaltet.

Außerdem handelt es sich beim Straßenhandel um weniger komplexe Neugründungen bzw. um kleinteilige Flächennutzungen, die daher für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung nicht so sehr im Fokus stehen.[122] In der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen wurden die Potentiale von Straßenhandel als sogenannte „Einstiegsgründung“ erkannt, die wiederum auch integrationspolitisch von Bedeutung sein können.[123] Die Senatsverwaltung ist aktiv daran beteiligt, sowohl wirtschafts- als auch integrationspolitisch die Politik von Berlin den besonderen Herausforderungen anzupassen, d.h. es gibt Gesprächskreise, der Aufbau von entsprechender Beratungsinfrastruktur und die Einführung von speziellen Mikrokreditprogrammen. Als problematisch wurde aus Perspektive der Verwaltung die Frage der Ansprechpartner_innen und der Organisationsgrad migrantischer Gruppen angesprochen, weil diese sehr unterschiedlich aufgestellt sind und agieren.

In beiden Abteilungen der Senatsverwaltung wurde auf die Interessenvertretung der Berliner Clubs („Club Commission“) hingewiesen, die die Interessen der unterschiedlichen Clubs bündelte und als gemeinsame Vertretung gegenüber der

[122] Interview mit Michael Künzel, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, am 16. Juni 2010.

[123] Interview mit David Weißert, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, am 3. Juni 2010.

Senatsverwaltung auftrat. Diese sei aus Sicht der Senatsverwaltung vorbildlich, weil die konkurrierenden Clubs eine gemeinsame Vertretung bildeten, um gemeinsam ihre Interessen gegenüber der Verwaltung vorzustellen und einzubringen.

Im Gegensatz zum Vertreter der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen hat der Vertreter der Stadtentwicklung sehr viel mehr die Rolle der Verwaltung reflektiert, insbesondere deren veränderte Funktion für räumliche und planende Abteilungen. Obwohl der Vertreter ein klassisches Planungsfach studiert hatte, musste er zugeben, dass er im Studium nicht gut für seinen Arbeitsalltag und die Anforderungen in der Verwaltung vorbereitet wurde. Nicht mehr die ordnende Planung bestimme den Alltag, sondern eine aktivierende, moderierende und fordernde Planung, vor allem aus der Perspektive der Senatsverwaltung. Diesen Anforderungen müssten sich auch die anderen Abteilungen stellen, und die Verweise auf die verschiedenen Aktivitäten der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen zeugten von der begleitenden und initiierenden Verwaltung, die sowohl wirtschafts- als auch integrationspolitisch agieren will. Im Gespräch mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wurde das integrationspolitische Potential der Stadtentwicklung nicht explizit benannt – vielmehr standen Überlegungen zu einer integrierenden Stadt im Mittelpunkt, die durch die Herabsenkung von Eingangsschwellen initiiert wird. Berlin hat reichlich Erfahrungen im Bereich der Zwischennutzungen sammeln können, und verfügt als Stadt des Experimentierens und als „unfertige Stadt“ über besondere Potentiale. Berlin befindet sich an einem Entwicklungspunkt, an dem sich die Frage stellt, wie experimentelle Räume als Angebot verstetigt werden könne, um aktivierende Potentiale zu entwickeln. Diese Potentiale sind gerade in Zeiten der Globalisierung wichtig, wenn es darum geht flexibler, einfacher und handlungsfähiger zu werden. Vor diesem Hintergrund verändern sich die Aufgaben raumplanerischer Verwaltungsabteilungen, die nun Kooperationen herstellen müssen, transparent sein, Synergien herstellen, Konflikte abmildern und für diejenigen Hilfen anbieten, die von Armut und Ausgrenzung bedroht sind.

In diesem Interview wurde ein Blick auf die Stadt artikuliert, der vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der räumlichen Entwicklung als auch der ansässigen Stadtbevölkerung in den Fokus stellte. Meine Frage, an wen sich aktivierende Programme wenden bzw. welche Gruppen angesprochen werden sollen, wurde dahingehend beantwortet, dass diese sich an alle in jedem Alter wenden sollten. Daher müssten die Vergabeverfahren transparent sein, um sicher zu gehen, dass niemand

diskriminiert werde. Jedoch sei es eine Überlegung wert, auch spezifische Programme für spezifische Gruppen anzubieten, um integrationspolitisch wirksam zu werden. Generell wurde im Gespräch hervorgehoben, dass zukünftige Entwicklungen und Nutzungen im öffentlichen Raum sich nicht an den einzelnen wirtschaftspolitischen „Eigeninteressen“ orientieren sollten, weil diese im Gegensatz zur Erzeugung von öffentlichem Raum stehen würden, der ja für alle offen sein soll.

7.5.2 Bezirksverwaltung Mitte

Die Logik der Regulierung im Rahmen der Berliner Straßengesetzgebung habe ich in Kapitel 7.4 dargelegt. Die ordnungspolitische Logik, die das Handeln der Verwaltung hier erkennen lässt, speisen sich sowohl aus der erhöhten Bedeutung des Bezirks für die Repräsentation von Deutschland als „Europäische Stadt“, sowie der prominenten Position des städtischen Raums von Berlin auf einem globalisierten Markt, der nicht nur für die Immobilienwirtschaft, sondern auch für die Tourismusindustrie von großer Bedeutung ist. Diese Industrien und die bundespolitische Relevanz für einen Teil des Bezirkes Mitte begünstigten die wirtschaftliche Entwicklung, die wiederum für andere Gebiete im Bezirk eine explizite Wirtschaftsförderung und -Beratung nötig machte, weil sie nicht im Fokus wirtschaftlicher Entwicklung stehen. Die ungleiche Entwicklung der alten Bezirke Mitte und Wedding/Moabit führten nicht zu Effekten des Austausches, sondern es ist vielmehr zu beobachten, dass die ungleiche Entwicklung sich auch dort fortführt, wo sie aufeinandertreffen, z.B. die Entwicklung der Chausseestraße und der Brunnenstraße. Hier gibt es aus Sicht des Vertreters für Wirtschaftsförderung des Bezirkes Mitte, Ertugul Tolan, noch „unsichtbare Grenzen“.[124] Andererseits gibt es auch positive Entwicklungen, dass wieder mehr junge Menschen nach Moabit ziehen und versuchen, expandierende Firmen im Bezirk zu halten. In seiner Abteilung liegt ein besonderes Augenmerk auf der Entwicklung von ethnischen Ökonomien, weil zum einen die Fördermittel von den migrantischen Communities nicht abgerufen werden und zum anderen der Service und die Dienstleistungen für sie schlecht erreichbar sind. Denn gerade aus dieser Perspektive sei es interessant, nach den Potentialen von Straßenhandel zu fragen, auch danach, ob mit der Öffnung des öffentlichen Raumes für mikroökonomische Aktivitäten Arbeitsplätze geschaffen werden können.

[124] Interview mit Bezirksamt Mitte, Ertugul Tolan, Referent für Wirtschaftsförderung, am 23. März 2010.

Die bezirkliche Perspektive hat eine ambivalente Position zu den Potentialen des Straßenhandels, weil dieser Vor- und Nachteile hat. Der Straßenhandel kann zwar Arbeitsplätze schaffen, aber es müssen auch die Gefahren eines illegalen Handels von Drogen und Waffen auf der Straße gesehen werden. Der Vertreter des Bezirksamtes Mitte räumte selbstkritisch ein, dass die Diskussion kontrovers sei, weil Deutschland insgesamt ein restriktives Land mit vielen Regeln ist und die Änderungen solcher Regeln nicht Aufgabe der Verwaltung seien, sondern nur durch politische Debatten und Entscheidungen erfolgen könnten. Aus der Perspektive des Bezirksamtes wäre es ein interessanter Ansatz danach zu fragen, ob durch die Öffnung des öffentlichen Raumes für den Straßenhandel Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, weil die Verwaltungen angehalten sind, die Ermessensspielräume auszuschöpfen. Aber er stelle fest, dass gerade im Bereich der Einstiegsgründung Beratung dringend nötig sei, weil viele Existenzgründungen sich nicht nachhaltig etablieren können. Jedoch könnte ein koordiniertes Vorgehen zwischen den Abteilungen der Wirtschaftsförderung und dem Straßen- und Grünflächenamt eine Möglichkeit sein, um den öffentlichen Raum für Formen des Straßenhandels kontrolliert zu öffnen. Möglicherweise wäre die Entwicklung von Pilotprojekten für eine gezielte Entwicklung vonnöten. Daher sei es eine Überlegung wert, mit Pilotprojekten zu starten, die über mindestens fünf Jahre laufen müssten, um nachhaltig Existenzgründungen begleiten zu können. Gerade wenn viele Mittel zur Förderung der Existenzgründung nicht abgerufen wurden und im Bezirk Mitte die ungleiche Entwicklung spürbar sei und sich als räumliche und wirtschaftliche Grenze zwischen Alt-Mitte und Wedding einschreibt. Diese Prozesse sind nicht nur sozio-ökonomischer Natur, sondern auch auf die mediale Skandalisierung migrantischer Nachbarschaften zurückzuführen, die mögliche Investor_innen abschreckten (das Beispiel war die mediale Skandalisierung der Soldiner Straße als „gefährlicher“ Kiez).

Die Frage nach dem Straßenhandel begleitet seiner Ansicht nach die politische Debatte schon seit einiger Zeit, daher wurde im Jahr 2005 eine Tourismusbefragung durchgeführt, die explizit der Frage nach den „fliegenden Händlern“ nachgegangen ist. Wie mir der Vertreter des Bezirksamtes erläuterte, wurde über diese Nachfrage politisch debattiert und erst nach einigem Widerstand in den Fragekatalog aufgenommen. Aber gerade für Einstiegsgründungen sind die Regulierungen in Deutschland enorm, an die sich auch die Beratungsangebote der Bezirksämter zu halten haben, auch wenn sie versuchen ihre Ermessenspielräume auszuschöpfen, um

Beschäftigung zu schaffen. Aus der Perspektive eines migrantisch geprägten Stadtteils, der nur wenig von den gewinnbringenden Entwicklungen Berlins profitiert und Perspektiven der wirtschaftlichen Förderung sucht, sind Entwicklungen, die zu einer verminderten Barrierefreiheit im Bereich der Einstiegsgründungen klar zu begrüßen.

7.5.3 Bezirksverordnetenversammlung Mitte

Um die politische Relevanz des mobilen Straßenhandels in Erfahrung zu bringen, schrieb ich mehrere Parteien in Berlin-Mitte an. Leider war der Rücklauf zu den Anfragen sehr spärlich und ich war nur in der Lage, mit einem Vertreter der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE, Sven Diedrich, ein Gespräch zu führen, der zu diesem Zeitpunkt auch als Referent im Bundestag tätig war.[125] In diesem Gespräch interessierten mich sowohl Qualitäten, Mängel und Potentiale des öffentlichen Raumes in Berlin, Einschätzungen zum Straßenhandel als auch die Bedeutung und politische Diskussion über den Negativkatalog. Abschließend bat ich meinen Gesprächspartner um eine Einschätzung der Angebote für Existenzgründungen von Menschen mit Migrationshintergrund.

Im Gespräch berichtete er davon, dass in der Bezirksverordnetenversammlung der Negativkatalog seit Ende der 1990er nicht mehr zur Debatte stand und der Straßenhandel eigentlich nur als Marktgeschehen diskutiert wird. Hier hat es in Berlin-Mitte eine rasante Entwicklung gegeben, weil neue Weihnachts- und Ostermärkte, an unterschiedlichen Orten installiert wurden. Die Wochenmärkte stehen in der BVV nicht so im Vordergrund, und der Wochenmarkt am Alexanderplatz konnte sich nicht etablieren. Einerseits wird in der BVV betont, dass es wichtig ist den öffentlichen Raum zu regulieren und darauf zu achten, dass wirtschaftliche Interessen den öffentlichen Raum nicht dominieren sollen – es z.B. eine Einschränkung für Terrassenflächen am Hackeschen Markt gibt oder Werbung im öffentlichen Raum verboten wird – andererseits werden auch die Widersprüche in der Regulierung und den Ausnahmen deutlich. So hat Berlin-Mitte eine Regulierung für die „prominenten Plätze“ formuliert, die eigentlich die wirtschaftlichen Interessen einschränken soll, aber gleichzeitig Ausnahmen macht. Eine dieser Ausnahmen ist die *Fashionweek* auf dem Bebelplatz oder der *Winterzauber* auf der Straße *Unter den Linden,* das von einem großen Unternehmen gesponsert wird, weil hiermit die Winterbeleuchtung *Unter den Linden* finanziert wurde.

[125] Interview am 2. Juni 2010.

Aufgrund der Prominenz der städtischen Lage, lagen viele Genehmigungsanfragen für Sportveranstaltungen vor, nur diejenigen genehmigt würden, die von wirtschaftlicher Bedeutung sind und eine hohe Zahl an Besucher_innen erwarten lassen. Im Umkehrschluss führte dies dazu, dass kleinere Veranstaltungen nicht genehmigt werden und indirekt wirtschaftliche Interessen für das Stadtbild und die Nutzung der öffentlichen Räume eine Rolle spielen. Mein Gesprächspartner wurde im Verlauf immer nachdenklicher und reflektierte das eingangs gemachte Argument, dass öffentliche Räume eine Regulierung benötigen, um die die wirtschaftlichen, banalen und profanen Nutzungen zu beschränken. Er sehe schon in der Weitläufigkeit der öffentlichen Räume in Berlin eine besondere Qualität und es sei nicht wünschenswert, wenn diese vernachlässigt werden. Z.B. gäbe es in einigen öffentlichen Anlagen zu viel Müll, wie die Beispiele Mauerpark und Tiergarten zeigen, wenn immer mehr Menschen den Park zum Grillen nutzen und die Müllentsorgung für die öffentliche Hand kaum noch zu bewältigen sei. Im Gespräch berichtete ich über Formen der Regulierung und Praktiken des Straßenhandels in New York und diese Informationen stellten die Möglichkeiten von öffentlichem Handeln in ein neues Licht, wenn Möglichkeiten zur Existenzgründung bzw. -sicherung geboten werden können. Das Gespräch endete mit Überlegungen, den Alexanderplatz möglicherweise als experimentellen Raum zu betrachten, an welchem neue Formen der Regulierung des Straßenhandels ausprobiert werden könnten.

Das Gespräch mit einem Vertreter der Bezirksverordnetenversammlung war dahingehend aufschlussreich, weil er berichtete, dass die Frage von Straßenhandel eher als ästhetische Frage, denn als mikroökonomisches Potential verhandelt wurde. Die ästhetische Frage ist seiner Darstellung nach für den Bezirk von besonderer Bedeutung, weil Berlin-Mitte sich als besonderen Ort der Hochkultur und der nationalen Repräsentation begreift. In dieser Logik banalisiert der Handel von Waren auf der Straße diese Selbstdarstellung. Die Logik einer allgemeingültigen und dem Gemeinwohl dienenden Ästhetik verstrickt sich jedoch dann in Widersprüche, wenn die wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen mit dem Handeln der lokalen Verwaltung synchron werden, weil für einige Interessen Ausnahmen gemacht werden und andere verunmöglicht werden. Insofern handelt es sich nicht mehr nur um eine ästhetische Dimension für die Legitimierung von Regelungen von Erlaubnissen und Verboten, sondern ganz dezidiert um eine wirtschaftliche und politische Entscheidung.

7.5.4 Existenzgründungsberatung

Dieses Potential wird auch aus Sicht der Existenzgründungsberatung für Menschen mit Migrationshintergrund hervorgehoben. Für diese Perspektive führte ich Interviews mit Ahmet Ersöz von der *Gesellschaft für Urbane Wirtschaft, Beschäftigung und Integration e.V. (GUWBI)* (am 8. April 2010) und mit Cevdet Günel von *LOK Gesellschaft zur Förderung lokaler Entwicklungspotentiale mbH* (am 20. April 2010). Ihrer Ansicht nach liegt ein Potential des Straßenhandels darin, dass es sich um kleine und übersichtliche Gründungen handelt, die einen Einstieg in die Selbstständigkeit ermöglichen können. Aufgrund der strengen Regulierung kann dieses Potential nicht ausgeschöpft werden, und der Straßenhandel steht daher nicht ist als „unternehmerische Schule“ zur Verfügung, in der Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit gelernt und entwickelt werden könnten. Denn gerade migrantische Haushalte verfügen über wenig Eigenkapital und erschwerte Zugänge zum Arbeitsmarkt (Illegalisierung, Arbeitsverbot für Flüchtlinge, Vorrang für Deutsche/EU-Bürger_innen auf dem Arbeitsmarkt). Insofern könnte der Straßenhandel als Übergang in eine etablierte Selbstständigkeit betrachtet werden, wenn hierfür Barrieren abgebaut werden. Eine ordnungspolitische „Öffnung der Straße“ für den Einstieg in die Selbstständigkeit, würde den wirtschaftspolitischen und integrationspolitischen Herausforderungen entgegenkommen.

In beiden Interviews wurde auf den „unternehmerischen Geist“ Bezug genommen, ein spezifisches Persönlichkeitsprofil von Personen, die sich selbstständig machen wollen. Hierzu werden Eigenschaften wie Risikobereitschaft, Engagement, Flexibilität und ein Gespür für kaufmännische Selbstständigkeit gezählt. Diese Eigenschaften sind nicht nur theoretisch erlernbar, sondern sollten auch geübt und praktiziert werden. Aus einer migrantischen Perspektive bedeutet dies, dass Menschen, die aus der Prekarität heraus gründen, diese Eigenschaften nicht mitbringen und ein hohes Risiko haben, sich zu verschulden. Weiterhin stehen zu wenige niedrigschwellige Angebote bereit, um diese wichtigen Eigenschaften einüben zu können. Gerade aus einer migrantischen Perspektive sei es wichtig Zugänge für diejenigen zu erleichtern, die mit erhöhten Schwierigkeiten aufgrund von Bildung, sprachlichen Voraussetzungen und gesellschaftlicher Stigmatisierung und Vorurteilen rechnen müssten. Niedrigschwellige Angebote könnten hier Möglichkeiten geben, um kleine, flexible und überschaubare Existenzgründungen zu ermöglichen. Denn die größte Schwierigkeit bestünde nicht darin am Markt zu bestehen, sondern die Hürden und Barrieren der Verwaltungen zu

überwinden. Denn die politische Unterstützung finde sich für Gründungen von Unternehmen ab 20 Beschäftigten, aber nicht für Kleinst- und Mikrobetriebe.

In beiden Organisationen, die Existenzgründungen beraten und begleiten, wurden verschiedene Personen beraten, die im Straßenhandel tätig werden wollten, sowohl als Gewerbetreibende auf einem Markt oder als fliegende Händler auf der Straße bzw. im Park. Gerade für die letzteren ergaben sich erhebliche Schwierigkeiten, weil die Berliner Verwaltung diese Form der Nutzung nicht (im Stadtbild) sehen möchte, und daher die Zugänge eingeschränkt wurden. Auch die Voraussetzungen für eine Abnahme durch das Veterinär- und Lebensmittelamt für den Verkauf von Imbissen sind oft schwer zu erfüllen. In beiden Gesprächen wurden die hohen Regularien und das zusätzlich benötigte Expert_innenwissen angemahnt, mit dem sich Existenzgründungen befassen müssen, weil beispielsweise für die Abrechnung eine Steuerberatung oder für rechtliche Fragen eine juristische Beratung notwendig ist. Dies führte zu erhöhten Kosten und schränke die Gewerbefreiheit ein, die eigentlich in Deutschland zum marktwirtschaftlichen Prinzip gehört. Gerade in der vergleichenden Perspektive zwischen den (Un-)Möglichkeiten für migrantische und nicht-migrantische Gruppen in Deutschland werden diese Beschränkungen auffällig, die die Zugänge zur Selbstständigkeit strukturieren.

7.6 Zusammenfassung

Der Straßenhandel in Berlin stellt sich als eine *metropolitane Informalität* dar, die einerseits die Erfahrung rassifizierter Subjekte und andererseits die hegemonialen Repräsentationen von Stadt zueinander in Beziehung setzt. In einer sich transnational vernetzten und globalisierenden Welt sind die lokalen Erfahrungen nicht mehr räumlich begrenzt, sondern vervielfältigen sich in unterschiedliche und widersprechende Perspektiven. Diese Perspektiven auf den Raum reflektieren spezifische Positionalitäten in der Gesellschaft, die durch die sozialen Kategorien von Geschlecht, „Rasse“ und Klasse bestimmt sind. Eine herrschaftskritische Perspektive auf die räumliche Produktion von Stadt, und hier im Besonderen am Beispiel des Straßenhandels, untersucht die Produktionsbedingungen und Erfahrungen auf unterschiedlichen Ebenen und aus verschiedenen Blickwinkeln.

Die historischen Schlaglichter zum Straßenhandel zeigen zwei interessante Aspekte. Zum einen die enge Verflechtung von Berlin als frühe Metropole der 1920er Jahre mit der Geschichte des Straßenhandels, die prominente Figuren hervorbrachte, die über die

Stadtgrenzen bekannt sind. Zum anderen zeigen die politischen Debatten um den öffentlichen Raum und den Straßenhandel zum Ende der Weimarer Republik und mit der Übernahme der Nationalsozialisten die Rassifizierung dieser Ökonomie, um die Verdrängung und Kriminalisierung von Straßenhandel zu legitimieren.

Die darauffolgenden zwei Unterkapitel stellen die heutigen Perspektiven, Praktiken und Erfahrungen der migrantischen Bauchladenhändler im historischen Zentrum von Berlin dar. Die täglichen Praktiken der Straßenhändler basieren in der Gegenwart auf devianten Taktiken, direkten Verhandlungen mit lokalen Autoritäten und der kollektiven Kommunikation und weniger auf politischer Mobilisierung, wie die Demonstration 1998 der *Initiative Pariser Platz,* um die eigene Situation zu verbessern. Obwohl Asef Bayat sein Konzept des „Quiet Encroachment“ für die sogenannten Entwicklungsländer entwickelt hat, ist dieses Konzept auch relevant für den hier beschriebenen Straßenhandel in Berlin. Ich analysierte die angetroffenen Taktiken des „Quiet Encroachment“ als postkoloniale Erfahrungen der Händler und beziehe mich auf die soziale Realität der Händler of Color, die kaum Zugang zum formellen Arbeitsmarkt haben. Außerdem analysiere ich die kontinuierlichen Begegnungen zwischen kontrollierenden und kontrollierten Personen als ein rassifiziertes Verhältnis, weil es es sich um *weiße* Männer und Frauen handelt, die mit Macht und Legitimität ausgestattet sind und Menschen of Color, die aufgrund von rechtlichen Bestimmungen in ihrem Zugängen zu Arbeit beschränkt sind und prekarisiert werden. Diese Begegnungen finden an Orten statt, für den die dominante Perspektive auf den öffentlichen Raum als sauberer und sicherer Verkehrs- und Konsumptionsraum planerisch formuliert wurde und Möglichkeiten für mikro-ökonomische Praktiken darin nicht vorgesehen waren.

Die verschiedenen Dokumente zur Regulierung des mobilen Straßenhandels zeigen zum einen die Verschiebung in der Regulierung in Berlin nach der Wende von der Regulierung der Praxis hin zu einer Regulierung des Raumes. Die Ausführungsvorschrift aus dem Jahr 1998 zielte darauf ab, den mobilen Handel zu verdrängen und die historische Mitte der Vorstellung einer bürgerlichen Europäischen Stadt anzupassen. In Berlin hat sich eine Perzeption des Straßenhandel verfestigt, die auf negativen Annahmen basiert und die Potentiale und Möglichkeiten nicht im öffentlichen Interesse sieht. Zudem wird der Straßenhandel im Prozess der Wiedervereinigung als ethnisierte und kriminalisierte Praxis in der öffentlichen Sphäre diskutiert, die mit der Identitätssuche des „Neuen Berlin“ einhergeht, als eine neue deutsche, moderne und

europäische Identität, die sich architektonisch, städtebaulich spiegeln sollte. In der Addition der vielfältigen Regulierungen (Gesetze, Verordnungen und Vorschriften) zum Straßenhandel im Bezirk Mitte zeigt sich, dass die Praxis des Straßenhandels nicht nur zum Bereich der prekären Selbstbeschäftigung gehört, und es sich nicht um einen besonderen Arbeitsort handelt, der wechselnden Wetterbedingungen ausgesetzt ist – sondern es handelt sich beim Straßenhandel in Berlin um einen sehr schmalen Pfad zwischen Legalität und Illegalität zur Selbstbeschäftigung. Diese gesetzlichen und administrativen Bestimmungen und Kontrollen führen zu Arbeitsbedingungen, welche nicht nur anstrengend und frustrierend sind, sondern auch zu körperlichen Schäden führen können, weil das Tragen des Verkaufsstandes eine Voraussetzung für den legalen Verkauf auf der Straße ist. Nutzungen von anderen Gerätschaften, die abgestellt werden könnten, werden von der bezirklichen Verwaltung nicht mehr als mobiler Handel betrachtet und als Störung der öffentlichen Ordnung geahndet.

Neben der Verschärfung und de facto Vertreibung des Straßenhandels durch die Einführung des Negativkatalogs aus der historischen Mitte, wurden im Abgeordnetenhaus weitere Facetten debattiert, die den Straßenhandel betrafen und im Licht der damaligen politischen Diskussion betrachtet werden sollten. Die Tourismusbefragung brachte interessante Erkenntnisse zutage, weil sie die Wünsche, Bedürfnisse und Eindrücke derjenigen abfragt, die gern als Kund_innen/Klient_innen wirtschaftspolitisch angerufen werden – aber in der Regel abwesend sind. Die Befragung zeigte, dass die touristischen Besucher_innen den Straßenhandel eher positiv bewerten und als eine besondere Attraktion in der Stadt betrachten. Ein Potential – nämlich die Lebendigkeit, die Anwesenheit von lokalen Expert_innen und das authentische Verkaufserlebnis – wurde aus Sicht der Stadtentwicklung und der touristischen Unternehmen nicht erkannt, sondern weiterhin als Konkurrenz und Gefahr wahrgenommen. Dieser Widerspruch wurde auch von kommunalen Behörden kaum zur Kenntnis genommen und vorhandene Potentiale und Bedürfnisse für die Entwicklung von niedrigschwelligen Ökonomien kaum ausgeschöpft – obwohl der Tourismusindustrie weiterhin ein wachsende Entwicklung prognostiziert wird.

III STADTPLANUNG DEZENTRIEREN

8 Alternative Perspektiven auf Straßenhandel

Die folgenden zwei Fallstudien ergänzen die Erforschung von Straßenhandel im historischen Zentrum von Berlin in mehrfacher Hinsicht. Die erste Fallstudie befasst sich mit Straßenhandel in einem Park in Berlin-Wilmersdorf, der dort seit fast 20 Jahren regelmäßig stattfindet. Es handelt sich hier um einen *Street Food Market* der hauptsächlich von Frauen thailändischer Herkunft betrieben wird und vor allem als Treffpunkt der Community dient. Die zweite Fallstudie befasst sich mit dem Straßenhandel in New York und fasst die Situation vor Ort zusammen, mit einem besonderen Blick auf die Frage der politischen Selbst-Organisierung. New York wird hier paradigmatisch als Vorreiter und Vorbild neoliberaler Städte gelesen, in welcher die Aushandlungen von Migration, Diskriminierung, ökonomischer Teilhabe und öffentlicher Raum stattfinden und artikuliert werden. Städtische Politiken und Analysen aus dem New Yorker Kontext begeben sich von hier aus auf Reisen und beeinflussen andere lokale Kontexte und Diskurse, wie die Adaption der „Zero-Tolerance“ Politik als auch die Konzeption der „Revanchist City“ von Neil Smith zur Analyse von Gentrifizierung, zeigen.

In beiden Fallstudien spielt die Frage nach der Herkunft der Straßenhändler_innen, die Geschichte des Straßenhandel und die unterschiedlichen Prozesse der Regulierung eine besondere Rolle, die ein Licht auf die interkulturelle Kompetenz öffentlicher Räume werfen. Das Ziel der Fallstudien liegt darin mit einem komparativen Blick auf die Entwicklungen in Berlin und New York einzuordnen und eine weitere Facette der vielfältigen kulturellen Realität in Deutschland hinzuzufügen, die wiederum Vorstellungen von Parkordnung, Nachbarschaft und Erholung herausfordert, weil in beiden Fällen der Zusammenhang von Migration und Straßenhandel deutlich wird und Fragen nach Bedürfnissen an die Stadt aufwerfen, weil der Straßenhandel im öffentlichen Raum sowohl auf dem Bürgersteig als auch im Park eine umkämpfte Praxis ist.

8.1 Fall 1: Die „Thaiwiese“ im Berliner Preußenpark

Community-Picknick am Rande der deutschen Parkordnung[126]

Eine unscheinbare Adresse in Berlin – der Preußenpark – ist der Code zu einem geheimen Tipp für einen besonderen Ort. Diese Besonderheit entsteht, weil der Park mit prächtigen Bäumen um eine große weite Wiese von vielen asiatischen Menschen, zumeist thailändischen Frauen, genutzt wird. Im Sommer treffen sich hier jedes Wochenende bis zu 500 Menschen, die Sonnenschirme aufstellen, Kochstellen auspacken, Campingausrüstung ausbreiten, Gemüse, Fleisch und Fisch schneiden, anbraten, kochen und dünsten, Karten spielen, Lebensmittel verkaufen und gemütlich auf der Decke ihr Wochenende verbringen. Die Kochstellen sind kurz über der Wiese aufgebaut, und wer wissen will, was gekocht wird und wie viel es kostet, dem sei angeraten sich hinzuhocken. Manche Gerichte sind schon vorbereitet, andere werden frisch zubereitet. Es gibt Som Tam, Currys, Sushis, Reisrollen, Variationen an Fisch, Fleisch, Gemüse und Reis. Dazu wird gerne ein Bier oder ein frisch angerührter Caipirinha getrunken. Vor dem Hintergrund der grünen Bäume entsteht durch die bunten Sonnenschirme eine einzigartige Landschaft: Sonne, Gerüche und Geräusche lassen die Gedanken in die Ferne schweifen – Erinnerungen an die Heimat für die einen und Sehnsüchte nach Urlaub für die anderen.

[126] Veröffentlicht in „Asiatische Deutsche – Vietnamesische Diaspora and beyond“ (Ha 2012).



Abbildung 24: Preußenpark im Sommer 2011. Eigenes Bild.



Abbildung 25: Preußenpark im Sommer 2011. Eigenes Bild.

8.1.1 Picknicken und „Heimat" herstellen

Die Anfänge des „Thai-Treffpunktes" im Preußenparks gehen zurück bis in die Mitte der 1990er Jahre. Karl Braun, Ethnologe, berichtete von dem Entstehungsmythos: Demnach hätten sich vier thailändisch-deutsche Familien regelmäßig zum Picknick im Park getroffen (2004). Seither gesellen sich Frauen und Männer aus anderen asiatischen Communities der Stadt, aber auch viele Berliner_innen und Tourist_innen dazu. Es sind vor allem Frauen, die den Park nach ihren Bedürfnissen herrichten und hier kochen und ihr Essen verkaufen. Frauen aus Thailand oder von den Philippinen oder aus Vietnam. Viele von ihnen kamen als Heiratsmigrantinnen und sind mit *weiße*n deutschen Männern verheiratet.

Sie sitzen in der ersten Reihe, neben oder hinter ihnen sitzen Männer deutscher und asiatischer Herkunft und sind behilflich. Sie schnibbeln Gemüse, bringen Getränke heran oder packen ein und aus oder erklären Interessierten die verkauften Gerichte. Andere *weiße* Männer sitzen zusammen mit einer Flasche Bier weiter abseits und reden vielleicht über ihre letzte Reise nach Thailand. Oberflächlich betrachtet, sieht vieles nach dem Idyll eines interkulturellen Familienunternehmens aus, obwohl ein fragiles Verhältnis in den deutsch-thailändischen Heiratsarrangements besteht. Nivedita Prasad, ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin bei *Ban Ying - Beratungs- und Koordinationsstelle gegen Menschenhandel* und Professorin an der Alice-Salomon-Hochschule, berichtet über eine weniger sichtbare Seite: Viele Frauen suchen an diesen Sonntagen einen Weg aus ihrer Einsamkeit in den Privatwohnungen, in denen die deutschen Männer versuchen zu bestimmen, was gegessen wird, wann in welcher Sprache mit den Kindern gesprochen wird und welche kulturellen Praktiken angemessen sind, ganz zu schweigen von der häuslichen Gewalt in den Beziehungen. Sie weist darauf hin, wie erstaunlich es sei, dass diese Frauen sich ihren eigenen Frauenraum im Preußenpark geschaffen haben.

Diese Frauen erschaffen sich am Wochenende einen Freiraum in ihrem interkulturellen Alltag mit ihren deutschen Ehemännern, der im Preußenpark öffentlich wird und der indirekt eine „Normalität" im deutsch-asiatischen Geschlechterverhältnis offenbart. Wenn wir die asiatisch-deutschen Heiratsarrangements als Form der globalisierten Arbeitsmigration begreifen, dann vervielfältigen und überlappen sich hier die globalisierten Verhältnisse von vergeschlechtlichter Reproduktions- und rassifizierter Beziehungsarbeit, in welcher *weiße* deutsche Männer zu Komplizen eines sich

reproduzierenden Machtverhältnisses werden, das die weibliche Armut im globalen Süden ausnutzt. Die Frauen hingegen entwickeln Strategien innerhalb dieser Verflechtungen, um Perspektiven für die eigenen Lebensziele zu verwirklichen und sich in ihren Netzwerken soziale Sicherheit zu verschaffen. In der dominanten Sichtweise werden asiatische Frauen entweder als Objekte der Sehnsucht exotisiert oder zu Opfern ihrer eigenen Geschichte stilisiert, jedoch selten als aktiv Handelnde begriffen. Diese Erfahrung machen *weiße* deutsche Männer, wenn sich ihre Vorurteile gegenüber asiatischen Frauen als „freundlich, gehorsam und häuslich" nicht bestätigen. Denn viele Frauen übernehmen die Regie im innerfamiliären Leben und erinnern ihre Ehemänner an ihre Pflicht, finanzielle Unterstützung für ihre Familie in Übersee zu leisten. Zu dieser Feststellung kommt auch Andrea Lauser in ihrer ethnographischen Forschung (2004), in der sie die matrilinearen Familienbeziehungen herausarbeitet und diese Frauen als aktive Heiratsmigrantinnen mit einer selbstgestalteten Lebensführung kennenlernt. Obwohl ihre Handlungsmöglichkeiten aufgrund ihrer prekären Ausgangslage eingeschränkt ist, entwickeln sie solidarische Strukturen und erarbeiten sich eine eigene Position. Daher betitelt Andrea Lauser ihr Buch mit einem Zitat der interviewten Frauen: „Ein guter Mann ist harte Arbeit" und verweist auf die aktive Gestaltung in ihren Lebenszusammenhängen. Die lange Geschichte der „Thaiwiese" im Preußenpark von Berlin-Wilmersdorf erzählt insofern eine Geschichte von asiatischen Frauen als aktive Raumproduzentinnen.

8.1.2 Deutsche Parkordnung im Preußenpark

Am Eingang zum Park hängt neben einem kleinen Übersichtsplan in einem Schaukasten die „Parkordnung" in drei Sprachen: deutsch, englisch und thailändisch. Die erste multilinguale Parkordnung wurde schon 1997 angebracht und legt folgendes fest:

> „Der Preußenpark ist eine öffentliche Grünanlage und dient Anwohnern und Besuchern zur Naherholung. Die Benutzung der Parkanlage muss schonend erfolgen, so dass Anpflanzungen und Ausstattungen nicht beschädigt, beschmutzt oder anderweitig beeinträchtigt und andere Anlagenbesucher und die Anwohnerschaft nicht gefährdet werden. Beachten Sie bitte, dass das Grillen, Garen und Zubereiten von Speisen im ausgewiesenen Parkbereich an der Württembergischen Straße nur bis 22.00h gestattet ist. Das Liegen und Picknicken ist auf allen Wiesen zugelassen.

Verboten ist:

- Das Grillen, Kochen, Garen und Anzünden bzw. Unterhalten von Feuer außerhalb des Grillbereiches
- Das Aufstellen von Gartenmobiliar (z.B. Tische, Stühle, Zelte und Schirme)
- Das Aufstellen von Kühlboxen über die haushaltsübliche Mengen hinaus
- Der Verkauf von Waren und das Angebot von Dienstleistungen
- Die Mitnahme von Hunden und anderen Haustieren (Bitte denken Sie an die unverzügliche Beseitigung von Hundekot)
- Das Fahrradfahren
- Die Lärmverursachung, z.B. durch Musikinstrumente oder Tonwiedergabegeräte, soweit andere Anlagenbesucher unzumutbar gestört werden
- Die Nutzung der Liegewiese nach 22 Uhr

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, Amt für öffentliches Bauen, Fachbereich Grünflächen, Tel: 9029-14488“

Der spezifische Wortlaut dieser Parkordnung, der sich in einigen Punkten von anderen Parkordnungen unterscheidet, zeigt sehr deutlich, dass die vorher geschilderten Picknickpraktiken unerwünscht sind und die nachbarschaftlichen, d.h. zumeist *weißen* bürgerlichen Anwohner_innen geschützt werden sollen. In dieser Regulierung zeichnet sich eine Konfliktlinie ab, die sich fast jeden Sommer wiederholt. Obwohl die Anspannungen zwischen Lokalbehörden und „Picknick-Community“ von 1997 bis 2000 enorm waren und die Polizei im Sommer 2000 mit einer Razzia gegen die Nutzungspraktiken im Park vorging, konnten in der nachfolgenden Zeit Lösungen für Hygiene, Müllbeseitigung, Lärmbelästigung und die Nutzung des Toilettenhäuschens gefunden werden. Die Parkordnung wurde nicht nur vor Ort aufgestellt, sondern kursierte auch in der thailändisch-deutschen Community. Die Bekanntgabe erfolgte etwa im Magazin „Farang - Das Südostasienmagazin aus Berlin“, welches seit 1997 monatlich aus der Community berichtet und von deutschen Heiratspartnern, die sich regelmäßig im Park treffen, gegründet wurde. Die Konflikte mit dem Ordnungsamt und der Polizei sind ein wiederkehrendes Thema mit hohem Stellenwert in der Community. Die Berichterstattung über Kontrollen erfolgt durch deutsche Männer, die sich in dieser

Auseinandersetzung zwischen der Durchsetzung der deutschen Parkordnung und den unwillkommenen Aktivitäten „ihrer Thaifrauen“ persönlich angegriffen fühlen. So bezogen sie in ihrem Magazin unter dem Titel „Altherrenriege probt den Aufstand - Ordnungsamt greift durch“ folgende Position (Farang Magazin, Ausgabe 07 – 2006):[127]

> „Nun aber gleich das Kind mit dem Bade auszuschütten, nämlich auch das Sitzen auf selbstmitgebrachten leichten Camping-Möbeln – seien sie auch noch so winzig – grundsätzlich zu verbieten, das ruft Protest hervor. Das müffelt verdächtig nach Schikane und Behördenwillkür! Vor mehr als 16 (in Worten: sechzehn) Jahren begannen Thai mit Deutschen den Preußenpark als Treffpunkt und Erholungsmöglichkeit mitten in der City zu entdecken. Berichtet wurde darüber weltweit, im Internet sogar Reisen mit dem Ziel ‚Thaipark‘ angeboten. Von Beginn an brachten sie ihre eigenen Hocker, Stühlchen, Kühltaschen, Campingtische und was man halt so braucht beim Picknick, mit. Bis zum Frühjahr 2006 stand das niemals zur Debatte! Und auf einmal soll ‚Gartenmobiliar‘ nicht mehr aufgestellt werden dürfen?! Der Verdacht erhärtet sich, dass jene im Bezirksamt, denen schon immer die ganze Richtung im ‚Thaipark‘ nicht passte, hier auf einen Schlag tabula rasa schaffen wollten. Reinen Tisch sozusagen! Unter dem Deckmantel die illegalen Händler zu vertreiben, zielbewusst den status quo ante wieder herzustellen, Motto: Preußenpark nur für Anwohner!“

Hier spiegelt sich eine Verbundenheit mit der „eigenen“ Gemeinschaft und den regelmäßigen Treffen im „Thaipark“. Die Bedeutung des Parks geht weit über die Grenzen der lokalen Anwohnerschaft hinaus und ist in eine weitläufige Bedeutungslandschaft zwischen internationalem Tourismus, Heiratsmigration und Gastronomie eingebettet. Der „Thaipark“ kann mittlerweile auf eine fast 20-jährige Geschichte zurückblicken, aber seine Zukunft ist ungeklärt. Fast jedes Jahr wird in der Berliner Presse das Gerücht kolportiert, dass die örtlichen Behörden durchgreifen und diesen Markt nicht mehr zulassen werden. So titelte im Jahr 2011 die B.Z. „Preußenpark, Berlins Thai-Park soll verschwinden“. Andererseits hat die ehemals unscheinbare „Thaiwiese“ eine Prominenz erlangt, die sich in internationalen Medienreportagen,

[127] http://www.farang.de/Archiv/AUSGABEN/Farang-Magazin_2006_07.html#6 (letzter Zugriff: 03.10. 2014)

Webeinträgen und Bewertungen in Restaurantführern ablesen lässt und diesen Markt zu einer festen Einrichtung in der Stadt macht.

8.1.3 Genutzte Orte – gemachte Stadt

Der „Thaipark" wirkt wie ein Kleinod, der durch eine Postkartenauthentizität besticht. Ein scheinbar „authentischer" *Foodmarket*, wie er zum Inventar asiatischer Städte gehört, lädt zum Picknicken ein. Er ermöglicht den Besucher_innen frisches thailändisches oder vietnamesisches Essen aus den überlieferten Familienrezepten für wenig Geld zu kosten und mitten in Berlin einen kleinen Ausflug in den „fernen Osten" zu machen. Jedoch verdeckt das *weiße* Blickregime des „Authentischen" und „Exotischen", das den Park als „Klein-Bangkok" oder als faszinierende Entdeckung der „fernöstlichen Küche" erscheinen lässt, die prekäre Position der asiatischen Frauen.

Der asiatische Preußenpark entsteht, weil viele sich gemeinsam einen Raum erschaffen, der für sie eine Referenz an die Geschmäcker und Sprachen ihrer Herkunft entwirft. Dieser Raum entsteht, weil diese Frauen miteinander ihr Wissen und ihre Erfahrungen teilen und sie weiterreichen. Diese Praktiken ermöglichen gemeinsame Erfahrungen: zusammen kochen, miteinander spielen und sprechen, sowie ein entspanntes Beieinandersein am Wochenende. Das gemeinsame Picknicken in öffentlichen Räumen fordert nicht nur die städtische Verwaltung heraus, sondern fragt auch nach der Relevanz solcher Räume für das Community-Building. Die Entstehung des „Thaiparks" zeugt davon, dass diese Frauen eine selbstgewählte und informelle Möglichkeit des Austausches und der Vernetzung nutzen. Dieser Aspekt ist von immenser Bedeutung, wenn man berücksichtigt, in welchen unterprivilegierten Positionen sich viele befinden. Das findet in der Verwaltung anscheinend wenig Beachtung, weil sie die interkulturelle Bedeutung öffentlicher Räume als eher nachrangig betrachtet und die Anwohnerinteressen sowie die hygienischen Anforderungen eines deutschen Parks im Vordergrund sehen.

Obwohl die Schaffung „interkultureller Gärten" von einer vermeintlichen Diversifizierung der Nutzergruppen in der Berliner Erholungslandschaft zeugen, limitieren Grillverbote etwa im Berliner Tiergarten gerade die Erholungsmöglichkeiten für Familien türkischer und arabischer Herkunft mit kleinen Wohnungen und geringen Einkommen. Darüber hinaus sind die Zugänge für migrantische Communities in die Kleingärtenvereine eingeschränkt, weil diese nicht gerade mit interkultureller

Kompetenz brillieren und ihre komplizierten Vereinssatzungen abschreckend wirken, oder weil Migrant_innen wie etwa im Kleingartenverein Norderstedt nur in begrenzter Zahl eintreten sollten.[128] Die Schwierigkeit für migrantische Communities, selbst gewählte Formen der Erholung in öffentlichen Räumen zu etablieren und die interkulturelle Öffnung deutscher Grünanlagen zu erweitern, deutet auf wenig beachtete städtische Defizite hin.

Vor diesem Hintergrund erstaunt die lange Geschichte des Community-Picknick im „Thaipark" und im Tiergarten als ein beständig von Kriminalisierung bedrohtes Gemeinschaftsunternehmen, das gleichermaßen eine neue Geschichte des Preußenparks erzählt. Diese Geschichte lässt sich symbolisch als eine Geschichte über deutsche Zustände lesen, in der dominante kulturelle Symbole durch die Alltagspraxis marginalisierter Communities überschrieben werden. Auch wenn die deutsche Parkordnung sich noch nicht an den interkulturellen Alltag im Einwanderungsland angepasst hat, findet dieser schon lange seine Wege und zeigt, durch Anpassungsfähigkeit wie Beharrungsvermögen, Möglichkeiten zur Schaffung eigener deutsch-asiatischer Räume.

8.2 Fall 2: Straßenhandel in New York – ein Blick über den Atlantik

8.2.1 Die Stadt New York

New York ist eine der ältesten Metropolen der Moderne auf diesem Globus. Hier wurden die ersten Hochhäuser in Skelettbauweise (1902) errichtet und eine der ersten U-Bahn-Netze in die Erde gegraben (Eröffnung der U-Bahn im Jahr 1904). New York zirkuliert weltweit in der Ikonographie als *die* moderne und kapitalistische Stadt, New York ist zur Marke des urbanisierten Lifestyle der Stadt von morgen gewonnen.

In diese Ikonographie haben sich nicht nur die hohen Türme und die tiefen Straßenschluchten eingeschrieben, sondern auch die Widersprüche von Arbeit, Armut und Hoffnungslosigkeit. Diese Stadt symbolisiert die Vertikalisierung von Urbanisierung zu der am anderen Ende die Horizontalisierung von Urbanisierung à la Los Angeles steht. Die Vertikalität von New York ist zum Ausdruck von Kapital, Technik, Reichtum und Ingenieurswissen in der Hand von wenigen geworden. Sie wurde über der Halbinsel

[128] Ein Artikel in der Süddeutschen Zeitung titelte am 9.12.2011 „Hobbygärtner beschließen Ausländerquote": http://www.sueddeutsche.de/panorama/umstrittene-entscheidung-in-hamburg-hobby gaertner-beschliessen-auslaenderquote-1.1230112 (letzter Zugriff am 3.10. 2014)

von Manhattan errichtet, bildet den Erfahrungshorizont für die Essenz dessen, was New York ist – eine der teuersten Adressen der Welt. Diese Essenz zirkuliert als Filmkulisse, als Postkarte, als Lebenshorizont und transportiert die Idee der westlichen Stadt. Im Gegensatz dazu stehen die suburbanisierten Städte Nordamerikas, die von der Monotonie und Konformität der Mittelschicht zeugen und einen Ausblick in die postmoderne und posturbane Zukunft der USA gewähren. In diesem Gegensatz wirkt New York schon wieder europäisch und ist aus US-amerikanischer Perspektive das Tor zu Europa im Osten des Landes. Hier landeten die Niederländer und errichteten ab 1626 als erste Siedlerkolonisten *Nieuw Amsterdam* und zerstörten die indigenen Grundlagen der ersten Bewohner_innen vor Ort.

New York ist bis heute fester Referenzrahmen für Vergleiche, Analogien und Aussagen über das Städtische, sei es in analytischer, in sozialer oder in politischer Hinsicht. Die transatlantische Verbundenheit basiert als Projekt des Westens gegen andere Wirtschaftsräume, nicht nur auf Sicherheitsabkommen wie die NATO, sondern auch in vielen anderen Wirtschaftskooperationen zwischen dem nördlichen Amerika und dem nördlichen Europa. Aufgrund dieser Verbundenheit begreife ich den transatlantischen Raum als *westlich* und nähere mich New York und frage nach den dortigen Erfahrungen, Geschichten und Kämpfen von Straßenhandel. Innerhalb dieser Abgrenzung des Westens zum Rest der Welt werfe ich einen vergleichenden Blick aus einem europäischen Blickwinkel auf eine prominente US-amerikanische Stadt. Diese europäische Perspektive fragt vor allem nach der Neoliberalisierung des Städtischen bzw. der sozialen Verhältnisse, weil seit den 1990er Jahren des Dogma des Neoliberalismus die sozialen Verhältnisse in Europa transformiert und in Deutschland den Wohlfahrtsstaat in einen aktivierenden Sozialstaat verwandelt hat und sich an US-amerikanischen Vorstellungen von liberaler Gesellschaft orientiert. Mich interessieren sowohl die Geschichte und der Umfang des Straßenhandels als auch dessen Alltäglichkeit. Neben der Darstellung zur Geschichte und zur derzeitigen Regulierung von Straßenhandel stehen im Fokus meiner Fragen die Selbstorganisierung von Straßenhändler_innen, die sowohl die Avantgarde des urbanen Prekariat als auch des urbanen Unternehmers bilden. Wie situieren sie sich in diesem ambivalenten politischen Feld von Unternehmertum und Prekarisierung? Hiermit beziehe ich mich nicht nur auf die Neoliberalisierung des Städtischen, sondern auch auf die Individualisierung des unternehmerischen Projekts, die Ulrich Bröckling als das unternehmerische Selbst

beschrieben hat (2007). Die Verantwortlichkeit für die eigenen Lebensverhältnisse werden entsozialisiert und individualisiert, mit weitreichenden Herausforderungen für die Organisierung sozialer Gruppen, weil sie nur noch Fragmente des Identitären teilen, wie beispielsweise berufliche, lokale, geschlechtliche und herkunftsbezogene Identitäten. Inspiriert von Lefèbvres Argument, dass die Stadt ein Prozess ist und er in seiner Arbeit die marxistische Analyse vom Arbeiterkampf auf den städtischen Raum übertragen hat, frage ich vor allem nach der Selbstorganisationen von Straßenhändler_innen. Diesem Argument von Lefèbvre folgend frage ich daher nach den Kämpfen der Straßenhändler_innen und wie sie ihr Recht auf Stadt definieren? Wie artikulieren sie es? Mit welchen Herausforderungen sehen sie sich konfrontiert?

8.2.2 Zahlen und Fakten zum Straßenhandel in New York

Die Zahlen zum Straßenhandel sind nach Angaben des *Street Vendor Project (SVP)*, eine der größten mitgliedsbasierten Organisation in New York City, angestiegen. Die Studie von 2006 schätzte eine Zahl von insgesamt 12.557 Straßenhändler_innen auf den Straßen von New York (Street Vendor Project 2006: 6), und im Jahr 2013 schätzte SVP 20.000 aktive Straßenhändler_innen.[129] Aufgrund der Lizenzierung wird in vier verschiedene Gruppen unterschieden:

- Imbissverkäufer_innen (*Food vendors,* 2006: 3.000 Händler_innen),
- Allgemeine Händler_innen (*General (non-veteran),* 2006: 853 Händler_innen),
- Kriegsveteranen *(Military veterans,* 2006: 1.704 Händler_innen),
- Verkäufer_innen von Buch, Kunst und Presse *(First Amendment,* 2006: 1.000 Händler_innen)
- Nicht lizenzierte Händler_innen *(Unlicensed vendors,* 2006: geschätzte 6.000 Händler_innen)

Die Aufzählung und Unterteilung spiegelt das Regime der Regulierung von Straßenhandel in New York wieder, weil unterschieden wird, was verkauft wird und von wem. Bei den Waren wird in drei Gruppen differenziert: der Verkauf von Imbissen und Getränken (*food vendors*), anderer Handelswaren (g*eneral vendors*) und der Verkauf von Büchern, Presse oder Kunst. Der Verkauf von Buch, Kunst und Presse ist durch den

[129] http://streetvendor.org/ (letzter Zugriff am 03.10.2014).

ersten Zusatzartikel der US-amerikanischen Verfassung geschützt (*First Amendment*), der im Grundrechtekatalog festgeschrieben ist und die Meinungs-, Religions-, Presse- und Versammlungsfreiheit schützt. Aufgrund dieses Rechtes wird für den Verkauf dieser Waren keine Lizenz benötigt. In einer anderen Gruppe werden diejenigen zusammengefasst, die Lizenzen als Veteranen erhalten.

Mit der Studie, die das *Street Vendor Project* von 2003 bis 2005 in *Lower Manhattan* durchführte und an die 100 Personen interviewte, liegen Daten zur Motivation, zur Herkunft und zu den Problemen der Straßenhändler_innen vor. Aus der Studie geht hervor, dass 38% Straßenhandel betreiben, weil sie keinen anderen Job finden können, 27% lieben die (ökonomische) Autonomie, 10% verkaufen und handeln gerne, 7% sehen darin eine gute Verdienstmöglichkeit und 7% haben eine körperliche Behinderung und 11% gaben andere Gründe an (Street Vendor Project 2006: 8). Die meisten der Händler_innen sind Migrant_innen, von den in den USA geborenen Personen sind die meisten Veteranen. Die Straßenhändler_innen sind zumeist verheiratet (78%) und männlich (85%), sie unterstützen mit ihrer Arbeit ihre Familie ökonomisch (88%), und fast alle (96%) zahlen Steuern. Die Einkommens- und Arbeitsbedingungen sind in der Regel prekär. Im Sommer arbeiten die meisten für durchschnittlich 8,7 Stunden am Tag und sechs bis sieben Tage in der Woche auf der Straße. Viele haben lange Arbeitswege, weil sie in den äußeren Bezirken leben und in Manhattan arbeiten. Bei schlechtem Wetter, Krankheiten, Straßensperrungen oder familiären Verpflichtungen können sie nicht arbeiten und müssen Einnahmeausfälle selbst kompensieren. Auch von der Art der Arbeit gehen weitere Gefährdungen aus, wie etwa Arbeitsunfälle beim Kochen oder urinale Gesundheitsbeschwerden, weil zu selten Sanitäranlagen aufgesucht werden. Gegen diese Auswirkungen auf die Gesundheit sind 60% der Straßenhändler_innen nicht krankenversichert. Auch der Straßenverkehr, die Luftverschmutzung und zahlreiche Ausraubungen der Einnahmen erschweren die Arbeit und können zu Verletzungen, Krankheiten und Einkommensverlusten führen. Die Einkommen der Händler_innen sind sehr niedrig – auch wenn es Ausnahmen gibt – und liegen im Durchschnitt bei 7.500$ im Jahr. Aber fast die Hälfte der Befragten gab an, dass sie unter 5.000$ im Jahr verdienen und unter der amerikanischen Armutsgrenze liegen. Obwohl diese Probleme schon immens sind und die körperliche Gesundheit der Straßenhändler_innen durch die Arbeit angegriffen wird, sind dies nicht die größten Probleme mit denen sie konfrontiert sind. Als größte Probleme werden in der Studie

aber die gesetzlichen Restriktionen, die hohe Zahl der Strafzettel, die Gerichtsverfahren, das polizeiliche Fehlverhalten und das negative Verhalten von Ladenbesitzer bzw. von *Business Improvement Districts* genannt. Aufgrund der unübersichtlichen Verordnungen, Bestimmungen und Gesetze, und den verschiedenen städtischen Verwaltungen, die darin involviert sind, ist es für die Straßenhändler_innen kaum möglich alle Regulierungen zu kennen – und dies gilt auch für die kontrollierenden Polizist_innen auf den Straßen von New York. 38% der Strafzettel werden ausgestellt, weil die Entfernungen zu Bushaltestellen, Geschäftseingängen oder ähnlichem nicht eingehalten wurden, und nur 10% der Strafzettel beziehen sich auf die Hygiene (*food safety*). Insgesamt sind die Zahlen für die Ausstellung von Strafzetteln sehr hoch, im Durchschnitt hatte ein/e Straßenhändler_in 6 bis 7 Strafzettel im Jahr bekommen. Diese Strafzettel erhöhen sich jeweils und können seit 2006 eine maximale Höhe von 1.000$ auch für kleinere Vergehen haben. Laut Studie wird durchschnittlich ca. 5% des Einkommens für die Bezahlung der Strafzettel aufgewendet. Eigentlich können diese Strafzettel vor Gericht angefochten werden. In New York handelt es sich um ein relativ informelles Gericht, nämlich das *Environmental Control Board (ECB)*, jedoch fühlen sich viele der Händler_innen nicht in der Lage sich dort selbst zu vertreten, weil die Materie komplex ist und ihre Sprachkenntnisse nicht ausreichen. Neben dieser komplizierten und unverständlichen Regulierung des Straßenhandels, die in einem Rechtsverfahren juristisch bearbeitet wird, welches die Händler_innen selbst kaum verstehen und wahrnehmen können, sind diese zusätzlich mit Schikanen und Belästigungen durch die Polizei konfrontiert. Die intransparenten Regeln erlauben eine Schikanierung durch die Ausstellung von Strafzetteln, deren Rechtmäßigkeit in vielen Fällen bezweifelt werden darf, wie erfolgreiche Gerichtsverfahren der Anwälte des SVP beweisen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Polizei bestimmte Personengruppen seit dem 9. September 2011 nach den Terroranschlägen gegen das New Yorker World Trade Center unter Generalverdacht stellt. Dies hatte zum Zeitpunkt der Studie für einige Verkäufer_innen dramatische Folgen, weil sie ihren Standort und Kund_innen verloren, und von Polizisten rassistisch beleidigt wurden (Street Vendor Project 2006: 16).

Aufgrund der limitierten Anzahl der Lizenzen und einer geschlossenen Warteliste operieren immer mehr Straßenhändler_innen ohne eine Lizenz. Und auch die Finanzkrise im Jahr 2008 ging nicht spurlos an New York vorüber, die dafür sorgte, dass viele in der Stadt ihre Arbeit verloren. Auch das *Street Vendor Project* stellte eine

erhöhte Anzahl von Nachfragen fest und bietet seither kostenpflichtige Informationsveranstaltungen an, die interessierten Personen bei der Existenzgründung eines *food cart* (oder *truck*) beraten. Auch die Stadtverwaltung legte im Jahr 2008 ein neues Programm auf: das sog. *NYC Green Cart Programm.*[130] Dieses Programm sollte dazu dienen, die Bevölkerung in den armen Gebieten von New York besser mit frischem Obst und Gemüse zu versorgen, weil hier die Versorgung sehr schlecht ist (*food desert*). Zugleich wird dieses Programm als proaktive Kampagne gegen Fettleibigkeit (*obesity)* betrachtet, weil ein großer Teil der primären Nahrung aus Fast Food Restaurants in der umliegenden Nachbarschaft bezogen wird. Aus diesem Grunde gab die Stadt 1.000 zusätzliche Lizenzen aus, mit denen bestimmte Auflagen einhergingen: der Verkauf in spezifischen Gebieten, wie Bronx, Brooklyn, Norden von Manhattan, Queens und Staten Island, der Verkauf von frischem Obst und Gemüse, die Teilnahme an vorbereitenden Kursen und die Benutzung des *NYC Green Cart* Sonnenschirms (vgl. Abbildung 26).



Abbildung 26: Green Cart Vendor in Brooklyn, August 2009. Eigene Aufnahme

Das Programm wurde als *Public-Private-Partnership* von der städtischen Gesundheitsbehörde und der Stiftung des Bürgermeisters, der *Laurie M. Tisch*

[130] Darstellung des Programms auf den Seiten der städtischen Verwaltung: http://www.nyc.gov/html/doh/html/living/greencarts.shtml (Letzter Zugriff am 8.10.2014)

Illumination konzipiert und durchgeführt. Im Jahr 2011 wurde dieses Programm mit dem Film „*The apple pushers*“ und einer sechsmonatigen Fotoausstellung „Movable Feast: Fresh Produce and the NYC Green Cart Program“ im Museum der Stadt New York beworben. Auf den Seiten der Stiftung las sich das Programm als ein großartiger Erfolg, weil knapp 900 Jobs geschaffen wurden und in den Gebieten ein „signifikanter Anstieg“ im Verzehr von gesundem Essen verzeichnet werden konnte.[131] Vier Jahre nach Einführung des Programms wurde eine unabhängige Studie von Maris Jahn, Künstlerin, und Mark Shavitz, Stadtplaner, mit 35 Green Cart-Händler_innen in vier verschiedenen Bezirken über einen Zeitraum von sechs Monaten durchgeführt (Jahn und Shavitz 2012), die zu einem anderen Ergebnis kamen. Diese Studie sah den Erfolg des Programms als noch nicht gesichert und stellte einen erheblichen Verbesserungsbedarf fest, weil viele von den Straßenhändler_innen ihre Lizenzen nicht erneuern konnten. Sie erklärten, dass ihre Einnahmen niedriger seien als erwartet und höchstens bei 7.500$ im Jahr lägen, daher sei eine Verlängerung der Lizenz durchaus fraglich. Die Händler_innen führten die niedrigen Einnahmen auch auf die verpflichteten Standortenzurück, weil es sich um arme Nachbarschaften handelt, in denen es wenig Fußgängerverkehr gibt – gute Verkaufsstandorte sind rar in den zugewiesenen Gebieten des Programms. Außerdem müssten sie sie mit schlechtem Wetter zu kämpfen, bekämen viele Strafzettel und müssten hohe Strafen zahlen. Ein weiteres Problem, von dem berichtet wurde, was logistischer Art, weil es wenige sichere und bezahlbare Unterstellmöglichkeiten in der Nähe der Verkaufsstandorte vorhanden sind. So berichteten die Händler_innen, dass sie ihren Wagen (*pushcart*) weit außerhalb in Maspeth, Queens, zur Inspektion bringen müssten, weil nur hier die Inspektion durchgeführt wird und dort erwarteten sie stundenlange Wartezeiten und das Risiko keine Erlaubnis zu erhalten. Weil für viele der Straßenhändler_innen keine weiteren Transportmöglichkeiten bestünden, gestalteten sich weite Strecken mit dem Verkaufswagen zu einer erheblichen Herausforderung. Das gleiche gilt auch für tägliche Strecken, wenn die nächste Unterstellmöglichkeit zwei Meilen vom Verkaufsstandort entfernt sei. Die eingeschränkte Mobilität führte auch zu

[131] „New York City’s annual Community Health Survey indicates a significant increase in the consumption of healthy foods since the start of the Green Cart Initiative. In high-poverty neighborhoods served by the Green Carts, the percentage of adults who said they ate no fruits or vegetables in the previous day dropped from 19 percent in 2004 to less than 15 percent in 2010.“ http://www.lmtillumination fund.org/impact/green-carts/. Aus dieser Aussage geht nur sehr vage hervor, ob Menschen mehr oder weniger Obst und Gemüse essen und daher signifikante Veränderungen in der Nahrungsaufnahme festzustellen sind, die zu einem Rückgang von Fettleibigkeit führen könnten.

Auswirkungen auf die Anlieferung der Waren, die für einige nicht einfach zu bewältigen waren.

Angesichts der vielen unterschiedlichen Probleme, die nicht ohne die Unterstützung der städtischen Verwaltung verbessert werden könnten, sei der Erfolg dieses Programm noch ungeklärt. Daher kommt die Studie zur der kritischen Einschätzung, dass die Initiatoren des *Green Cart Program* nur unzureichend die Herausforderungen benennt und oberflächliche Ergebnisse zur Auswirkung dieses Programmes auf den Gesundheitsstand der Nachbarschaften liefert, aber mit Fotoausstellungen und eine eigenen Film bewerben. Angesichts der komplexen Herausforderungen im Kampf gegen Fettleibigkeit, aber auch gegen städtische Armut, erscheint der Fokus des Programms auf die Herausgabe von Verkaufslizenzen, Ausweisung von Standorten und Verpflichtung der zu verkaufenden Waren unzureichend und eher kosmetischer Natur zu sein. Obwohl die Erhöhung der Lizenzen für den Straßenhandel zu begrüßen sind, gehen diese mit den logistischen Schwierigkeiten der technischen Abnahme, den gesetzlichen Restriktionen für den Straßenhandel und der Begrenzung von möglichen Verkaufsorten einher, die für eine nachhaltige Existenzgründung in der urbanen Ökonomie äußerst fraglich sind.

8.2.3 Straßenhandel und öffentlicher Raum

Vor dem Hintergrund der Kommodifizierung des Städtischen haben verschiedene Autor_innen anhand von Beispielen in New York die Frage nach dem Ende des öffentlichen Raumes aufgeworfen und sich mit Politiken des öffentlichen Raumes befasst (Neil Smith 1996; Mitchell 2003; Low und Smith 2005; Loukaitou-Sideris und Ehrenfeucht 2009). In diesen Arbeiten werden die Schließungen von öffentlichen Parkanlagen, die Vertreibung von wohnungslosen Menschen und die „Null-Toleranz-Politik“ des New Yorker Bürgermeister Guiliani thematisiert, der sich auf die „Broken Windows Theorie“ bezieht.[132] Wie Neil Smith in seiner Arbeit „Revanchist City“ schon theoretisierte, sah er die Kommodifizierung der Stadt mit einer „revanchistischen Rückeroberung“ durch die bürgerlichen Eliten begleitet, wie sie sich in dieser Politik artikulierte. Die „Null-Toleranz-Politik“ (und vor allem die polizeiliche Strategie) zielte

[132] Diese Theorie geht davon aus, dass größere kriminelle Vergehen folgen, wenn kleinere nicht verfolgt werden und wurde von den Kriminologen James Q. Wilson und George Kelling entwickelt. Sie gingen davon aus, dass ein zerstörtes Fenster weiteren Vandalismus nach sich zieht und daher schon bei kleinen Vergehen ein engagiertes Durchgreifen erforderlich ist.

auf die Kriminalisierung von wohnungslosen, straßenhandelnden, drogennehmenden Menschen im öffentlichen Raum ab. Diese Politik wurde verfolgt, um städtischen Bürger-_innen zu zeigen, dass die Polizei die städtische Sicherheit ernst nimmt und weitere Tatbestände wie Raub, Mord und Totschlag absinken würden. Tatsächlich sank in der Zeit von Guiliani (1994-2001) die Kriminalitätsrate um fast 20% und dieses Absinken wurde auf die neue polizeiliche Strategie zurückgeführt. Jedoch stellen die Ökonomen Stephen Levitt und Stephen Dubner stellen diese Kausalität infrage und verglichen die Statistiken für andere Städte in den USA miteinander. Hierbei zeigt sich, dass in den gesamten USA die Kriminalitätsrate sinkt, auch in solchen die keine neue polizeilichen Strategien eingeführt haben (Levitt und Dubner 2009: 107-132).

Auch auf der internationalen Bühne erlangte die „Null-Toleranz-Politik" Prominenz und wurde in anderen Städten adaptiert, die im Zuge neuer städtischer Politiken für den öffentlichen Raum nun Fragen von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit in den Fokus stellten (Smith 2001; Belina 2007). Im Zuge dieser polizeilichen Strategien gelangte der Straßenhandel in den Blick polizeilichen Handelns. Devlin beschreibt wie im Zuge dieser veränderten städtischen Politik der Straßenhandel im Jahr 1994 zum Ziel von polizeilichen Razzien wurde (Devlin 2006). Diese Razzien fanden etwa in Harlem auf der 125. Straße statt und trafen vor allem unlizenzierte westafrikanische Straßenhändler. Devlin geht davon aus, dass die massiven Interventionen der Polizei keine nachhaltigen Änderungen der ökonomischen Basis des ambulanten Handels bewirken wird, weil der Straßenhandel sich andere Orte in der Stadt sucht und charakterisiert daher die polizeiliche Strategie als das konstante Management einer Krise (2006: 4).

Regina Austin stellt aus einer afroamerikanischen Perspektive die grundsätzliche Bedeutung der Grenzziehung von Legal/Illegal für Schwarze Straßenhändler_innen im US-amerikanischen Kontext infrage (1994). Sie kontextualisiert die Bedeutung dieser ökonomischen Praxis vor dem Horizont der gemeinsamen Schwarzen Erfahrung, der Versklavung und der rassistischen Gesetzgebung bis 1964, die dazu führt, dass Schwarze Straßenhändler_innen sich am unteren Ende der ökonomischen Leiter befanden, weil sie von ökonomischer Produktion und Handel weitgehend ausgeschlossen waren. Gerade vor diesem Hintergrund sah sie eine besondere Wachsamkeit gegenüber der lokalen Regulierung von ökonomischen Aktivitäten. Aufgrund des strukturellen Ausschlusses dieser Bevölkerung aus wichtigen gesellschaftlichen Zusammenhängen, fordert sie eine „Black Public Sphere" – einen eigenständigen wirtschaftlichen und öffentlichen

Zusammenhang – in dem sich die Schwarze Bevölkerung der USA aufeinander beziehen kann.

> „Blacks must be especially vigilant with regard to the local regulation of entrepreneurial activity, because the well-being of the black public sphere hinges upon it. When I speak of the black public sphere, I refer to a realm that includes not just politics, but also economics." (Austin 1994: 2)

Ihr Text verweist auf die strukturelle Bedeutung von Straßenhandel in einer rassifizierten Gesellschaft, in der ganze Bevölkerungsgruppen nur eingeschränkte Zugänge zu ökonomischen und öffentlichen Sphären haben. Diese Gruppen trifft eine restriktive Regulierung von straßenbezogenen ökonomischen Aktivitäten daher besonders drastisch.

Gerade in den unterschiedlichen Studien zum Straßenhandel von New York werden Fragen nach vielschichtigen Regimen der Vergeschlechtlichung und Rassifizierung aufgeworfen. Kathleen Dunn (2013) untersuchte beispielsweise die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung der *Red Hook Food Vendors* in Brooklyn, New York, und wie sie innerhalb der lateinamerikanischen Einwandererfamilien geschlechtsspezifischen Rollen folgt.

Diese Studien zum Straßenhandel konstatieren nicht nur die beschränkten Zugänge von urbanen ökonomischen Praktiken im öffentlichen Raum von New York, sondern zentrieren darüber hinaus die Perspektive derjenigen, die sich den gesellschaftlichen Beschränkungen widersetzen und für ihre Familie und für sich das ökonomische Überleben zu sichern suchen. Straßenhandel im öffentlichen Raum von New York ist daher nicht nur aufgrund der „Null-Toleranz-Politik" eine marginalisierte ökonomische Aktivität, sondern auch aufgrund der historischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge von Migration und Rassismus, und bietet einen exemplarischen Blick auf die vielfältigen Bedeutungen und Auseinandersetzungen um den Straßenhandel in westlichen Städten.

8.2.4 Selbstorganisierung von Straßenhändler_innen

Straßenhandel findet nicht nur in Manhattan statt, sondern auch in allen anderen Bezirken, wie Harlem, Brooklyn, Queens und der Bronx. In Manhattan sind ca. 1.500 Straßenhändler im *Street Vendor Project* organisiert, in anderen Bezirken und Nachbarschaften gibt es weitere Organisationen mit ähnlichen Arbeitsschwerpunkten

wie *Vamos Unidos* (Bronx), *Esperanza del Barrio* (East Harlem), *Red Hook Food Vendors* (Brooklyn), *New York City Food Truck Association, u.a.*.

Während meines Forschungsaufenthaltes im späten Sommer 2009 konnte ich mit zwei Organisationen Kontakt aufnehmen, dem *Street Vendor Project* und den *Red Hook Food Vendors*. Im Folgenden werde ich diese beiden Organisationen, ihre Geschichte, ihre Aufgaben, ihr Selbstverständnis und ihre politischen Kämpfe und Forderungen vorstellen.

1. Street Vendor Project

Das *Street Vendor Project* (SVP) ist die größte und bekannteste Selbstorganisation von Straßenhändler_innen in New York. Das Projekt ist ein Teilprojekt des *Urban Justice Center,* das den verletzbarsten Bewohner_innen von New York Unterstützung, Beratung und politische Kampagnenarbeit anbietet. Das Zentrum arbeitet in weiteren Projekten zu Themen wie Gemeinwesenarbeit (*Community Organizing*), häusliche Gewalt, Wohnungs- und Obdachlosigkeit und Sexarbeit. Die Entstehung des SVP ist maßgeblich auf die Initiative des derzeitigen Direktor Sean Basinski zurückzuführen, der selbst als Straßenhändler arbeitete und zugleich Anwalt ist. Das Projekt wurde 2005 gegründet und ist seither kontinuierlich gewachsen. Die Arbeit des Projektes ist vielfältig und umfasst Fundraising-Projekte (etwa im Zusammenhang mit der jährlichen Vergabe des sog. *Vendy Award*), *Community Organizing* (als mitgliedschaftsbasiertes Projekt, Erstellung von Studien, Informationen und Guide Books, *Capacity Building*), juristische Begleitung und strategische Prozessführung, politische Kampagnen (z. B. zur Senkung der Bußgelder von 1000$ auf 250$) und die Vergabe von Mikrokrediten.

Der *Vendy Award* wurde 2005 mit dem Ziel eingeführt, um Gelder für die Arbeit des Projektes einzusammeln und ein Bewusstsein für die Situation der Straßen-händler_innen in der Stadt herzustellen[133]. Bei diesem *Vendy Award* treten verschiedene *Food Vendors* gegeneinander an, die aus der Stadt heraus nominiert werden, und kochen vor einer Jury, die über die Vergabe des Preises entscheidet. Dieser Award findet jedes Jahr im September statt und hat sich zu einem festen Event im New York Kulturkalender entwickelt, der von dort aus andere Städte inspirierte - mittlerweile werden auch in Los Angeles, Philadelphia, Chicago und New Orleans ähnliche Auszeichnungen vergeben.

[133] http://www.vendyawards.streetvendor.org/ (letzter Zugriff am 8.10.2014)

Ein weiteres Projekt war im Jahr 2009 das Booklet VENDOR POWER in Zusammenarbeit mit Candy Chang und dem *Center for Urban Pedagogy* (CUP)[134]. Dieses Booklet zielt darauf ab, Straßenhändler_innen bei ihrer Arbeit dahingehend zu unterstützen, sie mittels einer mehrsprachigen und visuellen Broschüre über die Geschichte, die wichtigsten gesetzlichen Regularien für den Straßenhandel zu informieren und ihnen wichtige Hinweise im Umgang mit der Polizei zu geben.

Ein wichtiges Element in der Arbeit des SVP sind die monatlichen Treffen der Mitglieder und die Wahl des *Leadership Board*, hier werden Probleme ausgetauscht, Kampagnen entwickelt und Entscheidungen getroffen. Die gewählten Mitglieder des Board vertreten die Interessen und Positionen der im SVP organisierten Straßenhändler_innen gegenüber den Medien, auf Demonstrationen und in der Kooperation mit anderen NGOs und staatlichen Institutionen.

Im Interview mit Sean Basinski[135] weist er auf die Herausforderung der Gemeinwesenarbeit hin, die auf die juristische Beratung für Straßenhändler_innen abzielt und die Selbstorganisierung von Straßenhändler_innen, die jedoch sehr stark von ihrer täglichen Arbeit beansprucht werden, angewiesen ist. Er sieht sich selbst als jemanden, der mit einem Fuß in der Welt der Straßenhändler_innen steht und mit dem anderen die Welt der Gerichte kennt. Er versucht zwischen diesen beiden Welten zu vermitteln und die Straßenhändler_innen als städtische Bürger_innen zu unterstützen, die ihre politischen und sozialen Rechte wahrnehmen. Er vergleicht das *Street Vendor Project* daher mit einer Gewerkschaft, die für die Belange der Straßenhändler_innen einsteht. Gerade an den Kämpfen der Straßenhändler_innen lassen sich die urbanen Transformationen von New York und der Einfluss der städtischen Kommodifizierung auf Leben und Überleben von migrantischen Straßenhändler_innen hat. SVP stellte in ihrer Studie fest:

> „Finally, the city's mistreatment of vendors has caused them to rise up, come together, and turn to organizations for help. [....they] have committed resources and time on behalf of the city's vendors in an attempt to break the bureaucratic lock which stifles the entrepreneurial spirit of men and women whose only wish

[134] http://candychang.com/street-vendor-guide/ (letzter Zugriff am 8.10.2014)

[135] Interview am 5. August 2009 im Sitzungsraum des *Street Vendor Project*, Manhattan, New York.

> is to survive in a city increasingly turned over to corporate interests.“ (Street Vendor Project 2006: 1)

Das *Street Vendor Project* ist zu einer festen Größe in der selbstorganisierten Interessenvertretung von Straßenhändler_innen in Manhattan geworden und hat weit über die Stadtgrenzen hinaus an Prominenz erlangt. Das Anwachsen der Organisation, aber auch die nationale und transnationale Vernetzung mit anderen Gruppen in den USA und weltweit, zeugen von der wachsenden Bedeutung des Straßenhandels in ihrem Kampf und das Recht auf Stadt. Neben der Unterstützung der Straßenhändler_innen und der politischen Positionierung in den unterschiedlichen Prozessen der städtischen Regierung und Verwaltung, leistet das *Street Vendor Project* auch die wichtige Arbeit von Datenerhebungen, die als Quelle für wissenschaftliche und politische Prozesse von erheblicher Bedeutung sind.

Eine andere Gruppe von Straßenhändler_innen, die sich in New York organisieren, blickt auf eine gänzlich andere Geschichte zurück und vielmehr aus der Inwertsetzung städtischer Randlagen resultiert.

2. Red Hook Food Vendors

Bei den *Red Hook Food Vendors* handelt es sich um eine lokal ausgerichtete Gruppe mit einer weitaus geringeren Mitgliederzahl, deren Geschichte Aufschluss über die städtische Transformation von New York gibt. *Red Hook* liegt auf der gegenüberliegenden Seite des südöstlichen Manhattan im südlichen Brooklyn auf der anderen Seite des Hudson River. Zum restlichen Brooklyn ist *Red Hook* im Norden durch einen mehrspurigen Highway abgetrennt. *Red Hook* war bis in die zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts einer der Frachthäfen mit dem weltweit größten Umschlag. In den 1930er und 1940er Jahren wurden hier soziale Wohnungsbauprojekte für Arbeiter_innen gebaut. In den 1960er Jahren verlor der Hafen an Bedeutung und *Red Hook* geriet mehr und mehr an den Rand der städtischen Topographie. In den 1990er Jahren erlangte die Gegend als sogenannte Drogenhauptstadt während der „Crack-Epidemie“ eine berüchtigte Prominenz, die sich durch eine hohe Kriminalitätsrate auszeichnete. Auch der Anschlag auf die *Twintowers* am 9. September 2001 hatte negative Auswirkungen auf den *Red Hook Food Vendors*, weil noch längere Zeit alle unternehmerischen Tätigkeiten darunter litten. Mit Beginn der 2000er Jahre geriet das Gebiet in den Blick von internationalen Investoren und städtischen Entwicklern, die seit 2005 in den alten Hafenanlagen einen neuen Kreuzfahrtterminal entwickelten. Weitere Investoren wie

Fairway Market (eine große Supermarktkette, die sich auf den Verkauf von hochwertigen und ökologischen Lebensmittel konzentriert) und IKEA ließen sich in *Red Hook* nieder und beschleunigten die Gentrifizierung, die sich in der Geschichte der *Red Hook Food Vendors* spiegelt. Weil *Red Hook* über den öffentlichen Nahverkehr schlecht zu erreichen war, errichtete IKEA eine privat betriebene Fährlinie zwischen dem touristischen Pier 17 (South Street Seaport Historic District) in Manhattan und Brooklyn. Mit dieser Verbindung rückte die frühere soziale Randlage von *Red Hook* sehr schnell ins Zentrum und ist nun für die Besucher_innen, Konsument_innen und Besucher_innen Manhattans direkt erreichbar.

Die Geschichte der *Red Hook Food Vendors* begann in den 1970er Jahren. Die *Ball Fields* – einer ausgedehnten öffentlichen Sportanlage mit Fußball-, Baseball-, Basketballfeldern, einem Freibad und Parkanlagen – ist bei den verschiedenen lateinamerikanischen Communities seit Jahrzehnten ein sehr beliebter Treffpunkt. Auf den Fußballfeldern traten die verschiedenen Fußballmannschaften, die sich nach Nationen, Herkunftsländern und kulturellen Identitäten organisierten, gegeneinander an und wurden von ihren Familien begleitet. An jedem Wochenende trafen sich hier die verschiedenen lateinamerikanischen Communities. Bei diesen Treffen wurde und wird im Park gekocht, geschnibbelt, gegrillt und Essen verkauft. Die Stände waren sehr einfach und der Verkauf erfolgte von Tischen unter Planen. In all den Jahren hatte sich der *Food Market* zu einer festen Größe entwickelt, der lange Zeit keine nennenswerte Aufmerksamkeit vonseiten der lokalen Verwaltung auf sich zog. Im Zuge der Planungen für das Gebiet begann im Jahre 2000 sich die lokale Administration für den Verkauf von Imbissen zu interessieren und problematisierte den Straßenmarkt. Vor allem wurde die Art der Zubereitung von Speisen, die Weise des Verkaufs und das Hinterlassen von Müll auf den Flächen problematisiert.

Cesar Fuentes, der Direktor der *Red Hook Food Vendors*, berichtete mir über die verschiedenen Etappen im neuen Regulierungsregime.[136] Eine der wesentlichen Forderungen der lokalen Administration zur Sicherung des Marktes war der Verkauf aus dem Wagen heraus. Diese Forderung war schwer umzusetzen, weil ein solches Vehikel hohe Anfangsinvestitionen voraussetzte, das weitaus höhere Betriebs- und Personalkosten zur Folge hätte. Diese Anfangsinvestitionen waren mit erheblichen

[136] Interview am 22.09.2009 auf dem Red Hook Food Market in Brooklyn New York.

finanziellen Risiken verbunden. Die Auseinandersetzungen mit der Behörde führte auch zu Konflikten zwischen den verschiedenen Communities, weil sie sich gegenseitig die Schuld für die neuen strengen Auflagen der lokalen Behörden gaben, die auch das Trinken von alkoholischen Getränken und das Müllproblem bemängelten. Cesar Fuentes vermittelte in den vergangenen Jahren zwischen Händler_innen und lokalen Behörden, weil er sowohl Englisch als auch Spanisch spricht, da er in der lateinamerikanischen Community von New York aufwuchs. In einem aufreibenden Prozess gelang es den verkaufenden Familien *Red Hook Food Vendors Marketplace* mittelfristig zu sichern. Während über die Jahre Genehmigungen nur monatsweise verlängert wurden, entwickelten sie Praktiken der Müllvermeidung und -beseitigung, um den Behörden keinen Vorwand zu liefern, und brachten die Investitionen in die Trucks voran, die nicht für alle Familien zu bewältigen waren. So manche Familie musste ihren Standort auf dem Markt und das damit verbundene Einkommen unter den neuen Bedingungen und den neuen Investition aufgeben.

Der *Red Hook Food Vendors Marketplace* hat sich in den letzten Jahren zunehmend verändert und auch durch Gentrifizierung neue Kundenkreise erschlossen. Nach dem 2004 der *Fairway Market* in direkter Nachbarschaft eröffnete, lernte ein völlig anderes Klientel die *Red Hook Food Vendors* zum ersten Mal kennen. Seither hat sich der *Red Hook Food Vendors Marketplace* zu einem urbanen und kulinarischen Geheimtipp entwickelt, der durch Internetblogs unter sogenannten Foodies, bei denen es sich oft um experimentierfreudige *weiße* Mittelklasse Feinschmecker_innen handelt, verbreitet wird. Der *Red Hook Food Vendors Marketplace* hat durch zusätzliche diverse Medienberichte in lokalen Magazinen sowie die leichtere Zugänglichkeit von Manhattan mit der Einrichtung des *New York Taxi* durch IKEA eine Prominenz erlangt, die weit über die Community hinausgeht.



Abbildung 27: Red Hook Food Vendors, September 2009. Eigene Aufnahme

8.3 Zusammenfassung

Im Vergleich von Straßenhandel zwischen New York und Berlin zeigen sich vielfältige Unterschiede. Ein augenfälliger Unterschied liegt in der Größe von Straßenhandel, denn es arbeiten weitaus mehr Straßenhändler_innen in New York als in Berlin. Aufgrund der Menge an lizenzierten und nicht-lizenzierten Straßenhändler_innen sind in New York mehr Organisationen anzutreffen, die sich für die Rechte der Straßenhändler_innen einsetzen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Straßenhandel im Selbstverständnis von New York als ein wichtiger Bestandteil der alltäglichen urbanen Ökonomie betrachtet wird, und nicht aus der Stadt wegzudenken ist. Der Stellenwert von Straßenhandel ist in New York daher weitaus höher wie in Berlin, wovon auch das Green-Cart-Program der Stadt zeugt. Andererseits hat die Verwaltung von New York unter dem damaligen Bürgermeister Guiliani unrühmliche Prominenz für den Straßenhandel erlangt, weil er mit seiner „Zero-Tolerance"-Politik den Straßenhandel als unhygienische Praxis von den Straßen vertreiben wollte. Die Straßenhändler_innen sehen sich in New York mit harschen Bußgeldern (von maximal 1.000 $) und mit intransparenten und schwer verständlichen gesetzlichen Bestimmungen konfrontiert. Auch wenn New York Bemühungen zeigte, den Straßenhandel für migrantische Communities zugänglicher zu machen, so zeigen sich gerade auf struktureller Ebene

Schwierigkeiten, die sowohl logistische Fragen als auch die Kontrollen durch öffentliche Behörden betreffen. Jedoch sorgen gerade in New York die zivilgesellschaftlichen Organisationen für eine anhaltende Diskussion über den Straßenhandel, die unermüdlich auf die Schwierigkeiten der Straßenhändler_innen hinweisen und politische Forderungen stellen. Demgegenüber sind in Berlin keine Organisationen anzutreffen, die sich den Straßenhändler_innen verpflichtet fühlen, um sie in ihren Rechten zu unterstützen. Seit der Selbstorganisierung der Straßenhändler_innen Ende der 1990er Jahre, in der sie auf ihre Situation aufmerksam machten und politische Forderungen stellten, scheint der Straßenhandel in Berlin sich an die derzeitigen Bestimmungen angepasst zu haben, ohne diese politisch infrage zu stellen.

Außerdem werfen die beiden hier vorgestellten Fallstudien ein Licht auf den Straßenhandel in unterschiedlichen städtischen Situationen. Ein vergleichender Blick auf den *Food Market* im Preußenpark und in *Red Hook* ist lohnenswert, weil sich hier Parallelen abzeichnen, wie migrantische Communities auf unterschiedliche Weise als Akteure in der Stadt durch den Produktionsprozess des Städtischen navigieren, und sich hierbei Bestrebungen zur Verdrängung widersetzen und gleichzeitig von neuen Besucher_innen in der Stadt profitieren. Diese Prozesse verweisen auf die vieldimensionale Entwicklung in der städtischen Produktion, an der sowohl Tourist_innen und Bewohner_innen beteiligt sind. Diese Beteiligung führt in Form von Gentrifizierung und Touristifizierung zu Verdrängungsprozessen und bildet gleichzeitig an manchen Orten Allianzen und neuen Praktiken in der Stadt heraus. Die Herausbildung dieser Praktiken als spezifischer Ort in der Stadt ist wiederum von verschiedenen Faktoren abhängig, wie dem Regulations-, aber auch dem Toleranzregime der lokalen Behörden, der Organisierung der Straßenhändler_innen oder deren Selbstverständnis – aber sie basieren vor allem auf dem Bedürfnis sich im städtischen Raum zu bewegen und am öffentlichen Leben selbstbestimmt sozial, ökonomisch und politisch zu partizipieren. Diese Beteiligung fordern die sich selbst-organisierenden Gruppen ein, weil sie sowohl für ihre Rechte als Migrant_innen in der Stadt als auch für ihr Recht auf Stadt eintreten.

9 Urbane Dekolonisierung und das Recht auf Stadt

9.1 Straßenhandel als dekoloniales Recht auf Stadt[137]

Straßenhandel existiert nicht auf einem gänzlich freien Markt, sondern wird weltweit streng reglementiert. In Berlin Mitte legt die Stadtverwaltung fest, welche Speisen auf den Straßen verkauft werden dürfen: nämlich Brezeln und Bratwürste. Auch in Washington wurde bis 2008 der Straßenverkauf von Imbissen auf wenige Produkte beschränkt. Auf Betreiben der Stadtverwaltung wurde diese Beschränkung als Reaktion auf die Wirtschaftskrise aufgehoben, damit Washingtons „kulturelle Diversität sichtbar wird" (Carman 2008). Toronto hatte eine ähnliche Beschränkung auf Würstchen im Brot und legte 2008 das Programm „*Toronto a la cart*" zur multikulturellen Diversifizierung des Angebotes von Speisen im Straßenverkauf vor. Die Entwicklung zu einer kontrollierten Diversifizierung des Straßenhandels lässt sich in unterschiedlichen Städten der USA beobachten. Die New Yorker Gesundheitsbehörde führte 2008 das *Green Cart Program* ein. Die städtischen Behörden hofften so, neue Arbeitsplätze zu generieren, wie auch die Hygiene und Sicherheit im Straßenverkehr zu kontrollieren.

In der kapitalistischen Gesellschaft impliziert die auf Henri Lefèbvre (1972) zurückgehende Losung „Recht auf Stadt" das grundlegende Recht auf soziale und politische Teilhabe in Bereichen wie Arbeit, Wohnen, Bildung, Kultur und Infrastruktur. Darüber hinaus geht Lefèbvre davon aus, dass Städte umstrittene räumliche Praktiken und Räume der Repräsentationen produzieren. Hierdurch wird die Stadt zum Feld der Auseinandersetzung über Teilhabe, Alltag und Selbstbestimmung. Diese Perspektive nimmt zwar den kapitalistischen Produktionsprozess der Urbanisierung und sozialen Ungleichheit in den Blick, jedoch sind die rassifizierten und vergeschlechtlichten Subjektpositionen nicht benannt. Um den kapitalistischen Urbanisierungsprozess mit seinen vielschichtigen Machtverhältnissen zu verstehen, frage ich aus einer rassismuskritischen und dekolonialen Perspektive nach der Positionierung, dem Alltag und der Teilhabe von rassifizierten Subjekten. Im Kontext neoliberaler Stadtentwicklung und der Herausbildung unternehmerischer Städte, welche auf die Interessen und dem Lifestyle privilegierter Mittel- und Oberklasse abzielen und den Konsum in überwachten

[137] Grundlage für dieses Unterkapitel bildet ein Artikel von mir, der in der Zeitschrift *iz3w* unter dem Titel „Kriminalisierte Mobilität - Straßenhandel als postkoloniales Recht auf Stadt?" (Sept/Okt. 2012, S. 11-13) veröffentlicht wurde.

Shopping-Malls und privatwirtschaftlichen Stadtzentren fördern, wird der Straßenhandel fast immer als Störung, Gefahr und unliebsame Konkurrenz betrachtet. In Folge dessen hat sich ein Regulationsregime herausgebildet, das den Straßenhandel weitgehend marginalisiert und mit einem Regime der Ver- und Gebote belegt, die zu seiner Kriminalisierung beitragen und räumliche Zugänge zum öffentlichen Raum einschränken.

Um als unterprivilegierte Neuankömmlinge in den Städten trotzdem zu überleben, müssen die Betroffenen kreativ und dynamisch handeln, um ihren Ausschluss aus der formellen Ökonomie zu kompensieren. Dazu gehören Praktiken, bei denen der Verkauf von Waren an strategischen Orten mit einer angepassten Taktik erfolgt, die auf schnellem Auf- und Abbau des Verkaufsstandes bei Polizeikontrollen beruht. In vielen europäischen Städten entwickelt sich ein neues Feindbild gegen migrantische Straßenhändler_innen, die oftmals aus Afrika und Ostasien eingewandert sind. So wird etwa in der griechischen Presse über das Anwachsen des Straßenhandels in Athen und Thessaloniki in alarmierendem Tonfall berichtet und die Händler_innen als Invasor_innen dargestellt, die den öffentlichen Lebensraum der Griechen „besetzen“ (ekathimerini.com 2010). In anderen Städten wie Venedig wurde bereits ein paramilitärisches Sondereinsatzkommando eingerichtet, um gegen jene Migrant_innen vorzugehen, die gefälschte Markenartikel, Kleidung, Handtaschen und Produkte des alltäglichen Bedarfs verkaufen[138]. Auch in Spanien ist eine konfrontative Entwicklung im Gang, die mit xenophober Ausgrenzung und rassistischer Gewalt einhergeht. Zum Beispiel fand in Madrid im Februar 2009 eine Demonstration der „Manteros“ statt, und auch in Bilbao haben sich Aktionsbündnisse gegründet, um für die Rechte und den Schutz von postkolonialen Migrant_innen zu kämpfen. „Manteros“ sind papierlose Flüchtlinge, die ihre Waren auf Decken – „mantas“ – verkaufen.[139] Diese hoch mobile Verkaufstechnik erlaubt es, die Waren bei Polizeikontrollen sekundenschnell zusammenzuraffen und zu fliehen. Die Demonstration im Februar 2009 richtete sich gegen drohende mehrjährige Haftstrafen für Manteros, die Raubkopien vertrieben

[138] Süddeutsche.de: Sicherheit in Venedig - Jagd auf Straßenhändler eröffnet - Reise - sueddeutsche.de. 3. August 2009 http://www.sueddeutsche.de/reise/393/482844 /text/ [12.04.2010]

[139] Onlineartikel auf den Seiten von El Mundo vom 13. März (2010), El Mundo (2010) Los „manteros“ toman el centro de Madrid para exigir el fin de las penas de cárcel | España | elmundo.es. 13.03.2010 http://www.elmundo.es/ elmundo/ 2010/03/13/espana/1268491413.html [25.03.2010]

haben sollen. Aktionsbündnisse und NGOs kritisieren, dass das Recht auf Sicherung des eigenen Überlebens kein Delikt darstellt.

Diese aktuellen Entwicklungen im Bereich des Straßenhandels sind mit der post- und neo-kolonialen Dimension der Migration in Europa eng verwoben und korrespondiert mit der Aufrüstung europäischer Grenzen. Diese verlaufen nicht nur an den territorialen Grenzen der Nationalstaaten, sondern auch in den Städten. Der öffentliche Raum ist für postkoloniale Migrant_innen eine Ressource für die ökonomische Existenzsicherung, aber genauso ein Raum staatlicher Kontrolle. Die migrantischen Praktiken sind gekennzeichnet durch die Subjektpositionalität der Händler_innen als ungleich-berechtigte Gesellschaftsmitglieder, die sich ihr wirtschaftliches Überleben sichern müssen. Durch rigorose polizeiliche Kontrollpraktiken, die mit der Kriminalisierung des Straßenhandels verbunden sind, wird die ökonomische und gesellschaftspolitische Problemlage potenziert.

Um die Straßenhandelspraktiken von postkolonialen Migrant_innen gesellschafts-politisch und theoretisch adäquat zu situieren, muss die Vorstellung von öffentlichem Raum in der neoliberalen Stadt überdacht werden. Der Straßenhandel ist nicht nur durch räumliche Praktiken, Strategien und Taktiken geprägt, sondern in gleicher Weise durch die Herkunft seiner Subjekte und die Genealogie ihrer Migration. Die Positionen rassifizierter Menschen in der neoliberalen Stadt sind nicht nur von den Bedingungen prekarisierter und informalisierter Arbeit, sondern auch durch die Prekarisierung der Aufenthaltsbestimmungen durch Migrations- und Integrationspolitik bestimmt. Diese Erfahrungen bilden für viele postkoloniale Migrant_innen eine konstante Exklusion aus den öffentlichen Räumen europäischer Städte.

Die Forderung nach einer interkulturell kompetenten Stadt, die Möglichkeiten der Teilhabe bereit stellt und die Bewohner_innen dafür aktiviert, erscheint hier eher als Illusion, da sie ohne strukturelle Problemanalyse und konkrete politische Forderungen auskommt. Das selbstbestimmte Leben von postkolonialen Migrant_innen in den Städten, die das Recht haben, Arbeit, Wohnort, Ausbildung und Schule frei zu wählen, gehört noch lange nicht zu den stadtpolitischen Aufgaben einer inkluierenden Stadt. Bisher ist die Politik viel zu stark in die diskriminatorischen Logiken einer hierarchisierenden Integrations- und Arbeitspolitik verstrickt, um urbane Barrierefreiheit und sozio-politische Sicherheit von postkolonialen Migrant_innen zu fördern. Ein dekoloniales Recht auf Stadt reflektiert dagegen die kolonialen Diskurse des

Städtischen, die zu einer Rassifizierung von Körpern, Arbeit und Räumen beitragen und neoliberale Produktionsprozesse des Städtischen reproduzieren. Das Recht auf Stadt aus Perspektive der Migration zu denken, würde auch ein Recht für diejenigen formulieren, die in migrantischen Nachbarschaften von Gentrifizierung bedroht sind, die als Asylbewerber_innen außerhalb der Stadt zwangsuntergebracht werden, oder die im öffentlichen Raum als Straßenhändler_innen ihr ökonomisches Überleben sichern.

9.2 Potentiale des Straßenhandels für die interkulturelle Stadt

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der migrantische Straßenhandel sich an unterschiedlichen „Rändern" befindet, die durch die sektorale und skalare[140] Struktur in der Berliner Verwaltungslandschaft verstärkt wird. Zum einen berührt der migrantische Straßenhandel Fragen der ethnisierten Ökonomie, und trägt hier gewisse Potentiale, insbesondere für den Bereich der Einstiegsgründung und Minigründung (Ich-AG), weil Risiken der Existenzgründung überschaubar sind, und der Straßenhandel im öffentlichen Raum stattfindet, dessen Regulierung und Kontrolle den Bezirksämtern unterliegt. Insofern ist eine integrierte Perspektive innerhalb der bezirklichen Verwaltung nötig, die sowohl stadträumliche als auch wirtschaftspolitische Fragen miteinander verbindet und Potentiale für Minigründungen im Bereich des Straßenhandels erörtert. Die Ergebnisse der Experteninterviews verweisen auf den Bedarf an Minigründungen und überschaubaren Risiken für postkoloniale Migrant_innen, die in vielfältigen Bereichen wie Bildung, Arbeitsmarkt und Kreditvergabe erschwerte Zugänge haben, wenn sie nicht sogar ausgeschlossen sind und ihnen gar kein (spezifisches) Angebot gemacht wird. Insbesondere die Höhe der Barrieren perpetuieren diskriminierende Strukturen.

Der Straßenhandel ist ein anschauliches Beispiel für niedrigschwellige Existenzgründungen in einer experimentellen, risikoarmen und informalisierten Form. Ein überraschendes Ergebnis im Rahmen meiner Forschung war die Einschätzung des Straßenhandels aus Sicht der migrantischen Existenzgründungsberatung. Vor der Durchführung der Interviews war ich mir nicht sicher, ob es gegenüber dem Straßenhandel Ablehnung geben könnte, weil es sich um eine ökonomische Praxis handelt, die insbesondere in industriellen Gesellschaften als vormodern, unhygienisch oder als Subsistenzwirtschaft gesehen wird. Zu meiner Überraschung wurden diese

[140] Darunter verstehe ich die Zuständigkeiten der Bezirke und der Senatsverwaltung.

Bedenken nicht geteilt, da die Vorteile einer niedrigschwelligen Existenzgründung ausschlaggebend sind, um in diesem Bereich die wenigen Möglichkeiten der selbstständigen ökonomischen Absicherung zu erweitern. Diese Forderung zum Abbau der Barrieren stellte auch Mark Terkessidis in seinem Buch „Interkultur" auf:

> „Das Ziel ist eine Evolution der Institutionen im Hinblick auf die neue Vielfalt der Gesellschaft. Dafür müssen vor allem strukturelle Hürden für die Individuen beseitigt werden – zumeist unsichtbare, unausgesprochene und unbemerkte Hindernisse. Die technische Statusbeschreibung für solche Hürden ist Diskriminierung. Und das technische Ziel heißt ‚Barrierefreiheit'." (Terkessidis 2010: 9)

Nichtsdestotrotz sind die Potentiale des Straßenhandels als niedrigschwellige Ökonomie in ein politisch-institutionelles Umfeld eingebunden, in der aktive Anti-Diskriminierungspolitik und interkulturelle Kompetenzen in den Institutionen noch nicht zum Selbstverständnis gehört. Erst mit einer selbstkritischen Auseinandersetzung zur institutionellen Diskriminierung von Migrant_innen und ihren Nachkommen in der deutschen Gesellschaft können die Potentiale von Straßenhandel angemessen identifiziert und die Zuschreibung kultureller Differenzen kritischer beurteilt und eingeschätzt werden. Die Herstellung der Barrierefreiheit muss meines Erachtens auf der Demokratisierung von räumlichen und gesellschaftlichen Ressourcen basieren, gerade auch im ungehinderten Zugang zum öffentlichen Raum. Insbesondere für marginalisierte Gruppen sind Programme der Selbstermächtigung, umfassende und angepasste Bildungsangebote wie kulturelle Anerkennung von grundlegender Bedeutung, die jedoch noch zu entwickeln sind.

9.3 Dekoloniale Praxis und stadtentwicklungspolitische Planung

Die hier vorliegende Arbeit hat anhand unterschiedlicher Methoden, Diskurse, theoretischer Zugänge und verschiedener Perspektiven sich der grundsätzlichen Frage genähert: wer nutzt den öffentlichen Raum, und wem gehört der öffentlichen Raum? Diese Frage wurde anhand einer spezifischen Nutzung untersucht – dem Straßenhandel. Hierbei handelt es sich um eine ökonomische Praxis, die im Kontext der modernen und europäischen Stadt als „unangemessen", „unhygienisch", „unübersichtlich" etc. bewertet wird. Mit dieser Untersuchung habe ich eine „Dritte-Welt-Frage" an die „Erste-Welt-Stadt" gestellt, um in Erfahrung zu bringen, wie sich die Erste Welt bzw. der Globale Norden zu dieser Praxis verhält. Meine Arbeitsergebnisse in den untersuchten Orten

zeigen, dass die städtischen Regime im Globalen Norden stark dazu tendieren auf unterschiedlichen Ebenen und mit vielfältigen Instrumenten die Praxis des Straßenhandels abzuwehren. Dies ist insofern problematisch, weil die Restriktionen sich repressiv auswirken und zumeist postkoloniale Subjekte davon betroffen sind, die zwecks Existenzsicherung auf den Straßenhandel angewiesen sind.

Die restriktive Regulierung durch städtische Verwaltungen resultiert aus unterschiedlichen Vorannahmen, die sich sowohl ökonomisch, sozial, kulturell und/oder politisch begründen. Daher habe ich in dieser Arbeit entlang verschiedener thematischer Zusammenführungen die Situierung des Straßenhandel im städtischen Entwicklungsprozess analysiert: Straßenhandel als informelle Ökonomie, Straßenhandel in der modernen unternehmerischen Stadt, migrantische Straßenhändler_innen als Betroffene wie Adressaten rassistischer Diskurse und Praktiken. In den jeweiligen Ausführungen zeigte sich, dass der Straßenhandel aus unterschiedlichen Gründen als nicht adäquat betrachtet wird und im Kontext der modernen europäischen Stadt nicht gewünscht ist. Angesichts der ökonomischen Krise in Europa und den nordamerikanischen Ländern und der anhaltenden Prekarisierung von Arbeit ist davon auszugehen, dass derartige ambulante Ökonomien anwachsen werden – jedoch von massiver Regulierung, Kriminalisierung und institutioneller Ignoranz begleitet werden.

Diese Forschungsarbeit wurde in der Disziplin der räumlichen Planung und Architektur geschrieben, um nicht nur mehr über „die Anderen“ (und die darin enthaltenen Annahmen) zu erfahren, sondern auch über das Selbstverständnis von Planung im Kontext europäischer Stadtentwicklungspolitik zu reflektieren. Diese Reflektion ist dringend erforderlich, solange soziale Ungerechtigkeit auf globaler Ebene nicht abnimmt, sondern weiter zunimmt. Diese Ungerechtigkeit hat für die verschiedenen Regionen der Welt sehr gravierende Unterschiede zur Folge und ist von unterschiedlicher Qualität. Jedoch bestehen bei genauerer Betrachtung Analogien fort, die ich im Kontext der Kolonialität von Macht analysiert habe, weil das hegemoniale Verhältnis "westlicher" Modelle und Epistemologien gegenüber den "Rest" weiterhin Bestand hat und sich entlang der rassifizierenden Kategorisierung soziale Verhältnisse stratifizieren. Daher sehe ich die Prozesse der Dekolonisation sowohl auf globaler

Ebene[141] als auch auf lokaler Ebene als nicht abgeschlossen an – im Gegenteil sie wirken bis in die Regulierung von Straßenhandel in der modernen Stadt fort. Dieser unabgeschlossene Prozess der Dekolonisation macht daher eine Hinwendung zu den historischen Bezügen der Kolonialität der Macht erforderlich und insbesondere der Persistenz von Rassismus in modernen Gesellschaften.

Das Anliegen der Arbeit bestand darin ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie Rassismus als koloniale Logik sich in den städtischen Produktionsprozess einschreibt und naturalisiert bzw. fixiert wird. In diesem Prozess wird der Straßenhandel sowohl als „informelle“ oder „vormoderne“ ökonomische Praxis im öffentlichen Raum disqualifiziert (und kriminalisiert) und darüber hinaus als urbane Praxis ethnisiert. Jedoch trifft diese Disqualifizierung diejenigen, die sich an den ökonomischen Rändern bewegen und aufgrund der langen Geschichte des Kolonialismus und der unabgeschlossenen Dekolonisation an diese Ränder gedrängt werden. Stadt*entwicklungs*politik beinhaltet Vorannahmen darüber, welche städtischen Gebiete und sozio-ökonomischen Bereiche mit ihren kulturellen Begleiterscheinungen in welche Richtung entwickelt werden müssen. Diese Annahmen unterliegen oftmals einer Logik der „Zivilisierungsmission“ von „Entwicklung“. Ein Vergleich zwischen entwicklungspolitischen Projekten (im Globalen Süden) und Stadtentwicklungspolitik (im Globalen Norden) wäre hier sicher sehr lohnenswert um Auskunft über Blickregime, Austausch an Wissensbeständen und Vokabular zu erhalten – dies konnte ich jedoch im Rahmen meiner Arbeit nicht leisten. An dieser Stelle will ich aber darauf hinweisen, dass das *Street Vendor Project* Mitglied in einem internationalen Netzwerk von selbstorganisierten Straßenhändler_innen ist (*Street Net*). Bei einem Blick auf die geographische Verteilung von *Street Net* zeigt sich, dass die meisten Organisationen sich im Globalen Süden befinden, und dort für die Rechte der informalisierten Straßenhändler_innen und städtischen Arbeiter_innen kämpfen. Hier entstehen neue transnationale Bündnisse zwischen dem Globalen Süden und Norden entlang der Kämpfe für die Rechte derer, die nicht am modernen Projekt von „Entwicklung“ partizipieren können und dürfen.

Aber was heißt das für uns Planende, die „Entwicklungen" imaginieren, entwerfen und sozialtechnisch umsetzen? Wessen städtischen Entwicklungsziele? Und für wen? Wenn

[141] Vlg. die Arbeiten von Vijay Prashad über die Rolle der Wirtschaft im Kontext der Dekolonisation und zur Persistenz von Armut im Globalen Süden geschrieben (Prashad 2008 und 2013).

eine Hinterfragung im Prozess der Kommodifizierung des Urbanen nötig ist, ist danach zu fragen von welchen Subjekten und Erfahrungen ausgegangen wird und wer als Referenzrahmen und Norm genommen wird? Welche Interessen und Bedürfnisse bilden demzufolge die Grundlage für Entwicklungsplanung? Und welche Perspektiven bleiben unsichtbar und unbeachtet außen vor?

Ananya Roys Artikel „Praxis in the Time of Empire" (2006) adressiert die Verflechtung von Architektur und Planung mit den neoliberalen und imperialistischen Interessen der USA. Es handelt sich um einen der wenigen Texte, der sich selbstkritisch mit der Rolle von städtischer Planung und Architektur befasst. Roy bezieht sich in ihrer Kritik auf marxistische und postkoloniale Ansätze, um die grundsätzliche Frage nach der Ethik des eigenen Handelns zu reflektieren. Dieses Handeln verortet sie im us-amerikanischen Kontext, welches sie als „Empire" bezeichnet und stellt fest, dass der Profession der Planung oftmals eine widersprüchliche Rolle zukommt:

> „One instance of this ethical dilemma stems from precisely the doubleness of empire: that empire destroys but also rebuilds; empire wages war but also distributes humanitarian aid. Professions like planning can play a significant role in these practices of reconstruction and benevolence." (Roy 2006: 12)

Sie wirft daher wichtige Fragen auch für andere westliche Kontexte auf, wenn sie nach der Rolle von Architektur und Planung fragt, die sich im Dienste der Wohlfahrt und der Schönheit wägen und hierdurch die Produktion des Städtischen de-politisieren:

> „The liberal ruse of freedom, when translated into the aesthetics of urban renewal and high architecture, is troubling because it depoliticizes the production of space." (Roy 2006: 17-18)

Ananya Roy bietet in ihrem Text eine alternative Identität für Planung und Architektur an, die „im Herzen des Empire" verortet ist (Roy 2006: 24). Diese Identität basiert ihrer Ansicht nach auf der Kenntnis der janusköpfigen Rolle von Planung, die sowohl zerstört als auch errichtet, und sieht die Funktion dieser Identität als eine doppeldeutige Mediation. Obschon sie eine kritische Distanz zu dem vorgeschlagenen Rollenmodell einbaut, und vor allem eine Perspektive der Transformation vor Augen hat, halte ich ihre Bezugnahme auf W.E.B. duBois' Konzept der „double consciousness" und Cornel West's „splitting process" problematisch, weil diese doppelte Identität und kulturelle Dissemination aus einer afroamerikanischen Perspektive beschrieben wurde, in die sich

die dehumanisierende Erfahrung von Rassismus in Form der Versklavung der Schwarzen US-amerikanischen Bevölkerung ins Bewusstsein geschrieben hat. Vor diesem Hintergrund betrachte ich das doppelte Bewusstsein eher als eine kreative Form des mentalen Überlebens, denn als eine strategischen Ansatz für die zukünftige emanzipatorische Rolle von Planung und Architektur. Auch wenn Planung und Architektur sich in einer widersprüchlichen Position befinden, so handelt es sich um eine Deutungselite (Lang 2000: 55) oder mit Lefèbvre gesprochen, um die Expert_innen, denen die Repräsentation des Raumes vorbehalten ist. Dennoch befürworte ich die selbstkritische Reflektion von Ananya Roy und den damit verbundenen ethischen Fragen. Und wie sie schreibt, diese Auseinandersetzung führt uns von der Frage der Kompetenz (responsibility) zur wichtigen Frage der Rechenschaft (accountability):

> „The formal profession of planning, I would argue, pays attention to responsibility but not accountability. That struggle has been taken up by international social movements and by planners who have adopted more activist roles. In the time of empire, it is not enough to be responsible. It is also necessary to be accountable." (Roy 2006: 25)

Meiner Ansicht beinhaltet urbane Dekolonisierung als emanzipatorische Perspektive in der städtischen Planung sowohl eine rassismuskritische Analyse städtischer Verhältnisse als auch die Hinterfragung der strukturellen Voraussetzungen der impliziten Historiographie kolonialer (und urbaner) Epistemologien, um die Reproduktion von Rassismus als koloniales Erbe in der Stadt zu analysieren. Daher habe ich am Beispiel von Berlin die Kolonialität der europäischen Stadt und des darin imaginierten öffentlichen Raums für eine bürgerliche Öffentlichkeit analysiert. Diese Imaginationen referieren einen europäischen Kanon, dessen Werte der Aufklärung, Demokratie und Gleichheit als universell gültig über den Globus transportiert werden. Aus einer dekolonialen Perspektive stehen die universalisierenden Theoreme von Entwicklung, Moderne und Demokratie in einem engen Verhältnis zu Kolonialismus und Kapitalismus, die wiederum grundlegend für die Produktion von Rassismus sind. In den europäischen Städten werden koloniale Logiken mobilisiert, um rassifizierte Körper zu kontrollieren, zu kriminalisieren als auch ihre Formen der Existenzsicherung zu prekarisieren. Daher trifft die koloniale Logik der Selbstimagination als „Europäische Stadt" mit der rassifizierenden Imagination des Anderen wie seiner Herkünfte zusammen und stellt

einen Ort des Kontaktes her, den ich in Anknüpfung an Marie Louise Pratt als „Contact Zone“ betrachte, weil hier koloniale Verhältnisse reproduziert werden.

Diese Verhältnisse sind in einen historischen und räumlichen Zusammenhang eingebettet, den ich unter der Perspektive der Kolonialität der Macht analysiere, um die binäre Konstruktion von Zeit und Raum infrage zu stellen. Doreen Massey argumentiert in ihrem Text „Politics in Space/Time“ (1993) unter Bezugnahme auf Ernesto Laclau[142], dass in der binären Konstruktion von Zeit (als politisch, weil veränderlich und veränderbar) und Raum (als statisch und nicht veränderbar) eine Depolitisierung des Räumlichen eingeschrieben ist. Sie veranschaulicht als politische Geographin, worin dieser Widerspruch besteht und inwiefern die Genese der politischen Dimension der räumlichen Kategorien von Bedeutung ist. Zudem zeigt sie aus einer feministischen Perspektive, dass die binäre bzw. dichotome Logik im westlichen Denken verhaftet ist, und in der Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit besteht und festgeschrieben wird. Daher sehe ich in der urbanen Dekolonisierung einen wichtigen Ansatz, weil gerade räumliche Fragen Ausgangspunkt für die Analyse von Herrschaftsverhältnissen bilden, wenn sich in der neoliberalen Produktion von Stadt vergeschlechtlichte und rassifizierte Verhältnisse fortschreiben. Urbane Dekolonisierung beinhaltet die Analyse des Räumlichen nicht nur aus einer politökonomischen, sondern auch aus einer dekolonialen Perspektive, die die koloniale Logik des Neoliberalismus zu begreifen versucht, um Formen des Räumlichen, die kontinuierlich außerhalb dieser Ordnung platziert, kriminalisiert und immobilisiert werden, in den Fokus zu nehmen, und zu einer Pluralisierung der Perspektiven auf die Produktion von Stadt beizutragen.

[142] Laclau, Ernesto (1990) New Reflections on the Revolution of Our Time, London.

10 Anhang

10.1 Tabellarische Übersicht der Anfragen im Abgeordnetenhaus

11. Wahlperiode

Tabelle 6: Straßenhandel im Abgeordnetenhaus, 11. Wahlperiode, sortiert nach Parteien

	Datum	Vorgang	Titel	Partei
1	24. April 1989	Kleine Anfrage Nr. 11/70 vom 25.04.1989 Ernst-August Poritz (CDU) Drucksache 11/154	Polnische Schwarzhändler in Berlin	CDU
2	11. Mai 1989	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 11.05.1989 Dr. Manuel Heide (CDU) Plenarprotokoll 11/5	Krempelmarkt	CDU
3	25. Mai 1989	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 25.05.1989 Dr. Manuel Heide (CDU) Plenarprotokoll 11/7	Krempelmarkt (2)	CDU
4	12. Oktober 1989	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 12.10.1989 Otto-Wilhelm Pöppelmeier (CDU) Plenarprotokoll 11/15	Vorgehen des Senats gegen den Polenmarkt	CDU
5	23. Oktober 1989	vom 23.10.1989 CDU, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung Ausschussprotokoll 11/12	Polenmarkt in Berlin	CDU
6	16. November 1989	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 16.11.1989 Peter Vetter (CDU) Plenarprotokoll 11/18	Polnische Gesetze gegen den Schwarzmarkt	CDU
7	16. November 1989	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 16.11.1989 Siegfried Helias (CDU) Plenarprotokoll 11/18	Informationen in Polen über die Illegalität des Polenmarktes	CDU
8	22. März 1990	Mündliche Anfrage vom 22.03.1990 Dankward Buwitt (CDU) Plenarprotokoll 11/27	Unterbringung des sog. Polenmarktes	CDU
9	4. April 1990	Kleine Anfrage Nr. 11/1150 vom 04.04.1990 Dankward Buwitt (CDU) Drucksache 11/774	Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsverstöße auf dem sog. Polenmarkt	CDU
10	5. April 1990	Antrag vom 05.04.1990 CDU Drucksache 11/751	Auflösung des sogenannten "Polenmarktes"	CDU
11	10. Mai 1990	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 10.05.1990 Dankward Buwitt (CDU) Plenarprotokoll 11/30	Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten auf und an dem sog. Polenmarkt	CDU
12	14. Mai 1990	vom 14.05.1990 CDU, Ausschuss für Wirtschaft Ausschussprotokoll 11/15	Maßnahmen zur Vermeidung von unzumutbaren Belästigungen durch den Handel mit zollfreien Waren	CDU
13	18. Mai 1990	Kleine Anfrage Nr. 11/1367 vom 18.05.1990 Prof. Dr. Friedrich-	Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit durch	CDU

		Wilhelm Krahe (CDU) Drucksache 11/1007	den sog. Polenmarkt, insbesondere im Katastrophenfall	
14	14. Juni 1990	Mündliche Anfrage vom 14.06.1990 Dankward Buwitt (CDU) Plenarprotokoll 11/33	Rot-grüne Un-Sicherheitspolitik prägt Berlins Weltstadtcharakter	CDU
15	10. August 1990	Kleine Anfrage Nr. 11/1622 vom 10.08.1990 Ernst-August Poritz (CDU) Drucksache 11/1265	Abschreckendes Umfeld des Bahnhofs Zoo	CDU
16	24. Oktober 1990	Kleine Anfrage Nr. 11/1882 vom 24.10.1990 Joachim Palm (CDU) Drucksache 11/1353	Geplante Existenzgefährdende Entgeltforderungen des Senats gegenüber den Markthändlern	CDU
17	27. November 1990	Kleine Anfrage Nr. 11/1961 vom 27.11.1990 Ernst-August Poritz (CDU) Drucksache 11/1377	Waffenhandel in den Ostberliner Bezirken	CDU
18	8. März 1989	Antrag vom 08.03.1990 REP Drucksache 11/666	Sofortiges Verbot des illegalen Verkaufs von lebenden Tieren auf dem Polenmarkt	REP
10	20. April 1989	Kleine Anfrage Nr. 11/48 vom 20.04.1989 Bernhard Andres (REP) Drucksache 2011/154	Fliegende polnische Händler in Berlin	REP
20	8. Mai 1989	Kleine Anfrage Nr. 11/106 vom 08.05.1989 Carsten Pagel (REP) Drucksache 11/146	Verhältnismäßigkeit der Mittel	REP
21	16. Juni 1989	Kleine Anfrage Nr. 11/224 vom 13.06.1989 Carsten Pagel (REP) Drucksache 11/242	Zweierlei Maßstäbe beim Vorgehen gegen Straßenhändler	REP
22	6. November 1989	Große Anfrage vom 06.11.1989 REP Drucksache 11/435	Seuchengefahr auf dem Polenmarkt	REP
23	26. März 1990	Kleine Anfrage Nr. 11/1140 vom 26.03.1990 Michael Häusler (REP) Drucksache 11/774	Polnische Gewerbetreibende	REP
24	19. Mai 1990	Große Anfrage vom 19.05.1989 REP Drucksache 11/107	Krempelmarkt in Tiergarten	REP
25	19. Mai 1990	Antrag vom 19.05.1989 REP Drucksache 11/108	Krempelmarkt in Tiergarten	REP
26	21. Juni 1990	Kleine Anfrage Nr. 11/1490 vom 21.06.1990 Richard Miosga (REP) Drucksache 11/1072	Illegaler Verkauf von 20-Zloty-Münzen auf dem Polenmarkt	REP
27	16. Juni 1989	Kleine Anfrage Nr. 11/225 vom 12.06.1989 Helmut Hildebrandt (SPD) Drucksache 11/255	Einreisemodalitäten polnischer Staatsbürger	SPD
28	13. Oktober 1989	Antrag vom 13.10.1989 AL, SPD Drucksache 11/397	Bundesinitiative zur Einbeziehung von Versicherungsverträgen in die Regelungen des Haustürwiderrufgeschäftes	SPD
29	28. Mai 1990	vom 28.05.1990 SPD, Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung	Anordnung von Überstunden und Verteilung der Arbeitszeit	SPD

		Ausschussprotokoll 11/24	beim Landeseinwohneramt in Hinblick auf den sog. Polenmarkt	

12. Wahlperiode

Tabelle 7: Straßenhandel im Abgeordnetenhaus, 12. Wahlperiode, sortiert nach Parteien

	Datum	Vorgang	Titel	Partei
1	23. März 1993	Antrag vom 23.03.1993 B90/Gr Drucksache 12/2640	Ein Standort für den Krempelmarkt	B90/Grüne
2	9. März 1994	Kleine Anfrage Nr. 12/5164 vom 09.03.1994 Reimund Helms (B90/Gr) Drucksache 12/4406	Drastische Erhöhung der Entgelte für Sondernutzungen öffentlicher Straßen	B90/Grüne
3	19. September 1994	Kleine Anfrage Nr. 12/5953 vom 19.09.1994 Judith Demba (B90/Gr) Drucksache 12/4908	Nutzung von öffentlichem Straßenland durch mobile Kioske und Imbißstände	B90/Grüne
4	14. Juli 1995	Kleine Anfrage Nr. 12/6957 vom 14.07.1995 Judith Demba (B90/Gr) Drucksache 12/5968	Umstellung der Berliner Kioske auf die ausschließliche Nutzung von Mehrwegprodukten	B90/Grüne
5	6. Juni 1991	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 06.06.1991 Uwe Goetze (CDU) Plenarprotokoll 12/9	Kontrolle illegaler Händler am Kurfürstendamm	CDU
6	25. August 1992	Kleine Anfrage Nr. 12/2709 vom 25.08.1992 Dagmar Gloatz (CDU) Drucksache 12/2038	Luftaufnahmen von Privathäusern	CDU
7	29. Oktober 1992	Mündliche Anfrage vom 29.10.1992 Wolfgang Kliem (CDU) Plenarprotokoll 12/38	Polenmarkt	CDU
8	21. Januar 1993	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 21.01.1993 Prof. Günter Mardus (CDU) Plenarprotokoll 12/43	Straßenhandel am Brandenburger Tor	CDU
9	25. März 1993	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 25.03.1993 Andreas Apelt (CDU) Plenarprotokoll 12/46	Steuerhinterziehung	CDU
10	1. Juli 1993	Kleine Anfrage Nr. 12/4049 vom 01.07.1993 Ulrich F. Krüger (CDU) Drucksache 12/3108	Illegale Händler im Bereich Pariser Platz	CDU
11	13. September 1993	Kleine Anfrage Nr. 12/4338 vom 13.09.1993 Hein-Detlef Ewald (CDU) Drucksache 12/3479	Schwarzhandel mit Zigaretten	CDU
12	24. Februar 1994	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 24.02.1994 Andreas Apelt (CDU) Plenarprotokoll 12/62	Alltagskriminalität	CDU
13	23. Juni 1994	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 23.06.1994 Ulrich F. Krüger (CDU) Plenarprotokoll 12/69	Neue Möglichkeiten seitens der Behörden, auf Vertrieb und Erwerb unverzollter Zigaretten zu reagieren	CDU

14	22. September 1994	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 22.09.1994 Günter Toepfer (CDU) Plenarprotokoll 12/72	Wirtschaftssenator Dr. Meisner zur Wirtschaftsförderung Vietnams	CDU
15	13. Oktober 1994	Kleine Anfrage Nr. 12/6042 vom 13.10.1994 Andreas Apelt (CDU) Drucksache 12/5025	Illegaler Zigarettenhandel	CDU
16	30. März 1995	Mündliche Anfrage vom 30.03.1995 Dieter Hapel (CDU) Plenarprotokoll 12/83	Mordserie unter Vietnamesen	CDU
17	17. September 1995	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 17.09.1992 Uwe Goetze (CDU) Plenarprotokoll 12/35	Umsetzung der Beschlüsse der Arbeitsgruppe Kurfürstendamm beim Innensenator	CDU
18	6. Februar 1991	Kleine Anfrage Nr. 12/66 vom 06.02.1991 Dr. Winfried Hampel (FDP) Drucksache 12/166	Straßenstände in Berlin-Mitte	FDP
19	9. März 1993	Kleine Anfrage Nr. 12/3610 vom 09.03.1993 Jürgen Biederbick (FDP) Drucksache 12/2913	Zukunft des Trödelmarkts am Reichpietschufer	FDP
20	25. März 1993	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 25.03.1993 Axel Hahn (FDP) Plenarprotokoll 12/46	Aktion Sauberer Kurfürstendamm	FDP
21	17. Juni 1993	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 17.06.1993 Wolfgang Mleczkowski (FDP) Plenarprotokoll 12/50	Sondernutzungen auf dem Kurfürstendamm	FDP
22	16. September 1993	Mündliche Anfrage vom 16.09.1993 Dr. Winfried Hampel (FDP) Plenarprotokoll 12/52	Illegaler Aufenthalt von Ausländern in Ausländerwohnheimen	FDP
23	30. September 1993	Kleine Anfrage Nr. 12/4441 vom 30.09.1993 Wolfgang Mleczkowski (FDP) Drucksache 12/3550	Entgelte für Sondernutzungen öffentlicher Straßen	FDP
24	10. November 1994	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 10.11.1994 Dr. Rolf-Peter Lange (FDP) Plenarprotokoll 12/75	Schwarzhandel mit unverzollten Zigaretten	FDP
25	21. September 1995	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 21.09.1995 Otto Hoffmann (FDP) Plenarprotokoll 12/89	Feilhalten von Waren in der Ebertstraße	FDP
26	3. August 1993	Kleine Anfrage Nr. 12/4157 vom 03.08.1993 Norbert Pewestorff (PDS) Drucksache 12/3299	Leben mit Buden	PDS
27	10. November 1993	Kleine Anfrage Nr. 12/4632 vom 10.11.1993 Dr. Eva Müller (PDS) Drucksache 12/3620	Öffentliches Straßenland zum Schleuderpreis	PDS
28	18. Oktober 1995	Kleine Anfrage Nr. 12/7179 vom 18.10.1995 Norbert Pewestorff (PDS) Drucksache 12/46	Ausnahmegenehmigungen zum Ladenschlußgesetz in Verbindung mit Volksfesten	PDS

29	16. Dezember 1991	Kleine Anfrage Nr. 12/1611 vom 16.12.1991 Helga Thomas (SPD) Drucksache 12/1147	Polenmarkt	SPD
30	16. Dezember 1993	Mündliche Anfrage vom 16.09.1993 Hans-Joachim Gardain (SPD) Plenarprotokoll 12/52	Illegaler Zigarettenhandel durch Vietnamesen	SPD

13. Wahlperiode

Tabelle 8: Straßenhandel im Abgeordnetenhaus, 13. Wahlperiode, sortiert nach Parteien

	Datum	Vorgang	Titel	Partei
1	9. September 1997	Kleine Anfrage Nr. 13/2723 vom 09.09.1997 Uwe Goetze (CDU) Landespressedienst 199/1997	Verwaltungsblockade bei der Erschließung weiterer Sammelmöglichkeiten für Verpackungsabfälle	CDU
2	19. November 1997	Kleine Anfrage Nr. 13/3060 vom 19.11.1997 Jürn Jakob Schultze-Berndt (CDU) Landespressedienst 42/1998	Pflicht zur Aufstellung einer Gelben Tonne bei allen Imbißständen möglich?	CDU
3	30. März 1999	Kleine Anfrage Nr. 13/4744 vom 30.03.1999 Jens Friedrich (CDU) Landespressedienst 122/1999	Verschmutzte Straßen im Umfeld vieler Imbissstände - erforderliche Beratungsangebote	CDU
4	6. August 1996	Kleine Anfrage Nr. 13/930 vom 06.08.1996 Judith Demba (Grüne) Landespressedienst 51/1997	Einführung einer Verpackungssteuer in Berlin	Grüne
5	20. März 1996	Antrag vom 20.03.1996 Grüne Drucksache 13/324	Umsetzung des Landesabfallgesetzes, § 2 Pflichten der öffentlichen Hand	Grüne
6	29. Mai 1998	Kleine Anfrage Nr. 13/3783 vom 29.05.1998 Vollrad Kuhn (Grüne) Landespressedienst 121/1998	Unterschiedliche Praxis der Bezirke bei der Genehmigung von Schank- und Speiseerlaubnissen	Grüne
7	12. Juli 1999	Kleine Anfrage Nr. 13/5061 vom 12.07.1999 Benjamin-Immanuel Hoff (PDS) Landespressedienst 164/1999	Love Parade und Verhandlungen mit den Veranstaltern	PDS
8	14. Juli 1997	Kleine Anfrage Nr. 13/2462 vom 14.07.1997 Benjamin-Immanuel Hoff (PDS) Landespressedienst 190/1997	Love Parade und Tiergarten	PDS
9	7. Oktober 1999	Kleine Anfrage Nr. 13/5245 vom 07.10.1999 Dr. Helga Ernst (SPD) Landespressedienst 222/1999	Strukturvertriebe in Berlin	SPD
10	19. Juli 1996	Kleine Anfrage Nr. 13/851 vom 09.07.1996 Dr. Hermann Borghorst (SPD) Drucksache 13/737	"Müllchaos" in der Gradestraße, Neukölln	SPD

11	21. Juni 1996	Kleine Anfrage Nr. 13/768 vom 21.06.1996 Gabriele Thieme-Duske (SPD) Drucksache 13/615	Schließung des Frohnauer Wochenmarktes	SPD

15. Wahlperiode

Tabelle 9: Straßenhandel im Abgeordnetenhaus, 15. Wahlperiode, sortiert nach Parteien

	Datum	Vorgang	Titel	Partei
1	1. Dezember 2003	Kleine Anfrage Nr. 15/11149 vom 01.12.2003 Andreas Apelt (CDU) Drucksache 15/11149	Vietnamesische Zigarettenmafia	CDU
2	8. Januar 2002	Kleine Anfrage Nr. 15/41 vom 08.01.2002 Frank Henkel (CDU) Landespressedienst 15/2002	Mobiler Imbisswagen am Pariser Platz	CDU
3	13. Mai 2003	Antrag vom 13.05.2003 CDU Drucksache 15/1671	Wir entrümpeln den Bürokratie-Dschungel (VII) - Aufhebung der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Wochenmärkten	CDU
4	27. Februar 2003	Kleine Anfrage Nr. 15/10439 vom 27.02.2003 Ulrich Brinsa (CDU) Drucksache 15/10439	Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes zum Zwecke ambulanten Handels	CDU
5	29. April 2004	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 29.04.2004 Frank Henkel (CDU) Drucksache 15/20347	Bekämpfung des illegalen Zigartettenhandels in Berlin	CDU
6	7. Juni 2005	Antrag vom 07.06.2005 FDP Drucksache 15/4058	Mehr Berlin, weniger Staat (LXIII) Mobilen Handel mit Imbisswaren erleichtern	FDP
7	19. Januar 2006	Ausschussbesprechung § 21 Abs. 3 GO vom 19.01.2006 Ausschuss für Verfassungsschutz, FDP Ausschussprotokoll 15/24 (Inhalt)	Einbindung des Verfassungsschutzes in die Vorbereitung der Fußball-WM	FDP
8	22. März 2004	Kleine Anfrage Nr. 15/11419 vom 22.03.2004 Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) Drucksache 15/11419	Wochenmärkte in Berlin	FDP
9	30. Mai 2006	Kleine Anfrage Nr. 15/13548 vom 30.05.2006 Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) Drucksache 15/13548	Schmeckt Palatschinken auch unter freiem Himmel?	FDP
10	6. April 2006	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 06.04.2006 Dr. Gabriele Hiller (Die Linkspartei. PDS) Drucksache 15/20699	"Tourismusmeile" am Holocaust-Denkmal	Linkspartei

11	25. August 2002	Kleine Anfrage Nr. 15/634 vom 25.08.2002 Jutta Hertlein (SPD) Landespressedienst 172/2002	Preisangaben auf Wochenmärkten	SPD

16. Wahlperiode

Tabelle 10: Straßenhandel im Abgeordnetenhaus, 16. Wahlperiode, sortiert nach Parteien

	Datum	Vorgang	Titel	Partei
1	11. Mai 2007	Kleine Anfrage Nr. 16/10774 vom 11.05.2007 Andreas Statzkowski (CDU) Drucksache 16/10774	Waffenhandel an einer Wilmersdorfer Schule	CDU
2	7. Juni 2007	Mündliche Anfrage vom 07.06.2007 Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU) Plenarprotokoll 16/13	Fettringe um die Gedächtniskirche	CDU
3	20. September 2007	Kleine Anfrage Nr. 16/11233 vom 20.09.2007 Oliver Friederici (CDU) Drucksache 16/11233	Wartesituation für Taxifahrer/innen am Berliner Hauptbahnhof	CDU
4	12. Februar 2008	Kleine Anfrage Nr. 16/11753 vom 12.02.2008 Björn Matthias Jotzo (FDP) Drucksache 16/11753	Illegaler Zigarettenhandel in Berlin?	FDP
5	10. April 2008	Nicht behandelte Mündliche Anfrage vom 10.04.2008 Sascha Steuer (CDU) Drucksache 16/20226	Geduldete DDR-Verherrlichung?	CDU
6	20. Januar 2009	Kleine Anfrage Nr. 16/12955 vom 20.01.2009 Dr. Robbin Juhnke (CDU) Drucksache 16/12955	Illegaler Zigarettenhandel in Berlin 2008	CDU
7	6. Juli 2009	Kleine Anfrage Nr. 16/13519 vom 06.07.2009 Monika Thamm (CDU) Drucksache 16/13519	Fliegende Händler in den Berliner Grün- und Parkanlagen	CDU
8	14. Juni 2011	Kleine Anfrage Nr. 16/15526 vom 14.06.2011 Björn Matthias Jotzo (FDP) Drucksache 16/15526	Wächst der illegale Zigarettenhandel in Berlin?	FDP

10.2 Leitfaden für Gespräche mit Bauchladenhändler_innen

ARBEITSALLTAG/VERKAUF:

- Arbeitszeiten? Wieviel Tage, Wochen, im Jahr?
- Pausen?
- Arbeitswege?
- Pausen (Essen, Trinken), Gang zur Toilette?
- „Aufsichtspflicht“ über Waren?
- Wetter?
- Wer wird (morgens) beliefert? Von wem?
- Wie sieht die Arbeitsteilung aus? täglicher Auf und Abbau?
- Wer bestimmt was auf die Tische zum Verkauf kommt? Gemeinsame Entscheidungen? Oder alleine?
- Oder für jemanden? wer sichert ihnen den ‚Spot', wie haben sie den Standort bekommen? wer hat ihnen den vermietet? Hauptmieter Stadt? Untermieter?

ARBEITSLEBEN:

- Krankheit?
- Versicherung?
- Registriert, wenn ja und wie?

KONTROLLEN o. INTERAKTION mit BEHÖRDEN:

- wie oft?
- von wem?
- wie verhalten sich die Kontrolleure?
- wie verhalten sich die Straßenhändler?
- wie viele kontrollierende Einheiten kommen, zu wie vielen Personen?
- sind sie kompetent? bzw. willkürlich?
- wie lange dauert eine Kontrolle?
- Verlust von Einnahmen durch Kontrollen?
- Strafzettel? in welcher Höhe?
- in welchem Verhältnis zu den Einnahmen?

INTERAKTION MIT KUNDEN

- Welche Erfahrung mit Kunden?
- Welche Unterschiede machen sie?

INTERAKTION MIT UMLIEGENDEN GESCHÄFTEN

- Welche Interaktionen gibt es?
- Wie beschreiben sie das Verhältnis?

INLÄNDER/AUSLÄNDERSEIN/RASSISMUS

- Welche Rolle spielt Migrationshintergrund in Begegnungen mit Polizei, Kunden?
- Rassismus, wird das Thema angesprochen, wenn ja, wie?
- Welche Rolle spielt Herkunft für sie selbst?

NETZWERKE:

- Familiäre?
- Freundschaftliche?

- Straßenbeziehungen?
- Organisierte Netzwerke
- Interessenvertretungen?

KOSTEN/EINNAHMEN/FINANZEN:
- Investitionskosten
    - Technik
    - Genehmigungen
- Laufende kosten, woraus setzen diese sich zusammen?
    - Mieten
    - Strafzettel
    - Waren
    - Einnahmen
    - Steuern

PERSON / FAMILIE:
- Geschlecht
- Alter
- Migrationshintergrund
- Nationalität
- Beruf
- Ausbildung
- Familie
- Sprache, welche?

10.3 Fragen für leitfadengestützte Interviews

Gesprächsvorbereitung mit Bezirksamt Mitte, Wirtschaftsförderung

Bedeutung und Umfang der ethnischen Ökonomie
- Existenzgründung – Wie sieht der Markt für Existenzgründungen, mit wenig Kapital aus?
- Haben Märkte, also auch Wochenmärkte, eine Bedeutung für die Wirtschaftsförderung?
- Worauf zielen die Wirtschaftsfördermaßnahmen in Mitte ab? Worauf in Mitte, in Wedding und in Moabit?
- Was heißt das konkret in Berlin an Wirtschaftsförderpolitik?
- Wo sehen Sie die zukünftige ‚ethnische Ökonomie' in Berlin?

Stadtentwicklungspolitik und Wirtschaftsförderpolitik
- Wie schätzen sie die zukünftige Bedeutung von ambulanten Märkten ein, um lokale Ökonomien zu aktivieren, und zu stärken, weil sie niedrigere Kapitalkosten voraussetzen?
- Und welche Rolle sehen Sie in der Zusammenarbeit zwischen Stadtentwicklungspolitik und Wirtschaftsförderungspolitik?

Lokale Ökonomien und niedrigschwellige Angebote
- Ethnische Ökonomie in Berlin bzw. Berlin Mitte – was verstehen Sie darunter?
- Welche wirtschaftliche Bedeutung, prozentual?
- Handelt es sich hierbei auch um niedrigschwellige Angebote?
- Beraten Sie Existenzgründer, wenn ja – auch für Gründungen, die den

öffentlichen Raum nutzen?
- Wo sehen sie die Schwerpunkte für eine Förderung, um diese Ungleichheit auszugleichen?

Gesprächsvorbereitung mit Senatsverwaltung Stadtentwicklung

Öffentlicher Raum und Straßenhandel
- Welche Qualitäten des öffentlichen Raums in Berlin schätzen Sie?
- Welche Mängel stellen sie bezüglich des öffentlichen Raums fest?
- Welche Potentiale sehen Sie?
- Könnte der Straßenhandel einen Beitrag zum Straßenbild/Straßenleben leisten, insbesondere für Touristen (z.B. Angebote von Künstlern Portraits zu malen, Scherenschnitt anzubieten?)

Stadtentwicklung und Migration
- Stadtentwicklung und Migration und soziale Gerechtigkeit?
- Überschneidungen / Zusammenarbeit mit Wirtschaftsförderung?
- Handlungsfelder der Stadtentwicklung: Veränderungen hin zu ‚experimentieren und überbrücken' – was sind die aktuellen größten Herausforderungen der Stadtentwicklung?

Experimentieren ermöglichen
- Wer wird adressiert, für wen soll das niedrigschwellige Angebot sein?
- Wie sehen Sie den Bezug der Experimentierräume?
- zum Öffentlichen Raum, insbesondere Berlin Mitte? Gibt es hier Potentiale?
- Experimentieren für Menschen mit Migrationshintergrund?
- Experimentieren und wirtschaften bzw. Existenzgründungen? – was sind vorgestellte Nutzungen? Das Experiment als Zwischennutzung oder als Nische?

Gesprächsvorbereitung mit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Wirtschaftspolitik und ambulanter Handel:
- Spielt dieser in Ihrer Wahrnehmung für Ihre Senatsverwaltung eine Rolle? Wenn ja, welche?
- Welche Erfahrungen haben Sie mit Straßenhandel?
- Wirtschaftsförderpolitik und ambulanter Handel? (Weihnachtsmärkte, Flohmärkte, Straßenhändler?)
- Wo sehen Sie Problemlagen in Bezug auf den Straßenhandel?
- Wo sehen Sie Potentiale bezüglich des Straßenhandels?
- Bedeutung für Berliner Wirtschaft? (Weihnachtsmärkte, Wochenmärkte, Bauchladenhandel?)
- Was sind Problemlagen? Was sind Potentiale?
- Zielgerichtete (Förder-)politik?

Existenzgründung in Berlin
- Wie ist die Situation derzeit in Berlin?
- Wovon profitiert Berlin?
- Was muss Ihrer Ansicht nach verbessert werden?
- ist Berlin ein guter Standort um eine Existenz zu gründen?
- derzeitige Situation, wie viele Gründungen in den letzten Jahren?
- Mit Migrationshintergrund?
- Oder aus Hartz IV heraus?

Wirtschaftsförderpolitik in Berlin

- Selbstständigen-Quote? 2010 insgesamt und Personen mit Migrationshintergrund
- Spezifische Gründungen
  - „Ethnische Unternehmensgründungen“, wie ordnen sie deren Relevanz ein?
  - Relevanz „Hartz IV-Gründungen“?
  - Gibt es hier eine gezielte Wirtschaftsförderpolitik?
- Spezielle Angebote für Migrant_innen?:

Wirtschaftspolitik und Integration:

- Wo sehen sie Potentiale?
- Wo sehen sie Defizite?
- Welche Rolle messen sie der „ethnischen Ökonomie“ bei?

Gesprächsvorbereitung Bezirksverordnetenversammlung

Öffentlicher Raum

- Welche Qualitäten des öffentlichen Raums in Berlin schätzen Sie?
- Welche Mängel stellen sie bezüglich des öffentlichen Raums fest, was könnte verbessert werden?
- Welche Potentiale sehen Sie?

Straßenhandel

- Könnte der Straßenhandel einen Beitrag zum Straßenbild/Straßenleben leisten, insbesondere für Touristen (z.B. Angebote von Künstlern Portraits zu malen, Scherenschnitt anzubieten?)
- Was ist ihre Position zur derzeitigen Situation des Bauchladenhandels in Berlin Mitte?
- Wie schätzen Sie den bürokratischen Weg zum Handel auf der Straße in Berlin-Mitte ein?

Negativkatalog

- Wie bewerten Sie die Rolle des Negativkatalogs?
- Wie soll in Zukunft der Bauchladenhandel/Fliegender Handel in Berlin gestaltet werden?
- Wie bisher?

Existenzgründung in Berlin, insbesondere für Migrant_innen

- Wie schätzen Sie das Angebot der Existenzgründung für Migrant_innen ein, bzw. Menschen mit Migrationshintergrund?

Gesprächsvorbereitung mit Existenzgründungsberatung für Migrant_innen

Organisation:

- Wann hat sich die Organisation gebildet?
- Warum?

Ethnische Ökonomie

- Ethnische Ökonomie in Berlin bzw. Berlin Mitte – was verstehen Sie darunter?
- Welche wirtschaftliche Bedeutung, prozentual?
- Bedeutung und Umfang der ethnischen Ökonomie?
- Handelt es sich um eine „Ungleiche Ökonomie“?
- Wie ist das Verhältnis der Verwaltung zur „ethnischen Ökonomie“?

Existenzgründung:

- Existenzgründung – Wie sieht der Markt für Existenzgründungen, mit wenig Kapital aus?
- Gibt es hier Förderungsmaßnahmen, wie sehen diese aus?
- Handelt es sich hierbei auch um niedrigschwellige Angebote?
- Beraten Sie Existenzgründer, wenn ja – auch für Gründungen, die den öffentlichen Raum nutzen?
- Wo sind die meisten Gründungen zu verzeichnen?

Straßenhandel:

- Gibt es einen Bedarf den öffentlichen Raum für mikrowirtschaftliche Aktivitäten zu nutzen?
- Hatten Sie in der Beratungstätigkeit mit Straßenhandel zu tun?
- Welche Rolle spielt der Straßenhandel in der ethnischen Ökonomie?

11 Verzeichnisse

11.1 Tabellen

Tabelle 1: Kolonialität der Macht nach Quijano (2000), Eigene Darstellung. 33

Tabelle 2: Schematische Darstellung der Interviews 54

Tabelle 3: „Die (Des-)Integrationspotenziale von Erwerbsarbeit - eine Typologie". Grafik nach Dörre (2007: 290. zit. nach Seifert 2009: 40). 72

Tabelle 4: Entwicklung der Ankünfte und Übernachtungen in Berlin 1993-2012. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Eigene Darstellung 133

Tabelle 5: Überblick über die Treffer der Stichwortsuche, Stand 15.01.2013 211

Tabelle 6: Straßenhandel im Abgeordnetenhaus, 11. Wahlperiode, sortiert nach Parteien 265

Tabelle 7: Straßenhandel im Abgeordnetenhaus, 12. Wahlperiode, sortiert nach Parteien 267

Tabelle 8: Straßenhandel im Abgeordnetenhaus, 13. Wahlperiode, sortiert nach Parteien 269

Tabelle 9: Straßenhandel im Abgeordnetenhaus, 15. Wahlperiode, sortiert nach Parteien 270

Tabelle 10: Straßenhandel im Abgeordnetenhaus, 16. Wahlperiode, sortiert nach Parteien 271

11.2 Abbildungen

Abbildung 1: SAGE: Journal Urban Studies, Artikel zu „Street Vending", Übersicht der untersuchten Städte. Eigene Darstellung 10

Abbildung 2: Gruppenfoto während der Forschung, Berlin-Mitte, Nähe Alexanderplatz, März 2010. Fotograf: Alessandro Busà 58

Abbildung 3: Anteile der Zugewanderten und der in Deutschland Geborenen nach Herkunft (Woellert u. a. 2009: 19). 94

Abbildung 4: Fördermittel für Berlin-Marketing des Landes Berlin von 2000 bis 2009, Quelle: Berliner Haushaltspläne 2000-2010, Eigene Darstellung 135

Abbildung 5: Aus „Berlin - Wirtschaftsfaktor Tourismus". (Berlin Tourismus Marketing GmbH 2009: 14). 135

Abbildung 6: Straßenszene in der Grenadierstraße (heute Almstadtstraße) im sogenannten Scheunenviertel. Verkauf von Brot und Schrippen von einem Holzkarren. Foto: Buch, P., Berlin 1933. ©Bundesarchiv, Bild 183-1987-0413-501, CC-BY-SA. 157

Abbildung 7: Straßenhändler am Potsdamer Platz bieten wieder ihre Waren an. Foto: Krueger, Erich O. 1946 Frühling. ©Bundesarchiv, Bild 183-2005-0805-511, CC-BY-SA 159

Abbildung 8: Straßenhändler_innen vor dem Brandenburger Tor, 1. Oktober 1991. Bild: Thurn, Joachim F. ©Bundesarchiv B 145 Bild-F089828-0007. CC-BY-SA. 167

Abbildung 9: Briefmarke der DDR, 1964 172

Abbildung 10: Briefmarke der DDR, 1973. 172

Abbildung 11: Blick auf den Bahnhof, im Hintergrund steht noch der Kiosk, aufgenommen Sommer 2010 von einem der Straßenhändler. 174

Abbildung 12: Schmuckhändler und Grillwursthändler stehen sich gegenüber - fotografiert von einem der Straßenhändler, Sommer 2010. 175

Abbildung 13: Aufbau eines Bauchladens auf dem Alexanderplatz. Eigene Aufnahme 177

Abbildung 14: Straßenhändler an der Brücke, März 2010. Fotograf: Alessandro Busà. 180

Abbildung 15: Ein Experte im Straßenhandel, er arbeitet seit fast zwei Dekaden als Händler. Hier vor dem Berliner Dom, März 2010. Fotograf: Alessandro Busà. 180

Abbildung 16: Bauchladenhändler am Checkpoint Charlie, Berlin. Berlin, Mai 2009. Eigenes Bild. 183

Abbildung 17: Straßenhändler in Berlin-Mitte, Nähe Alexanderplatz, an seinem Bauchladen. April 2010. Fotograf: Alessandro Busà. 188

Abbildung 18: Straßenhändler beim Aufbau seines Standes in Berlin-Mitte, Nähe Berlin-Alexanderplatz. April 2010. Fotograf: Alessandro Busà. 193

Abbildung 19: Ein Blick auf den Bauchladen, Sortiment eines Souvenirhändlers, März 2010. Fotograf: Alessandro Busà 201

Abbildung 20: Ein Schmuckhändler an Ausweichort, März 2010. Fotograf: Alessandro Busà. ... 201

Abbildung 21: Überlagerung des Negativkatalogs (Eigene Darstellung). Hellgrau: Verbotszone Bauchladenhandel. Dunkelgrau: Verbotszone Straßenhandel aus dem Auto (Eis). 210

Abbildung 22: Nachfrage zum Fliegenden Handel bei Unternehmen in: Tourismusnahe Unternehmensbefragung Altbezirk Mitte BBJ Servis gGmbH, 2006-2007, S. 34 (BBJ SERVIS gGmbH 2007b). 217

Abbildung 23: Nachfrage zum Fliegenden Handel bei Tourist_innen in: Tourismusnahe Unternehmensbefragung Altbezirk Mitte BBJ Servis gGmbH, 2006-2007, S. 35 (BBJ SERVIS gGmbH 2007b). 218

Abbildung 24: Preußenpark im Sommer 2011. Eigenes Bild. 231

Abbildung 25: Preußenpark im Sommer 2011. Eigenes Bild. 231

Abbildung 26: Green Cart Vendor in Brooklyn, August 2009. Eigene Aufnahme.....242

Abbildung 27: Red Hook Food Vendors, September 2009. Eigene Aufnahme.....252

12 Literatur

Aalbers, Manuel B. (2011) The Revanchist Renewal of Yesterday's City of Tomorrow. In: *Antipode* 43(5):1696-1724.

Abu-Lughod, Lila (1991) Writing against culture. *Feminist anthropology: A reader* :153-169.

AG gegen Rassismus in den Lebenswissenschaften (2009) *Gemachte Differenz: Kontinuitäten biologischer „Rasse"-Konzepte*. Münster: Unrast.

Agency for Fundamental Rights (2010) *Für eine effektivere Polizeiarbeit: diskriminierendes „Ethnic Profiling" erkennen und vermeiden: ein Handbuch.* Luxemburg: Amt f. Veröff. der Europäischen Union. http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Guide-ethnic-profiling_DE.pdf [02.05.2013]

AGG. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 3. April 2013 (BGBl. I S. 610) geändert worden ist. http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/agg/gesamt.pdf. [10.06.2013]

Ahmed, Sara (2004) Declarations of whiteness: The non-performativity of anti-racism. *borderlands* 3(2):1-15.

Aikins, Joshua Kwesi (2012) Berlin Remix - Straßenumbenennungen als postkoloniale Perspektivumkehr. In: Ha, Kien Nghi (Hrsg.) *Asiatische Deutsche - Vietnamesische Diaspora and beyond*:288-303. Hamburg: Assoziation A.

Alexander, Michelle (2010) *The new Jim Crow: mass incarceration in the age of colorblindness. New York*; [Jackson, Tenn.]: New Press ; Distributed by Perseus Distribution.

Allen, Ricky Lee (2001) The globalization of white supremacy: Toward a critical discourse on the racialization of the world. *Educational Theory* 51(4):467-485.

Allen, John (2006) Ambient power: Berlin's Potsdamer Platz and the seductive logic of public spaces. *Urban Studies* 43(2):441–455.

Altvater, Elmar und Birgit Mahnkopf (2002) *Globalisierung der Unsicherheit: Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Anjaria, Jonathan Shapiro (2006) Street hawkers and public space in Mumbai. *Economic and Political Weekly* 41(21):2140-2146.

Arndt, Susan (2011) Rassismus. In: Arndt, Susan und Nadja Ofuatey-Alazard (Hrsg.), *(K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv der deutschen Sprache - Ein kritisches Nachschlagewerk:*37-43. Münster: Unrast.

Arndt, Susan und Nadja Ofuatey-Alazard (2011) *Wie Rassismus aus Wörtern spricht: Kerben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*. Münster: Unrast.

Austin, Regina (1994) „An Honest Living": Street Vendors, Municipal Regulation, and the Black Public Sphere. *The Yale Law Journal* 103(8):2119-2131. [20.08.2008]

Bade, Klaus J. und Hans-Georg Hiesserich (2007) *Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis*. Vandenhoeck & Ruprecht.

Bahners, Patrick (2010) Humboldt-Forum: Wollen wir uns das Berliner Schloss noch leisten? - Hintergründe - Feuilleton - FAZ.NET. 5. Juni 2010 http://www.faz.net/artikel/C30351/humboldt-forum-wollen-wir-uns-das-berliner-schloss-noch-leisten-30171803.html [12.07.2011]

Bahr, Christian (2007) Alexanderplatz - der verhinderte Weltplatz. In: *Alexanderplatz. Fotografische und literarische Erinnerungen.* Berlin: Jaron Verlag. S. 9-11.

Bahrdt, Hans Paul (1961): *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau* (Neuauflage 2006 hrg. von Ulfert Herlyn). Wiesbaden.

Balibar, Etienne u. a. (1992) *Rasse, Klasse, Nation: Ambivalente Identitäten.* Argument-Verlag.

Bareis, Ellen (2007) *Verkaufsschlager: Urbane Shoppingmalls - Orte des Alltags zwischen Nutzung und Kontrolle*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bauhardt, Christine (2004) *Entgrenzte Räume: zu Theorie und Politik räumlicher Planung.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bayat, Asef (2004) Globalization and the Politics of the Informals in the Global South. In: Roy, Ananya und Nezar AlSayyad (Hrsg.), *Urban Informality*:79-102.

Bendix, Daniel (2011) Entwicklung. In: Arndt, Susan u.a. (Hrsg.) *(K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv der deutschen Sprache - Ein kritisches Nachschlagewerk:*272-277. Münster: Unrast.

BBJ SERVIS gGmbH (2007a) *Ergebnisse der Tourismusbefragung Altbezirk Mitte 2006-2007.* Berlin. (Tourismusrecherche) http://www.berlin.de/ba-mitte/wirtschaftsfoerderung/tourismus/index.html [26.2.2013] .

BBJ SERVIS gGmbH (2007b) *Tourismusnahe Unternehmensbefragung Altbezirk Mitte 2006-2007*. Berlin. (Tourismusrecherche) http://www.berlin.de/ba-mitte/wirtschaftsfoerderung/tourismus/index.html [26.2.2013] .

BBJ SERVIS gGmbH (2006) *Touristenbefragung Alexanderplatz 2006 - erste ausgewählte Ergebnisse*. Berlin: BBJ SERVIS gGmbH http://www.berlin.de/ba-mitte/wirtschaftsfoerderung/tourismus/index.html [26.2.2013] .

BBJ SERVIS gGmbH (2008) *Touristenbefragung in Moabit / Wedding 2007 / 2008*. Berlin: BBJ SERVIS gGmbH http://www.berlin.de/ba-mitte/wirtschaftsfoerderung/tourismus/index.html [26.2.2013].

Becker, Ruth (2008) Raum: Feministische Kritik an Stadt und Raum. In: Ruth Becker und Beate Kortendiek (Hrsg.) *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*:798-811. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Belina, Bernd (2003) Evicting the Undesirables. The Idealism of Public Space and the Materialism of the Bourgeois State. *Belgeo.* (Belgische Zeitschrift für Geographie) 3(2): S. 47-62.

Belina, Bernd (2007) From Disciplining To Dislocation: Area Bans in Recent Urban Policing in Germany. *European Urban and Regional Studies* 14(4):321.

Belina, Bernd und Gesa Helms (2003) Zero tolerance for the industrial past and other threats: policing and urban entrepreneurialism in Britain and Germany. *Urban Studies* 40(9):1845-1867.

Berlin Tourismus & Kongress GmbH (Hrsg.) (2012) *Wirtschaftsfaktor für Berlin: Tourismus- und Kongressindustrie.* http://www.visitberlin.de/sites/default/files/wirtschaftsfaktor_2012_0.pdf [10.07.2013]

Berliner Abgeordnetenhaus (2012) *Bericht zur Umsetzung des Integrationskonzepts 2007.* Berlin: Berliner Abgeordnetenhaus. http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/berichte/index.html [28.05.2013]

Berliner Straßengesetz (BerlStrG) Vom 13. Juli 1999. zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Dezember 2008 (GVBl. S. 466) http://www.stadtentwicklung.berlin.de/service/gesetzestexte/de/download/verkehr/berlstrg062006.pdf [23.10.2012]

Bernal, Martin (1987) *Black Athena 1. The Afroasiatic roots of classical civilization, Vol 1.* New Brunswick, N.J.: Rutgers University Press.

Bernal, Martin (1996) *Black Athena 2. The archaeological and documentary evidence, Vol 2*. New Brunswick, NJ: Rutgers Univ. Press.

Bernal, Martin (2006) *Black Athena 3. The Afroasiatic roots of classical civilization. Vol. 3, The Linguistic evidence*. New Brunswick, N.J.: Rutgers University Press.

Bernal, Martin und David Chioni Moore (2001) *Black Athena writes back: Martin Bernal responds to his critics*. Durham: Duke University Press.

Bhabha, Homi (1994) *The location of culture.* London New York: Routledge.

Bhowmik, Sharit K. (Hrsg.) (2010) *Street Vendors in the Global Urban Economy.* Routledge India.

Binder, Beate (2009) *Streitfall Stadtmitte: der Berliner Schlossplatz*. Böhlau Verlag Köln Weimar.

Bonnett, Alastair (2002) The metropolis and white modernity. *Ethnicities* 2:349-366.

Bose, Friedrich (2013): The Making of Berlin's Humboldt-Forum: Negotiating History and the Cultural Politics of Place | darkmatter Journal. , http://www.darkmatter101.org/site/2013/11/18/the-making-of-berlin%E2%80%99s-humboldt-forum-negotiating-history-and-the-cultural-politics-of-place/ [03.08.2013].

Bourdieu, Pierre (1998) Prekarität ist überall. *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz :96-102.

Braun, Karl (2004) „Der Thai-Treff im Preußenpark. Eine ethnographische Spurensuche". *Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge* 33:9-19.

Brenner, Neil (1997) Globalisierung und Reterritorialisierung: Städte, Staaten und die Politik der räumlichen Redimensionierung im heutigen Europa. *WeltTrends* 17: 7-30.

Brenner, Neil und Nikolas Theodore (Hrsg.) (2002) *Spaces of neoliberalism: urban restructuring in North America and Western Europe*. Blackwell Oxford.

Bröckling, Ulrich (2007) *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Bröckling, Ulrich (2002) Jeder könnte, aber nicht alle können. *Konturen des unternehmerischen Selbst. Mittelweg* 36(4):6-26.

Bromley, Ray (1978) Introduction: The Urban Informal Sector: Why is it Worth Discussing? *World Development* 6(9/10):033-1039.

Bromley, Ray (2000) Street vending and public policy: a global review. *International Journal of Sociology and Social Policy* 20(1/2):1 - 28.

Brune, Walter, Rolf Junker und Holger Pump-Uhlmann (2006) *Angriff auf die City - Kritische Texte zur Konzeption, Planung und Wirkung von integrierten und nicht integrierten Shopping-Centern in zentralen Lagen*, Düsseldorf.

Butscher, Susanne (1996) Informelle Überlebensökonomie in Berlin: Annäherung der deutschen Hauptstadt an Wirtschaftsformen der Dritten Welt. Berlin: *Das Arabische Buch*. (Diskussionspapiere / Freie Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients ; 49)

Butterwegge, Christoph, Bettina Lösch und Ralf Ptak (2008) *Kritik des Neoliberalismus*. 2., verbesserte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Carman, Tim (2008) New Street Food Options in Washington, D.C. *The Washington Post*, 1. Oktober http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/09/30/AR2008093000491.html [03.08.2013]

Castro Varela, María do Mar (2005) Prekarität für alle?! Zur differentiellen symbolischen und faktischen Deklassierung von „Migrantinnen". Eine transnationale Perspektive. *ZtG Bulletin* (29+30):90-102.

Castro Varela, María do Mar und Nikita Dhawan (2005) *Postkoloniale Theorie: eine kritische Einführung.* Bielefeld: transcript. (Cultural Studies ; 12)

Castro Varela, María do Mar, Nikita Dhawan und Shalini Randeria (2009) Postkoloniale Theorie. In: Günzel, Stephan (Hrsg.) *Raumwissenschaften*:308-323. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

De Certeau, Michel (1988) Kunst des Handelns. Berlin: Merve Verl. (Internationaler Merve-Diskurs ; 140)

Chakrabarty, Dipesh (2008) *Provincializing Europe: postcolonial thought and historical difference*. Princeton, N. J.; Oxford: Princeton University Press.

Cohen, Jean-Louis und Monique Eleb (2002) *Casablanca: colonial myths and architectural ventures*. Monacelli Press.

Colomb, Claire (2012) *Staging the New Berlin: place marketing and the politics of urban reinvention post-1989.* London New York: Routledge.

Committee on the Elimination of Racial Discrimination (2013) (Eighty second session). Communication No. 48/2010 http://www2.ohchr.org/English/bodies/cerd/docs/CERD-C-82-D-48-2010-English.pdf [11.07.2013]

Crenshaw, Kimberlé (1991) Mapping the margins: Intersectionality, identity politics, and violence against women of color. *Stanford Law Review* 43(6):1241-1299.

Cross, John C. (1998) *Informal politics: street vendors and the state in Mexico City.* Stanford, Calif: Stanford Univ. Press. (Sociology: political science)

Cross, John C. (2007) Pirates on the high streets: the street as a site of local resistance in globalization. In: Cross, John C. und Alfonso Morales (Hrsg.), *Street Entrepreneurs: People, Place and Politics in Local and Global Perspective*. London New York: Routledge:125-144.

Cross, John C. und Marina Karides (2007) Capitalism, Modernity, and the „appropriate" use of space. In: Cross, John C. und Alfonso Morales (Hrsg.), *Street Entrepreneurs:*

People, Place and Politics in Local and Global Perspective. London New York: Routledge: 180-200.

Cross, John C. und Alfonso Morales (Hrsg.) (2007) *Street entrepreneurs: people, place and politics in local and global perspective.* London New York: Routledge.

Cross, Malcolm und Michael Keith (1993) *Racism, the city and the state.* Routledge.

Crossa, Veronica (2004) Entrepreneurial Urban Governance and Practices of Power: Renegotiating the Plaza in Mexico City. *Antipode* 36(1):127-129.

Crossa, Veronica (2009b) Resisting the Entrepreneurial City: Street Vendors' Struggle in Mexico City's Historic Center. *International Journal of Urban and Regional Research* 33(1):43-63. [23.10.2009]

Davis, Mike (2006) *Planet of slums*. London New York: Verso.

Decker, Oliver und Elmar Brähler (2012) *Die Mitte im Umbruch: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Dietz, Bonn.

Delgado, Richard und Jean Stefancic (2000) *Critical race theory : the cutting edge.* Philadelphia: Temple University Press.

DER SPIEGEL (1986) Geld im Vorderrad. http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519049.html [23.04.2013]

De Sousa Santos, Boaventura (2012) Public Sphere and Epistemologies of the South. *AFRICA DEVELOPMENT -SENEGAL-* 37(1):43-68.

Devlin, Ryan (2006) Illegibility, Uncertainty and the Management of Street Vending in New York City. Paper presented at the 2006 Breslauer Graduate Student Symposium, "The Right to the City and the Politics of Space." International and Area Studies, University of California, Berkeley, April 14-15, 2006. http://escholarship.org/uc/item/2dq8p606 [27.10.2010]

Diallo, Oumar und Joachim Zeller (2013) *Black Berlin: Die deutsche Metropole und ihre afrikanische Diaspora in Geschichte und Gegenwart*.

Döblin, Alfred (1929) *Berlin Alexanderplatz: Die Geschichte vom Franz Biberkopf Roman*. S: Fischer.

Doderer, Yvonne P. (2003) *Urbane Praktiken: Strategien und Raumproduktionen feministischer Frauenöffentlichkeit.* Münster: Monsenstein und Vannerdat.

Donovan, Michael G. (2008) Informal Cities and the Contestation of Public Space: The Case of Bogota's Street Vendors, 1988 2003. *Urban Stud* 45(1):29-51. [28.10.2008]

Dörhöfer, Kerstin und Ulla Terlinden (1998) *Verortungen: Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen.* Birkhäuser.

Duneier, Mitchell (2000) *Sidewalk*. New York: Farrar Straus & Giroux.

Dunn, Kathleen (2013) *Hucksters and Trucksters: Criminalization and Gentrification in New York City's Street Vending Industry*. Dissertation. City University of New York. http://gradworks.umi.com/35/53/3553554.html [19.05.2013]

Dwyer, Owen J. und John Paul Jones (2000) White socio-spatial epistemology. *Social & Cultural Geography* 1(2):209-222.

ECRI Secretariat (2009) ECRI Report on Germany, European Commission against Racism and Intolerance. ECRI Secretariat Directorate General of Human Rights and Legal Affairs Council of Europe. http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/menschenrechtsinstrumente/europarat/europaeische-kommission-gegen-rassismus-und-intoleranz-ecri.html [21.05.2010]

Eggers, Maisha Maureen, Grada Kilomba, Peggy Piesche und Susan Arndt (Hrsg.) (2005) *Mythen, Masken und Subjekte - Kritische Weißseinsforschung in Deutschland.* Münster: Unrast.

Eggers, Maisha Maureen (2005) Rassifizierte Machtdifferenz als Deutungsperspektive in der kritischen Weißseinsforschung in Deutschland. In: Eggers, Maisha Maureen u.a. *Mythen, Masken und Subjekte - Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*:56-72. Münster: Unrast.

Eick, Volker (2006) Raumgreifender Neoliberalismus. Kriminalpolitik und Privatisierung öffentlicher Räume. In: Lange, Hans-Jürgen (Hrsg.) *Kriminalpolitik im 21. Jahrhundert.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Eick, Volker, Jens Sambale und Eric Töpfer (Hrsg.) (2007) *Kontrollierte Urbanität: Zur Neoliberalisierung städtischer Sicherheitspolitik.* transcript.

Van Eijk, Gwen (2010) Exclusionary Policies are Not Just about the 'Neoliberal City': A Critique of Theories of Urban Revanchism and the Case of Rotterdam. *International Journal of Urban and Regional Research* 34(4):820-834.

ekathimerini.com (2010) Illegal street trade booming in crisis. http://www.ekathimerini.com/4dcgi/_w_articles_politics_0_20/02/2010_115052 [25.03.2010]

El Mundo (2010) Los „manteros" toman el centro de Madrid para exigir el fin de las penas de cárcel | España | elmundo.es. 13.03.2010 http://www.elmundo.es/elmundo/ 2010/03/13/espana/1268491413.html [25.03.2010]

El-Tayeb, Fatima (2011) *European Others: Queering Ethnicity in Postnational Europe.* University of Minnesota Press.

End, Markus, Kathrin Herold und Yvonne Robel (Hrsg.) (2009) *Antiziganistische Zustände: zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments*. Unrast.

Ersöz, Ahmet (2012a) *Ethnische Ökonomien in Berlin*: Der Stand. *GUWBI e.V.* 24. http://www.guwbi.de/mediapool/73/737287/data/EthnOek2012.pdf [2.4.2013]

Ersöz, Ahmet (2012b) *Ethnisches Gewerbe in Berlin: Situationsanalyse 2012.* GUWBI e.v. http://www.guwbi.de/mediapool/73/737287/data/SituationsanalyseAuszug2012.pdf [7.3.2013]

Ersöz, Ahmet (1997) Türkische Ökonomie nach der Wende in Berlin. In; Renate Amann/Barbara v. Neumann-Cosel (Hrsg.): *Berlin-Eine Stadt im Zeichen der Migration.* Darmstadt: VWP, S :114-116.

Estrada, Emir (2013) Changing household dynamics: Children's American generational resources in street vending markets. *Childhood* 20(1):51-65.

Färber, Alexa (Hrsg.) (2005) *Hotel Berlin: Formen urbaner Mobilität und Verortung*. LIT Verlag Münster.

Farías, Ignacio und Susanne Stemmler (2006) Deconstructing 'Metropolis': Critical Reflections on a European Concept. *CMS Working Paper Series* (No. 004-2006):16.

Farr, Arnold (2005) Wie Weißsein sichtbar wird. Aufklärungsrassismus und die Struktur eines rassifizierten Bewusstseins. In: Eggers, Maureen Maisha, u. a. (Hrsg.), *Mythen, Masken und Subjekte - Kritische Weißseinsforschung in Deutschland.* Münster :Unrast:40-55.

Fischer-Krapohl, Ivonne (2007) Ethnische Ökonomie im theoretischen Diskurs - Unternehmen von Migranten zwischen Ethnisierung und Integration. In: Fischer-Krapohl und Viktoria Waltz (Hrsg.) *Raum und Migration. Differenz anerkennen - Vielfalt planen - Potenziale nutzen* :199-221.

Flick, Uwe (2002) *Qualitative Sozialforschung*. Rowohlt Verlag Reinbek bei Hamburg.

Freikamp, U. u. a. (2008) Kritik mit Methode? *Forschungsmethoden und Gesellschafts-kritik. Berlin: Dietz (Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 42)*.

Goldberg, David Theo (2006) Racial Europeanization. *Ethnic and Racial Studies* 29(2):331-364.

Goll, Jörn-Michael (2011) *Kontrollierte Kontrolleure: Die Bedeutung der Zollverwaltung für die politisch-operative Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.* Vandenhoeck & Ruprecht.

Goos, Anna (2006) *Migration in einer interdependenten Welt: neue Handlungsprinzipien; Bericht der Weltkommission für Internationale Migration.* Berlin: DGVN.

Götz, Irene und Barbara Lemberger (Hrsg.) (2009) *Prekär arbeiten, prekär leben: Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf ein gesellschaftliches Phänomen.* Campus Verlag GmbH.

Grosfoguel, Ramón (2003) *Colonial subjects: Puerto Ricans in a global perspective*. University of California Press

Grosfoguel, Ramón (2011) Decolonizing Post-Colonial Studies and Paradigms of Political-Economy: Transmodernity, Decolonial Thinking, and Global Coloniality. *TRANSMODERNITY: Journal of Peripheral Cultural Production of the Luso-Hispanic World* 1(1).

Grosfoguel, Ramón (2012) Decolonizing Western Uni-versalisms: Decolonial Pluri-versalism from Aimé Césaire to the Zapatistas. *TRANSMODERNITY: Journal of Peripheral Cultural Production of the Luso-Hispanic World* 1(3).

Günzel, Stephan (Hrsg.) (2009) *Raumwissenschaften*. Originalausgabe. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Gunaratnam, Yasmin (2003) *Researching race and ethnicity: methods, knowledge, and power.* London [u.a.]: Sage.

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1999) *Intellektuelle Migrantinnen: Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung: Eine postkoloniale dekonstruktive Analyse von Biographien im Spannungsverhältnis von Ethnisierung und Vergeschlechtlichung.* Opladen: Leske+ Budrich.

Ha, Kien Nghi (Hrsg.) (2012) *Asiatische Deutsche - Vietnamesische Diaspora and beyond.* Berlin: Assoziation A.

Ha, Kien Nghi (2003) Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik. Postkoloniale Kritik und Migration. In: Encarnación Gutiérrez Rodriguez/Hito Steyerl (Hrsg.), *Spricht die Subalterne deutsch?*:56-107.

Ha, Kien Nghi (2004*) Ethnizität und Migration Reloaded: Kulturelle Identität, Differenz und Hybridität im postkolonialen Diskurs*. stark erw. u. überarb. Neuaufl. wvb Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

Ha, Kien Nghi (2005) Macht(t)raum(a) Berlin - Deutschland als Kolonialgesellschaft. In: Eggers, Maisha Maureen u.a. (Hrsg.), *Mythen, Masken und Subjekte - Kritische Weißseinsforschung in Deutschland.*:105-117. Münster: Unrast.

Ha, Kien Nghi, Nicola Lauré al-Samarai und Sheila Mysorekar (Hrsg.) (2007) *re/visionen - Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland.* Münster: Unrast.

Ha, Kien Nghi und Markus Schmitz (2006a) ak 508: Das Recht nicht dermaßen integriert zu werden. *ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis* http://www.akweb.de/ak_s/ak508/10.htm [29.08.2008]

Ha, Kien Nghi und Markus Schmitz (2006b) Deutsche Integrationspolitik als kolonialanaloges Disziplinarsystem kultureller Unterordnung - Eine postkoloniale Kritik. *IDA-NRW* Nr. 2(12. Jg.). http://www.ida-nrw.de/html/Ueberblick_2_06.pdf [28.07.2008]

Ha, Noa K. (2009) *Informeller Straßenhandel in Berlin: Urbane Raumproduktion zwischen Störung und Attraktion.* wvb Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

Ha, Noa (2014) Perspektiven urbaner Dekolonisierung: Die europäische Stadt als „Contact Zone“, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2, S. 27–48.

Hall, Stuart (1989) Rassismus als ideologischer Diskurs. *Das Argument* 178(1989):913-921.

Hall, Tim und Phil Hubbard (Hrsg.) (1998) *The entrepreneurial city: geographies of politics, regime and representation.* Chichester [u.a.]: Wiley.

Haraway, Donna (1988) Situated knowledges: The science question in feminism and the privilege of partial perspective. *Feminist studies* 14(3):575-599.

Haritaworn, Jin (2003) Der ethnisierte Arbeitsplatz als Ort paradoxer Identifikation: Verhandlungen von Rassismus, Sexismus, Klassismus und kultureller Identität in einem thailändischen Restaurant in Britannien. In: M. Castro Varela & D. Clayton (Hrsg.), *Migration, Gender, Arbeitsmarkt. Neue Beiträge zu Frauen und Globalisierung.* Königstein im Taunus: Ulrike Helmer Verlag: 154-186

Haritaworn, Jin (2012) *The Biopolitics of Mixing: Thai Multiracialities and Haunted Ascendancies.* Ashgate Publishing, Ltd.

Haritaworn, Jin, Tamsila Tauqir und Esra Erdem (2007) Queer-Imperialismus: Eine Intervention in die Debatte über >muslimische Homophobie<. In: Ha, Kien Nghi (Hrsg.) *re/visionen - Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*. Münster: Unrast:187-203

Hart, Keith (1970) Small-scale entrepreneurs in Ghana and development planning. *Journal of Development Studies* 6(4):104-120.

Hart, Keith (1973) Informal economy opportunities and the urban employment in Ghana. *Journal of Modern Africa Studies* 11(1).

Harvey, David (2006) *Spaces of global capitalism: towards a theory of uneven geographical development.* London [u.a.]: Verso.

Hauer, Dirk (2005) ak 494: Strategische Verunsicherung - Zu den identitären Fallstricken der Debatte um prekäre Arbeit. *ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis*, 15. April http://www.akweb.de/ak_s/ak494/11.htm [29.07.2010]

Häußermann, Hartmut (2001) *Die Privatisierung der Stadt. Empirische Policy- und Verwaltungsforschung*. Lokale, nationale und internationale Perspektiven, Opladen, Leske+ Budrich.

Häußermann, Hartmut und Claire Colomb (2003) The New Berlin: marketing the city of dreams. *Cities and visitors: regulating people, markets, and city space* :200-218.

Häußermann, Hartmut und Andreas Kapphan (2000) *Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt?: sozialräumlicher Wandel seit 1990*. Opladen: Leske und Budrich.

Häußermann, Hartmut, Dieter Läpple und Walter Siebel (2008) *Stadtpolitik*. Orig.-Ausgabe. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Heeg, Susanne (1998) *Reformulierung städtischer Politikformen am Beispiel Berlins. PROKLA 110 S (t) andOrt Berlin* :26.

Heeg, Susanne (2008) *Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft. Die „South Boston Waterfront" als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik.* Bielefeld: Transcript-Verlag.

Hentschel, Tamara (1997) Polizeiterror - Rechtsberatung - Reistrommel. Die Entwicklung eines Projektes. In: Hentschel, Tamara u.a. *Zweimal angekommen und doch nicht zu Hause. Vietnamesische Vertragsarbeiter in den neuen Bundesländern*:61-66.

Hentschel, Tamara und Susanne Harmsen (2008) *Bruderland ist abgebrannt - Katalog zur Ausstellung zur Geschichte der Vertragsarbeiter in der DDR. Erst willkommen - dann abgeschoben.* Reistrommel e.V. http://bruderlandistabgebrannt.de.tl/

Herbert, Ulrich (2001) *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland.* bpb Bundeszentrale für politische Bildung.

Herrle, Peter und Josefine Fokdal (2011) Beyond the Urban Informality Discourse: Negotiating Power, Legitimacy and Resources. *Geographische Zeitschrift* 99.

Heyden, Ulrich (2002) *Kolonialmetropole Berlin: eine Spurensuche*. Berlin: Berlin Edition.

Hillmann, Felicitas (2000) Ethnisierung oder Internationalisierung? *PROKLA 120 Ethnisierung und Ökonomie*.

Hillmann, Felicitas (1998) *Türkische Unternehmerinnen und Beschäftigte im Berliner ethnischen Gewerbe.* Berlin: WZB für Sozialforschung. (Discussion paper / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung).

Hillmann, Felicitas und Michael Windzio (Hrsg.) (2008) *Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration*. Budrich UniPress Ltd.

Hillmann, Felicitas (Hrsg.) (2011), *Marginale Urbanität: migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung*: 87-118. Transcript - Verlag für Kommunikation, Kultur und soziale Praxis.

Hoffmann, Thomas (2009) Do you speak Deutsch?: Ihr Bettler, ihr nervt! - Berlin - Bild.de. 16. Juli. http://www.bild.de/regional/berlin/kaffee/ihr-nervt-9039518.bild.html [12.09.2012]

Holm, Andrej (2006) *Die Restrukturierung des Raumes: Stadterneuerung der 90er Jahre in Ostberlin: Interessen und Machtverhältnisse*. Bielefeld: transcript.

Holm, Andrej (2010) *Wir Bleiben Alle!: Gentrifizierung - Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung.* Münster: Unrast.

ILO. International Labour Office (1972) Employment, Incomes and Equality: A Strategy for Increasing Productive Employment in Kenya: Report of an Inter-agency Team. Financed by the United Nations Development Programme and Organised by the International Labour Office. ILO.

Işın, Engin Fahri (2003) Historical sociology of the city. In: Delanty, Gerard and Işın, Engin F. eds. *Handbook of historical sociology.* London, UK: Sage:312-325.

Jahn, Marisa und Marc Shavitz (2012) Green Cart Vendors Face Diet of Challenges - CityLimits.org. http://www.citylimits.org/news/articles/4509/green-cart-vendors-face-diet-of-challenges#.UZjoYpz_iJ0 [19.05.2013]

Jütting, Johannes und Juan R. de Laiglesia (2009*) Is informal normal?: towards more and better jobs in developing countries.* OECD Publishing.

Kaldrack, Fei und Ingmar Pech (2011) Antirassismus. In: Arndt, Susan und Nadja Ofuatey-Alazard (Hrsg.), *Wie Rassismus aus Wörtern spricht.* Münster: Unrast: 229-231.

Kaplan, David H. und Wei Li (Hrsg.) (2006) *Landscapes of the ethnic economy.* Lanham, Md: Rowman & Littlefield.

Kayser, Peter u. a. (2008) Ethnische Ökonomie als Chance der Standortentwicklung. *Untersuchung der regionalen Potenziale der ethnischen Ökonomie im Bezirk Mitte von Berlin.* Durchführbarkeitsstudie. Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. März.

Keith, Michael (2000) Identity and the spaces of authenticity. In: Back, Les und John Solomos (Hrsg.), *Theories of Race and Racism*. S. 521-539. London New York: Routledge.

Keith, Michael (2005) Racialization and the public spaces of the multicultural city. In: Karim Murji und J. Solomos (Hrsg.), *Racialization*: 249-270. Oxford: Oxford University Press.

Keith, Michael (2009) Urbanism and City Spaces in the work of Stuart Hall. *Cultural Studies* 23(4):538-558.

Kerner, Ina (2009) *Differenzen und Macht: Zur Anatomie von Rassismus und Sexismus.* Campus Verlag.

Kipfer, Stefan. und Kanishka. Goonewardena (2007) Colonization and the New Imperialism: On the Meaning of Urbicide Today. *Theory & Event* 10(2).

Kloosterman, Robert und Jan Rath (Hrsg.) (2003) *Immigrant Entrepreneurs - Venturing abroad in the age of globalization.* Oxford/New York: Berg.

Kloosterman, Robert und Jan Rath (2011) Veränderte Konturen migrantischen Unternehmertums. In: Hillmann, Felicitas (Hrsg.), *Marginale Urbanität*: 87-118. Bielefeld: Transcript.

Knierbein, Sabine (2010) *Die Produktion zentraler öffentlicher Räume in der Aufmerksamkeitsökonomie.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Knobloch, Peter (2011) Kontrapunkt : Machen es sich Roma in der Opferrolle bequem? *Der Tagesspiegel Online*, 12. August. http://www.tagesspiegel.de/meinung/machen-es-sich-roma-in-der-opferrolle-bequem/4494314.html [18.03.2012]

Kobayashi, Aaudrey und Linda Peake (2000) Racism out of place: thoughts on whiteness and an antiracist geography in the new millennium. *Annals of the Association of American Geographers* 90(2):392-403.

Kothari, Uma (2008) Global peddlers and local networks: migrant cosmopolitanisms. *Environment and Planning D: Society and Space* 26:500-516.

Kundnani, Arun (2007) *The end of tolerance: racism in 21st-century Britain*. London [u.a.]: Pluto Press.

Künkel, Jenny (2008) Das Quartier als revanchistische Stadtpolitik: Verdrängung des Sexgewerbes im Namen eines neoliberalen Konstrukts. In: Olaf Schnur (Hrsg.), *Quartiersforschung:* 169-192. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lang, Barbara (2000) Zur Ethnographie der Stadtplanung. Die planerische Perspektive auf die Stadt. *Kulturwissenschaftliche Stadtforschung. Eine Bestandsaufnahme. Berlin (= Kulturanalysen, 3)*: 55-68.

Lanz, Stephan (2007) *Berlin aufgemischt: abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt.* Bielefeld: transcript.

Lauser, Andrea (2004) Transnationale Subjekte. Ethnologische Perspektiven. *Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge* 33:52-68.

Lebuhn, Henrik (2008) *Stadt in Bewegung: Mikrokonflikte um den öffentlichen Raum in Berlin und Los Angeles.* Münster: Westfälisches Dampfboot.

Lefèbvre, Henri (1972) *Die Revolution der Städte.* München: List. (List Taschenbücher der Wissenschaft ; 1603)

Lefèbvre, Henri (1991) *The production of space*. Trans. Donald Nicholson-Smith. Oxford, UK: Blackwell.

Leicht, René u. a. (2005) Die Bedeutung der ethnischen Ökonomie in Deutschland - Push- und Pull-Faktoren für Unternehmensgründungen ausländischer und ausländischstämmiger Mitbürger. Mannheim: Institut für Mittelstandsforschung (ifm) Universität Mannheim.

Lentin, Alana (2011) *The crises of multiculturalism: racism in a neoliberal age*. London/New York: Zed Books.

Levitt, Steven D. und Stephen J. Dubner (2009*) Freakonomics: A Rogue Economist Explores the Hidden Side of Everything.* William Morrow Paperbacks.

Lewed, Karl-Heinz (2005) Ausschluss und Zwang - Migration, Rassismus und prekäre Arbeitsverhältnisse. *labournet. de*, 2005, 26. Jg.:2005.

Lewis, W.Arthur (1954) Economic Development with Unlimited Supplies of Labour. *Manchester School* 22(2):139-191.

Lewis, W.Arthur (1979) The dual economy revisited. *Manchester School* 47(3):211-229.

Liepe, Lars (1997) Vietnamesische Migrantenökonomie im Ostteil Berlins. In: Renate Amann und Barbara von Neumann-Cosel (Hrsg.), *Berlin. Eine Stadt im Zeichen der Migration*:126-128. Darmstadt.

Lincoln, Yvonna S. und Norman K. Denzin (2003*) Turning points in qualitative research: Tying knots in a handkerchief.* Altamira Press.

Loukaitou-Sideris, Anastasia und Renia Ehrenfeucht (2009) *Sidewalks: Conflict and Negotiation over Public Space.* The MIT Press.

Low, Setha und Neil Smith (Hrsg.) (2005) *The Politics of Public Space*. Routledge.

Luipold, Uwe (2006) Unternehmen der „Ethnischen Ökonomie" als Zielgruppe im Rahmen des Standortmarketing für Gebiete des Stadtumbau West: Kurzstudie. http://opus.kobv.de/zlb/volltexte/2012/15166/ [07.03.2013]

Lynn, Marvin und Adrienne D. Dixson (Hrsg.) (2013) *Handbook of critical race theory in education.* Routledge.

Madison, D. S. (2005) *Critical ethnography: Method, ethics, and performance.* Thousand Oaks, London, New Delhi: SAGE Publications.

Marquardt, Tanja (2006) *Käthes neue Kleider: Gentrifizierung am Berliner Kollwitzplatz in lebensweltlicher Perspektive*. Tübinger Vereinigung für Volkskunde.

Massey, Doreen (1993) Politics and Space/Time. *Place and the politics of identity* :141-161.

Mattes, Monika (2005) *„Gastarbeiterinnen" in der Bundesrepublik: Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren.* Frankfurt am Main [u.a.]: Campus-Verlag.

Mattissek, Annika (2008) *Die neoliberale Stadt: diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*. Bielefeld: transcript.

Mayer, Margit (2007) Contesting the neoliberalization of urban governance. In: Leitner, Helga, Jamie Peck und Eric S. Sheppard. *Contesting neoliberalism: Urban frontiers*: 90-115.

Mayer, Margit (1990) Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt in: Borst, Renate (Hrsg.), *Das neue Gesicht der Städte. theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte.* Basel, Boston: Birkhäuser.

Mayer, Margit (2006) *Metropolitan Research in Transatlantic Perspective*. No.001-2006. CMS Working Paper Series.

McGee, T. G. und Y. M. Yeung (1977) *Hawkers in Southeast Asian cities: planning for the bazaar economy*. Ottawa: International Development Research Centre.

Mecheril, Paul und Teo Thomas (Hrsg.) (1994) *Andere Deutsche*. Berlin: Dietz.

Mecheril und Teo Thomas (1994) Einleitung. In: Mecheril, Paul und Teo Thomas (Hrsg.) *Andere Deutsche*. Berlin: Dietz:7-17.

Mecheril, Paul und Thomas Teo (Hrsg.) (1997) *Psychologie und Rassismus.* Rowohlt.

Meulenbelt, Anja (1988) *Scheidelinien: Über Sexismus, Rassismus und Klassismus.* Rowohlt.

MIGAZIN (2013) Falsche Zahlen: Keine Belege für Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien - Bulgarien, Deutscher Städtetag, Hans-Peter Friedrich, Klaus J. Bade, Roma, Rumänien - MiGAZIN. http://www.migazin.de/2013/02/22/keine-belege-fur-armutszuwanderung-aus-bulgarien-und-rumanien/ [22.04.2013]

Miraftab, F. (2008) Decentralization and entrepreneurial planning. *Planning and decentralization: contested spaces for public action in the global south* :21.

Miraftab, F. (2004) Public-Private Partnerships: The Trojan Horse of Neoliberal Development? *Journal of Planning Education and Research* 24(1):89.

Mitchell, Don (2003) *The Right to the City: Social Justice and the Fight for Public Space*. The Guilford Press.

Molnar, Virag (2010) The Cultural Production of Locality: Reclaiming the „European City" in Post-Wall Berlin. *International Journal of Urban and Regional Research* 34(2):281-309.

Möschel, Mathias (2011) *The Relevance of Critical Race Theory to Europe.* Dissertation. European University Institute. http://cadmus.eui.eu/handle/1814/17994 [08.02.2013]

Muigai, Githu (2010) Report of the Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance, Githu Muigai. UNHCR. http://www.ohchr.org/EN/Issues/Racism/SRRacism/Pages/CountryVisits.aspx [29.01.2013]

Muñoz, Lorena (2008) *„ Tamales... elotes... champurrado...": The production of Latino vending landscapes in Los Angeles.* Dissertation. University of Southern California

Naumann, Elisabeth (2003) *Kiosk: Entdeckungen an einem alltäglichen Ort; vom Lustpavillon zum kleinen Konsumtempel.* Jonas.

Novy, Johannes (2010) What's new about new Urban Tourism? And what do recent changes in Travel imply in the „Tourist City" Berlin? In: Richter Jana (Hrsg.) *The Tourist City Berlin*: *Tourism & Architecture.* Braun Publishing.

Nutt, Harry (2011) Humboldt-Forum Berlin: Es geht auch um die Ethnologie. *fr-online.de*, 13. Januar http://www.fr-online.de/kultur/debatte/es-geht-auch-um-die-ethnologie/-/1473340/5425124/-/index.html [12.07.2011]

OECD (2005) Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland - The Labour Market Integration of Immigrants in Germany. http://www.oecd.org/berlin/35796774.pdf [26.11.2012]

Oguntoye, Katharina u. a. (1986) Farbe. *bekennen: Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte.* Orlanda Frauenverlag.

Papier, Hans-Jürgen (1998) *Recht der öffentlichen Sachen.* Walter de Gruyter.

Pichler, Edith (1992) Ökonomische Nischen, ethnische Ökonomie und internationale Vernetzung: die italienischen Gewerbetreibenden in Berlin. Berlin: Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung. (Arbeitsheft / Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung)

Popal, Mariam (2008) Gaze - Jenseits vom Orient und von Zivilisierungsmissionen. In: Poya, Abbas und Maurus Reinkowski (Hrsg.), *Das Unbehagen in der Islamwissenschaft: ein klassisches Fach im Scheinwerferlicht der Politik und der Medien*:283-300. Bielefeld: transcript.

Poppitz, Marianna (2008) *Markthandel als Kristallisationspunkt von Unternehmertum und lokaler Wirtschaft: Beispiele und Förderansätze aus europäischen Städten.* DSSW. (DSSW-Studie)

Portes, Alejandro (1994) The Informal Economy and Its Paradoxes, in: N.J. Smelser/R. Swedberg (Hrsg.): *Exploring the Underground Economy. Studies of Illegal and Unreported Activity*, Michigan (W.E. Upjohn Institute for Employment Research): 147-165.

Portes, Alejandro, Manuel Castells und Lauren A. Benton (Hrsg.) (1989) *The informal economy: studies in advanced and less developed countries.* Baltimore [u.a.]: John Hopkins University Press.

Prakash, Gyan und Kevin Michael Kruse (Hrsg.) (2008) *The spaces of the modern city.* Princeton University Press.

Prashad, Vijay (2008) *The darker nations : a peoples history of the Third World.* Repr. New York, NY [u.a.]: New Press.

Prashad, Vijay (2013) *The Poorer Nations: A Possible History of the Global South.* Verso.

Pratt, Mary Louise (1992) *Imperial eyes: travel writing and transculturation*. London New York: Routledge.

Pro Asyl, (2012) Presseerklärung vom 25.Oktober, http://www.proasyl.de/de/presse/detail/news/bundesinnenminister_schuert_populismus_gegen_roma_und_bundesverfassungsgericht/ [30.02.2013]

Purtill, Maureen (2009) A Call for Critical Race Studies in Urban Planning. *Critical Planning* (Summer 2009):218-222.

Pütz, Robert (2004) *Transkulturalität als Praxis. Unternehmer türkischer Herkunft in Berlin*. Bielefeld: transcript.

Quijano, Aníbal (2000) Coloniality of power and Eurocentrism in Latin America. *International Sociology* 15(2):215-232.

Rada, Uwe (1997) *Hauptstadt der Verdrängung: Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metropole*. Berlin: Schwarze Risse.

Rakowski, Cathy (1994) *Contrapunto: The Informal Sector Debate in Latin America.* Albany: State University of New York Press.

Reuter, Julia und Paula-Irene Villa (Hrsg.) (2009) *Postkoloniale Soziologie: Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*. Bielefeld: Transcript.

Richter, Jana (2010) *The Tourist City Berlin: Tourism & Architecture*. Braun Publishing.

Rietzschel, Antonie (2012) Sinti und Roma flüchten nach Deutschland. *sueddeutsche.de*, 25. Oktober http://www.sueddeutsche.de/politik/sinti-und-roma-aus-serbien-und-mazedonien-sie-versuchen-hier-zu-ueberleben-1.1506150 [08.06.2013]

Robertson, Roland (1998) Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit. In: Beck, Ulrich (Hrsg.), *Perspektiven der Weltgesellschaft.* Frankfurt, 192-220.

Robinson, Cedric J. (1983*) Black Marxism: the making of the black radical tradition.* UNC Press.

Robinson, Jennifer (2002) Global and world cities: a view from off the map. *International Journal of Urban and Regional Research* 26(3):531-554. [24.10.2008]

Rohders, Dirk Diether (2005) Zöllner - Rapport Ost-West. BoD - Books on Demand.

Rosales, Rocio (2013) Survival, Economic Mobility and Community among Los Angeles Fruit Vendors. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 39(5):697-717.

Rötzer, Florian (2010) TP: Die „deutsche Leitkultur". http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33584/1.html [23.11.2010]

Roy, Ananya (2003) Paradigms Of Propertied Citizenship: Transnational Techniques of Analysis. *Urban Affairs Review* 38(4):463-491. [16.10.2010]

Roy, Ananya (2006) Praxis in the Time of Empire. *Planning Theory* 5(1):7-29.

Roy, Ananya (2009) The 21st-century metropolis: new geographies of theory. *Regional Studies* 43(6):819-830.

Roy, Ananya (2005) Urban Informality: Toward an Epistemology of Planning. *Journal of the American Planning Association* 71(2):147-158. [12.08.2008]

Roy, Ananya (2011) Urbanisms, worlding practices and the theory of planning. *Planning Theory* 10(1):6 -15. [01.03.2011]

Roy, Ananya und Nezar AlSayyad (Hrsg.) (2004) *Urban informality: transnational perspectives from the Middle East, Latin America, and South Asia*. Lanham [u.a.]: Lexington Books [u.a.]. (Transnational perspectives on space and place)

Rudolph, Hedwig und Felicitas Hillmann (1997) Döner contra Boulette-Döner und Boulette: Berliner türkischer Herkunft als Arbeitskräfte und Unternehmer im Nahrungsgütersektor. *Leviathan, Sonderheft* 17:85-105.

Said, Edward W (1979) *Orientalism*. New York: Vintage Books.

San Juan Jr., Epifanio (2002) *Racism and cultural studies: critiques of multiculturalist ideology and the politics of difference.* Durham [u.a.]: Duke University Press.

Sassen, Saskia (2005) Fragmented urban topographies and their underlying interconnections. In: Brillembourg, Alfredo, Kristin Feireiss und Hubert Klumpner (Hrsg.), *Informal City: Caracas Case.* München: Prestel:83-87.

Saunders, Mark und Siobhan Cleary (1993) The Truth Lies in Rostock - Doku Deutsch. https://www.youtube.com/watch?v=xxID53WmMB4 [06.08.2012]

Schmals, Klaus M. (Hrsg.) (2000) *Migration und Stadt: Entwicklungen, Defizite, Potentiale.* Opladen: Leske und Budrich.

Schmiz, Antonie (2011) Marginale Ökonomie - Handlungsstrategien vietnamesischer GroßhändlerInnen in Berlin. In: Hillmann, Felicitas (Hrsg.), *Marginale Urbanität:* Bielefeld: transcript:155-180.

Schuleri-Hartje, U. K., H. Floeting und B. Reimann (2004) *Ethnische Ökonomie: Integrationsfaktor und Integrationsmassstab*. Deutsches Institut für Urbanistik.

Seifert, Manfred (2009) Prekarisierung der Arbeits-und Lebenswelt. In: Götz, Irene und Barbara Lemberger (Hrsg.), *Prekär arbeiten, prekär leben.* Frankfurt am Main: Campus :31-54.

Selle, Klaus (Hrsg.) (2003) *Was ist los mit den öffentlichen Räumen?: Analysen, Positionen, Konzepte ; ein Lesebuch für Studium und Praxis*. 2., erw.u. aktualisierte Aufl. Aachen ; Dortmund ; Hannover: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur. (AGB-Berichte ; 49)

Shaw, Wendy S. (2007) *Cities of whiteness*. Malden, MA [u.a.]: Blackwell Publ.

Shaw, Wendy S. (2006) Decolonizing Geographies of Whiteness. *Antipode* 38(4):851-869.

Siebel, Walter (2006) *Die europäische Stadt*. Orig.-Ausg., 3. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Smith, Linda Tuhiwai (2005) *Decolonizing methodologies: research and indigenous peoples.* Zed Books.

Smith, Neil (1996*) The new urban frontier: gentrification and the revanchist city.* CRC Press.

Smith, Neil (2001) Global Social Cleansing: Postliberal Revanchism and the Export of Zero Tolerance. *Social Justice* 28(3):68. [19.05.2013]

Smith, Neil (1996) *The new urban frontier : gentrification and the revanchist city.* London New York: Routledge.

Soja, Edward W. (2001) *Postmetropolis: critical studies of cities and regions*. Reprint. Oxford [u.a.]: Blackwell.

Spiegel (1993) Soko Samurai. *Der Spiegel*, 22. Februar http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687877.html [25.04.2013]

Spiekermann, Uwe (1999) *Basis der Konsumgesellschaft: Entstehung und Entwicklung des modernen Kleinhandels in Deutschland 1850 - 1914.* München: Beck.

Spivak, Gayatri Chakravorty (1988) Can the subaltern speak?, in: *Marxism and the Interpretation of Culture*, S. 271–313.

Spivak, Gayatri C., Hito Steyerl, Alexander Joskowicz und Stefan Nowotny (2008) *Can the subaltern speak?: Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Turia+ Kant Wien.

Statistische Bundesamt (2010) *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2008*. Statistische Bundesamt Wiesbaden.

Steyerl, Hito (2008) Die Gegenwart der Subalternen. *Spivak, Gayatri Chakravorty: Can the Subaltern Speak* :7-16.

Steyerl, Hito und Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hrsg.) (2003) *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik.* Münster: Unrast.

Stoller, Paul (2002) *Money Has No Smell: The Africanization of New York City.* University of Chicago Press.

Strauss, Stefan (2008) Revierkampf im Bratwurstmilieu. *Berliner Zeitung*, 15. November http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/1115/berlin/0025/index.html [22.03.2010]

Street Vendor Project (2006) *Peddling Uphill, A report on the conditions of street vendors in New York City.* New York: Urban Justice Center. http://streetvendor.org/media/pdfs/PeddlingUphill.pdf [19.08.2008]

Stroschein, Christoph (1994) *Metropole Berlin.* Berlin: Metropolis-Verlag.

Stroux, Salinia (2006) Afghan, Iranian and Iraqi Vendors in Thessalonica, Greece: Street Vending as Survival Entrepreneurship. *Ethno* Jahrgang 8(Heft 1):37–61.

Süddeutsche.de (2009) Sicherheit in Venedig - Jagd auf Straßenhändler eröffnet - Reise - sueddeutsche.de. 3. August http://www.sueddeutsche.de/reise/393/482844 /text/ [12.04.2010]

Terkessidis, Mark (2004) *Die Banalität des Rassismus*. Bielefeld: transcript.

Terkessidis, Mark (2010) *Interkultur*. Berlin: Suhrkamp.

Timm, Elisabeth (2000) Kritik der „ethnischen Ökonomie ". *PROKLA 120, Ethnisierung und Ökonomie* 3(2000):363-376.

Berlin Tourismus Marketing GmbH (Hrsg.) (2009) Berlin - Wirtschaftsfaktor Tourismus. http://www.visitberlin.de/sites/default/files/wirtschaftsfaktor_tourismus_0_0.pdf (Zugriff 16.01.2013)

Uitermark, Justus und Jan Willem Duyvendak (2008) Civilising the City: Populism and Revanchist Urbanism in Rotterdam. *Urban Studies* 45(7):1485.

Ülker, Riza Bariş (2013) Concepts of Ethnic Entrepreneurship and the Politics of Othering in Germany. *Alternatives Global, Local and Political* Vol. 38, Number 2, 2013.

Ülker, Riza Bariş (2004) *Entrepreneurial Practices of Turkish Immigrants in Berlin*. Masterarbeit. Middle East Technical University.

Valdes, Francisco, Jerome McCristal Culp und Angela P. Harris (Hrsg.) (2002) Crossroads, directions and a new critical race theory. Temple University Press.

Valsecchi, Ricardo (2012) ID-WITHOUTCOLORS - The Trailer. http://vimeo.com/ 56311571 [25.04.2013]

Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. u. a. (Hrsg.) (2004) Berlin 2004 -2014 Eine Wachstumsinitiative. http://www.berlin.de/ sen/wirtschaft/politik/wachstumsinitiative.html

Viseur, Max le (1935) *Der Straßenhandel in Berlin und seine gesetzliche Regelung.* Berlin. (Schulungsheft der Einzelhandelsvertretung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin ; 7)

Wacquant, Loïc (2007) Territorial Stigmatization in the Age of Advanced Marginality. *Thesis Eleven* 91(1):66-77.

Waldinger, Roger David, Howard Aldrich und Robin Ward (1990) *Ethnic entrepreneurs: immigrant business in industrial societies.* Sage Publications.

Weber, Ursula (2002) *Der Polenmarkt in Berlin.* Ars Una.

Welch Guerra, Max (2006) Öffentliche Räume im neuen bundesrepublikanischen Regierungsviertel. In: Vaz, Lilian Fessler, Sabine Knierbein und Max Welch Guerra (Hrsg.), *Der öffentliche Raum in der Planungspolitik: Studien aus Rio de Janeiro und Berlin* :113-130.

Wildner, Kathrin (2003) *Zócalo-die Mitte der Stadt Mexiko*. Reimer.

Winckel, Änneke (2002) *Antiziganismus: Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland*. Unrast Verlag.

Winker, Gabriele und Nina Degele (2009) *Intersektionalität: zur Analyse sozialer Ungleichheiten*. Bielefeld: transcript.

Wippermann, Carsten und Berthold Bodo Flaig (2009) Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5(2009):3-11.

Woellert, Franziska u. a. (2009) *Ungenutzte Potenziale - Zur Lage der Integration in Deutschland*. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. http://www.berlin-institut.org/studien/ungenutzte-potenziale.html

Wöhler, Karlheinz (2011) Tourismus und Nachhaltigkeit. *Touristifizierung von Räumen* :201-212.

Yiftachel, Oren (2009a) Critical theory and 'gray space': Mobilization of the colonized. *City* 13(2-3):246-263. [27.05.2013]

Yiftachel, Oren (2009b) Theoretical Notes On „Gray Cities": the Coming of Urban Apartheid? *Planning Theory* 8(1):87-99.

Yildiz, Erol und Birgit Mattausch (Hrsg.) (2009) *Urban Recycling - Migration als Großstadt-Ressource.* Gütersloh: Bauverlag. (Bauwelt Fundamente)

Zierenberg, M. (2008) Stadt der Schieber: Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft BD. 179. Vandenhoeck & Ruprecht.

Zimmerer, Jürgen (2012) Expansion und Herrschaft: Geschichte des europäischen und deutschen Kolonialismus. *APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte* (62. Jahrgang. 44-45/2012):10-16.